Glarus Süd *Kraft.*

PROTOKOLL



Chalchhorä (Elm)
© Fotografie Heidi Seibert

Gemeindeversammlung Glarus Süd

20. Juni 2014, 20.00 Uhr

Gemeindezentrum Schwanden

Teilnehmer:	312 Stimmberechtigte	
Vorsitz:	Dr. Thomas Hefti, Gemeindepräsident Glarus Süd	
Behördenmitglieder:	Departementsvorsteher	Simone Eisenbart, Vizepräsidentin Fridolin Luchsinger Kurt Reifler Brigitte Weibel
	Gemeinderäte	Kaspar Luchsinger Kaspar Marti Hans-Wolfgang Rhyner Jakob Wohlwend Hans-Jakob Zopfi Mathias Zopfi Irena Zweifel Schiesser Peter Zweifel
	Gemeinderäte entschuldigt:	Daniel Dobler Hanspeter Zweifel
Protokoll:	André Pichon, Gemeindeschreiber Heidi Seibert, Gemeindeschreiberin Stv.	
Dauer:	20.00 Uhr bis 23.25 Uhr	

Administratives

Zur Kontrolle der Stimmberechtigung wurde den Stimmberechtigten mit der Einladung zur Gemeindeversammlung ein Stimmrechtsausweis zugestellt, welcher zugleich als Fahrkarte für die öffentlichen Verkehrsmittel galt. Die Abstimmungen während der Versammlung erfolgten durch Hochhalten des Stimmrechtsausweises. Für das Auszählen der Abstimmungen war der Versammlungsraum in vier Sektoren mit je einem Stimmenzähler unterteilt. Das Auszählen der Stimmen war für sechs Abstimmungen erforderlich, ansonsten konnte das Stimmenverhältnis vom Versammlungsleiter Dr. Thomas Hefti eindeutig abgeschätzt werden. Für Wortmeldungen aus der Versammlung stand ein separates Rednerpult zur Verfügung und für die nicht stimmberechtigten Gäste war ein separater Bereich ausgeschieden.
Der Vorsitzende stellt fest, dass die Traktandenliste mit dem Memorial und den Stimmrechtsausweisen den Stimmberechtigten rechtzeitig zugestellt wurden. Zudem wurde die Einladung zur Gemeindeversammlung im Amtsblatt Nr. 22 und 24 publiziert. Demzufolge war die Gemeindeversammlung über die traktandierten Geschäfte beschlussfähig.

Protokoll

Das Protokoll umfasst sämtliche Wortmeldungen in zusammengefasster Form. Der Vollständigkeit und Nachvollziehbarkeit halber sind die Mitteilungen des Vorsitzenden wörtlich wiedergegeben.

Glarus Süd *Kraft.*

Traktanden

		Seite
1.	**Begrüssung und Mitteilungen**	
2.	**Jahresrechnung 2013** **- Genehmigung Jahresrechnung 2013** **- Genehmigung Zusatz- und Nachtragskredite** **- Genehmigung Bericht Geschäftsprüfungskommission** ***Anhang Unterlagen Jahresrechnung 2013***	**3**
3.	**Jahresrechnung Technische Betriebe Glarus Süd (tbgs)** **- Genehmigung Geschäftsbericht 2013 inkl. Jahresrechnung und Bericht der Revisionsstelle** **- Genehmigung Verwendung der Abgaben** ***Separate Beilage zum Memorial «Geschäftsbericht 2013»***	**4**
4.	**Jahresrechnung Alters- und Pflegeheime Glarus Süd (APGS)** **Jahresrechnung Stiftung Altersheim und Alterssiedlung Schwanden** **- Genehmigung Geschäftsbericht 2013 inkl. Jahresrechnung und Bericht der Revisionsstelle** ***Anhang Unterlagen Jahresrechnung 2013***	**8**
5.	**Wahlen für die Amtsdauer 2014 - 2018** **a) Geschäftsprüfungskommission** **b) Mitglieder des Wahlbüros (Stimmenzähler)** **c) Schulkommission** **d) Vermittler und Stellvertreter** **e) Delegierte in Zweckverbände** **f) Stiftungsräte der bürgerlichen Hilfsstiftung Schwanden**	**9**
6.	**Teilrevisionen Zonenpläne** **a) Teilrevision Zonenplan Schwanden** **b) Teilrevision Zonenplan Luchsingen** **c) Teilrevision Zonenplan Mitlödi** **- Antrag auf Genehmigung**	**13**
7.	**Kommunaler Richtplan** **- Antrag auf Genehmigung** ***Separate Beilage zum Memorial «Memorial Teil 2»***	**22**
8.	**Überbauungsplan Heulosen** **- Antrag auf Genehmigung**	**33**
9.	**Neubau Wasserleitung Schwanden–Schwändi** **- Antrag auf Genehmigung eines Bruttokredites von Fr. 1'000'000.-**	**48**
10.	**Anträge zu Handen einer nächsten ordentlichen oder ausserordentlichen Gemeindeversammlung und Umfrage**	

Sprachform
Alle Personen- und Funktionsbezeichnungen beziehen sich gleichermassen auf beide Geschlechter.

1. Begrüssung und Mitteilungen - durch Gemeindepräsident Dr. Thomas Hefti

Archiv-Nummer 10.07

Die heutige Gemeindeversammlung ist insofern nicht einfach Routine, sondern speziell, da sie das Ende der ersten Amtsperiode markiert. Der hier zum letzten Mal in dieser Zusammensetzung versammelte Gemeinderat wurde im September bzw. November 2009, d.h. vor fast fünf Jahren gewählt und hat seit dem 1.1.2011 die Verantwortung für die neue Gemeinde getragen. Das ist Anlass, um auf einige Punkte einzugehen, die man sich mit der Gemeindestrukturreform versprochen hat.

Wiederholt und speziell auch im Memorial für die ausserordentliche Landsgemeinde 2007 wurde gesagt, Ziel der Gemeindestrukturreform sei es insbesondere:

- starke Gemeinden hervorzubringen. Gemeinden, die ihre Aufgaben eigenverantwortlich erfüllen können.
- dass es einfacher werde, geeignete Personen für die Behördentätigkeit zu finden.
- dass sich Vorteile bei der Gestaltung der Raumordnung ergeben, d.h. eine Zonen- und Nutzungsplanung möglich sei, die in grösseren Räumen denken und entwicklungs-politische Schwerpunkte setzen kann.
- dass die Gemeindestrukturreform eine optimale Nutzung von Sparpotenzialen erlaube und
- schliesslich hat der damalige Vorsteher des Departements Bildung und Kultur an der ausserordentlichen Landsgemeinde 2007 ausgeführt, dass das Dreier- Modell aus Sicht der Schule optimal sei und dass sich der Kanton aus der Schulplanung und -organisation zurückziehen und nur noch Rahmenbedingungen zu Gunsten einer qualitativ gleichwertigen Schule im ganzen Kanton setzen werde.

Auch wenn es nicht für alle Stellen immer einfach war, es ist gelungen, qualifiziertes Personal zu finden und eine Gemeindeverwaltung aufzubauen, welche die Aufgaben erledigen kann, die eine Gemeinde in der heutigen Zeit erledigen muss. Diese Aufgaben sind heute anders und in manchen Bereichen viel komplexer als das noch vor 25 Jahren der Fall war. Die Ursache, dass es mehr Personalaufwand und zunehmend auch Fachleute oder Experten braucht, liegt im Übrigen in den wenigsten Fällen bei der Gemeinde oder an Entscheiden der Gemeindeversammlung, sondern in der immer rascher wirkenden und weiter ausgreifenden Gesetzgebung von Bund und Kanton. Denken Sie deshalb, sehr verehrte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, immer auch daran, was Ihre Stimmabgabe für die Gemeinde und ihre Verwaltung bedeutet, wenn sie auf Kantons- oder Bundesebene über Vorlagen abstimmen. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass das, was wir für den 1.1.2011 auf die Beine stellten, in manchen Punkten noch Anpassungen oder Verbesserungen benötigt. Unter der Bezeichnung *„Pro Opti"* haben wir ein diesbezügliches Projekt gestartet, aber noch nicht zu Ende geführt. Mit dem Ziel, speziell auch organisatorische Belange und Abläufe zu verbessern, hat der Gemeinderat im letzten Jahr eine Arbeitsgruppe „Reglemente" unter dem Vorsitz von Gemeinderat Mathias Zopfi geschaffen. Dieser Arbeitsgruppe wurde es auch übertragen, die Erkenntnisse aus dem Projekt *„Pro Opti"* zu sichten und in ihre Arbeiten und Empfehlungen einfliessen zu lassen.

Es hat sich bei der Wahl des Gemeindepräsidenten erfreulicherweise gezeigt, dass dieses Amt Interesse weckt. Schliesslich waren es fünf Persönlichkeiten, alle aus der ersten Liga, welche sich um das Amt bewarben. Ich danke allen Kandidaten, dass sie sich für eine Kandidatur zur Verfügung gestellt haben und dem gewählten Gemeindepräsidenten Mathias Vögeli gratuliere ich zur Wahl. Auch für die Mitglieder des Gemeinderates – Departementsvorsteher und Gemeinderäte – fanden sich Kandidatinnen und Kandidaten. Ich gratuliere den Wiedergewählten und dem neu gewählten Departementsvorsteher Hansueli Rhyner, sowie den neu gewählten Gemeinderäten Marc Rinderer, Christian Marti, Hans-Heinrich Wichser und Markus Figi. Das Wirken der Ausscheidenden wird am Schluss der Versammlung gewürdigt.

Der Weg zu einer **Raumordnung** für Glarus Süd ist anspruchsvoll und nicht über Nacht zu schaffen. Nachdem die Gemeindeversammlung vor einem Jahr das Verfahren für die Genehmigung des Richtplanes an der Gemeindeversammlung beschlossen und die Gemeindeordnung entsprechend ergänzt hat, liegt heute nun der kommunale Richtplan vor. Heute Abend wird entschieden, ob dieser Richtplan genehmigt oder allenfalls in Teilen oder gesamthaft an den Gemeinderat zurückgewiesen wird. Wenn die Etappe Richtplan geschafft ist, kann es zum nächsten Schritt, zur Bau- und Zonenordnung für Glarus Süd weitergehen. Es ist sinnvoll, wenn dies innert nützlicher Frist geschieht, damit die heute noch bestehenden zahlreichen Bauordnungen aus der Zeit vor der Gemeindestrukturreform abgelöst werden können.

Mit den Aufgaben, die den Gemeinden im **Bereich Schule** und Bildung übertragen wurden, haben wir Karten gefasst, die in vieler Hinsicht eine äusserst schwierige Ausgangslage bescheren. Der Gemeinderat hat kurz vor den Wahlen einen unpopulären Anlauf für die Zukunft der Schule Glarus Süd gemacht. Die Gemeindeversammlung hat diese Vorlage im letzten November abgelehnt. Der Gemeinderat respektiert diesen Entscheid selbstverständlich. Nach dem Jahreswechsel ist der Gemeinderat mit Vertretern der IG Schule zusammengekommen und hat ihnen das ebenfalls versichert. Im Mai fand ein zweites Treffen statt. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass die eigentliche Arbeit von der neu konstituierten Behörde nach der Amtsübergabe an die Hand zu nehmen ist. Die Zukunft der Schule in Glarus Süd bleibt damit eine noch ungelöste und anspruchsvolle Aufgabe für die zweite Amtsdauer.

Wie steht es mit der **Stärke** der Gemeinde? Sie gehen sicher mit dem Gemeinderat einig, dass wir eine ganz andere Position hätten, wenn wir schwarze Zahlen schreiben könnten. Im nächsten Traktandum wird vertieft auf die finanzielle Situation mit Zahlen eingegangen. Manchmal beklagen wir uns allerdings etwas zu viel, gelegentlich dürften wir etwas mehr Selbstbewusstsein an den Tag legen und mit einem Quentchen mehr Optimismus an die Sache gehen, auch wenn die finanzielle Lage leider (noch) nicht so ist, wie sie sein sollte. Das weiss ich sehr wohl. Aber ich will Ihnen doch einen Satz aus der Einladung zum Tourismus Forum Schweiz vom 15. November 2013 vorlesen: *„Aus diesen Gründen hat die Teilnahme von Gemeindevertretern, welche stark vom Tourismus geprägt sind (wie Crans-Montana, Davos, Glarus Süd, Interlaken, Laax, Leysin, Locarno, Lugano, Montreux, Ollon, St. Moritz) für uns einen hohen Stellenwert."* Sie sehen, mit unserer Gemeinde, die Braunwald und Elm umfasst sowie Teile der Tektonikarena Sardona und den Fryberg Kärpf, welche Standortgemeinde ist für das grösste Wasserkraftprojekt der Schweiz, mit Wichlen einen der bedeutendsten Waffenplätze der Schweiz hat und über zwei tausend Arbeitsplätze in Industrie und Gewerbe bietet, *„ist*

man Wer" und durchaus bei den Leuten. Es ist selbstverständlich, dass die neue Gemeinde - wie Alles - nicht nur Vorteile hat. Es ist aber nicht zu übersehen, dass wir einen ganz anderen Stellenwert bekommen haben und der Kanton national einen durchwegs positiv besetzten Ruf hat. Daher müssen doch Gemeinden und Kanton *gemeinsam* alles daran setzen, dass die Gemeindestrukturreform auch finanziell ein Erfolg wird. Wenn im diesjährigen Landsgemeindememorial zum Traktandum „Ausgleichsbeitrag an die Gemeinden" auf Seite 57 stand *„der Kanton kann und will die Gemeinden nicht über eine längere Zeit finanziell unterstützen"*, so greift das meiner Ansicht nach einfach zu kurz. Es sind aber nicht nur diejenigen Punkte, welche ich eben erwähnt habe, die zählen sondern vor allem die Menschen. Angefangen hat es mit der „Ouvertüre", welche uns über die täglichen Fernsehreportagen schweizweit als grösste Gemeinde bekannt gemacht hat. Das Ende der ersten Amtsdauer gibt Gelegenheit, den Organisatoren nochmals für ihre Leistung zu danken, um die Namen zu nennen: Gabriel Weber, Paul Aebli, Martin Vogel und Ernst Marti, sollte jemanden vergessen worden sein, täte es mir Leid und es wäre keine Absicht gewesen. Wir dürfen auch an unsere Gewerbetreibenden und Unternehmer denken und als Nachlese zu den Olympischen Winterspielen wird der Braunwalder Hansjürg Kessler erwähnt, auf dessen Boards die Athleten in Sotschi acht Medaillen holten. Wenn wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, und wenn uns, wie dies neulich eine Elmerin der „glarner woche" anvertraute *„eine Gemeinde Glarus Süd als Einheit mit Zukunft"* ebenfalls das grösste Anliegen ist, werden wir Schritt für Schritt ans Ziel gelangen. Ich bin überzeugt, dass bereits sehr viel geleistet wurde, auch wenn es in der zweiten und in weiteren Amtsperioden noch viel zu tun gibt. Eine derart grundlegende Reform ist selbstverständlich ein weiter Weg.

Personelle Mitteilungen. Ende Jahr hat uns Hans Peter Spälti, verlassen, welcher im November 2011 die Aufgabe als Standortförderer übernommen hatte. Um dem Gemeinderat für die zweite Amtsdauer bezüglich dieser Stelle freie Hand zu lassen, hat der Gemeinderat die Standortförderung für die Zeit von Februar bis Ende diese Jahres im Mandat Herrn Urs Keiser übertragen, wobei das Mandat nur ein reduziertes Aufgabenfeld der bisherigen Standortförderung umfasst. Ende Juni wird uns Rolf Hürlimann verlassen, der seit dem Start der Gemeinde die Stelle als Kulturdelegierter bekleidet hat. Der Gemeinderat hat sich dafür ausgesprochen, dass über die Wiederbesetzung dieser Stelle der Gemeinderat in neuer Zusammensetzung entscheiden soll. Per Ende Juli verlässt uns Schulleiter Bruno Hauser, der diese Aufgabe seit dem Start der Gemeinde mit grossem Einsatz versehen hat. Herr Werner Gamper, der als Nachfolger von Peter Zentner gewählt wurde, ist per Ende Februar ebenfalls ausgetreten. Als neue Schulleiter wurden Frau Regula Waltisberg mit Stellenantritt im August 2014 und mit Stellenantritt ab August 2015 Urs Pedrocchi gewählt. Schliesslich scheidet Ende Monat auch Bernhard Messmer aus den Diensten unserer Gemeinde aus. Er hat seit 2009 zunächst die Projektleitung und dann den neuen Gemeinderat in Personalfragen beraten und ab 1.1.2011 das Personal- und Ausbildungswesen der Gemeinde Glarus Süd umsichtig und kompetent geleitet. Als neuen Chef der Abteilung Personal und Ausbildung wurde Herr Andrea Götz aus Chur gewählt. Er wird die Stelle am 1. Juli antreten. Allen Ausscheidenden spricht der Gemeindepräsident den herzlichsten Dank der Gemeinde für ihre geleisteten Dienste aus. Den Neuen wünsche er Erfolg und Befriedigung bei ihrer Tätigkeit.

Die Bezeichnung unserer Departemente besagt, dass es neben Bereichen wie z. B. Bau, Forst oder Finanzen auch noch andere Bereiche wie zum Beispiel die Kultur gibt. Kultur

wird wesentlich getragen durch eine Vielzahl von Vereinen und auch von Stiftungen. Wer Verein sagt, sagt Menschen und Persönlichkeiten. Das Departement Gesellschaft und Kultur hat sich im Auftrag des Gemeinderates zum Ziel gesetzt, mindestens einmal alle vier Jahre einen Kulturpreis zu verleihen. Dabei soll keineswegs eine Preissumme im Vordergrund stehen sondern eine öffentliche Ehrung für eine Persönlichkeit, die sich in unserer Gemeinde um die Kultur verdient gemacht hat. Das kann jemand sein, der am Anfang einer Laufbahn steht, der Preis kann aber auch Anerkennung für ein Lebenswerk oder ein langes und verdientes Wirken sein. In letzterem Sinne soll der *erste* Kulturpreis in Glarus Süd vergeben werden. Vorgesehen für Übergabe und Laudatio war der Anlass Glarus Süd trifft sich. Da der Geehrte morgen leider nicht abkömmlich ist, muss die Übergabe in die zweite Jahreshälfte verschoben werden. Der Name des ersten Kulturpreisträgers von Glarus Süd wird jedoch heute bekannt geben: geehrt wird Herr **Jakob Strebi, Haslen,** für sein ausgezeichnetes Wirken im Bereich der Musik und speziell auch der Orgelmusik. Nicht weniger als 55 Jahre lang betätigte sich Jakob Strebi als Organist im Glarnerland, 40 Jahre davon in Schwanden.

Gratulationen: Zunächst gratuliert der Gemeindepräsident Marianne Lienhard zur Wahl in den Regierungsrat. Die GPK verliert damit eine kompetente Präsidentin, die Gemeinde gewinnt aber eine Vertretung im Regierungsrat, was auch aus der Sicht des Gemeinderates sehr zu begrüssen ist. Am ersten Sonntag im Juni ist unser Mitbürger Werner Hösli zum Nachfolger von This Jenny in den Ständerat gewählt worden. This Jenny wünschen wir viel Kraft und alles Gute auf seinem Weg und dem neuen Ständerat Werner Hösli gratulieren wir zu seiner Wahl. Im diesem Zusammenhang möchte ich mich bei Ihnen ganz herzlich für das grosse Vertrauen bei der Ständeratswahl im Januar danken. Das Ergebnis in Glarus Süd hat mich speziell gefreut und gerührt! Den im vergangenen Oktober unerwartet verstorbenen Pankraz Freitag, der zunächst Haslen vier Jahre im Landrat vertreten hatte, dann von 1998 -2008 dem Regierungsrat angehörte und seither mit Erfolg für unseren Kanton im Ständerat wirkte, wollen wir in ehrender Erinnerung behalten.

Einige Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben sich für heute wegen anderer Verpflichtungen ausdrücklich entschuldigt. Namentlich werden von Behördenseite die Gemeinderäte Daniel Dobler und Hanspeter Zweifel entschuldigt, welchen die Teilnahme leider nicht möglich war. Im Übrigen wird festgestellt, dass die Versammlung rechtzeitig unter Bekanntgabe der Traktanden im Amtsblatt Nr. 22 vom 28. Mai 2014 und Nr. 24 vom 12. Juni 2014 einberufen wurde, dass das Memorial mit der Traktandenliste und den weiteren Unterlagen gemäss der Gemeindeordnung zugestellt worden ist und dass die heutige Gemeindeversammlung somit über die traktandierten Geschäfte beschlussfähig ist.

Die Gemeindeversammlung ist das oberste Organ der Gemeinde. Es ist wichtig, dass sie in einem korrekten und würdigen Rahmen durchgeführt wird. Der Gemeindepräsident ersucht die Versammlungsteilnehmer sich in den Voten kurz zu fassen, zunächst den Antrag bekanntzugeben und diesen dann in sachlicher Weise zu begründen.

Zur vorliegenden Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

Heute sind folgende **Stimmenzählerinnen und Stimmenzähler** anwesend:

Helmut Meesters, Sektor 1
René Blesi, Sektor 2
Anita Schlittler, Sektor 3
Willi Wolf, Sektor 4 und Podium

2. Jahresrechnung der Gemeinde Glarus Süd
- Genehmigung der Jahresrechnung 2013
- Genehmigung der Zusatz- und Nachtragskredite
- Genehmigung des Berichtes der Geschäftsprüfungskommission

Archiv-Nummer 10.06

Die Unterlagen zur Jahresrechnung 2014 entsprechenden Unterlagen im Memorial auf den Seiten 52-90 (Memorial 1. Teil) der Gemeinde Glarus Süd.

2.1 Bericht zur Jahresrechnung 2013

Beurteilung des Rechnungsabschlusses 2013 aus Sicht des Gemeinderats
Das Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung 2013 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 2'553'681 ab und ist damit um Fr. 3'475'719 besser als budgetiert.

Das operative Ergebnis 2013 weist einen Aufwandüberschuss von Fr. 2'501'550 aus und ist damit um Fr. 1'034'354 besser als das Vorjahr. Das operative Ergebnis ist das Ergebnis vor den ausserordentlichen Ausgaben und Einnahmen und damit die wichtigste und die aussagekräftigste Kennzahl in der Jahresrechnung. Mittelfristig muss dieses Ergebnis positiv sein.
Die Gemeindeversammlung vom 22. November 2012 hat den Gemeinderat beauftragt Massnahmen zu erarbeiten, welche mittelfristig (bis 2018) eine ausgeglichene Jahresrechnung ergeben. Der Gemeinderat hat die Departemente beauftragt, die finanziellen Auswirkungen der Aufgaben aufzuzeigen. Dabei sind mögliche Sparmassnahmen zu prüfen, aber auch Massnahmen zur Optimierung der verwaltungsinternen Prozesse zu erarbeiten. Zusammen mit dem Budget 2015 und dem Finanzplan wird der Gemeinderat den erarbeiteten Massnahmenplan der Gemeindeversammlung in geeigneter Form unterbreiten.
Dass der Aufwandüberschuss rund 2.5 Mio. anstatt der budgetierten 6 Mio. beträgt und das operative Ergebnis mit minus 2.5 Mio. rund eine Million besser ausfällt als im Vorjahr, ist erfreulich und beruht auch auf Anstrengungen, die in allen Bereichen der Verwaltung gemacht wurden. So gesehen geht die Entwicklung in die richtige Richtung, doch ist klar, dass wir noch nicht am Ziel sind. Das zeigt nur schon der tiefe Selbstfinanzierungsgrad von 19 Prozent.
Zum besseren Ergebnis haben neben dem tieferen Personalaufwand geringere Beiträge an die Pflegefinanzierung sowie Mehrerträge im Forst beigetragen. Letzteren stehen allerdings auch höhere Kosten als budgetiert gegenüber, doch ist der Saldo positiv. Stark spürbar ist der Rückgang bei den Gewinnsteuern. Anstatt der im Rechnungsjahr 2012 ausgewiesenen 2.6 Mio. wurden nur 1.3 Mio. Gewinnsteuer vereinnahmt, was einen entsprechenden Effekt auf den Abschluss hatte.
Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die Anstrengungen unvermindert weitergehen müssen, damit im Jahr 2018 ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden kann. Diese Anstrengungen umfassen ein Bündel von Massnahmen. Ausgaben- und Budgetdisziplin gehören ebenso dazu wie die Weiterführung und Vertiefung des im Jahr 2013 begonnenen Massnahmenplanes. Der Gemeinderat ist indessen überzeugt, dass es auch eine höhere Dotierung des Lastenausgleichs braucht. Dabei ist daran zu erinnern, dass

Glarus Süd für annähernd zwei Drittel der Fläche des Kantons verantwortlich ist, aber nur etwa einen Viertel des Steueraufkommens erzielt.
Die finanzielle Situation der Gemeinde Glarus Süd ist somit nach wie vor unvermindert angespannt. Finanzdisziplin bleibt für alle Beteiligten eine unerlässliche Bedingung für eine gesunde Entwicklung der Gemeindefinanzen.

2.2. Gesamtübersicht Jahresrechnung 2013

Die Jahresrechnung 2013 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 2'553'681 ab. Der Gesamtaufwand der Erfolgsrechnung beträgt Fr. 49'411'379 und der Gesamtertrag Fr. 46'857'698. Die vorgeschriebenen Abschreibungen nach HRM2 von Fr. 3'675'489 wurden vorgenommen. Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf Fr. 6'564'549. Daraus ergibt sich ein Finanzierungsfehlbetrag von Fr. 5'308'071. Bei einem Cash Flow von Fr. 1'256'478 wird ein Selbstfinanzierungsgrad von 19% erreicht.

2.3. Gestufter Erfolgsausweis nach HRM2

Der gestufte Erfolgsausweis ermöglicht das jährliche Ergebnis der Jahresrechnung in kurzer Zeit zu überblicken. Das operative Ergebnis, d.h. das Ergebnis vor den ausserordentlichen Ausgaben und Einnahmen ist die wichtigste und damit die aussagekräftigste Kennzahl in der Jahresrechnung. Mittelfristig muss dieses Ergebnis positiv sein. Das operative Ergebnis 2013 weist einen Aufwandüberschuss von Fr. 2'501'550 aus und ist damit um Fr. 1'034'354 besser als das Vorjahr.

a. Personalaufwand (30)

Der Personalaufwand 2013 beträgt Fr. 21'932'901 und ist damit Fr. 1'326'399 besser als budgetiert. Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Personalaufwand um Fr. 729'118 reduziert werden. Ferien- und Überzeitguthaben sind mittels Rückstellung abzugrenzen. Der Ferien- und Gleitzeitsaldo aller Mitarbeiter ist mit Fr. 311'908 um Fr. 57'889 tiefer als im Vorjahr.
Im Lohnaufwand der Lehrpersonen (KA 302) sind auch die Lohnkosten von Fr. 532'100 für die Führung der Deutsch-Intensiv-Klassen (KST 33090) für alle drei Gemeinden enthalten. 2/3 der Kosten werden durch die beiden anderen Gemeinden (KA 4612.00) zurückerstattet.

b. Sach- und übriger Betriebsaufwand (31)

In dieser Sachgruppe sind enthalten: Material- und Warenaufwand, nicht aktivierbare Anlagen, Ver- und Entsorgung, Dienstleistung Dritter und Honorare, Unterhalt Mobilien, baulicher Unterhalt, Mieten, Pachten, Leasing, Benützungsgebühren, Spesenentschädigung, Wertberichtigung auf Forderungen und der übrige Betriebsaufwand. Die Details zum Sach- und übrigen Betriebsaufwand sind in der Erfolgsrechnung nach Artengliederung ersichtlich. Die grössten Abweichungen sind im Forstbetrieb und beim Unterhalt Strassen/Verkehrswege inkl. Schneeräumung zu verzeichnen. Für das Projekt Linthal 2015 wurde für die Schneise der Stromleitung mehr Holz genutzt als dies geplant war. Diese Mehraufwendungen führten aber auch zu Mehrerträgen im Forstbetrieb, so dass das Gesamtergebnis der Kostenstelle Forst besser als budgetiert abschliesst. Die Mehrerträge sind in den Kostenarten 4240.00 Dienstleistungen, 4250.00 Holzverkäufe und 4631.00 Kantonsbeiträge berücksichtigt.

c. Abschreibungen (33)

Die Abschreibungen sind degressiv, richten sich nach der Nutzungsdauer und werden je nach Anlagekategorie entsprechend der Finanzhaushaltsverordnung vorgenommen. Nach HRM2 werden z.B. Gebäude mit 15%, d.h. mit einer Nutzungsdauer von 33 Jahren abgeschrieben, während Leitungsnetze und Gewässerverbauungen mit 8% und damit innert 50 Jahren abgeschrieben werden müssen. Mit der neuen Regelung fallen die Abschreibungsbeträge überall dort an, wo sie funktional und institutionell einer Kostenstelle zugeordnet werden können. Die Abschreibungssätze richten sich nach den Vorschriften des HRM2. Die Ausnahme bildet dabei die Abschreibung der aktivierten Investitionsbeiträge der ehemaligen Gemeinden, diese wurden mit 10% analog bisheriger Praxis abgeschrieben. Anlagen, die sich im Bau befinden, werden nicht abgeschrieben, da ihre Nutzung noch nicht begonnen hat. Es wurden keine zusätzlichen Abschreibungen getätigt.

d. Einlage in Fonds und Spezialfinanzierungen (35)

Gemäss Artikel 90 der Gemeindeordnung sind die Erträge aus Bodenverkäufen sowie Zinsen für im Baurecht abgegebene Parzellen für den Erwerb von Landreserven, für die Erschliessung von Quartieren sowie die Erneuerung in den Ortskernen zu verwenden. Die zweckgebundenen Erträge von Fr. 109'866 wurden dem Fonds Baurechtszinsen zugewiesen. Die Einlagen in die Spezialfinanzierungen betragen bei der Abwasserversorgung Fr. 394'711 und bei der Kehrichtentsorgung Fr. 48'587 und schliessen damit mit einem Ertragsüberschuss ab. Die noch nicht benötigten Beiträge von Bund und Kanton aus dem Projekt „Glarus Süd sind wir" wurden in den Fonds für Gemeindeanlässe und Dorffeste eingelegt.

e. Transferaufwand (36)

Der Transferaufwand enthält Ertragsanteile an Dritte, Entschädigungen an Gemeinwesen und Beiträge an Gemeinwesen und Dritte. Berücksichtigt sind hier insbesondere die Kosten für die Pflegefinanzierung. Die Kosten für die Pflegefinanzierung für die Gemeinde Glarus Süd betragen für das Jahr 2013 Fr. 1'338'823 und sind damit Fr. 445'493 tiefer als im Vorjahr. Der Grund für die tieferen Kosten bei der Pflegefinanzierung ist die Erhöhung der Ergänzungsleistungen EL. Die Gemeinde wird dadurch entlastet. Ebenfalls im Transferaufwand enthalten sind die Beiträge an die Organisationen ohne Erwerbszweck (Vereine). Die Erträge aus den Kurtaxen von Fr. 539'862 wurde vollumfänglich den beiden Tourismusverbänden Elm und Braunwald weitergeleitet.

f. Interne Verrechnungen (39)

Die internen Verrechnungen sind Belastungen und Gutschriften zwischen verschiedenen Dienststellen. Müssen für eine bestimmte öffentliche Aufgabe die Gesamtkosten ermittelt werden, sind die entsprechenden internen Verrechnungen vorzunehmen. Üblicherweise handelt es sich dabei um Übertragungen von Personal- und Sachaufwendungen. Da der entsprechende Ertrag auf der Kostenart 49 gebucht wird, sind die internen Verrechnungen erfolgsneutral. Die geleisteten Stunden aller Mitarbeiter des Forst- und des Werkbetriebes werden erfasst und einer Auftragsnummer zugeteilt. Die Zeiterfassung mit den entsprechend definierten Aufträgen ermöglicht es am Ende Jahr eine genaue interne Verrechnung der geleisteten Arbeitsstunden vorzunehmen.

g. Ausserordentlicher Aufwand (38)
Als a.o. Aufwand verbucht wurden die Unfallversicherungsbeiträge (NBU) aus dem Jahr 2011 für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Bei der Ersterfassung der Löhne hatte sich ein Fehler in der Berechnung der Lohnabzüge zu Lasten des Arbeitgebers ergeben.

h. Fiskalertrag (40)
In der Kostenart 40 enthalten sind neben den Steuererträgen auch die Hundesteuern und die Besitz- und Aufwandsteuer (bei der Gemeinde sind dies die Kurtaxen).

Die Gesamtsteuerbelastung betrug im 2013 114%, davon erhält der Kanton 54% und die Gemeinden 60%.
Der Nettosteuerertrag setzt sich wie folgt zusammen:

Steuererträge 2012 – 2013 der Gemeinde Glarus Süd

in Fr. 1'000	Rechnung 2013	Budget 2013	Rechnung 2012	Δ R2013 - R2012	Δ B2013 - B2012
Einkommenssteuern	16'989	16'300	16'248	741	689
Vermögenssteuern	2'425	2'120	2'108	316	304
Gewinnsteuern	1'297	1'680	2'656	-1'359	-383
Kapitalsteuern	178	170	132	45	8
Sondereffekt	-223	0	449	-671	-223
Total	**20'666**	**20'270**	**21'592**	**-926**	**396**

Der Nettosteuerertrag 2013 von Fr. 20'666'266 ist damit Fr. 926'000 tiefer als im Vorjahr, aber um Fr. 396'266 höher als budgetiert. Der Hauptgrund liegt hier bei der Gewinnsteuer der juristischen Personen, welche mit einer Abnahme von Fr. 1'358'727 gegenüber dem Vorjahr die Steuerabrechnung 2013 der Gemeinde Glarus Süd empfindlich negativ beeinflusst.

Ressourcenausgleich 2013

	Einwohner	Steueraufkommen	Steueraufkommen	Potential	Index
GL Nord	17'093	37'278'633	62'131'055	3'635	98
GL Mitte	12'302	29'457'940	49'096'566	3'991	107
GL Süd	**9'899**	**20'971'986**	**34'953'310**	**3'531**	**95**
	39'294	87'708'559	146'180'932	3'720	100

Ressourcenausgleich 2012 (zum Vergleich)

	Einwohner	Steueraufkommen	Steueraufkommen	Potential	Index
GL Nord	16'803	34'153'138	56'921'897	3'388	95
GL Mitte	12'231	27'646'598	46'077'664	3'767	106
GL Süd	9'879	21'201'694	35'336'146	3'577	101
	38'913	83'001'430	138'335'717	3'555	100

Im Vergleich zu den beiden anderen Gemeinden konnte die Gemeinde Glarus Süd nicht vom allgemein höheren Steueraufkommen profitieren.

Der Ressourcenausgleich ist ein Kernelement des Finanzausgleichs. Er bezweckt die Unterschiede zwischen den Gemeinden, die sich aufgrund unterschiedlicher Wirtschafts- und Steuerkraft ergeben, zu mildern. Die ressourcenschwachen Gemeinden erhalten zusätzliche Mittel, wobei die übrigen Gemeinden den Ausgleich finanzieren. Der Ressourcenausgleich wird vollständig von den Gemeinden finanziert. Mit dem Ressourcenausgleich wird der Gemeinde eine Mindestausstattung an nicht zweckgebundenen Finanzmittel garantiert. Die Mindestausstattung bezeichnet den Prozentsatz vom durchschnittlichen kantonalen Ressourcenindex (100%) bis zu welchem ein Ressourcenausgleich zu erfolgen hat. Die Mindestausstattung beträgt 85%. Der Finanzausgleich zwischen den Gemeinden kommt damit nicht zum Tragen.

Ressourcenpotential: Die Basis für die Berechnung bildet der Ertrag aus der einfachen Steuer (Einkommens-, Vermögens-, Gewinn- und Kapitalsteuer). Dieser wird durch die Anzahl der Einwohner dividiert.

i. Regalien und Konzessionen (41)

Die Erträge aus Wasserzins und Nutzungskonzessionen betragen Fr. 2'427'006.

KLL Kraftwerke Linth-Limmern AG	Fr.	1'756'137
Wasserzinsen Fätschbach	Fr.	33'200
TB Glarus, Luchsingen	Fr.	10'638
KWM Kraftwerke Mühlebach	Fr.	62'668
SN Energie AG	Fr.	316'307
Tbgs, Entschädigungen Kraftwerke	Fr.	78'211
Vorzugsenergie ehemals Gemeinde Linthal	Fr.	150'000
Diverse Quellrechte	Fr.	11'093

k. Entgelte (42)

Als Entgelte sind Einnahmen für Wasser, Abwasser und Kehrichtgebühren, aber auch Holzverkäufe, sonstige Benützungsgebühren und Dienstleistungen verbucht. Die Gebühren der Spezialfinanzierungen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Kehrichtentsorgung konnten für das Jahr 2013 rechtzeitig in Rechnung gestellt werden.

Die Spezialfinanzierung Wasserversorgung schliesst mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 220'000.17 ab. Dieser Betrag kann dem Ausgleichskonto 29001.01 entnommen werden und wird der Erfolgsrechnung gutgeschrieben. Damit reduziert sich das Guthaben der Wasserversorgung (Kto. 29001.01) auf Fr. 1'057'436. Die Spezialfinanzierungen Abwasserentsorgung und Kehrichtentsorgung schliessen mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 394'711 bzw. Fr. 48'587 ab. Die entsprechenden Guthaben (Kto. 29002.01 und Kto. 29003.01) werden der Erfolgsrechnung belastet und den Spezialfinanzierungen gutgeschrieben. Die Guthaben und das Anlagevermögen der Spezialfinanzierungen werden mit 1.54% verzinst.

Alle Spezialfinanzierungen weisen per 31.12.2013 ein Guthaben aus.

Wasserversorgung	Fr.	1'057'436
Abwasserbeseitigung	Fr.	3'681'111
Abfallentsorgung	Fr.	1'041'551

l. Finanzertrag (44)
Der Finanzertrag enthält die Erträge aus langfristigen Finanzanlagen, alle Miet- und Pachtzinsen sowie den Finanzertrag aus selbständigen und unselbständigen Gemeindebetrieben.

m. Transferertrag (46)
Der Transferertrag enthält die Ertragsanteile von Bund und Kanton. Ebenfalls darin enthalten sind die Defizitbeiträge an die Feuerwehr, die Beiträge an die Anschaffungen der Feuerwehr sowie die Stützpunktbeiträge. Die Nettoausgaben bei den Kostenstellen Feuerwehr werden mit 80% subventioniert. Im Transferertrag enthalten sind aber auch der Anteil aus der Grundstückgewinnsteuer, der Anteil aus dem Lastenausgleich und der Kostenanteil der andern Gemeinden an der Führung der Deutsch-Intensivklasse in Rüti.

Der Lastenausgleich ist auf Fr. 1'000'000.- pro Jahr festgelegt. Aufgrund der Gewichtung (Alpen 20%, Waldfläche 20% und Bevölkerungsdichte 60%) entfällt auf die Gemeinde Glarus Süd einen Anteil von Fr. 666'035.- aus dem Lastenausgleich.

Gemeinde	Alpen	Wald	Einwohner	Fläche	Index %	Betrag	Total
GL Nord	45'517	57'838	17'093	146.98		85'302	188'657
Glarus	26'873	34'869	12'302	103.62		83'566	145'308
GL Süd	**127'610**	**107'293**	**9'899**	**430.18**		**431'132**	**666'035**
	200'000	200'000	39'293	680.78	100	600'000	1'000'000

n. Ausserordentlicher Ertrag (48)
Rückerstattung der Versicherung aus dem Vorjahr.

2.4. Erfolgsrechnung nach Kostenarten
Die grössten Abweichungen Budget – Rechnung 2013

Nr.	Kostenart	Re 2013	Bu 2013	Abweichung - Mehraufwand
301	Löhne Verwaltungspersonal	8'723'943	9'458'400	734'459
302	Löhne der Lehrkräfte	9'148'506	9'406'100	257'594
309	Übriger Personalaufwand	200'219	413'200	212'980
310	Material- und Warenaufwand	1'271'092	1'668'100	397'008
311	Nicht aktivierbare Anlagen	536'224	807'900	271'676
313	Dienstleistung und Honorare	3'802'415	4'162'700	360''285
314	Baulicher Unterhalt	4'689'364	3'505'500	-1'183'864
330	Abschreibungen Sachanlagen	3'179'545	3'731'000	551'455
332	Abschreibungen imm. Anlagen	65'700	369'453	-273753
351	Einlagen in Fonds und Spez.	640'403	408'700	-231'703
363	Beiträge Gemeinwesen/Dritte	3'629'543	3'862'300	232'757
Nr.	Kostenart	Re 2013	Bu 2013	Abweichung - Minusertrag
400	Steuern natürliche Personen	19'431'463	18'450'000	981'463

401	Steuern juristische Personen	1'454'488	1'850'000	-395'512
412	Konzessionen	2'427'056	2'208'000	219'056
424	Benützungsgebühren und DL	6'340'654	5'847'800	492'854
425	Erlös aus Verkäufen	1'978'143	1'554'000	424'143
446	Finanzertrag öfftl. Unternehm.	402'496	651'000	-248'504
447	Liegenschaftsertrag VV	707'314	432'900	274'414
451	Entnahme aus Fonds und Spez.	505'734	714'700	-208'966

Die grössten Abweichungen finden sich bei der Kostenart 341:

3141 Unterhalt Strassen / Verkehrswege Fr. 366'510 (inkl. Schneeräumung)

3145 Unterhalt Wald Fr. 689'797

Mehraufwendungen Dritter für Holzereiarbeiten (Schneise Stromleitung Linthal 2015 sowie bei der ordentlichen Waldpflege). Diese Mehraufwendungen wurden mit geringeren Lohnkosten sowie den höheren Erträgen auf den Kostenarten 4240.00 / 4250.00 ausgeglichen.

2.5. Erfolgsrechnung nach Kostenstellen

Die Erfolgsrechnung wird nach Kostenarten und nach Kostenstellen ausgewiesen. Die Erfolgsrechnung nach Kostenarten zeigt die Sachgruppe bzw. die Art der Mittelverwendung auf. Die Erfolgsrechnung nach Kostenstellen zeigt auf, wo die Mittel verwendet wurden. Die Kostenstellen sind nach Departementen und Aufgaben gegliedert und die Kosten werden pro Departement ausgewiesen.

2.6. Investitionsrechnung 2013

Die Nettoinvestitionen betragen Fr. 6'564'549 und sind damit tiefer als budgetiert (im Budget Nettoinvestitionen von Fr. 9'265'000).

Investitionsausgaben		Rechnung 2013	Budget 2013
5010	Strassen und Verkehrswege	1'540'954	2'080'000
5020	Wasserbau	575'387	1'600'000
5030	Übrige Tiefbauten allgemein	399'740	1'525'000
5031	Tiefbauten Wasserwerk	1'022'298	1'865'000
5032	Tiefbauten Abwasserbeseitigung	991'114	500'000
5040	Hochbauten	2'992'142	4'725'000
5050	Waldungen	204'615	0
5060	Mobilien	742'906	820'000
5290	Immaterielle Anlagen	380'588	490'000
5660	Investitionsbeiträge an priv. Organisationen	381'857	0
5670	Investitionsbeiträge an private Haushalte	133'214	60'000
	Aktivierte Ausgaben	**9'564'815**	13'865'000
Investitionseinnahmen		Rechnung	Budget 2013

		2013	
6300	Investitionsbeiträge vom Bund	809'757	1'493'000
6310	Investitionsbeiträge von Kanton	820'728	2'357'000
6320	Investitionsbeiträge von Gemeinden	200'000	0
6340	Investitionsbeiträge von öffl. Unternehmungen	360'965	520'000
6350	Investitionsbeiträge von priv. Unternehmungen	350'797	30'000
6360	Investitionsbeiträge von priv. Organisationen	30'000	0
6370	Investitionsbeiträge von priv. Haushalten	428'021	200'000
	Passivierte Einnahmen	**3'000'268**	4'600'000

Bei der Kostenart 6350 sind Beiträge von Fr. 210'000.- von der Patenschaft für Berggemeinden enthalten.
Die Übertragungskredite der Investitionsrechnung betragen Fr. 5'272'412 und sind in der Tabelle Nr. 2.9.7 im Anhang aufgelistet.

2.7. Bilanz 2013

Die Eröffnungsbilanz 2011 wurde auf Basis der genehmigten Jahresrechnungen der ehemaligen Gemeinden erstellt. Mit dem Inkrafttreten des Finanzhaushaltgesetzes ist eine Neubewertung des Finanzvermögens nach HRM2 vorzunehmen. Das Finanzvermögen ist auf Basis der Verkehrswerte vollständig neu zu bewerten. Die Bewertungskorrekturen werden über das Passivkonto "Neubewertungsreserve Finanzvermögen" gebucht. Beim Verwaltungsvermögen musste keine Neubewertung vorgenommen werden. Davon ausgenommen sind Darlehen (144) und Beteiligungen (145).
Es bestehen weiterhin noch Pendenzen aus der Bilanzbereinigung im Zusammenhang mit HRM2. Folgende Pendenzen mit Auswirkungen auf die Bilanzstruktur konnten im 2013 bereinigt werden:

a.) zu Gunsten Eigenkapital (299)
Auflösung von Rückstellungen von Fr. 300'000

b.) zu Gunsten Neubewertungsreserven Verwaltungsvermögen VV (295)
Korrektur der Wertberichtigung von Fr. 12'399.- nach Rückzahlung von Darlehen im VV.

c.) zu Gunsten Neubewertungsreserven Finanzvermögen FV (296)
Gemäss HRM2 erfolgen die Folgebewertungen zum Verkehrswert am Bilanzstichtag, wobei jährlich eine systematische Neubewertung der Finanzanlagen stattfindet. Die Neubewertung basiert auf der letztjährigen testierten Jahresrechnung, d.h. in diesem Fall per 31.12.2012. Der Kapitalisierungssatz für die Bewertung der Aktien am 31.12.2012 beträgt 7.5%. Die Schwankungen werden über die Neubewertungsreserven gebucht und beeinflussen das Jahresergebnis nicht.
Gemäss den Bestimmungen von HRM2 sind Liegenschaften im Finanzvermögen, deren Wert Fr. 100'000 übersteigt, durch eine unabhängige Stelle einzuschätzen und zum Verkehrswert zu bilanzieren. Das Departement Werke und Umwelt hat per 31.12.2013 eine aktuelle Liste mit den Gebäuden im Finanzvermögen erstellt. Die Gesamtbewertung aller Gebäude im Finanzvermögen (1084) beläuft sich per 31.12.2013 auf Fr. 5'999'005.

Durch die Neubewertung der Finanzanlagen und der Gebäude im Finanzvermögen erhöhen sich die Neubewertungsreserven um Fr. 2'275'509 auf Fr. 20'295'063. Mit eingerechnet ist dabei auch die Abschreibung der Vorräte von Fr. 103'688 (Brennholz, Schnitzelholz oder die Heizölreserven). Die Vorräte werden bis zur Einführung der Kosten-Leistungsrechnung nicht mehr in der Bilanz aufgeführt.

Im Jahr 2013 wurden folgende Gebäude verkauft:

- Ehemalige Gemeindehaus Braunwald
- Touristenlager in Matt
- Alter Adler in Haslen

Die oben erwähnten Korrekturen der Bilanzstruktur sind erfolgsneutral und haben somit keinen Einfluss auf die Erfolgsrechnung 2013.

2.8. Kennzahlen auf einen Blick
Zur Beurteilung der Finanzlage werden nach HRM2 neue Finanzkennzahlen eingeführt. Die Kennzahlen auf einen Blick und die entsprechenden Wertungen sind ausgewiesen.

2.9. Anhang zur Jahresrechnung
Folgende zusätzliche Angaben werden den Stimmbürgern unterbreitet:

2.9.1. Grundsätze der Jahresrechnung / Bewertungsgrundsätzen nach HRM2
2.9.2. Eigenkapitalnachweis
2.9.3. Beteiligungsspiegel
2.9.4. Gewährleistungs- und Beteiligungsspiegel
2.9.5. Zusätzliche Angaben zur Jahresrechnung
2.9.6. Langfristige Verbindlichkeiten

2.9.7. Kreditkontrolle / Verpflichtungskredite
Der Nachtragskredit ist die Ergänzung eines nicht ausreichenden Budgetkredits. Der Zusatzkredit (in der Regel bei der Investitionsrechnung) ist die Ergänzung eines nicht ausreichenden Verpflichtungskredits. Der Gemeinderat hat der Budgetbehörde (Gemeindeversammlung) Kreditüberschreitungen anlässlich der Genehmigung der Jahresrechnung zu begründen und um Entlastung zu ersuchen. Gemäss Art. 15 der Gemeindeordnung kann der Gemeinderat bis Fr. 25'000.– oder 10% des bewilligten Kredites einen Nachtragskredit zum Budget in eigener Kompetenz bewilligen. Nachtragskredite über Fr. 25'000.– oder 10% des bewilligten Kredites müssen von der Gemeindeversammlung genehmigt werden.
Unter Berücksichtigung der Finanzlage hat der Gemeinderat beschlossen, die Finanzkompetenzen der Departemente sehr restriktiv umzusetzen. Frei bestimmbare Ausgaben ausserhalb des Budgets dürfen nur mit Zustimmung des Gemeinderates getätigt werden. Als Kontrollsystem hat sich der monatliche Verwaltungsrapport bewährt. Über die Beschlüsse des Gemeinderates mit Finanzfolgen wird eine fortlaufende Liste geführt, aufgeteilt in Nachtrags- und Zusatzkredite. Die Zusatzkredite der Investitionsrechnung von Fr. 424'108.50 werden der Gemeindeversammlung zur Genehmigung vorgelegt. Die Übertragungskredite betragen Fr. 5'272'412 und sind der

Gemeindeversammlung zur Kenntnisnahme zu bringen (siehe Tabelle Nr. 2.9.7 im Anhang).
A. Übertragungskredite zur Kenntnisnahme
B. Zusatzkredite zur Genehmigung

2.9.8. Nachtragskredite der Erfolgsrechnung
Die Nachtragskredite zu Budget 2013 der Erfolgsrechnung betragen Fr. 2'859'307 und sind nach Departementen aufgelistet. Während das alte Finanzhaushaltrecht sämtliche Überschreitungen von Budgetkrediten als Nachtragskredite bezeichnete, unterscheidet das neue Finanzhaushaltgesetz (FHG) zwischen Nachtragskrediten (Art. 51 FHG) und Kreditüberschreitungen (Art. 52 FHG). Die Nachtragskredite sind der Gemeindeversammlung zur Genehmigung vorzulegen.

Summe der zu genehmigenden Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen 2013

	Departement	Nachtragskredite Art. 51 FHG	Nachtragskredite Gebundene Ausgaben Kreditüberschreitungen Art. 52 FHG	Total Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen Erfolgsrechnung
1	Präsidiales	13'650	52'449	66'099
2	Wirtschaft u. Finanzen	0	85'144	85'144
3	Schule	0	144'450	144'450
4	Gesellschaft u. Tourismus	64'270	28'144	92'414
5	Sicherheit und Freizeit	0	124'637	124'637
6	Werke und Umwelt Abt. Tief- und Hochbau	38'612	1'074'223	1'112'835
6	Werke und Umwelt Abt. Grün	131'948	1'101'780	1'233'728
	Total	**248'480**	**2'610'877**	**2'859'307**

Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen zum Budget 2013 betragen Fr. 2'859'307. Sie konnten damit fast halbiert werden, betrugen sie doch im Vorjahr Fr. 5'469'927.

Ausnahme: Nicht als Nachtragskredite wurden die Budgetüberschreitungen bei den Löhnen des Lehrpersonals auf den verschiedenen Kostenstellen ausgewiesen oder mitgerechnet, da der Gesamtlohnaufwand für die Lehrpersonen (KA 3020) um Fr. 257'594.25 tiefer als budgetiert ausgefallen ist.

Die Finanzverwaltung Glarus Süd gibt bei Fragen gerne persönlich Auskunft. Sie erreichen uns unter Telefon 058 611 92 52 oder unter finanzen@glarus-sued.ch. Die detaillierten Unterlagen zur Erfolgsrechnung nach Kostenarten und Kostenstellen sind auf der Homepage www.glarus-sued.ch unter "Politik / Gemeindeversammlung" abrufbar. Auf Wunsch können wir Ihnen die detaillieren Unterlagen auch per Post zustellen.

Gemeinde Glarus Süd
2.2. Jahresrechnung 2013: Gesamtüberblick

	Rechnung 2013	Budget 2013	Rechnung 2012
ERFOLGSRECHNUNG			
Total Aufwand	49'411'379	50'390'300	52'622'709
Total Ertrag	46'857'698	44'360'900	50'971'164
Ertragsüberschuss	-	-	-
Aufwandüberschuss	**2'553'681**	**6'029'400**	**1'651'544**
NETTOINVESTITIONEN			
Investitionsausgaben	9'564'815	13'865'000	6'774'432
Investitionseinnahmen (-)	-3'000'266	-4'600'000	-3'130'722
Nettoinvestitionen	**6'564'549**	**9'265'000**	**3'643'710**
FINANZIERUNG			
Zunahme Nettoinvestitionen	6'564'549	9'265'000	3'643'710
Abschreibungen (33,36) (-)	-3'675'489	-3'974'700	-3'759'970
Aufwandüberschuss ER	2'553'681	6'029'400	1'651'544
Ertragsüberschuss ER	-	-	-
Einlagen in Fonds und SPF im EK (351,389)(-)	-640'403	-408'700	-1'868'626
Entnahmen aus Fonds und SPF im EK (451,489)	505'734	714'700	212'863
Finanzierungsfehlbetrag	**5'308'071**	**11'625'700**	-
Finanzierungsüberschuss	-	-	**-120'478**
KAPITALVERÄNDERUNG			
Finanzierungsfehlbetrag	5'308'071	11'625'700	-
Finanzierungsüberschuss	-	-	-120'478
Aktivierungen Verwaltungsvermögen	-9'564'815	-13'865'000	-6'774'432
Passivierungen Verwaltungsvermögen	3'000'266	4'600'000	3'130'722
Passivierungen Abschreibungen	3'675'489	3'974'700	3'759'970
Einlagen in Fonds und SPF im EK (351,389)	640'403	408'700	1'868'626
Entnahmen aus Fonds und SPF im EK (451,489)	-505'734	-714'700	-212'863
Abnahme Eigenkapital	**2'553'681**	**6'029'400**	**1'651'544**
Zunahme Eigenkapital	-	-	-
SELBSTFINANZIERUNG / Cashflow / Cashdrain			
Abschreibungen	3'675'489	3'974'700	3'759'970
Aufwandüberschuss	-2'553'681	-6'029'400	-1'651'544
Ertragsüberschuss	-	-	-
Einlagen in Fonds und SPF im EK (351,389)	640'403	408'700	1'868'626
Entnahmen aus Fonds und SPF im EK (451,489)	-505'734	-714'700	-212'863
Cashdrain	-	**-2'360'700**	-
Cashflow	**1'256'478**	-	**3'764'189**
Selbstfinanzierungsgrad	**19%**	**-25%**	**103%**

Gemeinde Glarus Süd
2.3. Jahresrechnung 2013: Gestufter Erfolgsausweis nach HRM2

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2013		Abweichung Budget	Rechnung 2012
30	Personalaufwand	21'932'901	23'259'300		1'326'399	22'662'019
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	12'980'196	12'572'500		-407'696	13'142'225
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	3'548'998	3'826'700		277'702	3'629'175
35	Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	640'403	408'700		-231'703	1'868'626
36	Transferaufwand ohne Abschreibungen	3'999'104	4'296'800		297'696	4'154'241
36	Davon Abschreibungen im Transferaufwand	126'491	148'000		21'509	130'796
39	Interne Verrechnungen	5'660'051	5'091'800		-568'251	6'186'603
	Betrieblicher Aufwand	**48'888'145**	**49'603'800**	**1)**	**715'655**	**51'773'683**
40	Fiskalertrag	21'530'453	20'957'000		-573'453	22'286'731
41	Regalien und Konzession	2'427'056	2'208'000		-219'056	2'056'603
42	Entgelte	9'375'144	8'406'300		-968'844	10'120'796
43	Verschiedene Erträge	217'283	215'000		-2'283	103'869
45	Entnahmen aus Fonds u. Spezialfinanzierung	507'234	714'700		207'466	224'062
46	Transferertrag	4'972'988	4'755'000		-217'988	4'995'298
49	Interne Verrechnungen	5'660'051	5'091'800		-568'251	6'186'603
	Betrieblicher Ertrag	**44'690'209**	**42'347'800**	**2)**	**-2'342'409**	**45'973'962**
	Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	**-4'197'936**	**-7'256'000**		**-3'058'064**	**-5'799'721**
34	Finanzaufwand	458'646	786'500	**1)**	327'854	825'804
44	Finanzertrag	2'155'032	2'013'100	**2)**	-141'932	3'089'622
	Ergebnis aus Finanzierung	**1'696'385**	**1'226'600**		**-469'785**	**2'263'818**
	Operatives Ergebnis	***-2'501'550***	***-6'029'400***		***-3'527'850***	***-3'535'904***
38	Ausserordentlicher Aufwand	64'588	0	**1)**	-64'588	23'221
48	Ausserordentlicher Ertrag	12'457	0	**2)**	-12'457	1'907'581
	Ausserordentliches Ergebnis	***-52'131***	***0***		***52'131***	***1'884'359***
	Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	***-2'553'681***	***-6'029'400***		***-3'475'719***	***-1'651'544***

Gesamtaufwand / Gesamtertrag				
1) Betr. Aufwand + Finanzaufwand + a.o. Aufwand	49'411'379	50'390'300		52'622'709
2) Betr. Ertrag + Finanzertrag + a.o. Ertrag	46'857'698	44'360'900		50'971'164
Aufwandüberschuss (-) / Ertragsüberschuss	-2'553'681	-6'029'400		-1'651'544

Gemeinde Glarus Süd
2.4. Jahresrechnung 2013: Erfolgsrechnung nach Kostenarten

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2013	Rechnung 2012
	Erfolgsrechnung	**-2'553'680.96**	**-6'029'400.00**	**-1'651'544.22**
3	**Aufwand**	**49'411'379.10**	**50'390'300.00**	**52'622'708.67**
30	**Personalaufwand**	**21'932'900.70**	**23'259'300.00**	**22'662'018.75**
300	Behörden und Kommissionen	593'459.55	596'700.00	611'619.20
301	Löhne des Verwaltungs und Betriebspersonals	8'723'940.75	9'458'400.00	8'907'636.35
302	Löhne der Lehrkräfte	9'148'505.75	9'406'100.00	9'544'981.55
305	Arbeitgeberbeiträge	3'179'267.00	3'273'900.00	3'339'360.00
306	Arbeitgeberleistungen	87'508.50	111'000.00	62'628.00
309	Übriger Personalaufwand	200'219.15	413'200.00	195'793.65
31	**Sach und übriger Betriebsaufwand**	**12'980'196.14**	**12'572'500.00**	**13'142'224.51**
310	Material und Warenaufwand	1'271'091.60	1'668'100.00	1'367'275.73
311	Nicht aktivierbare Anlagen	536'223.68	807'900.00	593'117.92
312	Ver- und Entsorgung	1'125'940.03	1'021'900.00	1'036'663.00
313	Dienstleistungen und Honorare	3'802'364.81	4'162'700.00	5'995'948.07
314	Baulicher Unterhalt	4'689'363.88	3'505'500.00	2'726'100.85
315	Unterhalt Mobilien und immaterielle Anlagen	634'524.06	642'000.00	588'168.94
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	283'545.44	308'300.00	283'967.45
317	Spesenentschädigung	352'356.30	401'000.00	353'058.75
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	210'275.39	50'000.00	175'841.30
319	Verschiedener Betriebsaufwand	74'510.95	5'100.00	22'082.50
33	**Abschreibungen Verwaltungsvermögen**	**3'548'998.13**	**3'826'700.00**	**3'629'174.65**
330	Sachanlagen Verwaltungsvermögen	3'179'544.68	3'731'000.00	3'266'127.55
332	Abschreibungen immaterielle Anlagen	369'453.45	95'700.00	363'047.10
34	**Finanzaufwand**	**458'646.35**	**786'500.00**	**825'804.36**
340	Zinsaufwand	214'180.30	489'200.00	600'030.46
341	Realisierte Kursverluste	629.10	0.00	0.00
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	243'836.95	297'300.00	225'773.90
35	**Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen**	**640'403.22**	**408'700.00**	**1'868'626.03**
351	Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen im EK	640'403.22	408'700.00	1'868'626.03
36	**Transferaufwand**	**4'125'595.41**	**4'444'800.00**	**4'285'036.39**
360	Ertragsanteile an Dritte	101'513.00	140'500.00	108'150.00
361	Entschädigungen an Gemeinwesen	262'548.15	294'000.00	274'824.76
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'635'043.11	3'862'300.00	3'771'266.03
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	126'491.15	148'000.00	130'795.60
38	**Ausserordentlicher Aufwand**	**64'588.10**	**0.00**	**23'221.25**
380	Ausserordentlicher Personalaufwand	64'588.10	0.00	21'701.25
384	Ausserordentlicher Finanzaufwand	0.00	0.00	1'520.00
39	**Interne Verrechnung**	**5'660'051.05**	**5'091'800.00**	**6'186'602.73**
390	Material und Warenbezüge	40'110.60	23'000.00	54'837.25
391	Dienstleistungen und Personalkosten	4'363'739.85	3'753'000.00	4'750'323.20
392	Pacht, Mieten, Benützungskosten	779'325.24	771'700.00	864'125.05
393	Betriebs und Verwaltungskosten	212'607.91	291'900.00	263'466.83
394	Kalkulatorische Zinsen und Finanzaufwand	264'267.45	252'200.00	253'850.40

Gemeinde Glarus Süd
2.4. Jahresrechnung 2013: Erfolgsrechnung nach Kostenarten

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2013	Rechnung 2012
4	**Ertrag**	**46'857'698.14**	**44'360'900.00**	**50'971'164.45**
40	**Fiskalertrag**	**21'530'453.39**	**20'957'000.00**	**22'286'731.35**
400	Direkte Steuern natürliche Personen	19'431'463.29	18'450'000.00	18'812'480.80
401	Direkte Steuern juristische Personen	1'454'487.50	1'850'000.00	2'818'789.40
403	Besitz und Aufwandsteuern	644'502.60	657'000.00	655'461.15
41	**Regalien und Konzession**	**2'427'056.05**	**2'208'000.00**	**2'056'603.05**
412	Konzessionen	2'427'056.05	2'208'000.00	2'056'603.05
42	**Entgelte**	**9'375'144.38**	**8'406'300.00**	**10'120'796.29**
420	Ersatzabgaben	251'358.20	250'000.00	243'464.60
421	Gebühren für Amtshandlungen	313'834.05	332'000.00	328'999.80
422	Spital und Heimtaxen, Kostgelder	227'800.00	222'000.00	217'082.85
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	6'340'653.74	5'847'800.00	7'065'197.24
425	Erlös aus Verkäufen	1'978'143.16	1'554'000.00	1'931'049.17
426	Rückerstattungen	254'795.23	195'000.00	324'995.13
427	Bussen	8'560.00	5'500.00	9'470.00
429	Übriger Ertrag	0.00	0.00	537.50
43	**Verschiedene Erträge**	**217'282.65**	**215'000.00**	**103'869.10**
431	Aktivierung Eigenleistungen	206'949.75	215'000.00	95'549.60
439	Übriger Ertrag	10'332.90	0.00	8'319.50
44	**Finanzertrag**	**2'155'031.65**	**2'013'100.00**	**3'089'622.18**
440	Zinsertrag	56'074.49	43'000.00	49'950.73
442	Beteiligungsertrag Finanzvermögen	230'450.00	210'000.00	203'500.00
443	Liegenschaftenertrag Finanzvermögen	757'809.91	676'200.00	743'773.20
444	Wertberichtigungen Anlagen FV	887.00	0.00	1'522.00
446	Finanzertrag von öffentlichen Unternehmungen	402'496.50	651'000.00	643'247.50
447	Liegenschaftenertrag Verwaltungsvermögen	707'313.75	432'900.00	1'447'628.75
45	**Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen**	**507'233.67**	**714'700.00**	**224'061.65**
450	Entnahmen aus Fonds u. Spezialfinanzierungen FK	1'500.00	0.00	11'198.35
451	Entnahmen aus Fonds u. Spezialfinanzierungen EK	505'733.67	714'700.00	212'863.30
46	**Transferertrag**	**4'972'988.20**	**4'755'000.00**	**4'995'297.55**
460	Ertragsanteile	269'473.45	160'000.00	143'955.60
461	Entschädigungen von Gemeinwesen	1'290'133.75	1'198'300.00	1'228'613.15
462	Finanz und Lastenausgleich	666'035.35	660'000.00	665'126.05
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	2'743'906.65	2'727'700.00	2'948'633.15
469	Verschiedener Transferertrag	3'439.00	9'000.00	8'969.60
48	**Ausserordentlicher Ertrag**	**12'457.10**	**0.00**	**1'907'580.55**
482	Ausserordentliche Entgelte	12'457.10	0.00	1'023'342.10
483	Ausserordentliche verschiedene Erträge	0.00	0.00	396'366.65
484	Ausserordentliche Finanzerträge	0.00	0.00	487'871.80
49	**Interne Verrechnungen**	**5'660'051.05**	**5'091'800.00**	**6'186'602.73**
490	Material und Warenbezüge	40'110.60	23'000.00	54'837.25
491	Dienstleistungen und Personalkosten	4'363'739.85	3'753'000.00	4'750'323.20
492	Pacht, Mieten, Benützungskosten	779'325.24	771'700.00	864'125.05
493	Betriebs und Verwaltungskosten	212'607.91	291'900.00	263'466.83
494	Kalkulatorische Zinsen und Finanzaufwand	264'267.45	252'200.00	253'850.40

Gemeinde Glarus Süd
2.5. Jahresrechnung 2013: Erfolgsrechnung nach Kostenstellen

(- = Ertrag)

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2013	Rechnung 2012
1	**PRÄSIDIALES**	**2'191'656.65**	**2'675'200.00**	**2'499'037.10**
10000	Gemeindeversammlung	53'844.45	46'500.00	49'399.00
10100	Wahlen und Abstimmungen	51'741.75	52'500.00	47'991.40
10	Total Legislative	105'586.20	99'000.00	97'390.40
11000	Gemeinderat	744'058.75	785'200.00	797'288.80
11010	Lohnerhöhungen	0.00	215'000.00	0.00
11	Total Gemeinderat	744'058.75	1'000'200.00	797'288.80
12000	Gemeindekanzlei	513'173.05	511'900.00	490'578.75
12100	Gemeindearchiv	39'480.55	30'000.00	44'413.15
12200	Weibeldienst	91'788.50	91'600.00	91'550.70
12300	Dienst- und Materialzentrale	0.00	0.00	0.00
12400	Informatik / EDV	198'998.00	194'000.00	336'334.10
12	Total Gemeindekanzlei / Archiv	843'440.10	827'500.00	962'876.70
14000	Personaldienst	383'541.85	585'800.00	456'881.65
14010	Arbeitgeberleistungen	126'146.00	111'000.00	62'628.00
14002	Gleitzeit- und Feriensaldo Personal	-57'888.90	0.00	68'734.50
14	Total Personaldienst	451'798.95	696'800.00	588'244.15
16000	Vermittleramt	12'224.90	15'200.00	11'762.00
16	Total Vermittleramt	12'224.90	15'200.00	11'762.00
18000	GPK / Revisionsstelle	34'547.75	36'500.00	41'475.05
18	Total Controlling	34'547.75	36'500.00	41'475.05
2	**WIRTSCHAFT UND FINANZEN**	**-24'645'173.24**	**-23'805'000.00**	**-26'389'213.83**
20000	Finanzverwaltung	425'444.30	492'700.00	462'988.64
20200	Steuerertrag allgemein	0.00	0.00	-19'169'989.76
20201	Einkommenssteuer	-16'989'053.34	-16'300'000.00	0.00
20202	Vermögenssteuer	-2'424'793.60	-2'120'000.00	0.00
20203	Gewinnsteuer	-1'297'119.30	-1'680'000.00	0.00
20204	Kapitalsteuer	-178'081.30	-170'000.00	0.00
20205	Steuerertrag Vorjahre	0.00	0.00	-1'973'565.90
20206	Steuerertrag Sondereffekt	222'781.49	0.00	-448'502.09
20210	Sondersteuern	-344'729.95	-231'500.00	-220'999.10
20220	Finanz- und Lastenausgleich	-666'035.35	-660'000.00	-665'126.05
20240	Rückverteilung CO2-Abgaben	-3'439.00	-9'000.00	-8'969.60
20300	Ertragsanteile übrige	-2'418'256.05	-2'200'000.00	-2'044'253.05
20310	Wasserkraftnutzung	16'128.50	16'600.00	15'632.35
20400	Passivzinsen und Vermögenserträge	-166'759.19	123'200.00	229'008.73
20450	Baurechtszinsen FV	0.00	0.00	0.00
20800	Wertberichtigung auf Forderungen	-13'761.00	20'000.00	49'718.85
20	Total Finanzwesen	-23'837'673.79	-22'718'000.00	-23'774'056.98
21000	Wirtschaftsförderung	30'892.10	39'000.00	12'000.00
21	Total Wirtschaft	30'892.10	39'000.00	12'000.00
22000	Regionalverkehr	28'026.15	43'000.00	21'848.00
22010	Bahnhöfe / Bushaltestellen	28'808.05	23'000.00	28'893.75

Gemeinde Glarus Süd
2.5. Jahresrechnung 2013: Erfolgsrechnung nach Kostenstellen

(- = Ertrag)

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2013	Rechnung 2012
22	Total Regionalverkehr	56'834.20	66'000.00	50'741.75
27000	Finanzertrag Technische Betriebe tbgs	-401'456.50	-650'000.00	-642'207.50
27100	Verkäufe von Sachanlagen	-581'000.00	-582'000.00	-582'000.00
27	Total Technische Betriebe Glarus Süd	-982'456.50	-1'232'000.00	-1'224'207.50
28000	Versicherungen	35'099.75	40'000.00	35'166.20
28	Total Versicherungen	35'099.75	40'000.00	35'166.20
29000	Neutrale Aufwendungen und Erträge	52'131.00	0.00	-1'488'857.30
29	Total Neutrale Aufwendungen und Erträge	52'131.00	0.00	-1'488'857.30
3	**SCHULE UND FAMILIE**	**13'003'234.83**	**13'923'800.00**	**13'556'184.67**
30000	Schulleitung / Schulsekretariat	1'007'184.03	1'132'100.00	969'483.95
30	Total Schulleitung / Schulsekretariat	1'007'184.03	1'132'100.00	969'483.95
31010	Kindergarten Linthal	168'791.00	158'300.00	152'610.10
31020	Kindergarten Braunwald	50'519.63	65'700.00	57'497.26
31021	Kindergarten Luchsingen	117'892.75	116'300.00	125'184.45
31030	Kindergarten Haslen	134'473.20	149'400.00	133'913.15
31032	Kindergarten Schwanden	283'085.90	335'800.00	328'035.65
31037	Kreiskindergarten Mitlödi	257'584.75	235'300.00	236'809.85
31040	Kindergarten Engi	120'958.05	137'500.00	129'748.75
31099	Stellvertretungen Kindergarten	0.00	0.00	0.00
31	Total Kindergarten	1'133'305.28	1'198'300.00	1'163'799.21
33011	Primarschule Linthal	896'762.82	870'800.00	884'175.99
33020	Primarschule Braunwald	280'480.35	298'900.00	278'459.29
33022	Primarschule Hätzingen	573'606.63	711'100.00	662'987.93
33030	Primarschule Haslen	612'572.48	560'900.00	593'318.50
33031	Primarschule Schwanden	1'359'418.31	1'306'700.00	1'363'503.12
33035	Primarschule Schwändi	247'845.45	234'000.00	235'349.00
33036	Primarschule Sool	0.00	0.00	172'525.89
33038	Primarschule Mitlödi	931'654.15	950'100.00	835'451.80
33040	Primarschule Engi	530'742.00	450'100.00	444'132.90
33045	Primarschule Elm	230'322.85	417'800.00	326'838.55
33090	Deutsch-Intensivklasse Rüti	133'017.35	272'700.00	141'142.45
33099	Stellvertretungen Primarschule	0.00	0.00	0.00
33	Total Primarschule	5'796'422.39	6'073'100.00	5'937'885.42
34010	Oberstufenschulkreis Linthal	1'242'619.50	1'609'200.00	1'456'281.85
34030	Oberstufenschulkreis Schwanden	2'285'401.12	2'078'000.00	2'226'735.97
34040	Oberstufe Matt	720'872.90	755'800.00	789'962.15
34099	Stellvertretungen Oberstufe	0.00	0.00	0.00
34	Total Oberstufe	4'248'893.52	4'443'000.00	4'472'979.97
35000	Volksschule sonstiges	159'436.35	172'800.00	151'543.20
35010	Bibliotheken	29'267.50	53'600.00	36'830.50
35050	Kantonsschule	25'623.00	36'000.00	28'188.40
35	Total Volksschule sonstiges	214'326.85	262'400.00	216'562.10

Gemeinde Glarus Süd
2.5. Jahresrechnung 2013: Erfolgsrechnung nach Kostenstellen

(- = Ertrag)

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2013	Rechnung 2012
36000	Sonderpädagogik	325'635.71	430'000.00	416'066.42
36	Total Sonderpädagogik	325'635.71	430'000.00	416'066.42
37000	Schulgesundheit	-127.80	0.00	38'070.05
37	Total Schulgesundheit	-127.80	0.00	38'070.05
38000	Tagesschule Sool	0.00	0.00	96'747.05
38090	Tagesbetreuung	0.00	61'600.00	43'754.65
38110	Tagesbetreuung Linthal	68'669.00	77'200.00	67'858.20
38120	Hort Mitlödi	60'248.90	99'600.00	28'768.30
38130	Chinderburg Schwanden	78'069.25	65'200.00	43'939.20
38150	Mittagsbetreuung Braunwald	0.00	0.00	0.00
38199	Stellvertretungen Tagesstrukturen	0.00	0.00	0.00
38	Total Tagesbetreuung / Krippen	206'987.15	303'600.00	281'067.40
39000	Fachstelle Schulsozialarbeit	351.80	2'000.00	0.00
39000	Jugendarbeit	70'255.90	79'300.00	60'270.15
39	Total Familie und Jugend	70'607.70	81'300.00	60'270.15
4	**GESELLSCHAFT UND TOURISMUS**	**2'262'585.05**	**2'534'400.00**	**2'661'201.80**
40000	Departementssekretariat	77'639.75	83'500.00	90'710.20
40100	Jugendarbeit	0.00	0.00	0.00
40	Total Gesellschaft	77'639.75	83'500.00	90'710.20
41000	Ambulante Krankenpflege	238'980.20	272'300.00	251'163.55
41100	Alters- und Pflegeheime	1'357'803.30	1'568'800.00	1'839'787.75
41200	Gesundheitswesen	7'900.00	11'800.00	7'060.00
41	Total Gesundheit	1'604'683.50	1'852'900.00	2'098'011.30
42000	Soziales	69'761.70	94'100.00	66'942.00
42	Total Soziales	69'761.70	94'100.00	66'942.00
43000	Kultur	179'643.55	196'700.00	183'031.75
43010	Kulturelle Projekte und Anlässe	21'788.00	25'000.00	26'831.50
43	Total Kultur	201'431.55	221'700.00	209'863.25
44000	Tourismus	189'774.15	182'200.00	92'533.20
44	Total Tourismus	189'774.15	182'200.00	92'533.20
45000	Regionalpolitik	0.00	0.00	5'007.85
45100	Denkmalpflege / Heimatschutz	119'294.40	100'000.00	98'134.00
45	Total Regionalpolitik	119'294.40	100'000.00	103'141.85
5	**SICHERHEIT UND FREIZEIT**	**1'341'129.23**	**1'533'900.00**	**1'443'104.25**
50000	Einwohneramt	369'712.65	431'800.00	427'128.40
50010	AHV-Zweigstelle	44'900.55	45'500.00	40'770.85
50020	Telefonzentrale	7'225.20	7'000.00	0.00
50	Total Sicherheit und Freizeit	421'838.40	484'300.00	467'899.25

Gemeinde Glarus Süd
2.5. Jahresrechnung 2013: Erfolgsrechnung nach Kostenstellen

(- = Ertrag)

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2013	Rechnung 2012
52000	Feuerwehr	-805'227.10	-1'075'600.00	-832'119.00
52010	Feuerwehr Braunwald	92'838.90	137'500.00	86'065.70
52020	Feuerwehr Grosstal	232'305.60	359'800.00	216'139.80
52021	Feuerwehr Axpo Linthal 2015	0.00	0.00	-3'627.50
52030	Feuerwehr Kärpf	469'294.65	533'900.00	527'411.80
52031	Hubretter Feuerwehr Kärpf	0.00	0.00	-0.50
52040	Feuerwehr Engi - Matt	114'426.95	176'500.00	114'619.10
52050	Feuerwehr Elm	69'095.80	112'200.00	82'252.80
52	Total Feuerwehr	172'734.80	244'300.00	190'742.20
53000	Militärische Verteidigung	117.50	2'000.00	493.00
53	Total Militärische Verteidigung	117.50	2'000.00	493.00
54000	Schiesswesen	67'258.35	97'800.00	79'014.55
54	Total Schiesswesen	67'258.35	97'800.00	79'014.55
55000	Zivilschutz	152'986.40	192'900.00	173'064.35
55100	Ziviler Führungsstab	13'790.00	25'300.00	16'249.70
55	Total Zivilschutz	166'776.40	218'200.00	189'314.05
56000	Sport- und Freizeitanlagen	92'056.55	94'100.00	106'678.00
56100	Schwimmbäder	195'854.69	149'400.00	214'186.80
56200	Sport und Freizeit	23'462.00	25'000.00	18'191.30
56	Total Sport und Freizeit	311'373.24	268'500.00	339'056.10
57000	Friedhof und Bestattungen	201'030.54	218'800.00	176'585.10
57	Total Friedhof und Bestattung	201'030.54	218'800.00	176'585.10
6	**WERKE UND UMWELT**	**8'400'248.44**	**9'167'100.00**	**7'881'230.23**
60000	Bauamt / Bauverwaltung	301'941.55	417'000.00	261'163.80
60040	Nachführung amtliche Vermessungen	9'531.15	15'000.00	16'752.20
60050	Orts- und Raumplanung	149'661.70	93'000.00	169'111.75
60090	Verkauf von Bauland	70.00	2'000.00	5'105.10
600	Total Bauamt / Raumplanung	461'204.40	527'000.00	452'132.85
60100	Immobilien Verwaltungsvermögen	19'923.95	41'000.00	9'515.30
60102	Gemeindehaus Schwanden	45'818.90	89'600.00	49'139.20
60103	Gemeindehaus Mitlödi	42'550.30	48'400.00	44'276.15
60104	Gemeindehaus Haslen	26'849.35	30'900.00	25'472.60
60105	Gemeindehaus Linthal	31'337.40	42'200.00	38'620.60
60106	Schulhaus Nidfurn / Verwaltung	20'960.25	22'000.00	31'187.90
60107	Gemeindehaus Elm	185'141.82	240'300.00	228'141.45
60110	Liegenschaften VV Linthal	948.15	7'000.00	1'680.00
60120	Liegenschaften VV mittl. Grosstal	3'721.80	34'200.00	4'872.45
60121	Mehrzweckhalle Rüti	217'425.10	108'200.00	68'020.65
60130	Liegenschaften VV Schwanden	26'242.15	35'700.00	35'337.00
60131	Gemeindezentrum Schwanden	156'674.40	158'900.00	118'215.20
60132	MFH Hauptstrasse 38, Mitlödi	0.00	0.00	
60140	Liegenschaften VV Sernftal	1'169.35	14'000.00	7'399.25
601	Total Immobilien Verwaltungsvermögen	778'762.92	872'400.00	661'877.75

Gemeinde Glarus Süd
2.5. Jahresrechnung 2013: Erfolgsrechnung nach Kostenstellen

(- = Ertrag)

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2013	Rechnung 2012
60400	Schulliegenschaften	-157'588.25	-7'600.00	-211'460.95
60410	Kindergarten Linthal	26'519.50	34'900.00	29'576.05
60411	Primarschule Linthal	239'062.35	232'200.00	258'093.20
60412	Sekundarschulhaus Hinterland	72'122.50	81'200.00	110'767.10
60415	Turnhalle Linthal	60'752.45	58'600.00	82'011.15
60420	Schulliegenschaften Braunwald	166'694.25	109'300.00	112'635.65
60421	Kindergarten Luchsingen	29'472.65	44'700.00	28'703.85
60422	Schulliegenschaften Hätzingen	200'651.90	169'100.00	189'546.10
60425	Schulhaus Rüti	-10'489.85	13'800.00	5'344.15
60430	Schulliegenschaften Haslen	114'510.85	100'100.00	107'245.00
60431	Buchenschulhaus/Turnhallen	734'364.35	697'400.00	654'403.50
60432	Kindergarten Schwanden	76'004.65	52'700.00	58'832.35
60435	Schulliegenschaften Schwändi	72'659.60	80'100.00	34'528.55
60436	Schulhaus Sool	0.00	0.00	106'073.35
60437	Kindergarten Mitlödi	37'790.35	35'100.00	55'580.90
60438	Schulhaus Mitlödi	208'771.75	158'800.00	244'436.20
60440	Schulliegenschaften Engi	191'054.25	167'400.00	176'443.45
60441	Schulliegenschaft Matt	156'747.45	141'700.00	119'256.50
60445	Schulliegenschaften Elm	37'697.95	71'800.00	67'262.60
604	Total Schulliegenschaften	2'256'798.70	2'241'300.00	2'229'278.70
60500	Immobilien Finanzvermögen	374.00	19'800.00	1'181.15
60510	Liegenschaften FV Linthal	-20'588.95	-11'000.00	-9'989.30
60511	Mehrfamilienhaus Seggen, Linthal	-21'876.50	-23'600.00	-21'417.45
60520	Liegenschaften FV mittl. Grosstal	-31'619.35	-19'200.00	-31'590.80
60521	Schulhaus Diesbach, Spitex	-1'191.80	9'600.00	-9'683.40
60522	Grosshaus Rüti, Dorfstrasse 66	-28'625.65	-19'500.00	-31'498.80
60530	Liegenschaften FV Schwanden	-51'664.60	-43'000.00	-67'949.65
60531	Liegenschaft alte Schule, Sool	-15'299.10	-12'500.00	-16'588.70
60532	Liegenschaft Haus Bären, Sool	-784.30	-16'700.00	-17'640.85
60533	Schulhaus Sool	-917.30	6'500.00	
60540	Liegenschaften FV Semftal	-33'455.00	25'900.00	-19'388.30
60541	Touristenlager und Wohnungen, Matt	1'995.95	0.00	-28'736.98
60900	Verkauf Liegenschaften FV	0.00	2'000.00	0.00
605	Total Immobilien Finanzvermögen	-203'652.60	-81'700.00	-253'303.08
60	Total Hochbau / Planung	3'293'113.42	3'559'000.00	3'089'986.22
61000	Werkhöfe	415'821.76	809'900.00	479'512.45
61100	Dorfstrassen inkl Schneeräumung	2'037'789.57	1'487'600.00	2'304'990.90
61110	Plätze und Anlagen	149'814.70	139'700.00	154'596.10
61111	Auenstrasse Linthal	36'712.75	35'000.00	34'999.90
61120	Öffentliche Beleuchtung	219'418.50	195'400.00	149'903.00
61150	Kantonsstrassen	120'708.70	76'700.00	54'402.55
64000	Robi Dog	109'686.25	123'900.00	104'510.10
61200	Privatstrassen	0.00	200.00	453.75
61300	Fahrzeuge Werkbetrieb	0.00	0.00	0.00
61	Total Tiefbau	3'069'952.23	2'868'400.00	3'283'368.75
63000	Wasserversorgung / öffentl. Brunnen	28'352.70	0.00	18'714.75
63100	Wasserwerk SF	0.00	0.00	0.00
63200	Löschwasserversorgung	39'437.25	23'000.00	25'697.70
63	Total Wasserversorgung	67'789.95	23'000.00	44'412.45

Gemeinde Glarus Süd
2.5. Jahresrechnung 2013: Erfolgsrechnung nach Kostenstellen

(- = Ertrag)

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2013	Rechnung 2012
64100	Abwasserbeseitigung SF	0.00	0.00	0.00
64500	Kläranlagen	0.00	0.00	0.00
64900	Entwässerung Braunwald	0.00	12'500.00	3'617.50
64	Total Abwasserbeseitigung	0.00	12'500.00	3'617.50
65000	Abfallwirtschaft allgemein	7'452.50	6'900.00	6'966.85
65010	Kadaversammelstelle Linthal	110.70	0.00	93.50
65020	Kadaversammelstelle Grosstal	14'217.00	14'300.00	13'611.45
65040	Kadaversammelstelle Sernftal	2'384.90	4'400.00	4'287.20
65100	Abfallwirtschaft SF	0.00	0.00	0.00
65	Total Abfallwirtschaft	24'165.10	25'600.00	24'959.00
66000	Deponien	-96'454.28	-95'300.00	-111'219.03
66100	Umweltschutz	5'654.85	1'000.00	3'919.80
66320	Notschlachthaus Betschwanden	2'723.45	6'300.00	4'954.85
66	Total Umweltschutz / Deponien	-88'075.98	-98'000.00	-102'344.38
67000	Forstwirtschaft	415'899.43	717'800.00	-188'886.44
67200	Schnitzelholz	-13'747.01	1'000.00	18'446.08
67300	Fahrzeuge Forstwirtschaft	0.00	0.00	0.00
67400	Waldstrassen	344'753.60	241'800.00	270'703.90
67500	Lawinenverbauungen	105'510.00	90'700.00	72'881.90
67600	Wanderwege	360'373.35	358'400.00	415'379.30
67700	Bäche und Runsen	158'094.60	334'500.00	158'596.90
67800	Gewässerverbauung	18'429.30	57'300.00	20'602.10
67	Total Forstwirtschaft	1'389'313.27	1'801'500.00	767'723.74
68000	Alpwirtschaft	632'752.85	926'000.00	749'934.65
680	Total Alpwirtschaft	632'752.85	926'000.00	749'934.65
68500	Landwirtschaft	51'060.15	61'200.00	42'393.90
68510	Landw. Liegenschaften	-59'822.55	-22'100.00	-22'821.60
685	Total landw. Liegenschaften	-8'762.40	39'100.00	19'572.30
68	Total Alp- und Landwirtschaft	623'990.45	965'100.00	769'506.95

Gemeinde Glarus Süd
2.5. Jahresrechnung 2013: Erfolgsrechnung nach Kostenstellen / Zusammenzug

	Aufwand Rechnung 2013	Ertrag Rechnung 2013	Aufwand Budget 2013	Ertrag Budget 2013	Aufwand Rechnung 2012	Ertrag Rechnung 2012
ZUSAMMENZUG ERFOLGSRECHNUNG	49'411'379.10	46'857'698.14	50'390'300.00	44'360'900.00	52'622'708.67	50'971'164.45
Nettoaufwand (-) / Nettoertrag		*2'553'680.96*		*6'029'400.00*		*1'651'544.22*
1 **PRÄSIDIALES**	2'272'794.45	81'137.80	2'751'200.00	76'000.00	2'605'912.35	106'875.25
Nettoaufwand		*2'191'656.65*		*2'675'200.00*		*2'499'037.10*
2 **WIRTSCHAFT UND FINANZEN**	1'396'130.33	26'041'303.57	1'508'100.00	25'313'100.00	2'004'865.22	28'394'079.05
Nettoertrag	*-24'645'173.24*		*-23'805'000.00*		*-26'389'213.83*	
3 **SCHULE UND FAMILIE**	14'108'387.13	1'105'152.30	14'709'300.00	785'500.00	14'643'712.90	1'087'528.23
Nettoaufwand		*13'003'234.83*		*13'923'800.00*		*13'556'184.67*
4 **GESELLSCHAFT UND TOURISMUS**	3'127'513.05	864'928.00	3'372'900.00	838'500.00	3'448'855.40	787'653.60
Nettoaufwand		*2'262'585.05*		*2'534'400.00*		*2'661'201.80*
5 **SICHERHEIT UND FREIZEIT**	2'759'511.29	1'418'382.06	3'143'900.00	1'610'000.00	2'896'793.80	1'453'689.55
Nettoaufwand		*1'341'129.23*		*1'533'900.00*		*1'443'104.25*
6 **WERKE UND UMWELT**	25'747'042.85	17'346'794.41	24'904'900.00	15'737'800.00	27'022'569.00	19'141'338.77
Nettoaufwand		*8'400'248.44*		*9'167'100.00*		*7'881'230.23*

Gemeinde Glarus Süd
2.6. Jahresrechnung 2013: Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2013	Abweichung
12400	**Informatik / EDV**	**87'982.80**	**90'000.00**	**-2'017.20**
5290.04	Informatikkosten / EDV	87'982.80	90'000.00	-2'017.20
12	**Total Gemeindekanzlei / Archiv**	**87'982.80**	**90'000.00**	**-2'017.20**
30000	**Schulleitung / Schulsekretariat**	**69'377.80**	**100'000.00**	**-30'622.20**
5290.05	Informatikkosten / EDV Schulen	69'377.80	100'000.00	-30'622.20
30	**Total Schulleitung / Schulsekretariat**	**69'377.80**	**100'000.00**	**-30'622.20**
38090	**Tagesbetreuung**	**0.00**	**50'000.00**	**-50'000.00**
5040.09	Tagesstrukturen Ausbau	0.00	50'000.00	-50'000.00
38130	**Chinderburg Schwanden**	**476'678.65**	**375'000.00**	**101'678.65**
5040.05	Erweiterung Chinderburg	476'678.65	375'000.00	101'678.65
38	**Total Tagesbetreuung / Krippen**	**476'678.65**	**425'000.00**	**51'678.65**
44000	**Tourismus**	**200'000.00**	**200'000.00**	**0.00**
5650.01	IB Luftseilbahn Kies-Mettmen AG	200'000.00	200'000.00	0.00
44	**Total Tourismus**	**200'000.00**	**200'000.00**	**0.00**
52010	**Feuerwehr Braunwald**	**20'287.80**	**21'000.00**	**-712.20**
5060.06	Anschaffung Atemschutzfahrzeug	78'261.00	80'000.00	-1'739.00
5061.50	Anschaffungen Feuerwehr	23'177.80	30'000.00	-6'822.20
6340.50	Beiträge GlarnerSach an Anschaffungen	18'542.00 H	24'000.00 H	5'458.00
6340.55	Beiträge GlarnerSach	62'609.00 H	65'000.00 H	2'391.00
52020	**Feuerwehr Grosstal**	**14'330.60**	**18'000.00**	**-3'669.40**
5061.50	Anschaffungen Feuerwehr	71'651.60	88'000.00	-16'348.40
6340.50	Beiträge GlarnerSach an Anschaffungen	57'321.00 H	70'000.00 H	12'679.00
52030	**Feuerwehr Kärpf**	**13'225.45**	**24'000.00**	**-10'774.55**
5061.50	Anschaffungen Feuerwehr	66'128.45	120'000.00	-53'871.55
6340.50	Beiträge GlarnerSach an Anschaffungen	52'903.00 H	96'000.00 H	43'097.00
52040	**Feuerwehr Engi - Matt**	**3'354.70**	**5'000.00**	**-1'645.30**
5061.50	Anschaffungen Feuerwehr	16'774.70	22'000.00	-5'225.30
6340.50	Beiträge GlarnerSach an Anschaffungen	13'420.00 H	17'000.00 H	3'580.00
52040	**Feuerwehr Elm**	**12'178.70**	**52'000.00**	**-39'821.30**
5040.06	Umbau Werkhof Elm / Feuerwehrgebäude	9'631.45	250'000.00	-240'368.55
5061.50	Anschaffungen Feuerwehr	12'737.25	10'000.00	2'737.25
6340.50	Beiträge GlarnerSach an Anschaffungen	10'190.00 H	8'000.00 H	-2'190.00
6340.55	Beiträge GlarnerSach	0.00	200'000.00 H	200'000.00
52	**Total Feuerwehr**	**63'377.25**	**120'000.00**	**-56'622.75**
54000	**Schiesswesen**	**137'717.40**	**200'000.00**	**-62'282.60**
5030.08	Sanierung Kugelfänge Schiessanlagen	156'411.90	500'000.00	-343'588.10
5030.09	Sanierung Schiessanlage Matt	6'500.00	50'000.00	-43'500.00
6300.01	Bundesbeiträge	14'397.00 H	350'000.00 H	335'603.00
6310.01	Kantonsbeiträge	10'797.50 H	0.00	-10'797.50
54	**Total Schiesswesen**	**137'717.40**	**200'000.00**	**-62'282.60**

Gemeinde Glarus Süd
2.6. Jahresrechnung 2013: Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2013	Abweichung
56000	**Sport- und Freizeitanlagen**	**0.00**	**75'000.00**	**-75'000.00**
5030.1	Sanierung Spielplätze	0.00	75'000.00	-75'000.00
56	**Total Sport und Freizeit**	**0.00**	**75'000.00**	**-75'000.00**
57000	**Friedhof und Bestattungen**	**14'618.00 H**	**0.00**	**-14'618.00**
6310.01	Kantonsbeiträge	14'618.00 H	0.00	-14'618.00
57	**Total Friedhof und Bestattungen**	**14'618.00 H**	**0.00**	**-14'618.00**
60050	**Orts- und Raumplanung**	**109'239.45**	**160'000.00**	**-50'760.55**
5290.01	Raumplanung	81'722.25	120'000.00	-38'277.75
5290.09	Katastererneuerung Parzellen	27'517.20	40'000.00	-12'482.80
60400	**Schulliegenschaften**	**0.00**	**50'000.00**	**-50'000.00**
5060.03	Anschaffung Schulmobiliar	0.00	50'000.00	-50'000.00
60415	**Turnhalle Linthal**	**2'336'767.65**	**3'700'000.00**	**-1'363'232.35**
5040.04	Turnhalle Linthal	2'336'767.65	3'700'000.00	-1'363'232.35
60	**Total Hochbau / Planung**	**2'446'007.10**	**3'910'000.00**	**-1'463'992.90**
61000	**Werkhöfe**	**45'394.95**	**200'000.00**	**-154'605.05**
5040.01	Erwerb Werkhof Herrenstrasse	35'763.50	0.00	35'763.50
5040.06	Umbau Werkhof Elm / Feuerwehrgebäude	9'631.45	200'000.00	-190'368.55
61100	**Dorfstrassen**	**187'549.80**	**120'000.00**	**67'549.80**
5010.23	Strassenbeleuchtung durch tbgs	278'991.25	120'000.00	158'991.25
5010.32	Erschliessung unt. Allmeind Haslen	47'225.25	0.00	47'225.25
6300.01	Bundesbeiträge	138'666.70 H	0.00	-138'666.70
61150	**Kantonsstrassen**	**61'865.30**	**0.00**	**61'865.30**
5010.33	Beleuchtung Dorfstrasse Elm	61'865.30	0.00	61'865.30
61	**Total Tiefbau**	**294'810.05**	**320'000.00**	**-25'189.95**
63100	**Wasserwerk SF**	**694'462.08**	**1'225'000.00**	**-530'537.92**
5031.01	Braunwald Wasserversorgung 2. Etappe	26'620.16	0.00	26'620.16
5031.18	Wasserversorgung Auen Linthal	105'000.00	105'000.00	0.00
5031.19	Druckhalteschacht Fätschli	44'336.63	0.00	44'336.63
5031.20	Leitungserneuerung Engi	43'612.27	0.00	43'612.27
5031.21	Wasserleitung Soolsteg-Herren	256'032.05	0.00	256'032.05
5031.22	GWP Region Schwanden	41'460.42	0.00	41'460.42
5031.23	GWP mittleres Grosstal	9'782.45	160'000.00	-150'217.55
5031.24	Verbindungsleitung nach Schwändi	96'348.89	1'000'000.00	-903'651.11
5031.25	Wasserleitung Soolsteg-Warthstalden	355'838.78	600'000.00	-244'161.22
5031.26	Erschliessung unt. Allmeind Haslen	43'266.63	0.00	43'266.63
5060.04	Anschaffung Wasseruhren	54'161.34	0.00	54'161.34
5290.02	Katastererneuerung Wasserversorgung	47'171.86	70'000.00	-22'828.14
6300.01	Bundesbeiträge	0.00	300'000.00 H	300'000.00
6310.01	Kantonsbeiträge	0.00	290'000.00 H	290'000.00
6320.02	Investitionshilfe Stadt Zürich	100'000.00 H	0.00	-100'000.00
6340.01	Beitrag GlarnerSach Wasserversorgung	45'980.00 H	40'000.00 H	-5'980.00
6350.01	Investitionsbeiträge priv. Unternehmung	19'498.90 H	0.00	-19'498.90
6351.00	Wasseranschlussbeiträge	73'534.00 H	15'000.00 H	-58'534.00
6371.00	Wasseranschlussbeiträge Private	190'156.50 H	65'000.00 H	-125'156.50

Gemeinde Glarus Süd
2.6. Jahresrechnung 2013: Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2013	Abweichung
63	**Total Wasserversorgung**	**694'462.08**	**1'225'000.00**	**-530'537.92**
64100	**Abwasserbeseitigung SF**	**720'010.01**	**490'000.00**	**230'010.01**
5032.11	Sanierung ARA Serftal	940'241.15	500'000.00	440'241.15
5032.13	Erschliessung unt. Allmeind Haslen	50'872.90	0.00	50'872.90
5290.03	Katasterneuerung Abwasserbeseitigung	66'816.06	70'000.00	-3'183.94
6340.02	Kostenanteil Technische Betriebe	100'000.00 H	0.00	-100'000.00
6352.00	Kanalisationsanschlussbeiträge	47'763.60 H	15'000.00 H	-32'763.60
6372.00	Kanalisationsanschlussbeiträge Private	190'156.50 H	65'000.00 H	-125'156.50
64	**Total Abwasserbeseitigung**	**720'010.01**	**490'000.00**	**230'010.01**
66000	**Deponien**	**23'496.15**	**0.00**	**23'496.15**
5030.01	Deponien	23'496.15	0.00	23'496.15
66	**Total Umweltschutz / Deponien**	**23'496.15**	**0.00**	**23'496.15**
67000	**Forstwirtschaft**	**133'782.35**	**0.00**	**133'782.35**
5050.01	Förderprogramm Weisstannen	204'615.35	0.00	204'615.35
6310.01	Kantonsbeiträge	70'833.00 H	0.00	-70'833.00
67300	**Fahrzeuge Forstwirtschaft**	**420'014.25**	**420'000.00**	**14.25**
5060.02	Anschaffung Fahrzeuge Forst	420'014.25	420'000.00	14.25
67400	**Waldstrassen**	**229'147.20**	**1.00**	**229'146.20**
5010.30	Projekt Landesplattenberg Engi	130'522.80	0.00	130'522.80
5010.61	Sanierung Gufelstockstrasse	112'780.50	120'001.00	-7'220.50
6310.01	Kantonsbeitrag	14'156.10 H	0.00	-14'156.10
6310.61	Kantonsbeiträge Gufelstockstrasse	0.00	120'000.00 H	120'000.00
67500	**Lawinenverbauungen**	**72'141.25**	**180'000.00**	**-107'858.75**
5030.03	Lawinenverbauung Schwecheten	31'542.80	150'000.00	-118'457.20
5030.06	Lawinenverbauung Fittern Engi	32'131.25	600'000.00	-567'868.75
5030.07	Sanierung Lawinenverbauung	149'657.75	150'000.00	-342.25
6310.03	Kantonsbeiträge Schwecheten	60'419.25 H	120'000.00 H	59'580.75
6310.16	Kantonsbeitrag Lawinenverbauung Fittern	0.00	480'000.00 H	480'000.00
6310.17	Kantonsbeitrag Lawinenverbauung	80'771.30 H	120'000.00 H	39'228.70
67600	**Wanderwege**	**78'097.85**	**40'000.00**	**38'097.85**
5010.12	Wanderweg Sandalp	166'297.85	140'000.00	26'297.85
6300.01	Bundesbeiträge	46'200.00 H	0.00	-46'200.00
6310.01	Kantonsbeiträge	42'000.00 H	50'000.00 H	8'000.00
6370.01	Investitionsbeiträge	0.00	50'000.00 H	50'000.00
67700	**Bäche und Runsen**	**117'865.35**	**220'000.00**	**-102'134.65**
5020.03	Sanierung Guppenrunse	0.00	500'000.00	-500'000.00
5020.04	Projekt Runsen am Kilchestock	8'280.80	100'000.00	-91'719.20
5660.01	Sanierung Guppenrunse	381'856.85	0.00	381'856.85
6300.14	Bundesbeitrag Guppenrunse	62'115.55 H	0.00	-62'115.55
6310.15	Kantonsbeitrag Guppenrunse	53'241.90 H	300'000.00 H	246'758.10
6310.18	Kantonsbeitrag Projekt Kilchenstock	6'914.85 H	80'000.00 H	73'085.15
6350.1	Investitionsbeiträge Patenschaft	150'000.00 H	0.00	-150'000.00
67800	**Gewässerverbauung**	**119'090.50**	**400'000.00**	**-280'909.50**
5020.02	Hochwasserschutz Mitlödi	567'106.35	1'000'000.00	-432'893.65

Gemeinde Glarus Süd
2.6. Jahresrechnung 2013: Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2013	Abweichung
6300.01	Bundesbeiträge	241'239.30 H	323'000.00 H	81'760.70
6310.01	Kantonsbeiträge	206'776.55 H	277'000.00 H	70'223.45
67	**Total Forstwirtschaft**	**1'170'138.75**	**1'260'001.00**	**-89'862.25**
68017	**Vordersandalp**	**47'706.90**	**20'000.00**	**27'706.90**
5670.01	IB Seilbahn Obersand	133'213.80	60'000.00	73'213.80
6300.01	Bundesbeiträge	19'800.00 H	0.00	-19'800.00
6310.01	Kantonsbeiträge	18'000.00 H	20'000.00 H	2'000.00
6370.01	Investitionsbeiträge	47'706.90 H	20'000.00 H	-27'706.90
68024	**Alp Bösbächi**	**178'596.40**	**0.00**	**178'596.40**
5010.11	Rütenen-Wysswand	257'596.40	0.00	257'596.40
6300.12	Bundesbeitrag Rütenen - Wysswand	42'000.00 H	0.00	-42'000.00
6310.12	Kantonsbeitrag Rütenen - Wysswand	37'000.00 H	0.00	-37'000.00
68034	**Alp Guppen**	**123'668.10**	**150'000.00**	**-26'331.90**
5040.08	Guppenalp Dachsanierung Oberstafel	123'668.10	150'000.00	-26'331.90
68044	**Alp Krauchtal**	**124'862.75 H**	**680'000.00**	**-804'862.75**
5010.06	Projekt Krauchtal Bruch	31'154.30	600'000.00	-568'845.70
5010.18	Sanierung Krauchtalstrasse	150'388.15	0.00	150'388.15
5010.27	Projekt Krauchtal Abzweiger Weissenberge	0.00	500'000.00	-500'000.00
5010.31	Projekt Krauchtal Wiederinstandstellung	304'132.80	600'000.00	-295'867.20
6300.01	Bundesbeiträge	245'338.00 H	520'000.00 H	274'662.00
6310.01	Kantonsbeiträge	205'200.00 H	500'000.00 H	294'800.00
6320.02	Investitionshilfe Stadt Zürich	100'000.00 H	0.00	-100'000.00
6350.10	Investitionsbeiträge Patenschaft	60'000.00 H	0.00	-60'000.00
68500	**Landwirtschaft**	**30'000.00 H**	**0.00**	**-30'000.00**
6360.1	Investitionsbeiträge priv. Organisationen	30'000.00 H	0.00	-30'000.00
68	**Total Alp- und Landwirtschaft**	**195'108.65**	**850'000.00**	**-654'891.35**
99	**Total Abschluss**	**6'564'548.69**	**9'265'001.00**	**-2'700'452.31**

Gemeinde Glarus Süd
2.7. Jahresrechnung 2013: Bewegungs-Bilanz 01.01.2013 - 31.12.2013

Nr.	Bezeichnung	Saldo 01.01.	Saldo Periode	Saldo 31.12.
Aktiven		**95'797'136.01**	**4'912'058.67**	**100'709'194.68**
10	**Finanzvermögen**	**58'915'767.55**	**2'023'000.26**	**60'938'767.81**
100	**Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen**	**2'558'657.65**	**189'252.24**	**2'747'909.89**
1000	Kasse	27'399.51	-939.11	26'460.40
1001	Post	171'420.02	-81'041.92	90'378.10
1002	Bank	2'359'838.12	271'233.27	2'631'071.39
101	**Forderungen**	**19'554'119.18**	**1'345'561.04**	**20'899'680.22**
1010	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	15'925'789.52	1'375'302.69	17'301'092.21
1011	Kontokorrente mit Dritten	550'302.38	412'210.12	962'512.50
1012	Steuerforderungen	2'985'816.33	-470'976.47	2'514'839.86
1015	Interne Kontokorrente	13'198.00	23'149.55	36'347.55
1019	Übrige Forderungen	79'012.95	5'875.15	84'888.10
104	**Aktive Rechnungsabgrenzungen**	**3'906'199.70**	**-3'677'129.00**	**229'070.70**
1040	Personalaufwand	118'812.30	-47'421.55	71'390.75
1041	Sach- und übriger Betriebsaufwand	93'080.40	33'081.35	126'161.75
1044	Finanzaufwand / Finanzertrag	5'661.00	6'637.20	12'298.20
1045	Übriger betrieblicher Ertrag	3'688'646.00	-3'669'426.00	19'220.00
106	**Vorräte und angefangene Arbeiten**	**103'628.72**	**-103'628.72**	**0.00**
1060	Handelswaren	103'628.72	-103'628.72	0.00
107	**Finanzanlagen**	**12'133'557.60**	**4'714'167.00**	**16'847'724.60**
1070	Aktien und Anteilscheine	9'414'870.00	788'157.00	10'203'027.00
1071	Verzinsliche Anlagen	2'718'687.60	3'926'010.00	6'644'697.60
108	**Sachanlagen**	**20'659'604.70**	**-445'222.30**	**20'214'382.40**
1080	Grundstücke Finanzvermögen	14'932'407.00	-717'029.60	14'215'377.40
1084	Gebäude Finanzvermögen	5'727'197.70	271'807.30	5'999'005.00
14	**Verwaltungsvermögen**	**36'881'368.46**	**2'889'058.41**	**39'770'426.87**
140	**Sachanlagen Verwaltungsvermögen**	**26'859'933.04**	**2'660'545.58**	**29'520'478.62**
1400	Grundstücke Verwaltungsvermögen	278'003.00	0.00	278'003.00
1401	Strassen / Verkehrswege	6'154'320.00	471'252.90	6'625'572.90
1402	Wasserbau	509'219.26	-39'480.85	469'738.41
1403	Übrige Tiefbauten	9'933'923.42	-610'844.90	9'323'078.52
1404	Hochbauten	6'977'001.20	-438'408.00	6'538'593.20
1405	Waldungen	38'561.00	-3'856.55	34'704.45
1406	Mobilien Verwaltungsvermögen	624'371.87	174'237.21	798'609.08
1407	Anlagen im Bau Verwaltungsvermögen	1'805'959.89	3'161'503.12	4'967'463.01
1409	Übrige Sachanlagen VV	538'573.40	-53'857.35	484'716.05
142	**Immaterielle Anlagen**	**586'273.92**	**1'826.08**	**588'100.00**
1420	Software	49'256.00	5'639.50	54'895.50
1429	Übrige immaterielle Anlagen	537'017.92	-3'813.42	533'204.50
144	**Darlehen**	**7.00**	**-1.00**	**6.00**
1445	Darlehen an private Unternehmungen	6.00	-1.00	5.00
1446	Darlehen an priv. Organisationen ohne Erwerbszweck	1.00	0.00	1.00
145	**Beteiligungen, Grundkapitalien**	**8'230'969.50**	**0.00**	**8'230'969.50**
1452	Beteiligungen an Gemeinden u. Gdezweckverbände	8'000'000.00	0.00	8'000'000.00
1454	Beteiligungen an öffentlichen Unternehmungen	92'402.00	0.00	92'402.00
1455	Beteiligungen an privaten Unternehmungen	138'567.50	0.00	138'567.50

Gemeinde Glarus Süd
2.7. Jahresrechnung 2013: Bewegungs-Bilanz 01.01.2013 - 31.12.2013

Nr.	Bezeichnung	Saldo 01.01.	Saldo Periode	Saldo 31.12.
146	**Investitionsbeiträge**	**1'204'185.00**	**226'687.75**	**1'430'872.75**
1461	Invbeiträge an Kantone und Konkordate	171'930.45	38'485.70	210'416.15
1462	Invbeiträge an Gemeinden u. Gdezweckverbände	373'034.70	-32'970.70	340'064.00
1464	Invbeiträge an öffentliche Unternehmungen	313'455.60	-58'345.55	255'110.05
1465	Invbeiträge an private Unternehmungen	0.00	200'000.00	200'000.00
1466	Invbeiträge an private Org. ohne Erwerbszweck	345'764.25	79'518.30	425'282.55
Passiven		**-95'797'136.01**	**-4'912'058.67**	**-100'709'194.68**
20	**Fremdkapital**	**-29'700'203.84**	**-4'717'958.20**	**-34'418'162.04**
200	**Laufende Verbindlichkeiten**	**-5'697'116.69**	**49'261.30**	**-5'647'855.39**
2000	Lauf.Verb.aus Lieferungen u.Leistungen v.Dritten	-5'506'465.40	-2'960.10	-5'509'425.50
2001	Kontokorrente mit Dritten	-114'964.89	75'281.40	-39'683.49
2006	Depotgelder und Kautionen	-75'686.40	-23'060.00	-98'746.40
204	**Passive Rechnungsabgrenzung**	**-1'033'743.10**	**536'934.85**	**-496'808.25**
2040	Personalaufwand	-134'540.10	50'670.90	-83'869.20
2041	Sach- und übriger Betriebsaufwand	-232'090.00	165'846.00	-66'244.00
2043	Transfers der Erfolgsrechnung	-285'775.00	139'675.00	-146'100.00
2044	Finanzaufwand / Finanzertrag	-301'759.00	104'419.00	-197'340.00
2045	Übriger betrieblicher Ertrag	-79'579.00	76'323.95	-3'255.05
205	**Kurzfristige Rückstellungen**	**-369'796.80**	**57'888.90**	**-311'907.90**
2050	Kurzfr. Rückst. aus Mehrleistungen des Personals	-369'796.80	57'888.90	-311'907.90
206	**Langfristige Finanzverbindlichkeiten**	**-19'018'125.00**	**-5'682'225.00**	**-24'700'350.00**
2060	Hypotheken	-300'000.00	300'000.00	0.00
2064	Darlehen	-18'718'125.00	-5'982'225.00	-24'700'350.00
208	**Langfristige Rückstellungen**	**-473'000.00**	**300'000.00**	**-173'000.00**
2083	Rückstellungen für nicht versicherte Schäden	-473'000.00	300'000.00	-173'000.00
209	**Verbindlichkeiten ggü. Spezialfinanzierungen im FK**	**-3'108'422.25**	**20'181.75**	**-3'088'240.50**
2091	Verbindlichkeiten ggü. Fonds im FK	-1'250'949.39	-2'501.90	-1'253'451.29
2092	Legate und Stiftungen im Fremkapital	-1'857'472.86	22'683.65	-1'834'789.21
29	**Eigenkapital**	**-66'096'932.17**	**-194'100.47**	**-66'291'032.64**
290	**Verpflichtungen(+),Vorschüsse(-) ggü.Spezialfinanz**	**-5'556'800.13**	**-223'298.59**	**-5'780'098.72**
2900	Spezialfinanzierungen im EK	-5'556'800.13	-223'298.59	-5'780'098.72
291	**Fonds**	**-12'603'921.37**	**63'424.74**	**-12'540'496.63**
2910	Fonds im Eigenkapital	-12'603'921.37	63'424.74	-12'540'496.63
293	**Vorfinanzierungen**	**-1'568'810.45**	**0.00**	**-1'568'810.45**
2930	Vorfinanzierungen	-1'568'810.45	0.00	-1'568'810.45
295	**Aufwertungsreserve Verwaltungsvermögen**	**-5'173'987.50**	**-12'399.00**	**-5'186'386.50**
2950	Aufwertungsreserve Verwaltungsvermögen	-5'173'987.50	-12'399.00	-5'186'386.50
296	**Neubewertungsreserve Finanzvermögen**	**-18'019'554.20**	**-2'275'508.58**	**-20'295'062.78**
2960	Neubewertungsreserve Finanzvermögen	-18'019'554.20	-2'275'508.58	-20'295'062.78
299	**Bilanzüberschuss /-fehlbetrag**	**-23'173'858.52**	**2'253'680.96**	**-20'920'177.56**
2990	Jahresergebnis	1'651'544.22	902'136.74	2'553'680.96
2999	Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	-24'825'402.74	1'351'544.22	-23'473'858.52

Gemeinde Glarus Süd
2.8. Jahresrechnung 2013: Kennzahlen nach HRM2

	2013	2012	2011	
BRUTTOVERSCHULDUNGSANTEIL Bruttoschulden * 100 / Laufender Ertrag	78.8%	62.5%	85.8%	< 50% = sehr gut 50%-100% = gut über 100%-150% = mittel über 150%-200% = schlecht > 200% = kritisch
NETTOSCHULD I (-) PRO EINWOHNER Nettoschuld I / Einwohner (+ = Vermögen)	2'665	2'957	2'320	Verschuldung > 0 = Nettovermögen 0 bis -1000 = gering
NETTOSCHULD II (-) PRO EINWOHNER Nettoschuld II / Einwohner (+ = Vermögen)	3'491	3'791	3'152	über -1000 bis -2500 = mittel über -2500 bis -5000 = hoch über -5000 = sehr hoch
NETTOVERSCHULDUNGSQUOTIENT (-) Nettoschuld I / Fiskalertrag x 100 (+ = Vermögen)	123.2%	131.1%	109.3%	< 100% = gut über 100-150% = genügend > 150% = schlecht > 200% = Schuldenbremse!
EIGENKAPITALDECKUNGSGRAD Bilanzüberschuss/-fehlbetrag / Laufender Aufwand * 100	47.9%	49.9%	56.2%	Ziel = 12% und mehr
SELBSTFINANZIERUNGSANTEIL Selbstfinanzierung / Laufender Ertrag * 100	3.3%	9.5%	12.5%	> 20% = gut 10%-20% = mittel < 10% = schlecht
SELBSTFINANZIERUNGSGRAD Nettoinvestitionen Selbstfinanzierung / Nettoinvestitionen * 100	6'564'549 19.2%	3'643'710 103.3%	4'487'577 99.2%	> 100% = gut 80% - 100% = genügend < 80% = schlecht
KAPITALDIENSTANTEIL Nettozinsaufwand+Abschreibungen VV / Laufender Ertrag * 100	10.0%	10.9%	12.1%	bis 5% = gering über 5% bis 15% = tragbar über 15% = hoch
BRUTTORENDITE DES FINANZVERMÖGENS Ertrag Finanzvermögen / Finanzvermögen * 100	1.7%	1.7%	1.4%	
ZINSBELASTUNGSANTEIL (Zinsaufwand - Zinsertrag * 100) / Laufender Ertrag	0.4%	1.4%	1.7%	< 0% - 4% = gut über 4 -10% = genügend > 10% und mehr = schlecht
INVESTITIONSANTEIL Bruttoinvestitionen / konsolierter Gesamtaufwand * 100	19.5%	14.2%	17.1%	unter 10% = schwach 10% - 20% = mittel über 20% bis 40% = stark über 40% = sehr stark

2.9. Anhang zur Jahresrechnung

2.9.1. Rechnungslegungsgrundsätze

Angewendetes Regelwerk
Der Rechnungsabschluss der Gemeinde Glarus Süd ist in Übereinstimmung mit den geltenden kantonalen Gesetzen und Richtlinien erstellt worden. Diese beziehen sich auf das Handbuch Harmonisiertes Rechnungsmodell für die Kantone und Gemeinden, HRM2, herausgegeben von der Konferenz der Kantonalen Finanzdirektoren. Für den Kanton Glarus im Speziellen gilt das vom Regierungsrat am 15.06.2010 genehmigte Handbuch HRM2 GL.

Rechnungslegungsgrundsätze
Die Rechnungslegung zeigt ein Bild des Finanzhaushaltes, welches den tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entspricht.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze
Sofern nichts anderes aufgeführt wird, erfolgt die Bewertung der Bilanzpositionen nach dem Handbuch Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell HRM2 für die Kantone und Gemeinden, herausgegeben von der Konferenz der Kantonalen Finanzdirektion.

Vermögenswerte im Finanzvermögen werden bilanziert, wenn sie einen künftigen Nutzen erbringen und ihr Wert verlässlich ermittelt werden kann. Sie werden bei erstmaliger Bilanzierung zu Anschaffungskosten bilanziert. Folgebewertungen erfolgen zum Verkehrswert am Bilanzstichtag, wobei eine systematische Neubewertung der Finanzanlagen jährlich, der übrigen Anlagen periodisch, d.h. mindestens alle 5 Jahre stattfindet.

Vermögenswerte im Verwaltungsvermögen werden bilanziert, wenn sie einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen oder ihre Nutzung zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen ist und ihr Wert verlässlich ermittelt werden kann. Sie werden zum Anschaffungs- bzw. Herstellkosten bilanziert und nach der angenommenen Nutzungsdauer degressiv abgeschrieben.

Der Kanton und die drei Gemeinden schreiben wie folgt ab:
Die planmässigen Abschreibungen des Verwaltungsvermögens erfolgen degressiv über die festgelegte Nutzungsdauer. Die Abschreibungen beginnen mit der Nutzung. Ausgenommen sind Grundstücke, Waldungen, Darlehen und Beteiligungen. Ist bei einer Position des Verwaltungsvermögens eine dauerhafte Wertminderung absehbar, wird deren bilanzierter Wert berichtigt.

Ausnahmen:
Die Ausnahmen bilden die übernommenen Investitionsbeiträge der ehemaligen Gemeinden, sie werden mit 10% degressiv (analog bisheriger Praxis) abgeschrieben. Dabei handelt es sich um verschiedene Investitionsbeiträge: Investitionsbeiträge an das Alters- und Pflegeheim Linthal, Beiträge an Kirchenrenovation oder Beitrag an das Inventar der Arztpraxis in Braunwald. Mit der Einführung der Anlagebuchhaltung hat eine Bereinigung und Kontrolle sämtlicher übernommener Werte stattgefunden.

2.9. Anhang zur Jahresrechnung

2.9.2. Eigenkapitalnachweis

		Eigenkapital 01.01.2013	Erhöhung durch		Reduktion durch		Eigenkapital 31.12.2013
290	Verpflichtungen / Vorschüsse gegenüber Spezialfinanzierungen im EK		3510 Einlagen in Spezialfinanzierungen EK Verzinsung 1.54%		4510 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen des EK		
	Wasserwerk	1'277'436.26		-		220'000.17	1'057'436.09
	Abwasserbeseitigung	3'286'400.19		394'711.10			3'681'111.29
	Abfallbeseitigung	992'963.68		48'587.66			1'041'551.34
		5'556'800.13		443'298.76		220'000.17	5'780'098.72
291	Fonds im EK		3511 Einlagen in Fonds des EK Verzinsung 0.20%		4511 Entnahmen aus Fonds des EK		
	Forstreservefonds	8'499'995.05		16'999.95		155'367.45	8'361'617.55
	Diverse Fonds im Eigenkapital	4'103'926.32		205'308.81		130'366.05	4'178'879.08
		12'603'921.37		222'308.76		285'733.50	12'540'496.63
293	Vorfinanzierung		3893 Einlagen in Vorfinanzierungen		4893 Entnahmen aus Vorfinanzierungen		
		1'568'810.45		-			1'568'810.45
295	Aufwertungsreserve VV		Einlagen in Aufwertungsreserven VV		Entnahme aus Aufwertungsreserven VV		
	146 Darlehen im VV und 146 Beteiligungen im VV	5'173'987.50		12'399.00		-	5'186'386.50
296	Neubewertungsreserve Finanzvermögen FV		Einlagen in Neubewertungsreserven Finanzvermögen FV		Entnahme aus Neubewertungsreserven Finanzvermögen FV		
	Aktien im FV			1'341'080.00		3'750.00	
	Grundstücke FV / Bauland						
	Gebäude Finanzvermögen			1'341'807.30			
	Vorräte auf Handelswaren					133'828.72	
		18'019'554.20		2'682'887.30		137'578.72	26'293'062.78
299	Bilanzüberschuss / Bilanzfehlbetrag		2999 Jahresergebnis: Überschuss Bilanzbereinigung		4899 Entnahme aus dem kumulierten Ergebnis der Vorjahre		
		23'173'859.52		300'000.00		2'553'080.96	20'920'177.56
29	Total Eigenkapital	66'096'932.17					66'291'032.64

2.9. Anhang zur Jahresrechnung

2.9.3. Beteiligungsspiegel

	Tätigkeit	Anteil in %	Gesamtkapital	Anzahl	Nominal	Kurswert	Kaufpreis	Bilanzwert	WB nach HRM2
	A. Aktien Finanzvermögen								
Aktien SN Energie AG	Energiegewinnung	17.0%	20'250'000.00	265	10'000.00	26'563.00		7'039'200.00	0.00
Aktien Kraftwerke Doppelpower AG	Energiegewinnung	25.0%	1'000'000.00	250	1'000.00	1'000.00	-250'000.00	0.00	0.00
Aktien EW Jona - Rapperswil	Energiegewinnung		750'000.00	25	50.00	4'250.00		106'250.00	0.00
Aktien Kraftwerke Mühlebach AG	Energiegewinnung	15.0%	5'000'000.00	750	1'000.00	2'272.80		1'704'600.00	0.00
Aktien Kraftwerk Sorni AG	Energiegewinnung	51.0%	2'000'000.00	1'020	1'000.00	1'000.00		1'020'000.00	0.00
	Total Aktien im Finanzvermögen							**9'870'130.00**	
	B. Aktien Verwaltungsvermögen								
Aktien Autobetriebe Sernftal	öffentlicher Verkehr			500	500.00	1.00	250'000.00	200'000.00	-199'999.00
Aktien Glarus Hoch 3 AG	Informatik-Dienstleistungen			400	100.00	70.00	40'000.00	40'000.00	-12'000.00
Aktien Sportbahnen Braunwald	Tourismusorganisation / Partizipation			421	100.00	17.50	42'100.00	42'100.00	-34'732.50
Aktien Sportbahnen Braunwald	Tourismusorganisation			12'220	30.00	7.70	366'600.00	366'600.00	-272'806.00
Aktien Sportbahnen Elm	Tourismusorganisation			562	500.00	66.00	281'000.00	281'000.00	-243'908.00
Aktien Luftseilbahn Mettmen	Tourismusorganisation			722	100.00	1.00	72'200.00	72'200.00	-72'199.00
Aktien Seilbahn Fiesengrat	Tourismusorganisation			57	300.00	1.00	17'100.00	17'100.00	-17'099.00
Aktien Dorfbistro	Schwand und Diesbach			750	100.00	1.00	75'000.00	75'000.00	-74'998.00
	Total Aktien Verwaltungsvermögen							**1'094'000.00**	**-927'841.50**
	C. Anteilscheine VV								
Anteilscheine SGU	Sportzentrum			634	100.00	1.00	63'400.00	63'400.00	-63'399.00
Anteilscheine Technologiezentrum	Unternehmungsberatung regional			14	500.00	500.00	7'000.00	7'000.00	0.00
Anteilscheine Erdgas Linth	Gasversorgung			80	1'000.00	700.00	57'400.00	82'000.00	-24'600.00
Anteilscheine Aeugstenbahn	Tourismusorganisation			37	500.00	1.00	18'500.00	18'500.00	-18'499.00
Anteilscheine Tschinglenbahn	Tourismusorganisation			4	500.00	1.00	2'000.00	2'000.00	-1'999.00
Anteilscheine Luftseilbahn LMW	Tourismusorganisation			100	100.00	1.00	10'000.00	10'000.00	-9'999.00
Anteilscheine Sonnenenergieanlage	Stromerzeugung			8	500.00	1.00	4'000.00	4'000.00	-3'999.00
Anteilscheine Fleischgenossenschaft	Regionaler Standort			1	1'000.00	1.00	1'000.00	1'000.00	-999.00
Anteilscheine WBG diverse	Wohnbauförderung					1.00	121'000.00	121'000.00	-120'999.00
Anteilscheine Fernsehgenossenschaft				1	500.00	1.00	500.00	500.00	-499.00
	Total Anteilscheine VV							**369'400.00**	**-244'992.00**
Beteiligung Technische Betriebe	Dotationskapital verzinst mit 2.5%							**8'000'000.00**	

2.9. Anhang zur Jahresrechnung

2.9.4. Gewährleistungs- und Beteiligungsspiegel				
Name Sitz	Eigentümer, wesentliche Miteigentümer	Zahlungsströme im Berichtsjahr	Angaben zu den gesicherten Leistungen (Art, Betrag, Verfall, Zinsangaben etc.)	Spezifische zusätzliche Angaben
Privatrechtliche Unternehmen (nach OR/ZGB)				
Spitex Glarus Süd	Verein	Fr. 396'600.--	Defizitbetrag / Abrechnung per 31.03.2014 Es wurden 2 Akontozahlungen ausgerichtet.	Leistungsvereinbarung ist vorhanden
Spitex Sernftal	Verein	Fr. 80'400.--	Defizitbetrag / Abrechnung per 31.03.2014 Es wurden 2 Akontozahlungen ausgerichtet.	Leistungsvereinbarung ist vorhanden
Öffentlich-rechtliche Verträge				
Stiftung Pensionskasse des Kantons Glarus	Kanton und Gemeinden	Fr. 2'762'015.50 Arbeitgeber- und Arbeitnehmer Beiträge	Vertraglicher Anschluss an die PK GL.	Deckungsgrad per 31.12.2010: 101.7% Deckungsgrad per 31.12.2011: 96.6% Deckungsgrad per 31.12.2012: 100.1% Deckungsgrad per 31.12.2013: 100.3%
Alters- und Pflegeheime Glarus Süd	Gemeinde	Fr. 1'336'823.85 Pflegefinanzierung (Beiträge an Private)	Gemäss Art. 77 der Gemeindeordnung (nachstehend GO genannt) bilden die Alters- und Pflegeheime Glarus Süd (nachstehend APGS genannt) eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt der Gemeinde. Die Leitung obliegt nach Art. 79 GO der Verwaltungskommission (nachstehend VK genannt). Gemäss Art. 80 GO ist der Geschäftsbericht, die Jahresrechnung und der Bericht der Revisionsstelle den Stimmberechtigten zur Genehmigung vorzulegen. Die Überführung der einzelnen Betriebe AZS Schwanden, HdH Linthal und API-IS Elm in die APGS erfolgte unter Nutzung der Übergangsbestimmung Art. 84 GO mit Beschluss der Gemeindeversammlung vom 18.11.2011 per 01.01.2013.	
Technische Betriebe Glarus Süd	Gemeinde	Fr. 1'526'975.-	Die Technischen Betriebe sind gemäss Art. 67 GO eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt der Gemeinde mit eigener Rechtspersönlichkeit. Gemäss Art. 71 Abs. 2 GO entrichten die Technischen Betriebe der Gemeinde einen angemessenen Zins für das Dotationskapital, sowie einen Gewinn im Rahmen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nach Vornahme der erforderlichen Reservebildung und Rückstellungen. Die Gemeindeversammlung bestimmt über die Verwendung dieser Abgaben. Gemäss Art. 71 Abs. 3 GO müssen der Geschäftsbericht, die Jahresrechnung und der Bericht der Revisionsstelle den Stimmberechtigten zur Genehmigung vorgelegt werden.	
Weitere Verpflichtungen				
Bäche- und Runsenkorporationen	Verschiedene		Der Landsgemeinde 2014 wird einen Grundsatzentscheid über das weitere Vorgehen bei den Korporationen zur Beschlussfassung vorgelegt.	
Eventualverpflichtungen	**Betrag**			
Dorfgenossenschaft Engi	Fr. 125'000.00	keine	Solidarbürgschafts-Verpflichtung seit 1995	gegenüber der Glarner Regionalbank GRB
Dorfladen Schwändi	Fr. 20'000.00	keine	Solidarbürgschafts-Verpflichtung seit 2000	gegenüber der Glarner Regionalbank GRB
Sportbahnen Elm	Fr. 425'000.00	keine	Solidarbürgschafts-Verpflichtung seit 1994	gegenüber der Glarner Kantonalbank GLKB

2.9. Anhang zur Jahresrechnung

2.9.5. Zusätzliche Angaben / Pendenzen aus dem Jahresabschluss 2013	
108 Sachanlagen Finanzvermögen	
	Neubewertung der Anlagen im Finanzvermögen beim Übergang zu HRM2
Grundstücke FV / Bauland	Erschlossenes Bauland ist zum vorgesehenen bzw. bereits bestimmten Verkaufspreis zu bewerten und dementsprechend zu aktivieren. Nicht erschlossenes Bauland ist zum aktuellen Marktwert in der jeweiligen Region bzw. in entsprechenden Gebiet zu bewerten. Die letzte Bestandesaufnahme erfolgte per 31.12.2012. Das Departement Werke und Umwelt hat den Auftrag bis zur Herbstgemeindeversammlung 2014 eine komplette Baulandliste mit den entsprechenden Verkaufspreisen zur Genehmigung vorzulegen. Im 2013 wurde für Fr. 717'029.60 Bauland zu den vorgesehenen Verkaufspreisen veräussert.
Gebäude im Finanzvermögen	Gemäss den Bestimmungen von HRM2 sind Liegenschaften im Finanzvermögen, deren Wert Fr. 100'000.00 übersteigt, durch eine unabhängige Stelle einzuschätzen und zum Verkehrswert zu bilanzieren. Bei den Garagen wurde auf eine Verkehrswertschätzung verzichtet, auch wenn der Bilanzwert höher als Fr. 100'000.- ist. Per 31.12.2013 wurde durch das Departement Werke und Umwelt eine Neubewertung der Gebäude im Finanzvermögen auf Grund der Schätzungen erarbeitet. Der Bilanzwert der Gebäude im Finanzvermögen beträgt per 31.12.2013 Fr. 5'999'005.--. Die daraus resultierende Wertberichtigung von Fr. 1'341'807.30 wurde in die Neubewertungsreserven Finanzvermögen gebucht.
Pfandrechte auf Grundstücken	Das Grundbuchamt des Kantons Glarus hat alle eingetragenen Pfandrechte auf Grundstücken bestätigt.
208 Langfristige Rückstellungen	
Rückstellungen	Die Rückstellungen wurden gemäss Eröffnungsbilanz übernommen. Die Rückstellung „Risiken" SN Energie AG der ehemaligen Gemeinde Schwanden von Fr. 300'000.- wurden zu Gunsten des Eigenkapitals aufgelöst. Es besteht zurzeit noch eine Rückstellung aus der ehemaligen Gemeinde Betschwanden für den Wiederaufbau der Alphütte "Vordersand".
290 Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen	
Wasser-, Abwasser- und Kehrichtgebühren Spezialfinanzierungen SF	Die Gemeindegebühren 2013 bei den Spezialfinanzierungen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Kehrichtentsorgung konnten im 2013 rechtzeitig in Rechnung gestellt werden. Die interne Verzinsung der Aktiv- und Passivposten wurde bei den SF mit 1.54% vorgenommen. Durch die Rechnungsabgrenzungen im 2012 bei den Spezialfinanzierungen ist auch das gebuchte Ergebnis 2013 noch leicht verzehrt. Folgende Bruttoeinnahmen wurden bei den Spezialfinanzierungen in Rechnung gestellt:
Fr. 1'617'150	Spezialfinanzierung der Wasserversorgung
Fr. 1'715'566	Spezialfinanzierung der Abwasserbeseitigung
Fr. 533'306	Spezialfinanzierung der Abfallentsorgung
293 Vorfinanzierungen	
Vorfinanzierungen	Die Vorfinanzierungen wurden gemäss Eröffnungsbilanz übernommen und per 31.12.2012 wurden die nicht benötigten Vorfinanzierungen zu Gunsten des Eigenkapitals aufgelöst. Die Vorfinanzierung für die Turnhalle Linthal beträgt Fr. 1'268'810.45.
291 Fonds im Eigenkapital	
Fonds im Eigenkapital	**Pendenzen:** Für die Fonds im Eigenkapital sind neue Reglemente zu erstellen. Die Fonds im Eigenkapital und im Fremdkapital wurden mit 0.20% verzinst.

2.9. Anhang zur Jahresrechnung

2.9.6. Langfristige Verbindlichkeiten

	Langfristige Finanzverbindlichkeiten			Stand am 31.12.2013	Amortisation
Kto-Nr.	**Langfristige Darlehen**	**Laufzeit**	**Prozent**		
20640.01	Darlehen Suva Versicherungsgesellschaft	17.02.2011 - 17.02.2017	1.94%	5'000'000.00	Nein
20640.02	Darlehen Axa Leben AG	18.02.2011 - 18.02.2021	2.36%	5'000'000.00	Nein
20640.03	Kanton Glarus Darlehen Braunwald	27.08.2003 - 30.06.2018	2.60%	-	Rückzahlung
20640.04	Darlehen Suva Versicherungsgesellschaft	21.03.2007 - 21.03.2017	2.97%	800'000.00	Ja
20640.05	Darlehen Suva Versicherungsgesellschaft	05.03.2008 - 05.03.2018	3.60%	800'000.00	Ja
20640.06	Darlehen Suva Versicherungsgesellschaft	27.04.2006 - 27.04.2016	3.14%	300'000.00	Ja
20640.07	Darlehen Winterthur Leben	02.07.2007 - 02.07.2017	2.95%	2'000'000.00	Nein
20640.08	Darlehen Glarner Regionalbank	bis 04.12.2015	3.65%	1'000'000.00	Nein
20640.10	Darlehen Glarner Kantonalbank	bis 15.10.2013	2.25%	-	Rückzahlung
20640.12	Darlehen Gemeinde Sissach	01.08.2009 - 01.08.2014	1.00%	100'000.00	Nein
20640.13	Darlehen Ausgleichsfonds der AHV	12.09.2013 - 14.09.2015	0.41%	2'000'000.00	Nein
20640.14	Darlehen Ausgleichsfonds der AHV	12.09.2013 - 12.09.2016	0.56%	3'000'000.00	Nein
20640.15	Darlehen Ausgleichsfonds der AHV	12.09.2013 - 12.09.2017	0.76%	3'000'000.00	Nein
20640.50	Darlehen Technische Betriebe tbgs	unbefristet	0.0%	-	Rückzahlung
Kto-Nr.	**IHG-Darlehen**				
20640.xx	IHG-Darlehen	29 IHG-Darlehen	0.0%	1'700'350.00	Ja
Kto-Nr.	**Hypotheken**				
20600.02	Hypothek Feuerwehrgebäude Engi-Matt	Rückzahlung am 31.03.2012	3.750%	-	Rückzahlung
20600.03	Hypothek Gemeindehaus Matt	Teilrückzahlungen	2.875%	-	Rückzahlung
				24'700'350.00	
Kto-Nr.	**Verbindlichkeiten gegenüber Spezialfinanzierungen im FK**				
20910.01	Ersatzabgaben für Schutzraumbauten		0.20%	1'253'451.29	
20920.xx	Legate und Stiftungen		0.20%	1'834'789.21	
				3'088'240.50	
Kto-Nr.	**Fonds im EK**				
29100.xx	Fonds im Eigenkapital		0.20%	4'178'879.00	
29101.01	Forstreservefonds		0.20%	8'361'617.63	
				12'540'496.63	

2.9. Anhang zur Jahresrechnung

2.9.7. Verpflichtungskredite Investitionsrechnung / Kreditkontrolle

Kreditbeschluss			Investitionsrechnung	Kreditkontrolle								
Datum	Organ	Kredit-summe (brutto)	Objektbezeichnung Konto-Nr.	Kredit-Übertrag 2012	Kumulierte Ausgaben 01.01.2013	Investitions-Ausgaben 2013	Kumulierte Ausgaben 31.12.2013	Kumulierte Einnahmen 01.01.2013	Investitions-Einnahmen 2013	Kumulierte Einnahmen 31.12.2013	Saldo	Kredit-Übertrag
			A. Übertragungskredite									
24.05.2011	GV	1'580'000	5093.01 Waldstrasse Rüsnen - Wyssenand	481'872	1'038'128	257'596	1'295'724	777'800	75'000	852'800	439'724	204'276
16.11.2011	GV	360'000	5290.01 Raumplanung	421'008	172'992	81'772	254'764	0	0	0	254'764	165'236
16.11.2011	GV	100'000	5040.01 Neubau Werkhof Hermenstrasse	100'000	0		0	0	0	0	0	0
16.11.2011	GV	55'000	5010.24 Dorfstrassen Strassenbelag	55'000	0		0	0	0	0	0	0
16.11.2011	GV	30'000	5040.05 Fahrzeuge Werkbetriebe	30'000	0		0	0	0	0	0	0
16.11.2011	GV	80'000	5031.01 WV Druckshaftschacht Fätschi	80'000	0	44'337	44'337	0	19'499	19'499	24'838	35'663
16.11.2011	GV	550'000	5031.20 WV Leitungssanierung Engi	196'935	362'065	43'612	406'677	0	45'980	45'980	360'697	0
16.11.2011	GV	150'000	5031.01 WV Braunwald 2. Etappe	145'999	5'001		5'001	0	0	0	5'001	0
16.11.2011	GV	50'000	5290.03 Abfallkonzept	50'000	0		0	0	0	0	0	0
16.11.2011	GV	100'000	5030.01 Dupenien	100'000	0		0	0	0	0	0	0
16.11.2011	GV	6'950'000	5030.06 Lawinenverbauung Fitsum, Engi	0	0	32'131	32'131	0	0	0	32'131	0
26.01.2012	K	900'000	5031.21 Wasserleitung Sodstag - Herren	705'161	104'839	256'032	360'871	0	50'000	50'000	310'871	539'129
22.06.2012	GV	6'780'100	5040.54 Projekt Turnhalle Linthal	300'827	5'061'173	2'038'768	2'841'941	0	0	0	2'841'941	1'150'160
22.06.2012	GV	2'450'000	5020.02 Hochwasserschutz Mitlödi		0	547'106	547'106	0	448'016	448'016	119'091	880'910
23.11.2012	GV	75'000	5030.10 Sanierung Spielplätze		0		0	0	0	0	0	75'000
23.11.2012	GV	160'000	5031.23 GWP Region mittleres Glarnerland		0	9'780	9'780	0	0	0	9'780	150'219
23.11.2012	*	1'080'000	5031.24 WV Verbindungsleitung Schwändi		0	96'349	96'349	0	0	0	96'349	983'651
23.11.2012	GV	3'529'000	5032.11 Sanierung ARA Sernftal	1'323'315	81'685	940'241	1'021'926	0	100'000	100'000	921'926	383'074
23.11.2012	GV	600'000	5050.01 Investitionsbeitrag Kies - Mettman AG		0	200'000	200'000	0	0	0	200'000	0
23.11.2012	GV	210'000	5080.12 Wanderweg Sandalp	66'068	2'912	166'298	170'210	0	88'200	88'200	82'010	39'791
21.06.2013	N	80'000	5031.22 GWP Region Schwanden	61'391	18'609	41'460	60'069	0	0	0	60'069	0
31.06.2013	GV	3'852'000	5031.25 Quellsanierung Wanhtalalpen mit KW		0	355'809	355'809	0	0	0	355'809	2'441'191
22.11.2013	GV	4'400'000	5030.08 Kugelfangsanierungen		0	156'412	156'412	0	25'195	25'195	131'217	0
22.11.2013	GV	650'000	5030.09 Sanierung Schiessanlage Matt		0	6'500	6'500	0	0	0	6'500	423'500
22.11.2013	GV	1'980'000	5040.06 Umbau Werkhof Elm / Anteil Feuerwehr	43'429	6'571	9'631	16'202	0	0	0	16'202	283'798
22.11.2013	GV	1'270'000	5040.06 Umbau Werkhof Elm / Anteil Werkhof	43'429	6'751	9'631	16'382	0	0	0	16'382	233'798
			Total Übertragungskredite	3'909'454								**5'377'413**
			B. Nachtragskredite / Zusatzkredite								Rückgut	Nachtrag
16.11.2011	GV	200'000	5061.04 Anschaffung Wasseruhren	44'046	150'954	54'161	210'115	0	0	0	200'000	10'115
22.06.2012	GV	800'000	5013.36 Projekt Landesplatterberg	111'033	688'967	130'323	819'490	254'000	14'156	270'156	549'334	19'489
22.06.2012	GV	60'000	5070.01 Investitionsbeitrag Seilbahn Obersand		0	133'214	133'214	0	85'507	85'507	47'707	72'214
23.11.2012	GV	120'000	5080.23 Strassenbeleuchtung durch tbgs		0	278'991	278'991	0	138'667	138'667	120'000	20'325
23.11.2012	GV	425'000	5040.05 Erweiterung Chinderburg	28'568	21'432	476'679	498'121	0	0	0	425'000	73'121
31.01.2013	GR	190'000	5050.01 Förderprogramm Weisstannen		0	294'815	294'815	0	70'803	70'803	133'782	24'615
31.01.2013	GR	60'000	5010.32 Erschliessung unt. Allmeind - Strasse		0	67'205	67'205	0	0	0	0	67'205
31.01.2013	GR	45'000	5031.26 Erschliessung unt. Allmeind - Wasser		0	63'267	63'267	0	0	0	0	43'267
31.01.2013	GR	50'000	5032.13 Erschliessung unt. Allmeind - Abwasser		0	50'873	50'873	0	0	0	0	50'873
24.10.2013	GR	61'900	5010.24 Sanierung Dorfstrasse Elm		0	61'865	61'865	0	0	0	0	61'865
			Total Nachtrags- und Zusatzkredite	439'096								**426'109**

2.9. Anhang zur Jahresrechnung

2.9.8.1. Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen gemäss Art. 51 und 52 Finanzhaushaltgesetz (FHG)

Departemente

Art. 51 FHG Nachtragskredite	Abs. 1 Der Nachtragskredit ist die Ergänzung eines nicht ausreichenden Budgetkredites. Abs. 2 Zeigt sich vor oder während der Beanspruchung des Budgetkredits, dass dieser nicht ausreicht, muss der Gemeinderat vor dem Eingehen neuer Verpflichtungen ohne Verzug einen Nachtragskredit anfordern. Vorbehalten bleibt die Kreditüberschreitung nach Artikel 52. Abs. 4 Bei den Gemeinden regelt die Gemeindeordnung das Nachtragskreditverfahren.		
Art. 52 FHG Kreditüberschreitungen	Abs. 1 Erfolgt die Vornahme eines Aufwands oder einer Ausgabe, für die im Budget kein oder kein ausreichender Kredit bewilligt ist, ohne nachteilige Folgen für den Kanton und die Gemeinden keinen Aufschub oder handelt es sich um eine gebundene Ausgabe, kann der Gemeinderat die Kreditüberschreitung beschliessen. Abs. 2 Kreditüberschreitungen sind ferner zulässig für Aufwand und Ausgaben, denen im gleichen Rechnungsjahr entsprechende sachbezogene Erträge und Einnahmen gegenüberstehen. Abs. 3 Der Gemeinderat hat der Budgetbehörde Kreditüberschreitungen anlässlich der Genehmigung der Jahresrechnung zu begründen und um Entlastung zu ersuchen.		
	Nachtragskredite Art. 51	Kreditüberschreitungen Art. 52	Total
1 Präsidiales	13'650	52'499	66'099
2 Wirtschaft und Finanzen	0	85'144	85'144
3 Schule und Familie	0	144'450	144'450
4 Gesellschaft und Tourismus	64'270	28'144	92'414
5 Sicherheit und Freizeit	0	124'637	124'637
6 Werke und Umwelt	170'560	2'176'003	2'346'563
Alle Departemente	**248'480**	**2'610'877**	**2'859'307**
	Während das alte Finanzhaushaltrecht sämtliche Überschreitungen von Budgetkrediten als Nachtragskredite bezeichnete, unterscheidet das neue Finanzhaushaltgesetz (FHG) zwischen Nachtragskrediten (Art. 51 FHG) und Kreditüberschreitungen (Art. 52 FHG).		

2.9. Anhang zur Jahresrechnung

2.9.8.2. Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen

(NA = Nachtragskredite Art. 51 FHG und KS = Kreditüberschreitungen Art. 52 FHG)

KST	KA	Bezeichnung	Rechnung	Budget	Nachtrag	
1 Präsidiales						
3130.00	10000	Gemeindeversammlung; Dienstleistung Dritter	8'924	2'500	6'424	KS
3130.30	10100	Wahlen und Abstimmungen; Porti	34'999	24'000	10'999	KS
3010.00	11000	Gemeinderat; Lohnkosten für Dienstleistungen	2'501	0	2'501	NA
3010.00	12000	Gemeindekanzlei; Lohnkosten Datenerfassung	11'149	0	11'149	NA
3130.00	12100	Gemeindearchiv; Dienstleistungen Dritter	39'481	30'000	9'481	KS
3010.80	14000	Personaldienst; Löhne Personal in Ausbildung	72'799	65'200	7'599	KS
KST	14010	Personaldienst; Arbeitgeberleistungen	126'146	111'000	15'146	KS
3133.00	18000	GPK/Revisonsstelle; Informatik-Nutzung	3'600	800	2'800	KS
					66'099	
2 Departement Wirtschaft und Finanzen						
3101.00	22000	Regionalverkehr; Anschaffungskosten GA's	98'700	90'000	8'700	KS
3130.00	22010	Bahnhöfe / Bushaltestellen; Schadenfall	18'856	7'000	11'856	KS
3800.00	29000	a.o. Aufwand / Nachtrag 2011 Unfall-Vers.	64'588	0	64'588	KS
					85'144	
3 Departement Schule und Familie						
3130.71	31021	Kindergarten Luchsingen; Schülertransporte	22'200	15'000	7'200	KS
3130.71	31037	Kindergarten Mitlödi; Schülertransporte	47'000	33'500	13'500	KS
3171.00	33030	Primarschule Haslen; Klassenlager	7'600	4'700	2'900	KS
3161.00	33031	Primarschule Schwanden; Miete Multifunktionsgerät	7'600	5'000	2'600	KS
3171.00	33035	Primarschule Schwändi; Klassenlager	5'200	2'600	2'600	KS
3161.00	34010	OS Linthal; Miete Multifunktionsgerät	10'500	500	10'000	KS
3104.00	34030	OS Schwanden; Anschaffung Lehrmaterial	66'100	0	66'100	KS
3104.00	34040	OS Matt; Anschaffung Lehrmaterial	15'300	0	15'300	KS
3111.00	38110	Hort Linthal; Beschriftungsmaterial	550	200	350	KS
3101.00	38120	Hort Mitlödi; Bastelmaterial	1'500	1'000	500	KS
3111.00	38130	Chinderburg Schwanden; Spielmaterial	2'500	0	2'500	KS
3130.00	38130	Chinderburg Schwanden; Lieferung Mittagessen	9'800	6'000	3'800	KS
3170.01	38130	Chinderburg Schwanden; Reisekosten und Spesen	2'900	0	2'900	KS
3151.00	39100	Jugendarbeit; Reparatur Gasheizkessel	3'400	0	3'400	KS
3170.01	39100	Jugendarbeit; Reisekosten und Spesenauszahlung	2'200	0	2'200	KS
3612.00	39100	Jugendarbeit; Gemeindebeitrag	8'600	0	8'600	KS
					144'450	
4 Departement Gesellschaft und Tourismus						
3130.00	43000	Kultur; Dienstleistungen Dritter	39'761	11'500	28'261	NA
3132.00	44000	Tourismus; Honorare externe Berater	36'009	0	36'009	NA
3637.00	45100	Denkmalpflege; Beiträge an Private	118'144	90'000	28'144	KS
					92'414	
5 Departement Sicherheit und Freizeit						
3601.01	50000	Einwohnerkontrolle; Frepogebühren Kanton	79'387	65'000	14'387	KS
3601.02	50000	Einwohnerkontrolle; IDK-Debühren	22'126	20'500	1'626	KS
3111.00	52020	Feuerwehr Grosstal; Anschaffungen	11'364	4'000	7'364	KS
3151.10	52020	Feuerwehr Grosstal; Wartungs- u Unterhaltsarbeiten	46'361	42'000	4'361	KS
3120.10	52030	Feuerwehr Kärpf; höhere Energiekosten	21'573	10'000	11'573	KS
3010.00	56100	Schwimmbad Schwanden; Lohnkosten	87'772	74'000	13'772	KS
3101.00	56100	Schwimmbad Schwanden; Verbrauchsmaterial	19'054	12'000	7'054	KS
3120.10	56100	Schwimmbad Schwanden; Gemeindegebühren	34'177	28'000	6'177	KS
3149.00	56100	Schwimmbad Schwanden; Steuereinheit	56'855	20'000	36'855	KS
3143.00	57000	Friedhöfe und Bestattungen; Unterhalt durch Dritte	208'588	190'000	18'588	KS
3160.00	57000	Friedhöfe und Bestattungen; Miete	3'280	400	2'880	KS
					124'637	

2.9. Anhang zur Jahresrechnung

2.9.8.2. Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen

(NA = Nachtragskredite Art. 51 FHG und KS = Kreditüberschreitungen Art. 52 FHG)

KST	KA	Bezeichnung	Rechnung	Budget	Nachtrag	
6 Departement Werke und Umwelt / Abteilung Hoch- und Tiefbau						
3010.00	60000	Bauamt/Bauverwaltung; befristete Stelle	378'553	351'000	27'553	NA
3120.10	60102	Gemeindehaus Schwanden; Strom- u. Heizkosten	16'784	12'000	4'784	KS
3144.00	60121	Mehrzweckhalle Rüti; Sanierung Heizanlage	131'359	15'000	116'359	KS
3118.00	60400	Liegenschaftsverwaltung; Software	11'059	0	11'059	NA
3130.55	60420	Schulliegenschaft Braunwald; Beiträge an Korp.	3'442	0	3'442	KS
3144.00	60420	Schulliegenschaft Braunwald; Dachsanierung	72'258	7'000	65'258	KS
3120.10	60422	Schulliegenschaft Hätzingen; Energiekosten	30'117	23'600	6'517	KS
3120.20	60422	Schulliegenschaft Hätzingen; Kosten Entsorgung	3'561	1'000	2'561	KS
3111.00	60430	Schulliegenschaft Haslen; Ersatzanschaffung	4'099	0	4'099	KS
3120.10	60430	Schulliegenschaft Haslen; Energiekosten	25'239	23'000	2'239	KS
3120.20	60431	Schulliegenschaft Schwanden; Entsorgung	19'004	7'000	12'004	KS
3130.00	60431	Schulliegenschaft Schwanden; DL Dritter	15'949	5'000	10'949	KS
3134.00	60431	Schulliegenschaft Schwanden; Sachvers.-Prämie	18'440	15'900	2'540	KS
3144.00	60431	Schulliegenschaft Haslen; Schadenfall	50'474	47'000	3'474	KS
3130.00	60435	Schulliegenschaft Schwändi; DL Dritter	8'947	3'000	5'947	KS
3144.00	60435	Schulliegenschaft Schwändi; Reparaturen	35'557	16'000	19'557	KS
3120.10	60437	Kindergarten Mitlödi; Strom- und Energiekosten	14'442	12'000	2'442	KS
3120.10	60438	Schulhaus Mitlödi; Strom- und Energiekosten	29'264	23'500	5'764	KS
3120.10	60440	Schulliegenschaft Engi; Strom- und Heizkosten	32'979	24'200	8'779	KS
3120.10	60441	Schulliegenschaft Matt; Strom- und Heizkosten	28'309	20'500	7'809	KS
3439.20	60520	Liegenschaften FV; Kosten Entsorgung	3'965	300	3'665	KS
3431.00	60522	Grosshaus Rüti; Kosten Entsorgung	4'546	2'000	2'546	KS
3439.10	60522	Grosshaus Rüti; Strom- und Heizkosten	26'842	22'000	4'842	KS
3430.40	60530	Dorfstübli Schwändi; Reparaturen	4'667	2'000	2'667	KS
3430.40	60530	Liegenschaften FV; Reparaturen	5'972	2'000	3'972	KS
3439.20	60530	Liegenschaften FV; Kosten Entsorgung	2'112	0	2'112	KS
3430.40	60532	MFH Bären Sool; Mieterwechsel u. Reparaturen	21'158	8'000	13'158	KS
3120.10	61000	Werkhöfe; Strom und Heizkosten	32'967	20'000	12'967	KS
3120.20	61000	Werkhöfe; Kosten Entsorgung	11'297	7'000	4'297	KS
3133.00	61000	Werkhöfe; Informatik-Nutzungsaufwand	32'990	26'700	6'290	KS
3160.00	61000	Werkhöfe; Miete und Pacht	57'684	55'000	2'684	KS
3120.20	61100	Dorfstrassen; Gebühren Strassenentwässerung	143'785	16'000	127'785	KS
3130.55	61000	Dorfstrassen; Beiträge an Korporationen	83'198	50'000	33'198	KS
3101.00	61101	Schneeräumung; Verbrauchsmaterial (Salz)	49'213	30'000	19'213	KS
3101.10	61101	Schneeräumung; Benzin, Diesel, Motorenöl	14'064	3'000	11'064	KS
3141.75	61101	Schneeräumung; DL durch Dritte	367'518	290'000	77'518	KS
3151.10	61101	Schneeräumung; Unterhalt Maschinen	69'615	46'000	23'615	KS
3151.20	61101	Schneeräumung; Unterhalt Fahrzeuge	12'888	0	12'888	KS
3130.00	61110	Anlage und Plätze; DL durch Dritte	56'799	43'500	13'299	KS
3143.00	61120	Öffentliche Beleuchtung; Baulicher Unterhalt	155'722	120'000	35'722	KS
3631.00	61150	Kantonsstrassen; Beiträge an Kanton	97'329	55'000	42'329	KS
3151.20	61300	Fahrzeuge Werkbetrieb; Unterhalt von Fahrzeugen	124'711	93'000	31'711	KS
3101.01	63100	Wasserversorgung SF; Betriebsmaterial	30'855	20'000	10'855	KS
3130.00	63100	Wasserversorgung SF; Dienstleistung Dritter	100'839	65'000	35'839	KS
3143.00	63100	Wasserversorgung SF; Baulicher Unterhalt	434'898	390'000	44'898	KS
3199.00	63100	Wasserversorgung SF; Übriger Betriebsaufwand	33'312	0	33'312	KS
3120.10	64100	Abwasserbeseitigung SF; Stromkosten	11'777	9'000	2'777	KS
3130.00	64100	Abwasserbeseitigung SF; DL Dritter	109'505	70'000	39'505	KS
3143.00	64100	Abwasserbeseitigung SF; Baulicher Unterhalt	120'965	89'000	31'965	KS
3151.10	64100	Abwasserbeseitigung SF; Unterhalt Maschinen	13'065	4'500	8'565	KS
3199.00	64100	Abwasserbeseitigung SF; Betriebsaufwand	29'516	0	29'516	KS

2.9. Anhang zur Jahresrechnung

2.9.8.2. Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen

(NA = Nachtragskredite Art. 51 FHG und KS = Kreditüberschreitungen Art. 52 FHG)

KST	KA	Bezeichnung	Rechnung	Budget	Nachtrag	
3111.00	65100	Abfallwirtschaft SF; Anschaffung Glascontainer	97'260	76'000	21'260	KS
3130.00	65100	Abfallwirtschaft SF; DL Dritter	38'209	30'000	8'209	KS
3130.85	65100	Abfallwirtschaft SF; Kosten Alteisenentsorgung	19'678	17'500	2'178	KS
3130.87	65100	Abfallwirtschaft SF; Kosten Bauschuttentsorgung	34'634	20'600	14'034	KS
3130.88	65100	Abfallwirtschaft SF; Kosten Grünabfuhr	40'774	37'400	3'374	KS
3144.00	65100	Abfallwirtschaft SF; Baulicher Unterhalt	27'658	20'000	7'658	KS
3160.00	65100	Abfallwirtschaft SF; Miete und Pacht	6'000	0	6'000	KS
3199.00	65100	Abfallwirtschaft SF; Übriger Betriebsaufwand	2'212	0	2'212	KS
					1'112'835	
6 Departement Werke und Umwelt / Abteilung Grün						
3133.00	67000	Forstwirtschaft; Informatik Nutzungsaufwand	34'500	31'600	2'900	KS
3134.00	67000	Forstwirtschaft; Sachversicherungsprämien	5'240	2'500	2'740	KS
3144.00	67000	Forstwirtschaft; Baulicher Unterhalt Hochbauten	37'135	24'500	12'635	KS
3145.10	67000	Forstwirtschaft; Holzerntearbeiten	990'515	450'000	540'515	KS
3145.20	67000	Forstwirtschaft; übrige Waldarbeiten	100'260	90'000	10'260	KS
3145.30	67000	Forstwirtschaft; Transportkosten	316'720	150'000	166'720	KS
3151.20	67300	Fahrzeuge Forstwirtschaft; Unterhalt	144'890	94'000	50'890	KS
3130.00	67400	Waldstrassen; Dienstleistungen Dritter	74'666	62'000	12'666	KS
3141.00	67400	Waldstrassen; Baulicher Unterhalt	339'204	272'000	67'204	KS
3101.00	67500	Lawinenverbauung; Verbrauchsmaterial	5'602	0	5'602	KS
3130.00	67500	Lawinenverbauung; Dienstleistungen Dritter	157'826	2'000	155'826	KS
3131.00	67500	Lawinenverbauung; Planung und Projektierung	17'717	6'000	11'717	KS
3101.00	67600	Wanderwege; Betriebs- und Verbrauchsmaterial	22'024	18'000	4'024	KS
3130.00	67600	Wanderwege; Dienstleistungen Dritter	63'452	50'000	13'452	KS
3141.00	67600	Wanderwege; Baulicher Unterhalt	28'664	25'000	3'664	KS
3131.00	68000	Alpwirtschaft; Planung und Projektierung	34'303	20'000	14'303	NA
3130.55	68010	Alp Altenoren; Beiträge an Korporationen	6'235	3'000	3'235	KS
3144.00	68013	Alp Mitteldurnachtal; Dienstleistungen Dritter	11'722	5'000	6'722	KS
3149.00	68013	Alp Mitteldurnachtal; Baulicher Unterhalt	2'393	0	2'393	KS
3144.00	68016	Alp Unterfrittern; Baulicher Unterhalt	12'498	3'000	9'498	KS
3131.00	68031	Alp Ennetseben; Schadenaufnahme	2'573	0	2'573	KS
3141.00	68031	Alp Ennetseben; Baulicher Unterhalt Strassen	2'460	0	2'460	KS
3141.00	68034	Alp Guppen; Baulicher Unterhalt Strassen	7'623	0	7'623	KS
3141.00	68042	Alp Chreuel und Laui; Vorfinanzierung Seilbahn	124'645	7'000	117'645	NA
3439.40	68510	Landwirtschaftliche Liegenschaften; Sachvers.	11'161	4'700	6'461	KS
					1'233'728	

1	Präsidiales	66'099
2	Departement Wirtschaft und Finanzen	85'144
3	Departement Schule und Familie	144'450
4	Departement Gesellschaft und Tourismus	92'414
5	Departement Sicherheit und Freizeit	124'637
6	Departement Werke und Umwelt / Abt. Hoch- und Tiefbau	1'112'835
6	Departement Werke und Umwelt / Abt. Grün	1'233'728
		2'859'307

NA	Nachtragskredite (Art. 51 Finanzhaushaltgesetz)	248'480
KS	Kreditüberschreitungen (Art. 52 Finanzhaushaltgesetz)	2'610'827
	Erfolgsrechnung: Total Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen	**2'859'307**

2.9. Anhang zur Jahresrechnung
2.9.9. Spezialfinanzierungen SF

KST 63100 Spezialfinanzierung Wasserversorgung

		Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Budget 2014
14031	Tiefbauten Wasserversorgung	-7'278'908	-8'174'320	-8'396'214	-9'596'214
14031	WB Tiefbauten Wasserversorgung		1'232'598	1'805'687	2'485'687
14071	Anlagen im Bau Wasserversorgung		-486'513	-797'679	-780'000
29001	Spezialfinanzierung Wasserversorgung	1'433'899	1'277'436	1'057'436	755'836
Guthaben / -Verpflichtung ggü. Gemeinde		-5'845'009	-6'150'799	-6'330'770	-7'134'691
30	Personalaufwand	939	1'142	940	5'000
31	Sachaufwand	559'535	850'426	838'101	801'700
33	Planmässige Abschreibungen	643'323	752'849	726'162	682'100
36	Trinkwasseruntersuchungen	0	3'781	3'147	10'000
36	Beiträge an Gde und Zweckverbände	630	0	0	0
39	Int.Verr. v. Dienstl. u. Personalkosten	392'995	452'702	275'899	450'000
39	Int.Verr. von Pacht,Mieten,Benützungsk.	6'228	15'152	9'893	15'000
39	Int.Verr.von kalk. Zinsen / 1.54%	113'733	114'672	111'547	110'000
	Gesamtaufwand	**1'717'383**	**2'190'724**	**1'965'689**	**2'073'800**
42	Benützungsgebühren u.Dienstleistungen	1'495'856	1'927'585	1'557'932	1'580'000
42	Verkäufe	115'412	153'850	136'052	155'000
46	Beiträge von öffl. Unternehmungen	83'710	-69'400	32'031	20'000
49	Int.Verr.von kalk. Zinsen / 1.54%	22'405	22'225	19'673	17'200
	Gesamtertrag	**1'717'383**	**2'034'260**	**1'745'688**	**1'772'200**
45	**- Entnahmen / Einlage in Spez.**	**0**	**-156'463**	**-220'001**	**-301'600**
	Nettoinvestitionen	**1'003'882**	**617'045**	**694'462**	**1'980'000**

KST 64100 Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung

		Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Budget 2014
14032	Anlagen im Bau Abwasserbeseitigung	-2'509'411	-2'896'170	-2'878'200	-4'678'200
14032	WB Tiefbauten Abwasserbeseitigung		418'200	664'645	917'845
14072	Anlagen im Bau Abwasserbeseitigung		0	-81'685	-780'000
29002	Spezialfinanzierung Abwasserbeseitig.	2'290'437	3'286'400	3'681'111	3'888'411
Guthaben / -Verpflichtung ggü. Gemeinde		-218'974	808'430	1'385'871	-651'945
30	Personalaufwand	2'705	0	0	0
31	Sachaufwand	116'535	212'301	287'925	245'300
33	Planmässige Abschreibungen	208'869	272'503	243'728	253'200
36	Beiträge an Gde und Zweckverbände	693'560	521'430	680'689	635'000
39	Int.Verr. v. Dienstl. u. Personalkosten	58'782	79'931	82'499	85'000
39	Int.Verr. von Pacht,Mieten,Benützungsk.	1'472	1'852	1'893	2'000
39	Int.Verr. ARA Sernftal	211'630	263'467	212'608	251'700
39	Int.Verr.von kalk. Zinsen / 1.54%	39'210	37'231	39'792	39'500
	Gesamtaufwand	**1'332'763**	**1'388'715**	**1'549'134**	**1'511'700**
42	Benützungsgebühren u.Dienstleistungen	1'242'877	2'349'176	1'893'234	1'660'000
42	Rückerstattung Dritter	54'098	0	0	0
49	Int.Verr.von kalk. Zinsen / 1.54%	35'788	35'502	50'611	59'000
	Gesamtertrag	**1'332'763**	**2'384'678**	**1'943'845**	**1'719'000**
45	**- Entnahmen / Einlage in Spez.**	**0**	**995'963**	**394'711**	**207'300**
	Nettoinvestitionen	**1'003'882**	**65'791**	**720'011**	**1'800'000**

2.10 Bericht der Geschäftsprüfungskommission an die Gemeindeversammlung der Gemeinde Glarus Süd

Geschätzte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger
Im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen haben wir die Jahresrechnung der Gemeinde Glarus Süd, bestehend aus Bestandesrechnung und Verwaltungsrechnung (Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung) sowie die Amtsführung der Gemeinde, ihrer Betriebe und Anstalten für das am 31. Dezember 2013 abgeschlossene Rechnungsjahr geprüft.

Verantwortung des Gemeinderates

Der Gemeinderat ist für die Aufstellung der Gemeinderechnung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Aufstellung der Gemeinderechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Gemeinderat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

Verantwortung der Geschäftsprüfungskommission

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfungen sowie aufgrund der Prüfungen der externen Revisionsstelle ein Prüfungsurteil über die Gemeinderechnung abzugeben. Die Prüfungen wurden so geplant und durchgeführt, dass hinreichende Sicherheit erlangt wurde, dass die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.
Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Gemeinderechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falschen Angaben in der Gemeinderechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Gemeinderechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Existenz und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben. Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Gemeinderechnung. Wir sind der Auffassung, dass die erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für ein Prüfungsurteil bilden. Bei der Prüfung der Amtsführung wird beurteilt, ob die Voraussetzungen für eine gesetzeskonforme Amtsführung gegeben sind.

Prüfungsurteil

Im Sinne von Art. 60 der Gemeindeordnung hat die GPK die Prüfung der Jahresrechnung an die BDO AG übertragen. Die fachkundige und unabhängige externe Revisionsgesellschaft hat uns am 7. Mai 2014 folgendes Prüfungsergebnis mitgeteilt:
«Nach unserer Beurteilung entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2013 abgeschlossene Rechnungsjahr den gesetzlichen Vorschriften (Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons Glarus und seiner Gemeinden, VI A/1/2). Wir machen darauf aufmerksam, dass im Rahmen der Überleitung zur Rechnungslegung HRM2 und der Fusion der Gemeinderechnungen per 1.1.2011 noch Pendenzen bestehen, welche im Anhang zur Jahresrechnung 2013 ausreichend offengelegt werden.»

Nachfolgend halten wir weitere Beurteilungen fest:

Die Jahresrechnung schliesst 3.5 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Das ausgewiesene Ergebnis ist aber dennoch im negativen Bereich. Der Finanzierungsfehlbetrag von 5.3 Mio. Franken führt zu einer Selbstfinanzierung von 19%. Dieser Wert ist zwar besser als budgetiert, wobei darauf hinzuweisen ist, dass das budgetierte Investitionsvolumen nicht ausgeschöpft wurde. Kann der Selbstfinanzierungswert nicht verbessert werden, führt dies mittelfristig zu einer Verschuldung.
Der negative Abschluss in der konsolidierten Rechnung der Heime Glarus Süd, sowie die erstmalige Beurteilung dieses Ergebnisses durch den Gemeinderat, haben zu einer vertieften Überprüfung durch die Geschäftsprüfungskommission geführt. Die von der VK Heime Glarus Süd eingesetzte Revisionsstelle Redi AG Treuhand hält in ihrem Revisionsbericht ganz klar fest, dass sie sich in keinem Fall zu betrieblichen Abläufen, Gesetzesverstössen usw. äussern und demzufolge die betriebswirtschaftliche Verantwortung vollumfänglich dem Gemeinderat, vertreten durch die VK-Heime obliegt. Der Verlust von Fr. 60'554.– in der zusammengeführten Rechnung ist beim ersten Begutachten nicht als dramatisch zu beurteilen. Eine detailliertere Überprüfung zeigt aber auf, dass dieser Verlust interessanterweise nur im HzH Linthal entstanden ist. Er wäre in der Grössenordnung von Fr. 300'000.–, wenn nicht im besagten Geschäftsjahr beim Konto Anlagennutzung (Abschreibungen/ Investitionen von Mobilien /Immobilien) eine Nullrunde, verstärkt durch die Aufhebung einer diesbezüglichen Rückstellung von Fr. 70'000.– getätigt worden wäre. Die GPK kommt demzufolge zum Schluss, dass bei üblichen Ausgaben bei der Anlagennutzung im HzH, das bestehende Eigenkapital von Fr. 236'000.– nicht ausgereicht hätte. Die Heime Glarus Süd hätten damit schon erstmals einen Verlust solidarisch mitfinanzieren müssen.
Die GPK empfiehlt deshalb dem Gemeinderat ab sofort ein verstärktes Controlling in der Verwaltungsrechnung sowie in der Wirtschaftlichkeit der einzelnen Heime zu vollziehen. Ebenso soll die klare Strategie der Heime Glarus Süd im sich schnell verändernden Umfeld der Alterspflege und Betreuung vertieft überprüft und gegenüber den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern kommuniziert werden. Nur so können weitere Verluste zu Lasten der Gesamtorganisation und nachfolgend in der Gemeinderechnung vermieden werden.
Die GPK hat den Gemeinderat gebeten, zu den Gewinnablieferungen der TBGS neue Zielvorgaben zu machen. Der Gemeinderat erläutert unter Traktandum 3 den Inhalt der neuen Vereinbarung. Die GPK wird die Entwicklung der Gewinnablieferung weiter überprüfen.
Die GPK hat festgestellt, dass die Spezialfinanzierung Wasserversorgung 2013 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 220'000.17 abschliesst. Bereits im Vorjahr betrug der Aufwandüberschuss in diesem Konto Fr. 156'462.40, womit das Guthaben der Wasserversorgung per Ende 2013 noch Fr. 1'057'436.09 betrug. Demgegenüber schliesst die Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung 2013 mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 394'711.10 ab. Auch im Vorjahr konnte ein Überschuss von Fr. 995'963.48 erzielt werden. Das Guthaben der Abwasserentsorgung betrug per Ende 2013 Fr. 3'681'111.29. Damit das Ausgleichskonto der Wasserversorgung nicht bis in drei, vier Jahren aufgebraucht ist, schlägt die GPK vor, die Mengengebühr für den Trinkwasserbezug zu erhöhen. Um den gleichen Betrag soll die Mengengebühr für das Abwasser gesenkt werden. Ziel muss sein, dass die Finanzierung der Wasserversorgung auf längere Sicht gewährleistet ist. Die GPK

legt Wert darauf, dass die Gesamtbelastung Wasser und Abwasser für die Bezüger durch diese Tarifänderungen nicht steigt.

Aufgrund der Prüfungsresultate der externen Revisionsstelle und gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Buchführung, die Jahresrechnung und die Amtsführung dem Gesetz und der Gemeindeordnung.

Antrag
Aufgrund der Prüfungstätigkeit stellen wir den Antrag, die Jahresrechnung 2013 zu genehmigen.
Dank
Wir danken dem Gemeinderat, den Mitarbeitenden der Verwaltung, den angeschlossenen Betriebe und Anstalten für die pflichtbewusste Erfüllung ihrer Aufgaben.

Haslen, 14. Mai 2014

Die Geschäftsprüfungskommission
Marianne Lienhard (Präsidentin), Mathias Vögeli (Vizepräsident)
Hans Luchsinger
Thomas Rageth
Hanspeter Toggenburger
Fredy Dällenbach (Ersatzmitglied)

2.1 Beschluss der Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderates

Gestützt auf den Bericht zur Jahresrechnung mit den genannten Details beantragt der Gemeinderat der Gemeindeversammlung

2.11.1 Genehmigung Jahresrechnung 2013

2.11.2 Genehmigung der Zusatzkredite

2.11.3 Genehmigung der Nachtragskredite

2.11.4 Genehmigung des Berichtes der Geschäftsprüfungskommission

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 20.06.2014

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident — Der Gemeindeschreiber

GEMEINDERAT · GLARUS SÜD ·

Dr. Thomas Hefti — André Pichon

2. Jahresrechnung der Gemeinde Glarus Süd
- Genehmigung der Jahresrechnung 2013
- Genehmigung der Zusatz- und Nachtragskredite
- Genehmigung des Berichtes der Geschäftsprüfungskommission

Archiv-Nummer 10.06

Diskussion

Ausführungen von Gemeindepräsident Dr. Thomas Hefti

Bei einem Aufwand von insgesamt Fr. 49'411'379.- und Erträgen von insgesamt Fr. 46'857'698.- schliesst die Rechnung per 2013 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 2'553'681.- ab. Budgetiert war ein Aufwandüberschuss von rund Fr. 6 Mio.

Abweichungen: Die Erträge aus Steuern sind rund Fr. 700'000.- tiefer als im Vorjahr, aber doch Fr. 573'453.- höher als budgetiert. Auch die Erträge aus Regalien und Konzessionen, d.h. im Wesentlichen die Wasserzinsen, haben etwa Fr. 220'000.- mehr ergeben als budgetiert und erfreulicherweise fast Fr. 370'000.- mehr als im Vorjahr. Der Personalaufwand ist Fr. 1'326'399.- tiefer als im Budget und liegt auch rund Fr. 670'000.- unter dem Vorjahr. Netto investiert wurde mit Fr. 6'564'549.- erheblich mehr als in den beiden Vorjahren, aber das budgetierte Investitionsvolumen von rund Fr. 9'265'000.- ist nicht erreicht. Geringere Investitionen führen zu geringeren Abschreibungen. Da stets weniger investiert als budgetiert wurde, liegen die Abschreibungen für 2013 um Fr. 277'702.- tiefer als budgetiert, wobei es dafür auch noch andere Gründe gibt, wie z.B. Beiträge von anderen Gemeinden oder Patenschaften. Erfreulich ist das operative Ergebnis, das mit minus Fr. 2'501'550.- annähernd eine Million besser ausgefallen ist als im Vorjahr. Es ist das bis anhin beste erzielte operative Ergebnis in Glarus Süd

Damit ist auch gleich gesagt, dass wir uns in die richtige Richtung bewegen, aber noch nicht am Ziel sind. Das Ziel ist ein ausgeglichenes Ergebnis bis im Jahr 2018. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass wir zusammen mit dem letzten Budget eine Finanzplanung unterbreitet haben, die für 2018 immer noch ein Minus von gut 2.2 Mio. vorsieht, so wird klar weshalb der Gemeinderat von einer nach wie vor unvermindert angespannten finanziellen Situation spricht und darauf hinweist, dass die Anstrengungen unvermindert weitergehen müssen. Die Planzahl für 2018 ist insbesondere deshalb nicht besser, weil eingerechnet wurde, dass uns wegen des Abschlusses des Projektes Linthal 2025 voraussichtlich ab 2017 oder 2018 der Ertrag aus Quellensteuern von jetzt rund Fr. 2.2 Mio. auf die Hälfte einbricht.

Wir müssen uns folgendes vor Augen halten:
- würde sich der Aufwand für die Pflegefinanzierung in dem Rahmen bewegen, wie er im Memorial für die Landsgemeinde 2010 veranschlagt ist, so wäre unser Aufwand um ca. Fr. 600'000.- bis Fr. 800'000.- tiefer;
- der Ertrag aus Steuern juristischer Personen betrug 2012 rund 2.6 Mio. Im Jahr 2013 nur noch Fr. 1.45 Mio. Wenn wir wissen, dass dieser Rückgang im Wesentlichen auf *eine* juristische Person zurückzuführen ist, so wären wir bei unverminderter Ertragslage bereits in wesentlich besserer Lage;

- wenn wir an die Motion der Landräte aus Glarus Süd denken und annehmen, dass nur ein Viertel von dem erreicht würde, was mit der Motion verlangt wird, so ergäbe sich aus diesen drei Zahlen eine rote oder schwarze Null;
- wenn wir schliesslich vernehmen, dass die von der GPK beigezogene Revisionsstelle sagt, dass die Glarner Gemeinden an sich zu viel abschreiben, weil die Liegenschaften mit unseren Abschreibungssätzen zu rasch abgeschrieben werden, dann zeigt sich ein weiteres Element, das dazu beitragen könnte, das Bild zu verbessern;
- im wahren Sinne des Wortes *„last but not least"*, der Gemeinderat ist daran, Abläufe und Prozesse zu überprüfen, wie dies die anderen Gemeinden und der Kanton auch taten oder tun. Daraus wird sich nicht von heute auf morgen aber im Laufe der nächsten zwei bis vier Jahre auch beim Stellenetat die eine oder andere Optimierung ergeben. Wollen wir den Sachaufwand reduzieren, so ist bei den Gebäuden anzusetzen und zwar in dem Sinne, dass man sich von einigen weiteren Liegenschaften trennt. Den grössten Nutzen ergäbe meiner Ansicht nach ein Gemeindehaus für die Hauptverwaltung der Gemeinde. Das würde Wege reduzieren, Kilometer und Zeit sparen und - indem der eine oder andere der bestehenden Verwaltungsstandorte aufgegeben werden könnte - auch Aufwand und Unterhalt reduzieren, was sich auch beim Personalaufwand bemerkbar machen würde. Allerdings ist sich der Gemeinderat bewusst, dass beim Entscheid über die Veräusserung von Standorten die Bedürfnisse der Bevölkerung mit zu berücksichtigen sind. Bis anhin stand als Standort für ein Gemeindehaus an sich das Verwaltungsgebäude der Electrolux im Vordergrund. Da der Gemeinderat privaten Interessenten nicht im Wege stehen möchte und sich mittlerweile solche finden, wollte der Gemeinderat in der alten Zusammensetzung keine Vorlage mehr ausarbeiten. Dies auch deshalb, damit insbesondere Alternativen näher geprüft werden können.

Mit all dem will gesagt sein, dass es nicht eine, sondern eines Bündels von Massnahmen bedarf, um das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts zu erreichen. Im diesjährigen Landsgemeindememorial finden sich auf den Seiten 59 Angaben, aus welchen hervorgeht, dass unsere Gemeinde als einzige mit dem Übergang zur neuen Struktur und zum neuen Finanzausgleich gut Fr.1.3 Mio. schlechter fährt als vorher. Dabei haben wir mit einem knappen Viertel des Steueraufkommens ein Gebiet zu besorgen, das fast zwei Drittel der Fläche des Kantons ausmacht. Man hört oft, bei diesem Gebiet handle es sich weitgehend um unproduktives Gebiet. Aber es ist dieses Gebiet, das dem Kanton zum Teil zu NFA-Erträgen verhilft und es ist dieses Gebiet, das dem Kanton fast 80% der Wasserwerksteuer erbringt! Es ist daher richtig, dass die Motion unserer Landräte pendent gehalten wird und sie ist bei Vorliegen des zweiten Wirksamkeitsberichts im nächsten Jahr wieder in die Debatte zu bringen.

Das HRM2 verpflichtet die Gemeinden zur Vorlage eines Anhangs zur Jahresrechnung, sowie zur Vorlage von weiteren Übersichten wie den Rückstellungs-, Beteiligungs-, Gewährleistungs- und Anlagespiegel, wobei Kanton und Gemeinden für einzelne Teile des Anhangs und die „Spiegel" in Art. 101 FHG eine Übergangszeit von vier Jahren eingeräumt wird. Wir sind also für 2013 noch in dieser Übergangszeit. Wie Sie den Seiten 79ff des Memorials 1. Teil entnehmen können, liegen für unsere Gemeinde viele dieser Vorgaben, die erst ab 2015 vorzulegen sind, bereits vor.

Zum Schluss noch einige Ausführungen zu den Zusatz- und Nachtragskrediten sowie zu den Kreditüberschreitungen, welche unter Buchstabe B im unteren Teil auf S. 85 beginnen und auf S. 89 enden.

Bei den Zusatzkrediten unter Buchstabe B auf S. 85 im Memorial 1. Teil handelt es sich um die Investitionsrechnung. Es sind Zusatzkredite zu beschlossenen Investitionskrediten. Diese Zusatzkredite belaufen sich auf Fr. 424'108.- und liegen damit um Fr. 227'000.- höher als im Vorjahr. Sie bedürfen der Genehmigung durch die Gemeindeversammlung.

Auf den S. 86 bis 89 folgen die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen nach Art. 51 und Art. 52 des FHG. Im letzten Jahr gab es den Zusammenzug im Memorial, wie er auf S. 86 erscheint, das gab Anlass zu Kritik, weshalb auf den Seiten 87 - 89 nun zahlreiche Details aufgeführt sind.

Worum geht es? Bei den Nachtragskrediten nach Art. 51 FHG geht es um die Ergänzung eines nicht ausreichenden Budgetkredites. Diese Nachtragskredite, es handelt sich für 2013 um eine Summe von Fr. 248'480.-, sind von der Gemeindeversammlung zu genehmigen.

Bei den Kreditüberschreitungen nach Art. 52 FHG bestehen zwei Kategorien:

- Aufwände, die keinen Aufschub ertragen oder gebundene Ausgaben (z. B. die Sanierung einer defekten Heizung)
- Aufwände oder Ausgaben, denen im gleichen Rechnungsjahr entsprechende sachbezogene Einnahmen oder Erträge gegenüberstehen wie z. B. Aufwände für zusätzliche Rodungen im Zusammenhang mit der neuen Stromleitung, wo dem zusätzlichen Aufwand im Forst auch zusätzliche Erträge gegenüber stehen.

Solche Kreditüberschreitungen sind nach Gesetz zulässig; die Gemeindeversammlung hat aber dafür Entlastung zu erteilen. Die Summe dieser Aufwände beläuft sich im Jahr 2013 auf Fr. 2'610'877.-, sie sind erheblich tiefer als im Vorjahr.

Bei den Spezialfinanzierungen ist hervorzuheben, dass das die Wasserversorgung mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 220'000.- und die Abwasserentsorgung mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 394'000.- abgeschlossen hat. Das Prinzip der Spezialfinanzierung verlangt an sich eine ausgeglichene Rechnung. Da wir bei der einen eine Zunahme haben und bei der anderen ein Minus, wird es dem Gemeinderat erleichtert, in der nächsten Amtsdauer bzw. dann wenn der noch anstehende Investitionsaufwand veranschlagt werden kann, Massnahmen zu beschliessen, welche zu ausgeglichenen Spezialfinanzierungsrechnungen führen.

Im Namen des Gemeinderates dankt der Gemeindepräsident den Mitarbeiterinnen der Finanzverwaltung und ganz besonders Finanzverwalterin Lilli Marti und ihrem Team für die ausgezeichnete und grosse Arbeit. Er benützt zudem die Gelegenheit, allen Angestellten und Kadern der Gemeinde Glarus Süd einen herzlichen Dank auszusprechen. Das im Vergleich zum Budget viel bessere Resultat ist nur durch Ausgabendisziplin in der ganzen Verwaltung zustande gekommen. Er dankt sodann der Vizepräsidentin, den Departementsvorstehern sowie den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten und der GPK für ihre Arbeit.

Der Gemeinderat und die GPK beantragen:

- Genehmigung der Jahresrechnung für 2013, bestehend aus der Erfolgsrechnung nach Kostenstellen auf den Seiten 65 bis 71 im Memorial 1. Teil und aus der Investitionsrechnung gemäss den Seiten 72 bis 75 sowie aus der Bilanz gemäss den Seiten 76 und 77;

- Genehmigung der Zusatzkredite von total Fr. 424'108.- gemäss Tabelle B auf Seite 85.

- Genehmigung der Nachtragskredite gemäss Art. 51 des Finanzhaushaltgesetzes von total Fr. 248'480.- und von Kreditüberschreitungen von total Fr. 2'610'877.- gemäss Art. 52 des besagten Gesetzes unter Erteilung der Entlastung.

- Genehmigung des Berichtes der GPK.

Abstimmung:

Ohne Wortmeldung wird der Jahresrechnung 2013 bestehend aus Erfolgsrechnung nach Kostenstellen, der Investitionsrechnung, den Zusatzkrediten und den Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen zugestimmt.

3. Jahresrechnung der Technischen Betriebe Glarus Süd (tbgs)
- Genehmigung Geschäftsbericht 2013 inkl. Jahresrechnung und Revisionsbericht
- Genehmigung Verwendung der Abgaben

Archiv-Nummer
10.06

Der Geschäftsbericht 2014 der *tbgs* wurde den Stimmbürgern als separate Beilage mit dem Memorial 1. Teil und Memorial 2. Teil abgegeben. Er umfasst insbesondere Bilanz, Erfolgsrechnung und den Bericht der Revisionsstelle.

A.

Die Rechnung der Technischen Betriebe Glarus Süd (*tbgs*) schliesst per Ende 2013 mit einem Jahresgewinn von Fr. 516'578.- ab, dies nachdem eine Verzinsung des Dotationskapitals im Umfang von Fr. 200'000.- erfolgt ist. Gemäss zurzeit noch geltender Vereinbarung ergibt dies folgende Verteilung:

Jahresgewinn	Fr.	516'578.-
Für die Gewinnverteilung massgebender Betrag	Fr.	516'578.-
Gewinnverteilung		
Zuweisung in die Reserven der *tbgs* (1/2)	Fr.	258'289.-
Ablieferung an die Gemeinde Glarus Süd (1/2)	Fr.	258'289.-
Damit erhält die Gemeinde Glarus Süd:		
Verzinsung des Dotationskapitals	Fr.	200'000.-
Gewinnablieferung	Fr.	258'289.-
Total	**Fr.**	**458'289.-**

B.

Die Gemeindeordnung sieht in Art. 71 Abs. 2 vor, dass die Technischen Betriebe *(tbgs)* der Gemeinde einen angemessenen Zins für das Dotationskapital entrichten, sowie einen Gewinn im Rahmen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nach Vornahme der erforderlichen Reservebildungen und Rückstellungen. Die Gemeindeordnung (GO) legt sodann in Art. 71 Abs. 3 fest, dass der Gemeinderat und die *tbgs* gemeinsam die Verzinsung des Dotationskapitals und die Höhe des jährlichen Ablieferungsbetrages bestimmen. Schliesslich steht es der Gemeindeversammlung zu (Art. 71 Abs. 2 GO) darüber zu befinden, wie diese Abgaben verwendet werden, d. h. ob sie in die laufende Rechnung fallen oder allenfalls einem anderen Zweck zugeführt werden sollen.

Diesen Vorgaben sind Gemeinderat und *tbgs* mit der Vereinbarung vom 1. April 2012, welche noch bis Ende 2016 gilt, nachgekommen. Was die Verzinsung des Dotationskapitals betrifft, so wurde eine Bandbreite von 2.5 – 4% festgelegt, wobei sich die Höhe der Verzinsung innerhalb dieser Bandbreite nach dem 10-jährigen ZKB

Swapzinssatz plus 1% richtet, im Minimum jedoch stets 2.5% beträgt und maximal 4%. Da der Swapzinssatz in den letzten Jahren sehr tief war, hat sich seit 2012 (für die Gewinne der Geschäftsjahre 2011, 2012, 2013) stets eine Verzinsung von 2.5% entsprechend Fr. 200'000.- ergeben. Was den Gewinn betrifft, so bestimmt die noch geltende Vereinbarung vom 1. April 2012, dass die Hälfte des Gewinnes der Gemeinde zukommt (wobei die Gemeindeversammlung über die Verwendung zu befinden hat) und die andere Hälfte den Reserven der *tbgs* gutgeschrieben wird. Auf diese Weise sind für die Geschäftsjahre 2011 und 2012 insgesamt Fr. 643'664.- der Gemeinde und ebenso viel den Reserven der *tbgs* zugewiesen worden. Für das Geschäftsjahr 2013 macht das je Fr. 258'289.- aus. Als die Vereinbarung abgeschlossen wurde, standen die *tbgs* noch am Start. Daher war man bei der Ablieferung des Gewinnes sehr vorsichtig, hat die Vereinbarung aber nur für eine kurze Dauer von vier Jahren abgeschlossen.

An der Gemeindeversammlung vom 21. Juni 2013 wurde diese Vorsicht in einigen Voten kritisiert. Da die Kompetenz zur Bestimmung des Ablieferungsbetrages Gemeinderat und *tbgs* gemeinsam zusteht, konnte kein anderer Antrag zur Gewinnablieferung gestellt werden. Es wurde aber ein Antrag auf Rückweisung der Rechnung gestellt. Diesen Antrag lehnte die Gemeindeversammlung ab. Der Gemeinderat stellte jedoch in Aussicht, dass er sich für eine höhere Gewinnablieferung einsetzen werde. In diesem Sinn ersuchte er die Verwaltungskommission (VK) der *tbgs* im zweiten Halbjahr 2013 einen Vorschlag auszuarbeiten, der eine höhere Gewinnablieferung ermöglicht. Im gleichen Sinne liess sich auch die GPK in einem Brief an den Gemeinderat vom 25. Oktober 2013 vernehmen.

Die *tbgs* erklärten sich bereit, dem Gemeinderat einen Vorschlag in diesem Sinne zu unterbreiten. Sie wiesen aber darauf hin, dass die Gemeindeordnung Reservebildung und Rückstellung ausdrücklich vorsieht und dass die *tbgs* zudem durch Art. 68 GO verpflichtet sind, u. a. auch eine „günstige" Stromversorgung sicherzustellen. Je günstiger die Stromversorgung sei, desto kleiner würden die Gewinne, bzw. wenn erheblich mehr Gewinne anfallen sollten, müssten sich auch die Preise nach oben bewegen können. Eine weitere Preiserhöhung in den nächsten Jahren erscheine aber nicht sinnvoll, da dies der Attraktivität des Standortes Glarus Süd kaum förderlich sei, zumal die Marktpreise zurzeit stagnieren oder am Sinken sind.

Mit der Ausarbeitung des Vorschlags beauftragten die *tbgs* eine Task Force, die aus dem Präsidenten und Vizepräsidenten der VK und dem Geschäftsführer der *tbgs* bestand. Die Task Force zog Dr. Roger Sonderegger bei; da man bei dieser Gelegenheit auch die Abgeltung für die „Fätschbachenergie" überprüfen wollte, wurden in der Person von Dr. Fritz Schiesser und Dr. Christian Schreiber (Chur) zusätzlich zwei mit der Materie vertraute Anwälte beigezogen. Die Protokollführung besorgte Werner Hösli.

Die Task Force kam nach einer eingehenden Prüfung verschiedener Modelle zum Schluss, dass das von der Gemeindeordnung vorgesehene Vorgehen sinnvoll ist und daher keiner Änderung bedarf, dass aber die Vereinbarung vom 1. April 2012 von zu viel Vorsicht geprägt sei. Nachdem auch die rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit der „Fätschbachenergie" und dem entsprechenden Vertragszusatz VIII aus dem

Jahr 2007 geprüft worden waren, konnte dem Gemeinderat im April ein Bericht mit folgenden Vorschlägen zugestellt werden:

- An der Verzinsung des Dotationskapitals wird einstweilen nichts geändert.
- Was die Ablieferung aus dem Gewinn betrifft, so erhöht sich diese je nach der Höhe der Eigenmittel in der Bilanz. Je höher der Anteil an Eigenmitteln ist, desto höher wird die Gewinnablieferung.
- Die Abgeltung der „Fätschbachenergie" soll mit Wirkung ab nächstem Jahr über den im Jahr 2010 auf Fr. 150'000.- festgelegten Betrag angehoben werden. Dieser Betrag muss allerdings speziell für Vorhaben im Versorgungsgebiet des ehemaligen EW Linthal reserviert bleiben. Zu diesem Zweck empfiehlt sich entweder eine Stiftungslösung oder eine Fondslösung in der Gemeinderechnung und zwar bis 2029, d. h. solange der Vertragszusatz VIII von 2007 Geltung hat.

Die Beratung im Gemeinderat wurde vom Departement Wirtschaft und Finanzen unter der Leitung von Gemeinderat Mathias Zopfi vorbereitet, weil sich Thomas Hefti als VK-Präsident in den Ausstand begab, als zweites Mitglied amtete Jakob Wohlwend und als Ersatzmitglied Hans Wolfgang Rhyner.

Der Vorschlag der VK stiess grundsätzlich auf ein positives Echo. Der Gemeinderat erachtete den Ansatz der VK, die Höhe der Gewinnablieferung an die Höhe der Eigenmittel und damit an die Solidität der Unternehmung zu binden, als richtig, beurteilte den Vorschlag aber als noch zu zaghaft. Bezüglich „Fätschbachenergie" sprach sich der Gemeinderat für die Fondslösung aus. In diesem Sinne wurde der VK am 8. Mai durch Gemeinderat Mathias Zopfi namens des Departements Wirtschaft und Finanzen ein überarbeiteter Vorschlag unterbreitet.

Diesem Vorschlag konnte die VK im Wesentlichen zustimmen und dasselbe tat der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 15. Mai 2014, so dass zwischen Gemeinderat und den *tbgs* folgende neue Lösung vereinbart wird.

- **Verzinsung Dotationskapital:** Die bestehende Regelung, welche eine Verzinsung abhängig vom ZKB Swapzinssatz plus 1% vorsieht (wobei die minimale Verzinsung 2.5% und die maximale 4% beträgt), wird weitergeführt. Aktuell fallen somit Fr. 200'000.- als Verzinsung an.
- **Gewinnablieferung**: Gemäss Bilanz vom 31.12.2013 betragen die Eigenmittel der *tbgs* 48.7%. Fallen die Eigenmittel unter 45%, wird der Gewinn so aufgeteilt, dass die Hälfte des Gewinnes an die Gemeinde geht und die andere Hälfte den Reserven der *tbgs* gutgeschrieben wird. Liegen deren Eigenmittel zwischen 45 und 50%, so erhält die Gemeinde 70% des Gewinnes und den Reserven der *tbgs* werden 30% gutgeschrieben. Übersteigen die Eigenmittel 50%, so gehen 90% des Gewinnes an die Gemeinde und nur 10% an die Reserven der *tbgs*. Diese Lösung ersetzt die bestehende Vereinbarung, welche noch bis 2016 gilt, d. h. die neue Aufteilung beginnt im Jahr 2016 für den Abschluss des Geschäftsjahres 2015. Bei einem Gewinn von Fr. 600'000.- und einer Eigenkapitalisierung zwischen 45 und 50% erhält die Gemeinde Fr. 420'000.- und den Reserven der *tbgs* werden Fr. 180'000.- gutgeschrieben (anstatt je Fr. 300'000.- gemäss noch geltender Vereinbarung).

- **„Fätschbachenergie“:** Die Energie, welche der Gemeinde zu Vorzugskonditionen aus den „Fätschbachverträgen“ zusteht, geht an die *tbgs*, welche die Gemeinde dafür mit einem Betrag entschädigen, der ab nächstem Jahr neu im Minimum Fr. 150'000.- und im Maximum Fr. 350'000.- beträgt. Für die Jahre 2015 bis 2019 wird der Betrag auf Fr. 250'000.- festgesetzt. Für 2020 bis 2024 erfolgt eine neue Festsetzung im Rahmen der genannten Bandbreite und anhand der Entwicklung der Strompreise. Sind diese dannzumal höher als heute, so wird der Betrag höher ausfallen, andernfalls wird er tiefer. Für die letzten 5 Jahre von 2025 bis 2029 erfolgt nochmals eine neue Festsetzung anhand der gleichen Kriterien. Diese Mittel sollen in einen Fonds der Gemeinde eingelegt werden, aus dem einzig Vorhaben im Gebiete des Versorgungsgebietes des ehemaligen EW Linthal unterstützt werden. Der Gemeinderat hat das Departement Wirtschaft und Finanzen am 1. Mai 2014 beauftragt, ein Fondsreglement auszuarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen.

Gemeinderat und VK sind der Auffassung, dass mit dieser Regelung die Grundlage gegeben ist, dass der Gemeinde aus dem Gewinn der *tbgs* mehr Mittel zukommen und dennoch Gewähr besteht, dass die *tbgs* solide finanziert bleiben und auch der Forderung der Gemeindeordnung nach einer „günstigen“ Stromversorgung nachgelebt werden kann. Im Weiteren werden der Gemeinde auch aus der „Fätschbachenergie“ mehr Mittel zukommen, wobei diese Mittel gemäss Vertragszusatz VIII, der bis 2029 gilt, nach einem in diesem Jahr noch auszuarbeitenden Fondsregelement ausschliesslich im Gebiet des ehemaligen EWL zu verwenden sind.

3.1 Beschluss der Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderates

3.1.2 Genehmigung der Verwendung, d. h. Zuweisung des Totals von Fr. 458'289.- an die laufende Rechnung

3.1.3 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 20.06.2014

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident — Der Gemeindeschreiber

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Dr. Thomas Hefti — André Pichon

3. Jahresrechnung der Technischen Betriebe Glarus Süd (tbgs)
- Genehmigung Geschäftsbericht 2013 inkl. Jahresrechnung und Revisionsbericht
- Genehmigung Verwendung der Abgaben

Archiv-Nummer
10.06

Diskussion

Ausführungen des Gemeindepräsidenten zur Jahresrechnung 2013
Der Geschäftsbericht der tbgs sowie der Bericht der Revisionsstelle wurden in einer separaten Beilage zu den beiden Memorialen in die stimmberechtigten Haushalte verteilt. Auf den Seiten 4 bis 7 im Memorial Teil 1 befindet sich der Antrag zur Gewinnverwendung sowie detaillierte Ausführungen, welche neuen Grundsätzen für die Entschädigung der Gemeinde durch die tbgs ab 2015 bzw. 2016 gelten sollen.

Ergänzungen zum Geschäftsbericht:
Bei einem Ertrag von gesamthaft Fr. 41'028'439.- und einem Aufwand von gesamthaft Fr. 40'511'861.- haben die tbgs einen Gewinn von Fr. 516'578.- erzielt. Es fällt auf, dass der Erlös aus dem Absatz von Strom markant von Fr. 18 Mio. (Vorjahr) auf Fr. 27 Mio. angestiegen ist. Das ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die TBGN für ihren Bedarf an elektrischer Energie eine Ausschreibung gemacht haben und wir mit einer erheblich grösseren Menge zum Zuge gekommen sind als im Jahr 2012. Wir werden auch im laufenden Jahr und im Jahr 2015 aufgrund eines Zuschlags die TBGN im gleichen Umfang beliefern.

Wir haben diese Lieferungen bzw. Angebote in Ab- und Rücksprache mit der SN Energie gemacht. Schon früher war das ehemalige EW Niederurnen Kunde des EWS und es gab Zeiten wie z. B. die Jahre 2005 – 2009, wo dieses Geschäft sowohl für Niederurnen vorteilhaft als auch sehr erträglich für das EWS war. Auch die tbgs haben Interesse an der Weiterführung der Zusammenarbeit mit dem Norden. Allerdings sind die Margen klein geworden – sie sind nur im kleineren fünfstelligen Bereich und können bei der gelieferten Menge eher als „Kommission" bezeichnet werden. Es ist auch keineswegs gesagt, dass wir nach 2015 überhaupt oder im gleichen Umfang zum Zuge kommen.

Wenn man sagt, die Margen sind klein geworden, so gilt das für die Branche allgemein. Am 5. Juni konnte man in der NZZ zur CKW lesen, „weiter schwindende Margen". Man liest ähnliche Nachrichten von der BKW, der Axpo oder von der Alpiq und auch von deutschen Unternehmen. Das Umfeld ist schwieriger geworden, weil die Kosten für den Strom bei der SN nicht mehr unter Marktpreis liegen sondern etwa gleich oder sogar leicht darüber. Das ist das allgemeine Umfeld, nicht nur dasjenige der tbgs. Wir stehen also vor Herausforderungen und sind bemüht diese zu meistern. Das verlangt den Einsatz von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Kader und VK. Der Gemeindepräsident dankt den Angestellten, der Geschäftsleitung mit Kurt Süess an der Spitze und der Verwaltungskommission für Ihre Arbeit.

Die Fortschritte der Arbeiten an der 380 kW Freileitung vom Tierfehd zum Soolberg können gut beobachtet werden. Es wird davon ausgegangen, dass diese Leitung

plangemäss im Frühling 2015 in Betrieb genommen werden kann. Damit einher geht die Fertigstellung der neuen 50 / 110 kV-Leitung zwischen dem UW Fätschbach und dem UW Herren. Die Fertigstellung sollte im Sommer 2015 abgeschlossen sein. Damit wird die Versorgung im „Stich" von Linthal und von Schwanden und Umgebung mit Sernftal Geschichte und Glarus Süd wird eine zeitgemässe redundante Einspeisung und eine erhöhte Versorgungssicherheit erhalten. Als Begleiterscheinung können bestehende 16 kW Freileitungen im Grosstal abgebrochen werden. Auch die Leitung von der SN über Sool wird bis kurz vor dem Horgenberg verkabelt. Das ist ein Gewinn für Sool und Mitlödi. Dies bedingt aber auch Arbeiten und Neuerungen in den Unterwerken Herren und Fätschbach. Obwohl sehr viele Kosten von der Axpo übernommen werden, bedeutet das auch für tbgs in den Jahren 2013 – 2018 grosse Investitionen; insgesamt sind in diesem Zeitrahmen rund Fr. 5. Mio. eingeplant.

Gemeinderat und VK haben sich auch der Frage der Entschädigung und Gewinnablieferung an die Gemeinde angenommen und eine neue Vereinbarung abgeschlossen. Es galt drei Themen anzuschauen: die Verzinsung des Dotationskapitals, die Gewinnablieferung und die Entschädigung für die Fätschbachenergie. Detaillierte Ausführungen sind im Memorial zu finden: Kurze Zusammenfassung:

- An der Verzinsung des Dotationskapitals wird einstweilen nichts geändert.

- Die Gewinnablieferung wird neu von der Höhe des Eigenkapitals abhängig gemacht. Dieses beträgt per Ende 2013 48,7 %. Das ist ein guter Wert. Die Vereinbarung sieht vor, dass bei diesem guten Wert, d. h. wenn der Eigenkapitalanteil zwischen 45 und 50 % beträgt, inskünftig 70 % des Gewinnes an die Gemeinde geht und nicht nur 50 %. Steigt das Eigenkapital über 50 %, so geht 90 % des Gewinnes an die Gemeinde. Kommt der Eigenkapitalanteil unter 45 % zu liegen, so bleibt die Ablieferung 50 %. Diese Regelung gilt erstmals im Jahr 2016 für den Gewinn 2015.

  Bezüglich Fätschbachenergie gab es Fragen zu klären, die den Vertragszusatz VIII des Fätschbachwerk der Axpo von 2007 betreffen. Dafür wurden neben Dr. Sonderegger die mit der Materie vertrauten Anwälte Dr. Christian Schreiber und Dr. F. Schiesser beigezogen. Aus diesen Abklärungen folgte, dass die Abgeltung in Geld speziell dem Gebiet zu Gute kommen muss, der dem Versorgungsgebiet des ehemaligen EW Linthal entspricht. Nach eingehender Abklärung sprach sich der Gemeinderat für eine Fondslösung aus. Während der Geltungszeit dieses Zusatzes VIII wird bei der Gemeinde ein Fonds geführt, der für das Gebiet des Versorgungsgebietes des ehemaligen EWL bestimmt ist und durch Beiträge der tbgs geäufnet wird. Das Departement Wirtschaft und Finanzen ist beauftragt bis im November 2014 ein Fondsreglement zu erarbeiten. Die Beiträge von den tbgs müssen mindestens Fr. 150'000.- betragen und können maximal auf Fr. 350'000.- steigen (bis jetzt ist aufgrund einer provisorischen Abmachung Fr- 150'000.- an die Gemeinde geflossen). Die Höhe des Betrages hängt ab von der Höhe des Strompreises und wurde für die Zeit von 2015 – 2019 auf Fr. 250'000.- festgelegt. Dann erfolgt für 2020 – 2024 eine neue Festlegung und nochmals für die letzten 5 Jahre der Geltung des Zusatzes VIII.

Der Gemeinderat und die VK sind der Auffassung, damit eine sinnvolle Grundlage für die Anhebung der Beiträge gelegt zu haben, ohne das deswegen die Strompreise ansteigen müssen.

Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Die GPK unterstützt die Anträge des Gemeinderates und verweist auf ihre Ausführungen im Bericht der Geschäftsprüfungskommission zur Jahresrechnung 2013. Die Anträge entsprechen den geltenden Bestimmungen.

Abstimmung:

Ohne Wortmeldung wird dem Geschäftsbericht inkl. der Jahresrechnung 2013 mit Revisionsbericht sowie der Verwendung, d.h. Zuweisung des Totals von Fr. 455'289.- an die laufende Rechnung zugestimmt.

4. Jahresrechnung der Alters- und Pflegeheime Glarus Süd (APGS) und Stiftung Altersheim und Alterssiedlung Schwanden - Genehmigung Geschäftsbericht 2013 inkl. Jahresrechnung und Bericht der Revisionsstelle

Archiv-Nummer
13.05.00

Die Unterlagen zu den Jahresrechnungen 2012 der Heime Glarus Süd entsprechen den Unterlagen im Memorial 1. Teil auf den Seiten 94 – 110

Geschäftsbericht Verwaltungskommission (VK) für das Jahr 2012

In diesem Bericht wird aus Sicht der Verwaltungskommission (VK) für die Institution Alters- und Pflegeheime Glarus Süd (APGS), gleichzeitig auch als Stiftungsrat für die Stiftung Altersheim und Alterssiedlung der Ortsgemeinde Schwanden in der Verantwortung, ein Überblick über die wichtigsten Arbeiten im letzten Jahr gegeben. Es ist nicht möglich, an dieser Stelle auf den operativen Betrieb der zu den APGS gehörenden Heime in Elm (Alters- und Pflegeheim Sernftal, APHS), Linthal (Haus zur Heimat, HzH) und Schwanden (Alterszentrum mit Altersheim, Alterssiedlung, Pflegeheim, AZS) einzugehen. Die detaillierten Jahresberichte der Verantwortlichen Frau R. Stadler (Co–Heimleiterin zusammen mit Frau E. Rhyner in Elm), Herr M. Tellenbach (Heimleiter in Linthal seit 1. Mai 2013) und Herr W. Hösli (Heimleiter in Schwanden) wurden von der VK genehmigt.

Die Zusammenarbeit zwischen der VK, bestehend aus den Gemeinderäten K. Reifler (Präsident), Dr. Hans-Jakob Zopfi (Vizepräsident), Mitgliedern Anna-Rosa Dreyer, Hermann Figi und Monika Däster und der Sekretärin Brigitte Triggs und der Geschäftsleitung (GL), bestehend aus der Vorsitzenden R. Stadler, W. Hösli und M. Tellenbach (bis 30. April 2013 P. Zimmermann) verlief sehr konstruktiv. Diese Führungspersonen verrichteten zusammen mit ihren Kaderteams und allen rund 220 Angestellten ausgezeichnete Arbeit. Die Neuorganisation der Heime gab auch nach dem 1. Betriebsjahr 2012 unter dem gemeinsamen Dach APGS sehr viel Arbeit in verschiedensten Bereichen. Dafür waren 22 Sitzungen der VK, die Hälfte davon zusammen mit der Geschäftsleitung, nötig.

Die Betriebsbewilligung für die Institution APGS musste infolge des Heimleiterwechsels in Linthal neu beantragt werden und wurde vom Departement Volkswirtschaft und Inneres (DVI) befristet bis Ende 2014 erteilt. Im Laufe dieses Jahres wird M. Tellenbach seine Ausbildung abschliessen und in der Geschäftsleitung wird somit die vorhandene Fachkompetenz auch wieder mit Ausweis belegt sein. Aus diesem Grund, und auch aufgrund des im letzten Jahr erhaltenen Aufsichtsberichts 2012 des DVI mit insgesamt positivem Ergebnis, wird der Erteilung einer unbefristeten Betriebsbewilligung kaum etwas entgegenstehen. Die Stiftung Altersheim und Alterssiedlung der Ortsgemeinde Schwanden wurde mit Beschluss der Gemeindeversammlung Glarus Süd vom 22. November 2013 per 31. Dezember 2013 aufgehoben. Der operative Betrieb wurde bereits seit dem 01. Januar 2012 in der Organisationsstruktur des AZS geführt.

Es zeigte sich, wie schwierig der Arbeitsmarkt im Gesundheitswesen geworden ist wenn es gilt, neue Mitarbeitende zu finden. Im HzH kam es zu personellen Wechseln im Kaderbereich. Gestützt auf die entsprechenden Reglemente war die VK sehr direkt involviert und die schwierigen Entscheide wurden verantwortungsvoll gefällt. Es gilt, auch in Zukunft bestmögliche Rahmenbedingungen zu erhalten und wenn nötig noch zu schaffen, um gutes Personal finden und halten zu können.

Die Jahresrechnungen 2013 wurden noch in den drei vorhandenen unterschiedlichen EDV-Systemen der Heime geführt. Veraltete Systeme wurden ersetzt, um unnötige Fehlerquellen eliminieren zu können und um künftig zwischen den Heimen vergleichbare Rechnungen zu haben. Der personelle und finanzielle Mehraufwand ist eine Investition in die Zukunft. Aufgrund der sehr unterschiedlichen bestehenden Heimstrukturen wurde die Vereinheitlichung auf das Nötige beschränkt, kann aber je nach Entwicklung jederzeit ausgebaut werden. Ab der Rechnung 2014 werden die Buchungen einheitlich sein und die konsolidierte Jahresrechnung und Bilanz muss nicht mehr in Handarbeit erledigt werden. Damit wird auch die strategische Führungsarbeit für die VK erleichtert.

Für die finanziellen Jahresergebnisse sind neben verschiedenen anderen Aspekten die Belegungszahlen und die Pflegebedürftigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner relevante Werte. Eine insgesamt erfreuliche Bilanz kann für 2013 betreffend Auslastung gezogen werden. Beim AZS war diese für das Pflegeheim bei 95% und im Altersheim bei 90%. Im HzH 98% und im APHS 94%. Im Januar wurde der BESA–Leistungskatalog LK 2010 eingeführt. Dies war einerseits verbunden mit erneut zusätzlichen Anforderungen ans Personal und andererseits können nun die KVG-pflichtigen Leistungen in der Pflege differenzierter abgerechnet werden. In der Folge ergaben sich aufgrund der nötigen Neueinstufungen tiefere Einnahmen aus der Pflegefinanzierung für die Heime. Insbesondere war dies für das HzH ab Januar in hohem Ausmass der Fall. Andererseits resultierte für die Gemeinde eine ca. Fr. 200'000.00 tiefere Belastung als budgetiert für die finanzielle Unterstützung von pflegebedürftigen Bewohnerinnen und Bewohnern in den Heimen in der Gemeinde und in auswärtigen Heimen, für welche auch Glarus Süd der Unterstützungswohnsitz ist.

Eine besondere Herausforderung war die Findung einer definitiven Lösung für die Personalvorsorge. Aufgrund der entstandenen Pattsituation in der Personalvorsorgekommission zwischen der Vertretung der Arbeitnehmer (2 AN des AZS und je 1 des HzH und des APHS) und der Arbeitgeber (4 Mitglieder der VK) für den künftigen Vorsorgepartner, musste ein neutraler Schiedsrichter einbezogen werden. Nach aufwendiger, aber immer konstruktiver Arbeit konnten sich die Sozialpartner schliesslich für einen angepassten Vorsorgeplan mit einer Vollversicherung einigen.

Leider erkrankte das VK-Mitglied Hermann Figi schwer und seine Kompetenz in Finanz- und Versicherungsfragen fehlte uns zunehmend. Ende Juli 2013 wurde er von seiner schweren Krankheit erlöst. Wir verloren mit Hermi einen sehr engagierten und verantwortungsvollen Kollegen und lieben Menschen. Wir sind ihm sehr dankbar und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Per Ende 2013 schied Anna-Rosa Dreyer aus der VK aus und nahm die Stelle als Pflegedienstleiterin und stellvertretende Heimleiterin im HzH auf. Wir danken Annarös herzlich für ihre wertvolle Arbeit und als die Fachperson im Pflege- und Ausbildungsbereich in der VK.

Ende Juni 2014 endet die erste Amtsperiode der Verwaltungskommission und es erfolgt eine Neuwahl durch den Gemeinderat. Als Präsident seit 2010 blicke ich auf eine sehr intensive, aber auch äusserst interessante Arbeit zurück. Durch die enge Zusammenarbeit der Kommission mit der Geschäftsleitung konnte mit Einbezug der Kompetenzen aller Mitglieder die Neuorganisation und Zusammenführung der Alters- und Pflegeheime in Glarus Süd auftragsgemäss vollzogen werden. Externe Beratung wurde nur für Rechts- und Versicherungsthemen in Anspruch genommen, um die finanziellen Auswirkungen der Neuorganisation für die öffentliche Hand und die Bewohnerinnen und Bewohner möglichst tief zu halten. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Heimen und meinen Kolleginnen und Kollegen in der VK für ihren grossen Einsatz und die konstruktive Zusammenarbeit.

Kurt Reifler, Präsident

Glarus Süd Kraft.

REDI AG Treuhand Freiestrasse 11 / PF 781 8501 Frauenfeld Tel. 052 725 09 30
http://www.redi-treuhand.ch • E-mail: info@redi-treuhand.ch

Alters- und Pflegeheime Glarus Süd

8762 Schwanden

Bericht der Revisionsstelle zur Eingeschränkten Revision der konsolidierten Jahresrechnung 2013

APGS, Alters- und Pflegeheime Glarus Süd

Konsolidierte Bilanz

		31.12.2013	31.12.2012
AKTIVEN			
Umlaufvermögen			
Kassa		26'393.15	23'080.75
Post		28'344.28	65'358.63
Bank CHF		1'816'839.85	1'747'292.58
Bank EUR		49'893.65	50'105.25
Debitoren BEW-Rechnungen		1'476'255.00	1'434'076.20
übrige Debitoren		80'027.30	50'705.90
Verrechnungssteuer		376.30	549.50
Guthaben bei BVG-Versicherer		-	16'131.85
Delkredere		-50'000.00	-50'000.00
Vorräte		115'550.00	125'280.00
Transitorische Aktiven		61'336.30	22'209.60
Total Umlaufvermögen		**3'605'015.83**	**3'484'790.26**
Anlagevermögen			
Grundstücke		100'000.00	-
Immobilien		4'798'000.00	5'323'502.00
Betriebseinrichtungen		40'512.00	30'013.00
Fahrzeuge		1.00	2.00
Total Anlagevermögen		**4'938'513.00**	**5'353'517.00**
TOTAL AKTIVEN		**8'543'528.83**	**8'838'307.26**

APGS, Alters- und Pflegeheime Glarus Süd

Konsolidierte Bilanz

		31.12.2013	31.12.2012
PASSIVEN			
Fremdkapital			
Kreditoren		646'571.05	550'326.85
MWSt / QST		11'356.50	2'336.15
Depot / Vorauszahlungen Heimbewohner		8'625.00	12'311.70
Transitorische Passiven		290'995.26	320'119.85
Darlehen Waisenhausfonds		300'000.00	300'000.00
Darlehen Stiftung AH / AS f. Anl.		-	15'746.85
Darlehen Gemeinde Glarus Süd		1'100'000.00	1'100'000.00
IHG Darlehen		727'000.00	793'000.00
Bankkredite		2'760'000.00	3'010'000.00
Rückstellungen Immobilien		378'200.00	278'200.00
Rückstellungen Mobilien		9'675.65	79'600.00
Rückstellungen Personal		16'000.00	10'000.00
Total Fremdkapital		**6'248'423.46**	**6'471'641.40**
Eigenkapital			
Betriebskapital		1'901'520.15	1'900'241.90
Fondskapital		318'872.00	329'877.95
Vor- / Rückschlagskonto		135'267.76	133'442.06
Jahreserfolg		**-60'554.54**	**3'103.95**
Total Eigenkapital		**2'295'105.37**	**2'366'665.86**
TOTAL PASSIVEN		**8'543'528.83**	**8'838'307.26**

APGS, Alters- und Pflegeheime Glarus Süd

Konsolidierte Erfolgsrechnung 01.01. - 31.12.

		2013	2012
PERSONALAUFWAND			
Besoldungen Pflege		*5'604'580.26*	*5'401'095.20*
Besoldungen andere Fachbereiche		*84'056.40*	*76'582.60*
Besoldung Heimleitung		*682'935.45*	*625'943.95*
Besoldungen Ökonomie + Hausdienst		*2'790'788.37*	*2'752'212.40*
Besoldung Techn. Dienst		*279'843.68*	*263'462.90*
Sozialleistungen		*1'356'200.05*	*1'412'939.15*
Honorar / Leistungen Dritter		*31'722.60*	*30'481.80*
Personalnebenaufwand		*81'634.30*	*149'855.85*
Total Personalaufwand		**10'911'761.11**	**10'712'573.85**
SACHAUFWAND			
Medizinischer Bedarf		**213'651.65**	**205'004.50**
Lebensmittel + Getränke		**887'405.50**	**894'796.50**
Haushalt		**216'600.33**	**222'720.51**
Unterhalt + Rep. Immob. + Mobilien		**400'111.10**	**429'303.65**
Aufwendungen Anlagennutzung		**1'073'141.90**	**1'071'104.20**
Ersatzanschaffungen Mobilien		*5'129.05*	*6'326.55*
Abschreibungen Kücheneinrichtung		*13'421.15*	*22'272.05*
Abschreibungen Wäscherei		*-*	*1'354.55*
Abschreibungen Pflege		*-*	*39'945.25*
Abschreibungen Elektronik/Brandschutz		*30'418.50*	*12'913.55*
Abschreibungen Heizung/Lüftung/Sanitä		*-*	*4'162.40*
Abschreibungen Immobilien		*759'231.65*	*641'891.35*
Abschreibungen Immobilien ausserordentlich		*-*	*73'084.15*
Abschreibungen Mobilien		*220'933.90*	*236'934.15*
Auflösung Rückstellung Mobilien		*-69'924.35*	*-*
Rückstellungen Sachanlagen		*100'000.00*	*20'000.00*
Miete EDV		*13'932.00*	*12'220.20*
Energie und Wasser		**381'667.45**	**393'209.90**
Kapitalzinsen und -spesen		**75'200.70**	**98'363.40**
Büro und Verwaltung		**243'997.55**	**191'281.34**
Aktivierung und Betreuung		**12'653.70**	**22'079.30**
übriger Sachaufwand		**201'367.15**	**160'258.00**
Total Sachaufwand		**3'705'797.03**	**3'688'121.30**
GESAMTAUFWAND		**14'617'558.14**	**14'400'695.15**

APGS, Alters- und Pflegeheime Glarus Süd

Konsolidierte Erfolgsrechnung 01.01. - 31.12.

		2013	2012
ERTRÄGE			
Taxen und Mieten		**13'552'350.45**	**13'311'188.30**
Pensionstaxen		*6'313'452.40*	*6'296'979.50*
Auswärtigen Zuschläge		*55'159.00*	*69'015.00*
Betreuungstaxe		*2'066'730.00*	*1'253'341.00*
Pflegeleistungen		*5'122'609.90*	*5'691'852.80*
Ertragsminderungen aus Leistungen für BEW		*-5'600.85*	-
Erträge aus med. Nebenleistungen		**59'997.30**	**68'993.35**
übrige Erträge		**119'091.55**	**148'189.00**
Miet- und Kapitalzinse		**333'702.50**	**331'052.15**
Mietzinseinnahmen AS-Wohnungen		*285'671.00*	*279'356.00*
Mietzinsverg. AS Bundesamt für Soz.-Wohnungen		*3'135.00*	*3'960.00*
Ant. Hauswart.Heiz- u. Nebenk. Mieten AS		*-38'138.20*	*-38'317.50*
Mieterträge 3. OG		*50'050.00*	*58'025.00*
Miete Coiffeursalon		*1'145.75*	*1'128.60*
Mietzinseinnahmen		*25'770.00*	*19'870.00*
Miete Patientenhilfsmittel		*1'507.50*	*1'430.00*
Miete Waschautomat		*2'340.60*	*2'787.40*
Kapitalzinsertrag		*2'220.85*	*2'812.65*
Erträge Cafeteria/Kaffeestube		**199'184.75**	**206'589.85**
Erträge aus Leist. an Pers.+Dritte		**281'830.55**	**279'771.45**
Personalverpflegung		*48'370.00*	*41'071.00*
Schülerverpflegung		*11'670.00*	*9'693.90*
Verkäufe an Personal und Dritte		*8'317.25*	*28'396.20*
Ausbildungsverantwortung für Heime APGS		*198.00*	*198.00*
Leistungen der Küche an glarnersteg		*107'862.60*	*92'740.05*
Mahlzeitendienst Spitex		*94'435.55*	*88'104.70*
Erlöse für Wäsche an Dritte		*3'259.20*	*870.60*
Party-Service		*2'213.05*	*7'299.20*
übrige Nebenerlöse MWST frei		*3'285.85*	*9'631.60*
übrige Nebenerlöse MWST pflichtig 5.2		*2'219.05*	*1'766.20*

APGS, Alters- und Pflegeheime Glarus Süd

Konsolidierte Erfolgsrechnung 01.01. - 31.12.

		2013	2012
Beiträge und Spenden privater		**10'846.50**	**58'015.00**
Kantonssubventionen, Invest-beiträge		*9'994.00*	*8'015.00*
Beiträge / Spenden / Gabenfonds		*33'844.05*	*77'166.05*
Legate		*852.50*	*49'710.55*
Aufwendungen Gabenfonds		*-23'344.60*	*-26'932.85*
Aufwendungen Rollstuhltransporte		*-3'219.50*	*-4'374.45*
Spendenverwendung		*-21'281.55*	*-25'618.50*
Einlage / Bezug Gabenfonds		*12'919.05*	*-2'015.55*
Einlage / Bezug Rollstuhltransporter		*2'829.50*	*4'374.45*
Einlage / Bezug Spenden Bilanz		*-2'136.95*	*-22'309.70*
GESAMTERTRAG		**14'557'003.60**	**14'403'799.10**
Jahreserfolg		***-60'554.54***	***3'103.95***

KONSOLIDIERTE JAHRESRECHNUNG PER 31.12.

ANHANG

	2013	2012

Allgemeine Angaben

Rechtliche Grundlagen, Zweck, Tätigkeit

Die Alters- und Pflegeheime Glarus Süd (APGS) sind eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt der Gemeinde Glarus Süd mit Sitz in Glarus Süd.

Ihr Zweck ist die bedarfsgerechte, qualitätsorientierte und möglichst eigenwirtschaftliche Versorgung mit öffentlichen Alters- und Pflegeheimplätzen in der Gemeinde Glarus Süd.

Art. 78 der Gemeindeordnung bestimmt, dass Heime in Elm, Linthal und Schwanden geführt werden, soweit dies organisatorisch zweckmässig und wirtschaftlich tragbar ist.

Rechtsgrundlagen

Organisationsreglement (erlassen von der Gemeindeversammlung)	18.11.2011	18.11.2011
Geschäftsreglement (erlassen von der Verwaltungskommission Heime)	10.01.2012	10.01.2012

Organisation

Verwaltungskommission

Oberstes Organ ist (unter Vorbehalt der Zuständigkeiten von Gemeinderat und Gemeindeversammlung) die Verwaltungskommission, der die Leitung und strategische Führung obliegt.

Geschäftsbericht samt Jahresrechnung sowie der Bericht der Revisionsstelle sind dem Gemeinderat vorzulegen. Dieser unterbreitet Geschäftsbericht und Jahresrechnung der Gemeindeversammlung zur Genehmigung.

Die Verwaltungskommission besteht aus dem Präsidenten und vier Mitgliedern und wird durch den Gemeinderat jeweils auf vier Jahre gewählt.
Die Verwaltungskommission setzt sich wie folgt zusammen

Präsident:	Reifler, Kurt
Vizepräsident:	Zopfi, Hans-Jakob
Mitglieder:	Dreyer, Anna Rosa
	Figi, Hermann *(verstorben 29.7.2013)*
	Däster-Streiff, Monika

Revisionsstelle

gewählte Revisionsstelle	Redi AG Treuhand, Frauenfeld

Nachweis Eigenkapital

	2013	2012
Betriebskapital		
Einbringung Eigenkapital bei Gründung		
Altersheim und Alterssiedlung Schwanden		600'000.00
Verrechnung mit Betriebsdarlehen Stiftung an Altersheim		-600'000.00
Betriebskapital Stiftung		1'317'268.89
Jahresgewinn Stifung 2011 (Zuweisung zum Eigenkapital)		7'459.25
Betriebskapital Pflegeheim		337'651.55
Eigenkapital Alters- und Pflegeheim Sernftal		-73'410.79
Eigenkapital Alters- und Pflegeheim Linthal		236'273.00
Gründungskapital 01.01.12	-	*1'825'241.90*
Betriebskapital 1.1.	1'900'241.90	
Veränderungen		
Auflösung Rückstellungen Sernftal zu Gunsten Eigenkapital	-	75'000.00
Zuweisung Jahresergebnis Vorjahr (Sernftal)	1'278.25	-
Saldo Betriebskapital 31.12.	***1'901'520.15***	***1'900'241.90***

KONSOLIDIERTE JAHRESRECHNUNG PER 31.12.

ANHANG

	2013	2012
Fondskapital		
Einbringung bei Gründung		
Gabenfonds für Bewohner (aus Pflegeheim)		30'302.40
Gabenfonds für Bewohner (aus Altersheim)		31'264.85
Kapital für Rollstuhltransporte (aus Pflegeheim)		15'969.85
Fonds für Anlässe (Linthal)		143'780.10
Fonds für ausserordentliche Anschaffungen (Linthal)		76'445.80
Fondskapital 01.01.	-	*297'763.00*
Fondskapital 1.1.	329'877.95	
Veränderungen		
Nettoveränderung Gabenfonds Bewohner (Reg. Pflegeheim)	-3'119.05	6'330.85
Entnahme aus Kapital für Rollstuhltransporte (Reg. Pflegeheim)	-2'829.50	-4'374.45
Übergabe Gabenfonds für Bewohner an Stiftung (Altersheim)	-	-31'264.85
Nettoveränderung Gabenfonds Bewohner (Altersheim, ohne Zuweisung aus Stiftung)	-9'800.00	-
Zuweisung Gabenfonds Bewohner aus Auflösung Stiftung (Altersheim)	15'746.85	-
Neubildung Gabenfonds für Bewohner (Altersheim)	-	11'202.70
Nettoveränderung Fonds für Anlässe (Linthal)	91.95	19'801.50
Nettoveränderung Fonds für a.o. Anschaffungen (Linthal)	-10'141.20	1'042.20
Gebundener Fonds (Linthal)	-	25'000.00
Nettoveränderung Fonds Bewohneranlässe (Sernftal)	-955.00	4'377.00
Saldo Fondskapital 31.12.	***318'872.00***	***329'877.95***
Vor-/Rückschlagskonto		
Einbringung bei Gründung		
Saldo aus Einbringung Altersheim		75'303.78
Saldo aus Einbringung Pflegeheim		68'920.89
Saldo aus Einbringung APH Linthal		-22'103.91
Vor-/Rückschlagskonto	-	*122'120.76*
Vor-/Rückschlagskonto 1.1.	133'442.06	
Veränderungen		
Kapital Alterssiedlung 31.12.2011 (Eröffnungsbuchung)	-	5'634.55
Gewinn Altersheim 2011 (Eröffnungsbuchung)	-	600.40
Verbuchung Jahreserfolg Vorjahr Alterszentrum Schwanden	867.11	
Verbuchung Jahreserfolg Vorjahr Linthal	958.59	5'086.35
Saldo Vor-/Rückschlagskonto 31.12.	***135'267.76***	***133'442.06***

KONSOLIDIERTE JAHRESRECHNUNG PER 31.12.

ANHANG

	2013	2012

Angaben nach Art. 663a aOR

Zur Sicherung eigener Verpflichtungen verpfändete Aktiven
Aktiven unter Eigentumsvorbehalt

Buchwert der Immobilien Alterszentrum Schwanden	2'837'000.00	3'442'002.00
Hypotheken	2'810'000.00	2'810'000.00

Risikobeurteilung

Die Verwaltungskommission hat periodisch ausreichende Risikobeurteilungen vorgenommen und allfällige sich daraus ergebende Massnahmen eingeleitet, um zu gewährleisten, dass das Risiko einer wesentlichen Falschaussage in der Rechnungslegung als klein einzustufen ist.
Die letzte Risikobeurteilung wurde an der Sitzung vom 9. März 2014 vorgenommen.

Hinweis zur Stetigkeit

Im Geschäftsjahr 2013 wurden Rückstellungen für Sachanlagen in grösserem Umfang gebildet. Wir haben diese sachlogisch zu den Aufwendungen für Anlagennutzung umgegliedert. Die im Vorjahr für diesen Zweck gebildeten Rückstellungen im Betrag von CHF 20'000 wurden in diesem Zusammenhang ebenfalls reklassifiziert. Dadurch haben der Aufwand für Unterhalt und Reparaturen Immobilien und Mobilien des Jahres 2012 um diesen Betrag ab- und die Aufwendungen für Anlagennutzung um den gleichen Betrag zugenommen.

Andere gesetzlich vorgeschriebene Angaben

Die Brandversicherungswerte über alle Heime wurden nicht ermittelt, da diese Angabe nach neuem Rechnungslegungsrecht wegfällt.

Es bestehen keine weiteren ausweispflichtigen Tatbestände.

REDI AG Treuhand Freiestrasse 11 / PF 781 8501 Frauenfeld Tel. 052 725 09 30
http://www.redi-treuhand.ch • E-mail: info@redi-treuhand.ch

Bericht der Revisionsstelle

an die Verwaltungskommission der Alters- und Pflegeheime Glarus Süd, Glarus Süd

zur Eingeschränkten Revision der konsolidierten Jahresrechnung per 31. Dezember 2013

Als Revisionsstelle Ihres Betriebes haben wir die konsolidierte Jahresrechnung bestehend aus konsolidierter Bilanz und konsolidierter Erfolgsrechnung für das am 31. Dezember 2013 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist die Geschäftsleitung verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine Eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Unternehmen vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht Gesetz und Organisationsreglement entspricht.

Frauenfeld, 8. April 2014

REDI AG Treuhand

Monique Eichholzer
dipl. Wirtschaftsprüferin
Leitende Revisorin

Fredy Märki
Experte in Rechnungslegung und Controlling

Beilagen: konsolidierte Jahresrechnung

Glarus Süd Kraft.

REDI AG Treuhand Freiestrasse 11 / PF 781 8501 Frauenfeld Tel. 052 725 09 30
http://www.redi-treuhand.ch • E-mail: info@redi-treuhand.ch

Stiftung Altersheim und Alterssiedlung der Ortsgemeinde Schwanden

8762 Schwanden

Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung 2013 und Auflösung der Stiftung per 31.12.2013

Stiftung Altersheim und Alterssiedlung der Ortsgemeinde Schwanden

BILANZ PER	**31.12.2013**	**31.12.2012**
	CHF	CHF
AKTIVEN		
Darlehen an Altersheim für Bewohnende	0.00	15'746.85
TOTAL AKTIVEN	**0.00**	**15'746.85**
PASSIVEN		
Organisationskapital		
Fondskapital	15'746.85	31'264.85
Übertrag an Gabenfonds Altersheim	-15'746.85	
Jahresergebnis	**0.00**	**-15'518.00**
Total Eigenkapital	**0.00**	**15'746.85**
TOTAL PASSIVEN	**0.00**	**15'746.85**

ERFOLGSRECHNUNG VOM 01.01. - 31.12.	**2013**	**2012**
	CHF	CHF
Aufwand für Anlässe/Veranstaltungen Bewohnende Altersheim	0.00	15'518.00
TOTAL AUFWAND	**0.00**	**15'518.00**
Diverse Erträge	0.00	0.00
TOTAL ERTRAG	**0.00**	**0.00**
ZUSAMMENZUG		
Total Betriebsaufwand	0.00	15'518.00
Total Betriebsertrag	0.00	0.00
Jahresergebnis	**0.00**	**-15'518.00**

REDI AG Treuhand Freiestrasse 11 / PF 781 8501 Frauenfeld Tel. 052 725 09 30
http://www.redi-treuhand.ch • E-mail: info@redi-treuhand.ch

Bericht der Revisionsstelle

an den Stiftungsrat der Stiftung Altersheim und Alterssiedlung der Ortsgemeinde Schwanden, 8762 Schwanden

zur Prüfung der Jahresrechnung 2013 und Vermögensübertragung infolge Auflösung der Stiftung

Als Revisionsstelle Ihres Betriebes haben wir die Jahresrechnung 2013 sowie den Vollzug der von der Gemeindeversammlung Glarus Süd vom 22. November 2013 beschlossenen Auflösung der Stiftung per 31. Dezember 2013 geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Stiftungsrat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Wir bestätigen, dass das in der Stiftung verbliebene Vermögen von CHF 15'746.85 per 31. Dezember 2013 vollumfänglich in den Gabenfonds für Bewohner und Bewohnerinnen des Altersheims übertragen wurde und diesen damit weiterhin für Anlässe und Geschenke zur Verfügung steht.

Somit besteht per 31. Dezember 2013 eine "Null-Bilanz" und die Stiftung kann zur Löschung im Handelsregister angemeldet werden.

Frauenfeld, 8. April 2013

Redi AG Treuhand

Monique Eichholzer
dipl. Wirtschaftsprüferin
Zugelassene Revisionsexpertin

Fredy Märki
Experte in Rechnungslegung und Controlling
Zugelassener Revisionsexperte

Beilage: Jahresrechnung 2013

4.3 Beschluss der Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderates

4.3.1 Genehmigung der Jahresrechnung 2013 und Revisionsbericht der Stiftung Altersheim und Alterssiedlung Schwanden

4.3.2 Genehmigung der Jahresrechnung 2012 der Stiftung Altersheim und Alterssiedlung Schwanden

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 20.06.2014

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

4. Jahresrechnung der Alters- und Pflegeheime Glarus Süd (APGS) und Stiftung Altersheim und Alterssiedlung Schwanden - Genehmigung Geschäftsbericht 2013 inkl. Jahresrechnung und Bericht der Revisionsstelle

Archiv-Nummer
13.05.00

Diskussion

Ausführungen des Gemeindepräsidenten
Die APGS sind gemäss Art. 77 der GO eine sogenannt selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt der Gemeinde, wie die *tbgs.* Das heisst insbesondere, dass die APGS eigene Rechtspersönlichkeit haben. Das heisst die Verwaltungskommission unterzeichnet für die APGS, sie legt die Zeichnungsberechtigung fest und wenn jemand gegen die AGPS vorgehen will, so hat er nicht die Gemeinde sondern die APGS einzuklagen. Die APGS haben nach Art. 80 ein eigenes Vermögen und führen eine eigene Rechnung und haften nur mit diesem Vermögen. Die Leitung der APGS obliegt der Verwaltungskommission. Ihr und nicht dem Gemeinderat kommen gemäss Art. 79 alle Aufgaben und Kompetenzen zu, welche nicht durch Gesetz oder die Gemeindeordnung einem andern Organ zugewiesen sind. Neben der Wahl der Aufsichtskommission kommen dem Gemeinderat einzig die in den Art. 79 und 81 umschriebenen Kompetenzen zu. Das wird auch als *„politische Aufsicht"* bezeichnet. Einige weitere Kompetenzen stehen der Gemeindeversammlung zu, so wie das die Art. 78 und 80 vorsehen. Namentlich die Wahl der Geschäftsleitung und das Anstellungswesen sind Sache der VK bzw. der von der VK damit beauftragten Stellen. Die Kantonsverfassung bestimmt in Art. 120, dass die *„rechtliche Aufsicht"* direkt dem Regierungsrat zusteht. Er ist aufgrund der Kantonsverfassung daher auch zuständig, gegebenenfalls aufsichtsrechtliche Massnahmen anzuordnen. Ich sage das, weil ich gelegentlich feststelle, dass das nicht überall bekannt ist.

Ausführungen von Kurt Reifler, Departementsvorsteher:
Kurt Reifler erklärt den Geschäftsbericht und die konsolidierte Jahresrechnung der Alters- und Pflegeheime Glarus Süd (APGS). Seine Ausführungen wiederspiegeln den Geschäftsbericht und werden mit folgender Power Point Präsentation verdeutlicht:

Glarus Süd Kraft.

4. Jahresrechnungen der Alters-und Pflegeheime Glarus Süd

Geschäftsbericht VK Heime für das Jahr 2013

Verwaltungskommission (VK) für APGS und Stiftung AH/AS Schwanden:
- Kurt Reifler, Präsident (seit 2010)
- Dr. Hans-Jakob Zopfi, Vizepräsident (seit 2010)
- Monika Däster, Mitglied (seit 2012)
- Anna-Rosa Dreyer, Mitglied (2010 – Dez. 2013, Sitz heute vakant)
- Hermann Figi sel., Mitglied (2010 – Juli 2013, Sitz heute vakant)

Geschäftsleitung (GL):
- Romi Stadler (Vorsitzende GL, Co-Leiterin APHS Elm)
- Werner Hösli (Leiter AZ Schwanden)
- Mario Tellenbach (Leiter HzH Linthal seit Mai 2013)
- Peter Zimmermann (bis April 2013)

Glarus Süd Kraft.

Geschäftsbericht VK Heime für das Jahr 2013

Auch unter einheitlichem rechtlichem Dach der APGS wurden die Heime in Elm, Linthal und Schwanden sehr selbständig und gut durch HL geführt.

Der Betrieb verlief in allen Heimen gut – trotz einigem Personalwechsel beim Kader im HzH.

Detaillierte Jahresberichte der HL wurden von VK genehmigt.

Zusammenarbeit VK mit GL verlief konstruktiv.

Betriebsbewilligung für APGS von DVI bis Ende 2014, muss neu beantragt werden infolge fehlendem Fähigkeitsausweis in GL nach Austritt HL.

Definitive Pensionskassenlösung gefunden.

Glarus Süd Kraft.

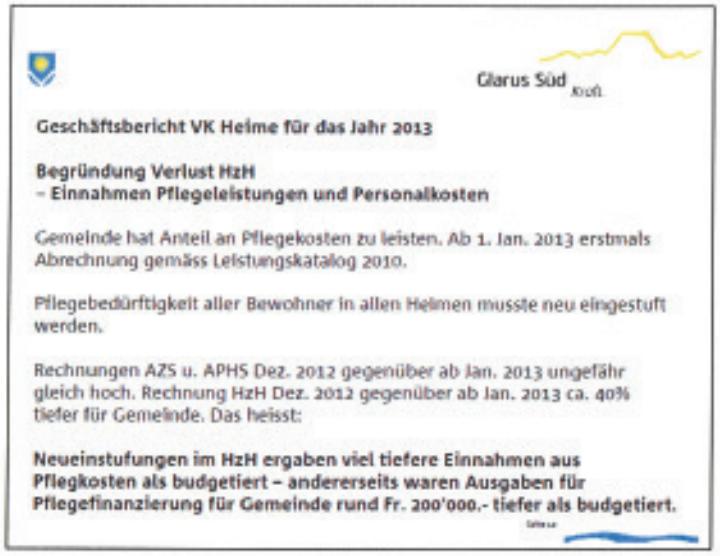
Geschäftsbericht VK Heime für das Jahr 2013

Belegungszahlen zwischen 90 – 98%, d.h. insgesamt zufriedenstellend.

Rechnungsabschlüsse positiv AZS u. APHS, negativ HzH und in Folge APGS.

Jahresabschlüsse 2013

AZS	Fr.	259.20
APHS	Fr.	3'015.90
HzH	Fr.	-63'829.64
APGS konsolidiert	Fr.	-60'554.54


Glarus Süd Kraft.
Geschäftsbericht VK Heime für das Jahr 2013
Begründung Verlust HzH
– Einnahmen Pflegeleistungen und Personalkosten
Gemeinde hat Anteil an Pflegekosten zu leisten. Ab 1. Jan. 2013 erstmals Abrechnung gemäss Leistungskatalog 2010.
Pflegebedürftigkeit aller Bewohner in allen Heimen musste neu eingestuft werden.
Rechnungen AZS u. APHS Dez. 2012 gegenüber ab Jan. 2013 ungefähr gleich hoch. Rechnung HzH Dez. 2012 gegenüber ab Jan. 2013 ca. 40% tiefer für Gemeinde. Das heisst:
Neueinstufungen im HzH ergaben viel tiefere Einnahmen aus Pflegkosten als budgetiert – andererseits waren Ausgaben für Pflegefinanzierung für Gemeinde rund Fr. 200'000.- tiefer als budgetiert.


Glarus Süd Kraft.
Geschäftsbericht VK Heime für das Jahr 2013
Hinweise zur Stiftung Altersheim und Alterssiedlung der Ortsgemeinde Schwanden
Führung operativer Betrieb seit Januar 2012 in Organisationsstruktur AZS / APGS.
Infolge Übertragung Vermögen und Betriebstätigkeit auf APGS Zweck nicht mehr erfüllbar.
Stiftung gemäss Gemeindeversammlungsbeschluss vom November 2013 per Ende 2013 aufgehoben.


Glarus Süd Kraft.
Geschäftsbericht VK Heime für das Jahr 2013
Zukunftsstrategie
Konsolidierung der neuen Struktur
- Gewähltes Geschäftsleitungsmodell weiterführen
- Eigenständigkeit und Stärken der einzelnen Heime bewahren
- Synergien nutzen (wie Versicherungswesen, Einkauf, Wissenstransfer)
Attraktiver Arbeitgeber bleiben
- Konkurrenzfähige Anstellungsbedingungen bieten
- Gutes Image und Kultur erhalten
Guten Ruf unserer Heime sicherstellen
- Hohe Pflege- und Betreuungsqualität gewährleisten
- Konkurrenzfähige Kostenstruktur bieten
- Wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit betreiben

Glarus Süd Kroft.

Geschäftsbericht VK Heime für das Jahr 2013

- **Kurzbilanz zu erster Amtsperiode Verwaltungskommission**
  - Zusammenführung Heime Linthal, Schwanden und Elm auftragsgemäss umgesetzt.
  - Organisatorische Änderungen ohne zu grosse negativen Auswirkungen für Bewohnende und Mitarbeitende durchgeführt.
  - Finanziellen Aufwand Neuorganisation soweit beeinflussbar tief gehalten.
- **Ich danke**
  - Allen BewohnerInnen und Bewohnern für das Verständnis für alle organisatorischen Änderungen.
  - Allen Mitarbeitenden in den Heimen in Elm, Linthal und Schwanden für die ausgezeichnete und engagierte Arbeit
  - Den VK –Kolleginnen u. –Kollegen für die konstruktive Zusammenarbeit

Glarus Süd Kroft.

Geschäftsbericht VK Heime für das Jahr 2013

Genehmigung Geschäftsbericht 2013 inkl. Jahresrechnung und Revisionsbericht für APGS und für Stiftung AH/AS

- Jahresberichte und -rechnungen wurden von VK und GR genehmigt
- Rechnungsrevisionen in allen Heimen durchgeführt
  - Berichte im Memorial 1. Teil
  - Aufnahme operative Tätigkeit APGS als selbständig öffentlich-rechtliche Anstalt per Januar 2012
  - Geschäftsjahr 2013 zweitmalig mit konsolidierter Rechnung für Institution
  - Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Heimrechnungen ab Rechnungen 2014 uneingeschränkt möglich (2013 noch unterschiedliche Nutzungen Konti)

Glarus Süd Kroft.

4.3.1 APGS - Alters- und Pflegeheime Glarus Süd

Konsolidierte Erfolgsrechnung 01.01.–31.12.	**2013**	**2012**
Total Aufwand	14'617'558.14	14'400'695.15
Total Ertrag	14'557'003.60	14'403'799.10
Jahreserfolg	**- 60'554.54**	**3'103.95**
Konsolidierte Bilanz	**31.12.2013**	**31.12.2012**
Total Aktiven	8'543'528.83	8'838'307.26
Jahreserfolg	-60'554.54	3'103.95
Total Eigenkapital	2'295'105.37	2'366'665.86
Total Passiven	8'543'528.83	8'838'307.26



Glarus Süd Kroft

4.3.2 Stiftung Altersheim und Alterssiedlung Schwanden

Erfolgsrechnung 01.01. – 31.12.	2013	2012
Total Aufwand	0.00	15'518.00
Total Ertrag	0.00	0.00
Jahresergebnis	**0.00**	**- 15'518.00**
Bilanz	**31.12.2013**	**31.12.2012**
Total Aktiven	0.00	15'746.85
Jahresergebnis	0.00	-15'518.00
Total Eigenkapital	0.00	15'746.85
Total Passiven	0.00	15'746.85

Die Jahresberichte und Rechnungen der einzelnen Heime sind von der VK genehmigt und die Revisionsberichte liegen vor.

Abstimmung:

Ohne Wortmeldungen werden Geschäftsbericht 2013 inkl. Jahresrechnung und Revisionsbericht der Alters- und Pflegeheime Glarus Süd (APGS) sowie die Jahresrechnung 2013 und Revisionsbericht der Stiftung Altersheim und Alterssiedlung Schwanden genehmigt.

5. Wahlen für die Amtsdauer 2014 - 2018

	Archiv-Nummer
a) Geschäftsprüfungskommission (GPK)	16.00
b) Mitglieder des Wahlbüros (Stimmenzähler)	01.00
c) Schulkommission	15.05
d) Vermittler und Stellvertreter	17.07
e) Delegierte in Zweckverbände	34.00/39.00
f) Stiftungsräte der Bürgerlichen Hilfsstiftung Schwanden	10.05.00

---

5. Beschluss
der Gemeindeversammlung
auf Antrag des Gemeinderates

a) **Geschäftsprüfungskommission (GPK)**
Die Gemeindeversammlung hat für die Amtsdauer 2014 – 2018 das Präsidium, 4 Mitglieder und 1 Ersatzmitglied gewählt:

Präsidium:

Hanspeter Toggenburger (neu bisher Mitglied)	Linthal

Mitglieder:

Luchsinger Hans (bisher)	Nidfurn
Rageth Thomas (bisher)	Schwändi
Nievergelt Louis (neu)	Linthal
Marti Fritz (neu)	Matt

Ersatzmitglied:

Dällenbach Fredy (bisher)	Engi

b) **Mitglieder des Wahlbüros (Stimmenzähler)**
Die Gemeindeversammlung hat für die Amtsdauer 2014 -2018 14 ordentliche Mitglieder und 14 Ersatzmitglieder gewählt:

Ordentliche Mitglieder:

Albert Monika (bisher)	Rüti
Blesi René (bisher)	Engi
Cornelli Cyrill (neu)	Hätzingen
Dürst Fritz (bisher)	Schwanden

Ersatzmitglieder:

Graf Marlis (bisher)	Rüti
Hämmerli Verena (bisher)	Engi
Hefti Hans (bisher)	Mitlödi
Horber Maya (neu)	Nidfurn

Elmer Walter (bisher)	Elm
Hunold Gertraud (bisher)	Leuggelbach
Mächler Verena (bisher)	Haslen
Marti Maria (bisher)	Matt
Meesters Helmut (bisher)	Luchsingen
Oeschger Ruth (bisher)	Schwanden
Schiesser Fridolin (bisher)	Linthal
Schumacher Jakob (bisher)	Braunwald
Weber Daniela (bisher)	Sool
Wolf Willi (bisher)	Mitlödi

Huber Verena (bisher)	Leuggelbach
Knobel Anna (bisher)	Betschwanden
Lehmann Rolf (bisher)	Luchsingen
Schlittler Anita (bisher)	Diesbach
Sedelberger Romy (bisher)	Mitlödi
Stauffacher Anita (bisher)	Haslen
Straub Peter (bisher)	Schwändi
Zentner Christof (bisher)	Matt
Zweifel Barbara (bisher)	Schwanden
Zwicky Fritz (bisher)	Schwanden

Auflistung in alphabetischer Reihenfolge

c) **Schulkommission:**

Die Gemeindeversammlung hat für die Amtsdauer 2014 -2018 zwei stimmberechtigte Mitglieder sowie ein Ersatzmitglied der Schulkommission aus dem Kreis der an der Urne gewählten Mitglieder des Gemeinderates gewählt:

Mitglied:

Daniel Dobler (bisher)
Marc Rinderer (neu)

Ersatzmitglied:

Jakob Wohlwend (neu)

d) **Vermittler und dessen Stellvertreter**

Die Gemeindeversammlung hat für die Amtsdauer 2014 -2018 den Vermittler und dessen Stellvertreter gewählt:

Vermittler:

Baumgartner Ernst (bisher)	Schwanden

Stellvertreter:

Ronner Christian (bisher)	Schwändi

e) **Delegierte in Zweckverbände**

Abwasserverband Glarnerland (AVG):
Die Gemeindeversammlung hat für die Amtsdauer 2014 -2018 drei Delegierte gewählt:

Delegierte:

Luchsinger Kaspar (bisher)	Gemeinderat, Glarus Süd
Streiff Eugen (bisher)	Leiter Revier Werke, mittleres Grosstal, Glarus Süd
Zimmermann Fritz (neu)	Leiter Revier Werke Schwanden, Glarus Süd

Zweckverband für die Kehrichtbeseitigung im Linthgebiet:
Die Gemeindeversammlung hat für die Amtsdauer 2014 -2018 einen Abgeordneten und einen Ersatz gewählt:

Abgeordneter:

Wohlwend Jakob bisher)	Gemeinderat

Ersatz:

Dobler Daniel (neu)	Gemeinderat

Zweckverband Kehrichtgebühren (ZKG):
Die Gemeindeversammlung hat für die Amtsdauer 2014 -2018 drei Abgeordnete gewählt:

Abgeordnete:

Gorfer Daniel (bisher)	Hauptabteilungsleiter Hoch- und Tiefbau, Glarus Süd
Streiff Eugen (bisher)	Leiter Revier Werke mittleres Grosstal, Glarus Süd
Zimmermann Fritz (bisher)	Leiter Revier Werke Schwanden, Glarus Süd

f) **Stiftungsräte der Bürgerlichen Hilfsstiftung Schwanden**
Die Gemeindeversammlung hat für die Amtsdauer 2014 -2018 den Präsidenten und die Mitglieder des Stiftungsrates der Bürgerlichen Hilfsstiftung Schwanden gewählt:
(Der Stiftungsrat besteht aus mindestens drei höchstens fünf Mitgliedern. Mindestens zwei Mitglieder müssen Bürger der ehemaligen Gemeinde Schwanden sein).

Präsident:

Aebli Paul (bisher)	Schwanden

Mitglieder:

Hefti Hansheinrich (bisher)	Schwanden
Lienhard Walter (bisher)	Schwanden

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 20.06.2014

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

5. Wahlen für die Amtsdauer 2014 - 2018

	Archiv-Nummer
a) Geschäftsprüfungskommission (GPK)	16.00
b) Mitglieder des Wahlbüros (Stimmenzähler)	01.00
c) Schulkommission	15.05
d) Vermittler und Stellvertreter	17.07
e) Delegierte in Zweckverbände	34.00/39.00
f) Stiftungsräte der Bürgerlichen Hilfsstiftung Schwanden	10.05.00

Diskussion

Der Gemeindepräsident führt in die Wahlgeschäfte ein:

a) Geschäftsprüfungskommission (GPK):

Wahl Präsidium

Für die zurückgetretene Präsidentin Marianne Lienhart stellt sich das bisherige Mitglied Hanspeter Toggenburger zur Verfügung.

Hanspeter Toggenburger wird gewählt.

Wahl 1, und 2. Mitglied:

Die bisherigen Mitglieder Hans Luchsinger und Thomas Rageth stellen sich für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung.

1. Mitglied Hans Luchsinger
2. Mitglied Thomas Rageth werden in globo wieder gewählt.

Wahl 3. Mitglied:

Als 3. Mitglied stellen sich zur Verfügung: Louis Nievergelt, Linthal, Fritz Marti-Egli, Matt, und Stefan Maduz, Schwändi. Die Abstimmung erfolgt in alphabetischer Reihenfolge.
1. Abstimmung:
Stimmen haben erhalten: Stefan Maduz, 54, Fritz Marti-Egli 98, Louis Nievergelt 109
2. Abstimmung – Ausmarchung zwischen Fritz Marti-Egli und Louis Nievergelt.
Stimmen haben erhalten: Fritz Marti-Egli 110, Louis Nievergelt 127.

Gewählt ist als 3. Mitglied Louis Nievergelt, Linthal.

Wahl 4. Mitglied:

Als 4. Mitglied stellen sich zur Verfügung: Stefan Maduz, Schwändi, und Fritz Marti-Egli, Matt.
Stimmen haben erhalten: Stefan Maduz 86 und Fritz Marti-Egli 171.

Gewählt ist als 4. Mitglied Fritz Marti-Egli, Matt.

Wahl Ersatzmitglied:

Als Ersatzmitglied stellt sich Fredy Dällenbach als bisheriges Ersatzmitglied wieder zur Verfügung.

Gewählt ist als Ersatzmitglied Fredy Dällenbach, Engi.

b) Mitglieder des Wahlbüros (Stimmenzähler)

14 ordentliche Mitglieder ins Wahlbüro:

Die bisherigen ordentlichen Wahlbüromitglieder Monika Albert, René Blesi, Fritz Dürst, Walter Elmer, Gertraud Hunold, Verena Mächler, Maria Marti, Helmut Meesters, Ruth Oeschger, Fridolin Schiesser, Jakob Schumacher, Daniela Weber und Willi Wolf stellen sich für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung.

Die 13 bisherigen ordentlichen Wahlbüromitglieder werden in globo wiedergewählt.

Als 14. Mitglied

stellt sich Cyrill Cornelli, Hätzingen, zur Verfügung.

Gewählt wird als 14. Mitglied Cyrill Cornelli, Hätzingen.

14 Ersatzmitglieder ins Wahlbüro:

Die bisherigen Ersatzmitglieder des Wahlbüros Marlies Graf, Verena Hämmerli, Hans Hefti, Verena Huber, Anna Knobel, Rolf Lehmann, Anita Schlittler, Romy Sedelberger, Anita Stauffacher, Peter Straub, Christof Zentner, Barbara Zweifel und Fritz Zwicky stellen sich für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung.

Die 13 bisherigen Ersatzmitglieder werden in globo wiedergewählt.

Als 14. Ersatzmitglied

stellt sich Maya Horber, Nidfurn, zur Verfügung.

Gewählt wird als 14. Ersatzmitglied Maya Horber, Nidfurn.

c) Zwei Mitglieder sowie ein Ersatzmitglied der Schulkommission

Schulkommission

Aus dem Kreis der an der Urne gewählten Mitglieder des Gemeinderates werden als stimmberechtigte Mitglieder

1. Mitglied Daniel Dobler
2. Mitglied Marc Rinderer
Ersatzmitglied Jakob Wohlwend gewählt.

d) Vermittler und dessen Stellvertreter

Vermittler und Vermittlerstellvertreter

Ernst Baumgartner, Schwanden, wird als Vermittler wieder gewählt.
Christian Ronner, Schwändi, wird als Vermittlerstellvertreter wieder gewählt.

e) Delegierte in Zweckverbände

Abwasserverband Glarnerland (AVG):

Kaspar Luchsinger (bisher) und Eugen Streiff (bisher) sowie Fritz Zimmermann werden in globo als Delegierte in den Abwasserverband Glarnerland (AVG) gewählt.

Abgeordneter und Ersatz in Zweckverband für die Kehrichtbeseitigung im Linthgebiet:

Jakob Wohlwend (bisher) als Abgeordneter sowie Daniel Dobler als Ersatz werden in globo in den Zweckverband für die Kehrichtbeseitigung im Linthgebiet gewählt.

Zweckverband Kehrichtgebühren (ZKG)

Daniel Gorfer (bisher), Eugen Streiff (bisher) und Fritz Zimmermann (bisher) werden in globo als Abgeordnete in den Zweckverband Kehrichtgebühren (ZKG) wieder gewählt.

f) Stiftungsräte der Bürgerlichen Hilfsstiftung Schwanden

Präsident

Paul Aebli (bisher) wird als Präsident der Bürgerlichen Hilfsstiftung wieder gewählt.

Mitglieder

Hansheinrich Hefti, Schwanden (bisher), und Walter Lienhard, Schwanden (bisher) werden in globo als Mitglieder der Bürgerlichen Hilfsstiftung wieder gewählt.

6. Teilrevisionen Zonenpläne / Ortsplanung
a) Parzelle Nr. 951 Schwanden
b) Parzellen Nr. 19, 86, 373 und 559 Luchsingen
c) Parzellen Nr. 2 und 5 Mitlödi
- Antrag auf Genehmigung

Archiv-Nummer
04.05.00

---

a) Teilrevision Zonenplan Schwanden Parzelle Nr. 951

6.1 a) Ausgangslage

Anpassungen von Nutzungsplänen sind, mit Blick auf die Planbeständigkeit nach Art. 15 des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes (RPG) möglich, wenn sich die Verhältnisse erheblich geändert haben oder sonst im Rahmen von Gesamtüberprüfungen nach jeweils rund 10 Jahren. Im Nachgang der Gemeindefusion hat die Gemeinde Glarus Süd mit der Überarbeitung ihrer Planungsmittel begonnen und ist so weit fortgeschritten, dass der kommunale Richtplan zur Genehmigung vorliegt. Einzelne Anpassungen der Planungsmittel werden noch soweit behandelt, als das sie ihren Auslöser noch unter der Zuständigkeit der ehemaligen Gemeinden haben und/oder inhaltlich kein Präjudiz hinsichtlich der künftigen Totalrevision der Nutzungsplanung darstellen.

Anlass und Gegenstand der Teilrevisionen
An der Gemeindeversammlung vom 18. Juni 2010 der damaligen Gemeinde Schwanden wurde aufgrund einer Bauabsicht dem Antrag für die Ein- bzw. Auszonung zweier Flächen auf der Parzelle Nr. 951 im Thon zugestimmt (vgl. Abb. 1). Mit der beantragten Anpassung der Bauzonengrenze wird die Parzelle in diesem Gebiet erst bebaubar. Im Rahmen dieses Verfahrens erfolgt die Zonenplananpassung im Sinne des Antrages an die Gemeindeversammlung.



Abb. 1: Ausschnitt Thon mit Parzelle Nr. 951 (rot) und den Flächen A=Auszonung und B=Einzonung.

Vorgezogene Teilrevision

Bei der Teilrevision handelt es sich um eine flächenneutrale Anpassung der Bauzone. Die Teilrevision kann aus Sicht der Gemeinde daher auch ohne das Vorliegen des kommunalen Richtplans vorgezogen behandelt werden. Die Anpassungen stellen kein Präjudiz hinsichtlich der anstehenden Überarbeitung der Nutzungsplanung dar.

6.2 a) Vorprüfung nach Art. 24 RBG

Die vorliegende Teilrevision wird gestützt auf Art. 24 des kantonalen Raumentwicklungs- und Baugesetzes (RBG) der Fachstelle für Raumentwicklung zur Vorprüfung durch die kantonalen Dienststellen eingereicht. Die Vorprüfung erfolgte zeitlich mit der Mitwirkungsauflage nach Art. 7 RBG. Das Departement Bau und Umwelt hat die Vorlage geprüft und als rechtmässig und mit dem kantonalen Richtplan als übereinstimmend beurteilt. So namentlich in Bezug auf die Anforderung der Bauzonenkompensation. Sie verweist darauf, dass sich der neu einzuzonende Bereich im landwirtschaftlichen Vorranggebiet befindet. Mit der vorgesehenen Kompensation entsteht jedoch keine Verringerung des Landwirtschaftsgebiets.

Mitwirkungsauflage nach Art. 7 RBG
Die Teilrevision wurde mit Publikation für die Dauer von 14 Tagen vom 19. September – 3. Oktober 2013 im Gemeindehaus in Schwanden bei der Abteilung Hoch- und Tiefbau der Gemeinde Glarus Süd zur Mitwirkung aufgelegt. Die Unterlagen waren während der Auflagezeit zusätzlich unter www.glarus-sued.ch aufgeschaltet. Im Rahmen der Mitwirkungsauflage sind bei der Gemeinde Glarus Süd keine Wünsche und Anträge eingegangen.

Öffentliche Auflage nach Art. 25 RBG
Die öffentliche Auflage erfolgte für die Dauer von 30 Tagen ab Publikation im Oktober 2013 im Gemeindehaus in Schwanden bei der Abteilung Hoch- und Tiefbau der Gemeinde Glarus Süd. Die Unterlagen waren während der Auflagezeit auch unter www.glarus-sued.ch aufgeschaltet.

Einsprachen nach Art. 26 RBG
Während der ordentlichen Frist gingen keine Einsprachen ein. Die aufgelegte Teilrevision wird der Gemeindeversammlung vom 20. Juni 2014 unverändert vorgelegt.

Kantonale Grundlagen
Aufgrund der sehr grossen Bauzonenreserven hat der Bundesrat anlässlich der Genehmigung des kantonalen Richtplans festgehalten, dass bis zum Vorliegen eines räumlichen Konzepts, welches die Frage der Bauzonenreserve weitergehend klärt, Einzonungen nur noch möglich sind, wenn eine flächengleiche Kompensation erfolgt. Die Umzonierung zweier Teile der Parzelle Nr. 951 erfüllt diese Anforderung (vgl. Abb. 2).

6.3 a) Planungsmittel, weitere planerische Massnahmen

Änderung Zonenplan Schwanden 1:1000 – Parzelle Nr. 951
Im Gebiet Thon in Schwanden wird angrenzend der bestehenden Bauzone „Thon" eine Einzonung von rund 225 m² im südwestlichen Bereich der Parzelle Nr. 951 vorgenommen.

Die betroffene Fläche liegt gemäss rechtskräftigem Zonenplan in der Landwirtschaftszone. Durch die Erweiterung wird die historisch gewachsene Gassenbebauung im Thon weiter fortgeführt und die bauliche Erweiterung ist ortsbaulich vertretbar. Der neu geschaffene Bauplatz umfasst eine Fläche von rund 360 m². Als Kompensation wird flächengleich Land von der Bauzone Thon der Landwirtschaftszone zugewiesen. Die Anpassung der Bauzonengrenze berücksichtigt die Anforderungen betreffend der Grenzabstände.



Abb. 2: Änderung Zonenplan Schwanden



Abb. 3: Zonenplan nach Umzonung

Der Weiler Thon ist in der Bauordnung der Gemeinde als schützenswertes Dorfbild aufgeführt. Die Zonenvorschriften verlangen die „Erhaltung und massstäbliche Erneuerung der alten Bebauung Thon". Im Thon, und im speziellen an der Geissgasse, wurden in der Vergangenheit Neubauten bewilligt. Voraussetzung war, dass sie sich ins Dorfbild eingliederten. Diese baurechtlichen Erwägungen werden im Baubewilligungsverfahren zu beachten sein.

6.4 a) Fazit

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass es sich bei der Teilrevision um projektbedingte Anpassungen handelt und dass diese insbesondere auch kein Präjudiz hinsichtlich der Frage der künftigen Bauzone darstellen. Die Gemeinde erachtet es daher als vertretbar, diese Anpassungen vorgezogen der Teilrevision noch vorzunehmen.

b) Teilrevision Ortsplanung Luchsingen Parzelle Nr. 19, 86, 373 und 559

6.5 b) Ausgangslage

Anpassungen von Nutzungsplänen sind, mit Blick auf die Planbeständigkeit nach Art. 15 des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes (RPG) möglich, wenn sich die Verhältnisse erheblich geändert haben oder sonst im Rahmen von Gesamtüberprüfungen nach jeweils rund 10 Jahren. Im Nachgang der Gemeindefusion hat die Gemeinde Glarus Süd mit der Überarbeitung ihrer Planungsmittel begonnen und ist so weit fortgeschritten, dass der kommunale Richtplan zur Genehmigung vorliegt. Einzelne Anpassungen der Planungs-

mittel werden noch soweit behandelt, als dass sie ihren Auslöser noch unter der Zuständigkeit der ehemaligen Gemeinden haben und/oder inhaltlich kein Präjudiz hinsichtlich der künftigen Totalrevision der Nutzungsplanung darstellen.

Anlass und Gegenstand der Teilrevision
Im Rahmen dieses Verfahrens erfolgt eine Aufhebung einer Überbauungsplanpflicht im Gebiet Bad in Luchsingen (vgl. Abb. 1) aufgrund veränderter Naturgefahrensituation und eines konkreten Bauvorhabens. Die weiteren Zonenbestimmungen bleiben unverändert.

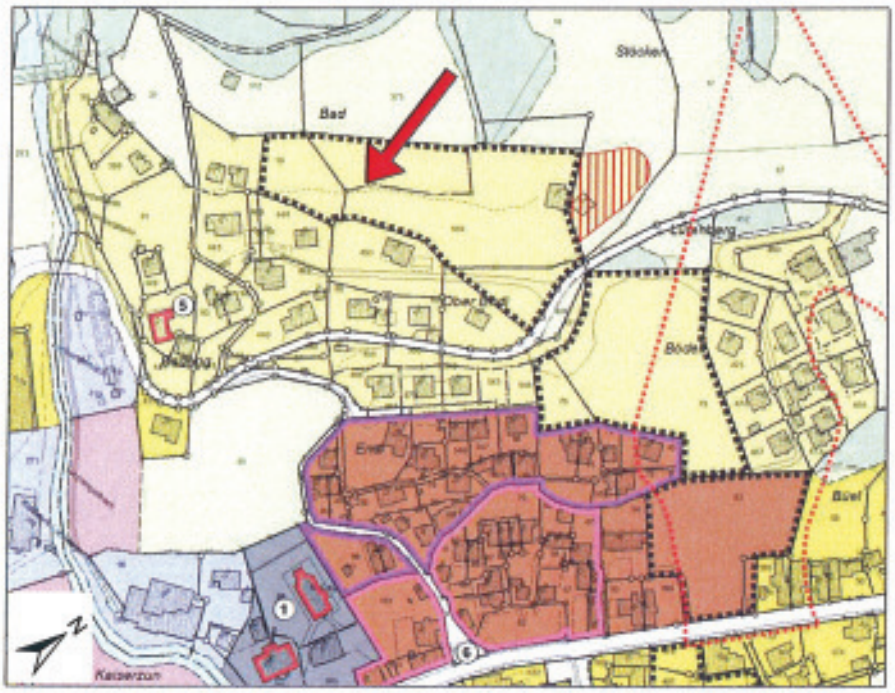


Abb. 1: Zonenplan Luchsingen mit Überbauungsplanperimeter (roter Pfeil).

Vorgezogene Teilrevision
Bei der Teilrevision handelt es sich um eine Aufhebung des Überbauungsplans, ohne Änderungen der Zonenzuweisung. Die Teilrevision kann aus Sicht der Gemeinde daher auch ohne das Vorliegen des kommunalen Richtplans vorgezogen behandelt werden. Die Anpassungen stellen kein Präjudiz hinsichtlich der anstehenden Überarbeitung der Nutzungsplanung dar, so namentlich auch nicht hingehend der generellen Überprüfung der Bauzone.

6.6 b) Vorprüfung nach Art. 24 RBG

Nach Rücksprache mit der kantonalen Fachstelle verzichtet die Gemeinde auf eine Vorprüfung nach Art. 24 RBG.

Mitwirkungsauflage nach Art. 7 RBG
Die Teilrevision wurde mit Publikation für die Dauer von 14 Tagen vom 19. September – 3. Oktober 2013 im Gemeindehaus in Schwanden bei der Abteilung Hoch- und Tiefbau der Gemeinde Glarus Süd zur Mitwirkung aufgelegt. Die Unterlagen waren während der Auflagezeit zusätzlich unter www.glarus-sued.ch aufgeschaltet. Im Rahmen der Mitwirkungsauflage sind bei der Gemeinde Glarus Süd keine Wünsche und Anträge eingegangen.

Öffentliche Auflage nach Art. 25 RBG
Die öffentliche Auflage erfolgte für die Dauer von 30 Tagen ab Publikation im Oktober 2013 im Gemeindehaus in Schwanden bei der Abteilung Hoch- und Tiefbau der Gemeinde Glarus Süd. Die Unterlagen waren während der Auflagezeit auch unter www.glarus-sued.ch aufgeschaltet.

Einsprachen nach Art. 26 RBG
Während der ordentlichen Frist gingen keine Einsprachen ein. Die aufgelegte Teilrevision wird der Gemeindeversammlung vom 20. Juni 2014 unverändert vorgelegt.

6. 7 b) Grundlagen

Kantonale Bauverordnung
Gemäss Art. 27 der Bauverordnung können Überbauungsplanpflichten namentlich dort festgelegt werden, wo die Erschliessung und Überbauung der Landschaft oder Siedlung besonders anzupassen sind. Aufgrund der veränderten Naturgefahrensituation hat sich im Gebiet Bad die Situation hinsichtlich der Überbaubarkeit soweit geändert, dass eine Neubeurteilung der Zweckmässigkeit dieser Folgeplanungspflicht zulässig ist. Aufgrund der festgestellten Gefahrensituation und der daraus reduzierten bebaubaren Fläche ist ein grösseres zusammenhängendes Baugebiet nicht mehr gegeben.

Naturgefahren
Im Rahmen der Aktualisierung der Gefahrenkartierung hat die kantonale Fachstelle die Gefahrensituation auch im Gebiet Bad neu beurteilt und in Folge einen Grossteil dem Gebiet mit erheblicher Gefährdung zugewiesen. Für diese Gebiete gilt im Grundsatz eine Nichtüberbaubarkeit auch innerhalb der Bauzone. Unter Berücksichtigung der neuen Gefahrensituation können im bisherigen Überbauungsplangebiet noch rund 3–4 Bauplätze ausgewiesen werden. Eine Überbauungsplanpflicht ist somit nicht mehr zwingend.

Änderung Zonenplan Luchsingen 1:1000
Gemäss Zonenplan umfasst der Überbauungsplanperimeter Teile der Parzellen Nr. 19, 86, 373, 559 in der Wohnzone 2b. Aufgrund der neuen Gefahrensituation bzw. nicht mehr Bebaubarkeit eines Grossteils des bisherigen Perimeters wird die Überbauungsplanpflicht auf diesen Parzellen ersatzlos aufgehoben.

Die weiteren Bestimmungen der Grundordnung (Zone W2c) bleiben unverändert.

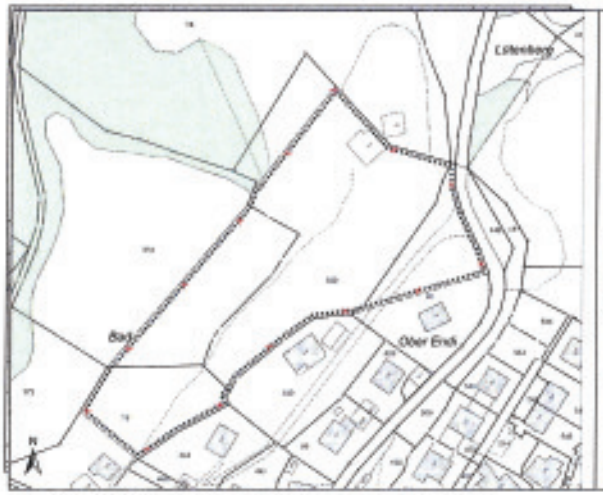


Abb. 3: Änderungen Zonenplan Luchsingen

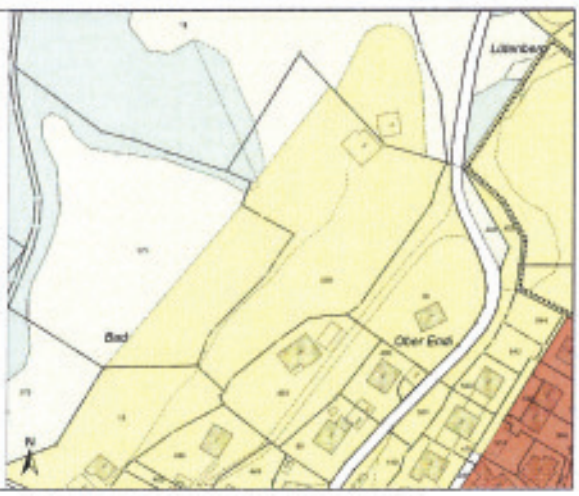


Abb. 4: Zonenplan nach Aufhebung

6.8 b) Fazit

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass es sich bei der Teilrevision um projektbedingte Anpassungen handelt und dass diese wie dargelegt kein Präjudiz betreffend der anstehenden Totalrevision der Nutzungsplanung Glarus Süd darstellt. Die Gemeinde erachtet es daher als vertretbar, diese Anpassungen vorgezogen vorzunehmen.

c) Teilrevision Ortsplanung Mitlödi Parzelle Nr. 2 und 5

6.9 c) Ausgangslage

Anpassungen von Nutzungsplänen sind, mit Blick auf die Planbeständigkeit gemäss Art. 15 des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes (RPG) möglich, wenn sich die Verhältnisse erheblich geändert haben oder sonst im Rahmen von Gesamtüberprüfungen nach jeweils rund 10 Jahren. Im Nachgang der Gemeindefusion hat die Gemeinde Glarus Süd mit der Überarbeitung ihrer Planungsmittel begonnen und ist so weit fortgeschritten, dass der kommunale Richtplan zur Genehmigung vorliegt. Einzelne Anpassungen der Planungsmittel werden noch soweit behandelt, als das sie ihren Auslöser noch unter der Zuständigkeit der ehemaligen Gemeinden haben und / oder inhaltlich kein Präjudiz hinsichtlich der künftigen Totalrevision der Nutzungsplanung darstellen.

Anlass und Gegenstand der Teilrevision
Im Rahmen dieses Verfahrens wird eine Anpassung im Zonenplan Mitlödi vorgenommen. Die Einzonung steht im Zusammenhang mit einem konkreten Bauvorhaben, für welches eine Kompensationsfläche zur Verfügung gestellt wird. Die Bauunternehmung Trümpi AG betreibt am Standort Fischligen in Mitlödi (Parzelle Nr. 5) verschiedene Anlagen. Die Firma beabsichtigt auf dieser Parzelle eine Betonmischanlage mit Kiesaufbereitung zu erstellen. Die neuen Anlagen sollen als Ersatz für die im Industriegebiet Tschachen in Schwanden betriebenen Anlagen dienen. Die Ausführung der Bauarbeiten erfolgen nach Erhalt der Baubewilligung und im Anschluss daran erfolgt der Rückbau der Anlagen im Tschachen in Schwanden.
Gemäss rechtskräftigem Zonenplan liegt die Parzelle Nr. 5 in der Gewerbezone. Sie ist von Parzelle Nr. 2 umgeben, welche der Landwirtschaftszone zugewiesen ist (vgl. Abb. 1). Um das Grundstück der Trümpi AG auch mit den neuen Anlagen optimal erschliessen und ausnützen zu können, sind entsprechende Ein- und Ausfahrten für LKW's erforderlich. Die Trümpi AG beabsichtigt, diese Erschliessung über den nördlichen Teil der Parzelle Nr. 2 zu führen (vgl. Abb. 1 roter Kreis). Die Eigentümerin der Parzelle Nr. 2 (Gemeinde Glarus) hat den Verkauf der erforderlichen 308 m² Land der Parzelle Nr. 2 an die Trümpi AG in Aussicht gestellt, vorausgesetzt die genannte Landfläche sowie die erforderliche Kompensationsfläche werden entsprechend umgezont. Die Sicherstellung der Verfügbarkeit wird vertragsrechtlich geregelt.

Ziel der Teilrevision:

a) Einzonung einer Teilfläche von Parzelle Nr. 2 von der Landwirtschaftszone in die Gewerbezone (308 m²), und

b) Auszonung einer äquivalenten Fläche im südlichen Bereich der Parzelle Nr. 5 im Sinne einer Kompensation von der Gewerbezone in die Landwirtschaftszone (308 m²)

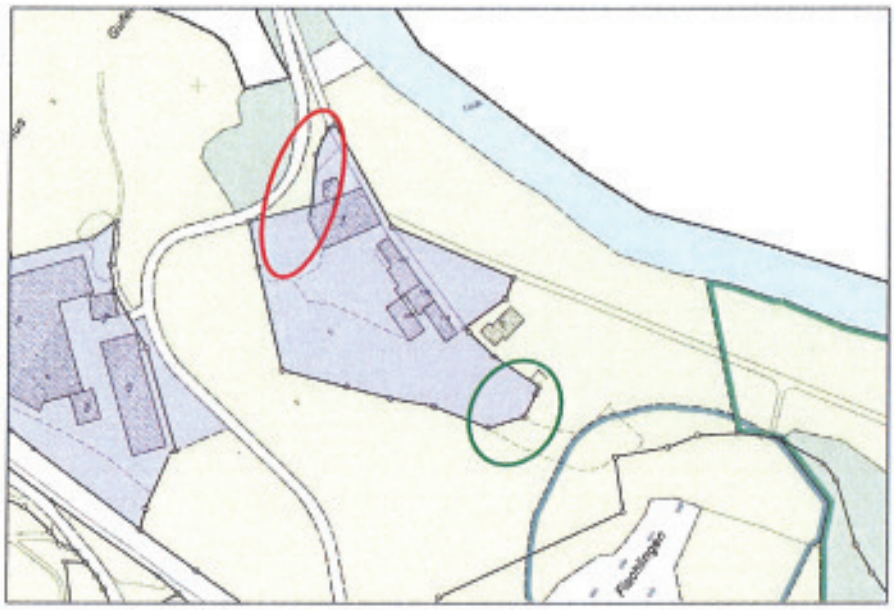


Abb. 1: Ausschnitt Zonenplan Mitlödi, Gewerbeareal Fischligen, mit einzuzonender Fläche (roter Kreis, Teil von Parz. Nr. 2) und Kompensationsfläche (grüner Kreis, Teil von Parz. Nr. 5).

Vorgezogene Teilrevision
Bei der Teilrevision handelt es sich um eine flächenneutrale Anpassung der Bauzone. Die Teilrevision kann aus Sicht der Gemeinde daher auch ohne das Vorliegen des kommunalen Richtplans vorgezogen behandelt werden. Die Anpassungen stellen kein Präjudiz hinsichtlich der anstehenden Überarbeitung der Nutzungsplanung dar.

6.10 c) Vorprüfung nach Art. 24 RBG

Die vorliegende Teilrevision wird gestützt auf Art. 24 des kantonalen Raumentwicklungs- und Baugesetzes (RBG) der Fachstelle für Raumentwicklung zur Vorprüfung durch die kantonalen Dienststellen eingereicht. Die Vorprüfung erfolgt zeitlich mit der Mitwirkungsauflage nach Art. 7 RBG.

Das Departement Bau und Umwelt hat die Vorlage geprüft und als rechtmässig und mit dem kantonalen Richtplan als übereinstimmend beurteilt. So namentlich in Bezug auf die Anforderung der Bauzonenkompensation. Sie verweist darauf, dass der gesetzliche Waldabstand von 15 m nicht eingehalten werden kann, da im konkreten Fall es sich aber nur um eine Verbesserung einer bestehenden Erschliessung ab der Kantonstrasse handelt, eine Ausnahmebewilligung für einen Näherbau an den Wald in Aussicht gestellt werden kann.

Mitwirkungsauflage nach Art. 7 RBG
Die Teilrevision war mit Publikation für die Dauer von 14 Tagen vom 19. Juli – 1. Aug. 2013 im Gemeindehaus in Schwanden bei der Abteilung Hoch- und Tiefbau der Gemeinde Glarus Süd zur Mitwirkung aufgelegt. Die Unterlagen waren während der Auflagezeit

auch unter www.glarus-sued.ch aufgeschaltet. Während der Mitwirkungsauflage sind keine Wünsche oder Anträge eingegangen.

Öffentliche Auflage nach Art. 25 RBG

Die öffentliche Auflage erfolgte für die Dauer von 30 Tagen ab Publikation vom 15. August – 14. September 2013 im Gemeindehaus in Schwanden bei der Abteilung Hoch- und Tiefbau der Gemeinde Glarus Süd. Die Unterlagen waren während der Auflagezeit auch im Internet (www.glarus-sued.ch) aufgeschaltet.

Einsprachen nach Art. 26 RBG

Während der ordentlichen Frist wurden Einsprachen gegen die geplante Änderung des Zonenplans eingereicht. Die Einsprecher stellten das Begehren die Änderungen des Zonenplans abzuweisen. Die Einsprechenden begründeten dies im Wesentlichen mit der Nichteignung des Standortes für das geplante Vorhaben und mit den durch den Betrieb einer Betonmischanlage verbundenen Verkehrs- und Umweltbelastungen.
Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 21. November 2013 die Einsprachen behandelt und Nichteintreten beschlossen. Gegen diese Einspracheentscheide ist innert Frist beim Departement Bau und Umwelt des Kantons Glarus keine Beschwerde eingereicht worden und sie sind somit in Rechtskraft erwachsen.

Kantonale Planung

Aufgrund der sehr grossen Bauzonenreserven hat der Bundesrat anlässlich der Genehmigung des kantonalen Richtplans festgehalten, dass bis zum Vorliegen eines räumlichen Konzepts, welches die Frage der Bauzonenreserve weitergehend klärt, Einzonungen nur noch möglich sind, wenn eine flächengleiche Kompensation erfolgt.
Wie dargelegt, erfüllt die Umzonierung im Bereich der Parzellen Nr. 2 und Nr. 5 diese Anforderung.

6.11 c) Planungsmittel

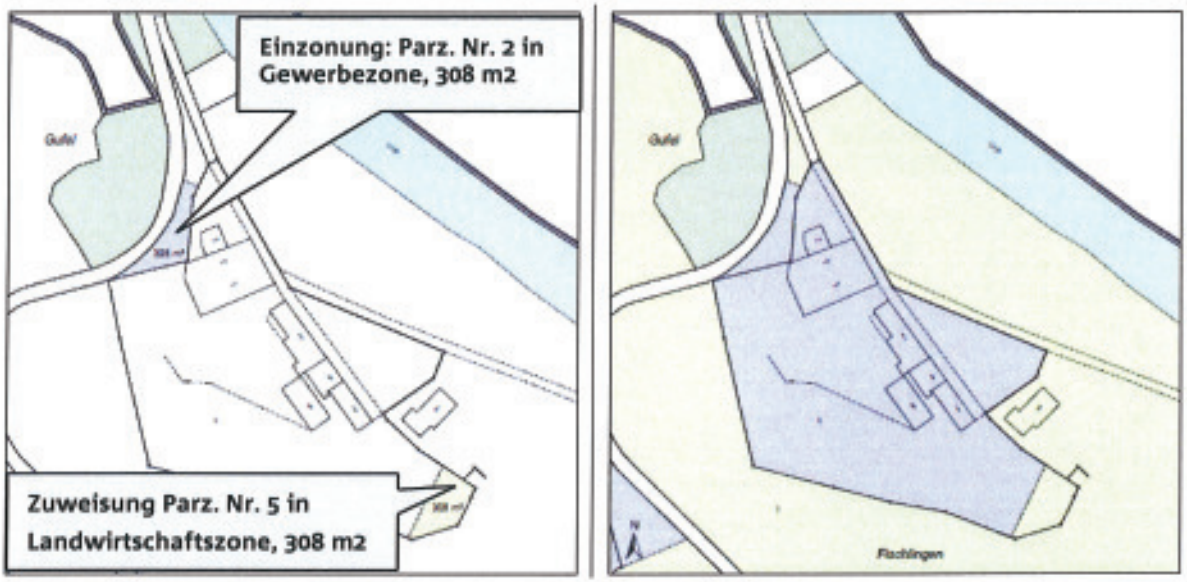


Abb. 2: Inhalte Teilrevision: Neue Gewerbezone (Parz. Nr. 2) und Kompensationsfläche (Parz. Nr. 5 neu Landwirtschaftszone)

Änderung Zonenplan Mitlödi 1:1000 – Parzellen Nr. 2 und Nr. 5
Die Teilfläche der Parzelle Nr. 2 (308 m²) grenzt unmittelbar an die rechtskräftige Bauzone. Die neue Gewerbezone ergänzt somit die bestehende Bauzone und ermöglicht eine optimale Erschliessung und Nutzung des Gewerbeareals. Die Erschliessung dient der projektierten Betonmischanlage und Kiesaufbereitung auf der bestehenden Gewerbezone. Die Form und Grösse der neu eingezonten Teilfläche der Parzelle Nr. 2 sind auf die Topographie und die bestehende Strasse abgestimmt.
Als Kompensation zur eingezonten Fläche wird eine äquivalente Fläche im südlichen Bereich der Parzelle Nr. 5 ausgezont und der Landwirtschaftsszone zugewiesen (308 m²). Die gewonnene Landwirtschaftsfläche grenzt an gutes Kulturland und kann mitgenutzt werden.

6.12 c) Fazit

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass es sich bei der Teilrevision um projektbedingte Anpassungen handelt und dass diese wie dargelegt kein Präjudiz betreffend der anstehenden Totalrevision der Nutzungsplanung Glarus Süd darstellt. Die Gemeinde erachtet es daher als vertretbar, diese Anpassungen vorgezogen vorzunehmen.

6.13 Beschluss der Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderates

6.13.1 a) Genehmigung Teilrevision Zonenplan Schwanden Parzellen Nr. 951

6.13.2 b) Genehmigung Teilrevision Ortsplanung Luchsingen Parzelle Nr. 19, 86, 373 und 559

6.13.3 c) Genehmigung Teilrevision Ortsplanung Mitlödi Parzelle Nr. 2 und 5

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 20.06.2014

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident	Der Gemeindeschreiber
Dr. Thomas Hefti	André Pichon

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

6. Teilrevisionen Zonenpläne / Ortsplanung
a) Parzelle Nr. 951 Schwanden
b) Parzellen Nr. 19, 86, 373 und 559 Luchsingen
c) Parzellen Nr. 2 und 5 Mitlödi
- Antrag auf Genehmigung

Archiv-Nummer
04.05.00

Diskussion

Ausführungen von Gemeindepräsident Dr. Thomas Hefti
Die Revision und Teilrevisionen von Zonenplänen fallen in die Kompetenz der Gemeindeversammlung. Bei den beantragten drei Teilrevisionen handelt es sich durchwegs um Teilrevisionen mit kleinen Flächen, dies in den Ortschaften Schwanden, Luchsingen und Mitlödi. Die notwendigen Vorprüfungen bei der kantonalen Verwaltung sind erfolgt, ebenso die Mitwirkungsauflage und die öffentliche Auflage. Einsprachen sind keine erfolgt bzw. im Fall Mitlödi konnte auf Einsprachen nicht eingetreten werden. Dieser Entscheid wurde nicht weitergezogen und erwuchs in Rechtskraft, so dass diese Angelegenheit diesbezüglich erledigt ist und daher der Genehmigung dieser drei Teilrevisionen von Zonenplänen nichts entgegensteht.

Abstimmung:

Ohne Wortmeldungen werden der
a) Teilrevision Zonenplan Schwanden Parzelle Nr. 951
b) Teilrevision Ortsplanung Luchsingen Parzelle Nr. 19, 86, 373 und 559
c) Teilrevision Ortsplanung Mitlödi Parzelle Nr. 2 und 5
zugestimmt.

7. Kommunaler Richtplan Glarus Süd - Antrag auf Genehmigung

Archiv-Nummer
04.03.02

In der separaten Beilage Memorial 2. Teil „Kommunaler Richtplan Glarus Süd" sind sämtliche Unterlagen (ohne Richtplankarten) zum kommunalen Richtplan enthalten. Die Richtplankarten sind Bestandteil des Richtplanes; sie sind jedoch zu gross, um in einer geeigneten Form mitgeliefert werden zu können. Die Richtplankarten und der Bericht zu den Wünschen und Anträgen der Vorprüfung und der 1. und 2. öffentlichen Mitwirkung können wie folgt eingesehen werden:

Homepage Glarus Süd unter (www.glarus-sued.ch / Aktuelles)
Gemeindehaus Schwanden an der Bahnhofstrasse 7
Gemeindehaus Mitlödi im Ratsherrenhaus an der alten Landstrasse 25
Öffnungszeiten von 8.00-11.30 Uhr und 13.30-17.00 Uhr.

7.1 Ausgangslage

Anlass

Mit der im Januar 2011 in Kraft getretenen Gemeindestrukturreform im Kanton Glarus hat sich die Ausgangslage im Bereich Raumplanung erheblich verändert. Die neue Gemeinde Glarus Süd steht vor der Aufgabe, siebzehn eigenständig entwickelte Ortsplanungen zu einer harmonisierten Gesamtplanung für das Gemeindegebiet zusammenzuführen. Zudem besteht die gesetzliche Anforderung, die Ortsplanung an die revidierte kantonale Gesetzgebung (Raumentwicklungs- und Baugesetz vom 2. Mai 2010; kantonale Bauverordnung vom 23. Februar 2011) anzupassen. Art. 16 des neuen kantonalen Raumentwicklungs- und Baugesetzes verpflichtet die Gemeinden, einen kommunalen Richtplan zu erstellen.

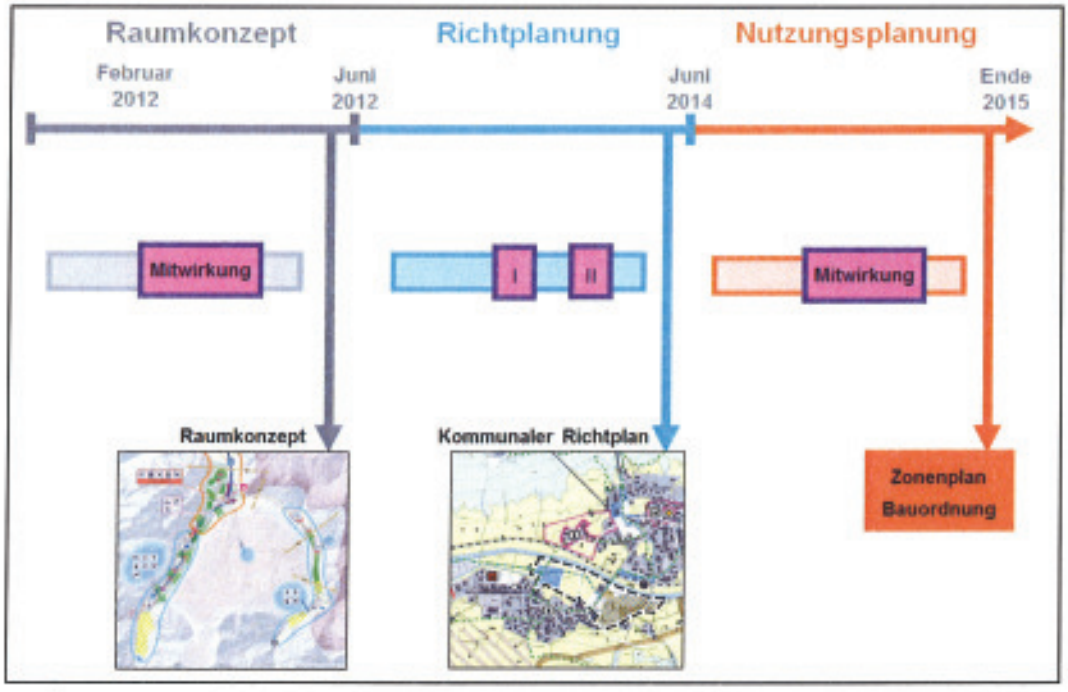


Abb. 1: Prozess für die Erarbeitung der Ortsplanung Glarus Süd

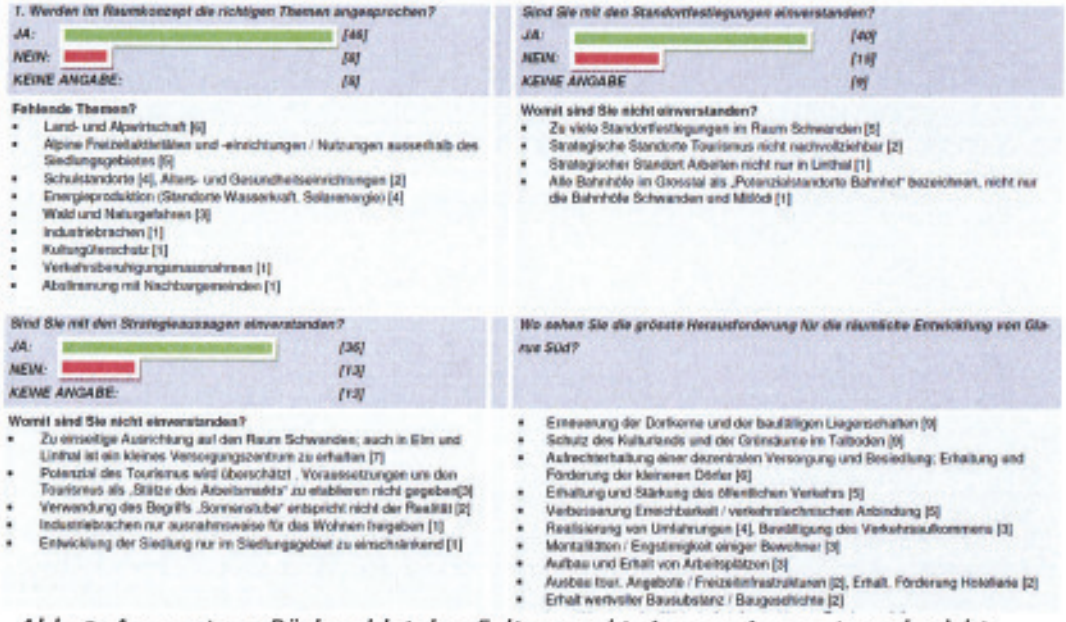
Prozess

Die Erarbeitung der Ortsplanung von Glarus Süd erfolgt in einem mehrstufigen Prozess, in welchem die Inhalte schrittweise konkretisiert werden. Unterschieden werden die drei Ebenen Raumkonzept, kommunale Richtplanung sowie Nutzungsplanung. Diese Planungen auf kommunaler Ebene werden nachfolgend kurz erläutert.

Raumkonzept: Skizzieren von Entwicklungsvorstellungen

Um ein gesamtheitliches Verständnis über die gewünschte Entwicklung des Siedlungs- und Lebensraums Glarus Süd zu schaffen, hat die Gemeinde ein Raumkonzept erarbeitet. Das Raumkonzept skizziert ein grobes Bild zur künftigen räumlichen Entwicklung und legt eine Strategie hierzu fest. Es beinhaltet Leitüberlegungen und Strategien zu den Themen Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Tourismus, Natur und Landschaft sowie Verkehr. Das Raumkonzept hat die Funktion eines Leitbilds für die räumliche Entwicklung, es begründet jedoch gegenüber Behörden und Grundeigentümern keine direkten Verbindlichkeiten. Es schafft hingegen die Basis für die Erarbeitung des kommunalen Richtplans.

Erarbeitet wurde das Raumkonzept von einer vom Gemeinderat eingesetzten Projektgruppe. Der Gemeinde war es ein wichtiges Anliegen, auch die breite Bevölkerung in die Erarbeitung dieses Entwicklungsleitbilds einzubinden. Zu diesem Zweck hat die Gemeinde im Februar 2012 einen Faltprospekt mit den zentralen Inhalten und Aussagen des Raumkonzepts an alle Haushalte in der Gemeinde versandt. Die Zustellung des Faltprospekts markierte gleichzeitig den Auftakt für die öffentliche Mitwirkung, die bis Ende März 2012 dauerte. Am 22. Februar 2012 wurde in diesem Zusammenhang ein Informationsanlass im Gemeindezentrum Schwanden durchgeführt.
Von der Mitwirkungsmöglichkeit wurde rege Gebrauch gemacht, und zahlreiche Vorschläge und Anregungen aus der Bevölkerung flossen in das Raumkonzept ein. Die Rückmeldungen wurden gesammelt und in einem Bericht zusammengefasst (Raumkonzept: Auswertung Mitwirkung 1. Mai 2012).



1. Werden im Raumkonzept die richtigen Themen angesprochen?

JA: [46]
NEIN: [3]
KEINE ANGABE: [3]

Fehlende Themen?
- Land- und Alpwirtschaft [6]
- Alpine Freizeitaktivitäten und -einrichtungen / Nutzungen ausserhalb des Siedlungsgebietes [5]
- Schulstandorte [4], Alters- und Gesundheitseinrichtungen [2]
- Energieproduktion (Standorte Wasserkraft, Solarenergie) [4]
- Wald und Naturgefahren [3]
- Industriebrachen [1]
- Kulturgüterschutz [1]
- Verkehrsberuhigungsmassnahmen [1]
- Abstimmung mit Nachbargemeinden [1]

Sind Sie mit den Standortfestlegungen einverstanden?

JA: [40]
NEIN: [10]
KEINE ANGABE [9]

Womit sind Sie nicht einverstanden?
- Zu viele Standortfestlegungen im Raum Schwanden [5]
- Strategische Standorte Tourismus nicht nachvollziehbar [2]
- Strategischer Standort Arbeiten nicht nur in Linthal [1]
- Alle Bahnhöfe im Grosstal als „Potenzialstandorte Bahnhof" bezeichnen, nicht nur die Bahnhöfe Schwanden und Mitlödi [1]

Sind Sie mit den Strategieaussagen einverstanden?

JA: [36]
NEIN: [13]
KEINE ANGABE: [13]

Womit sind Sie nicht einverstanden?
- Zu einseitige Ausrichtung auf den Raum Schwanden; auch in Elm und Linthal ist ein kleines Versorgungszentrum zu erhalten [7]
- Potenzial des Tourismus wird überschätzt. Voraussetzungen um den Tourismus als „Stütze des Arbeitsmarkts" zu etablieren nicht gegeben[3]
- Verwendung des Begriffs „Sonnenstube" entspricht nicht der Realität [2]
- Industriebrachen nur ausnahmsweise für das Wohnen freigeben [1]
- Entwicklung der Siedlung nur im Siedlungsgebiet zu einschränkend [1]

Wo sehen Sie die grösste Herausforderung für die räumliche Entwicklung von Glarus Süd?

- Erneuerung der Dorfkerne und der baufälligen Liegenschaften [9]
- Schutz des Kulturlands und der Grünräume im Talboden [6]
- Aufrechterhaltung einer dezentralen Versorgung und Besiedlung; Erhaltung und Förderung der kleineren Dörfer [6]
- Erhaltung und Stärkung des öffentlichen Verkehrs [5]
- Verbesserung Erreichbarkeit / verkehrstechnischen Anbindung [5]
- Realisierung von Umfahrungen [4], Beseitigung des Verkehrsaufkommens [3]
- Mentalitäten / Eingstrigkeit einiger Bewohner [3]
- Aufbau und Erhalt von Arbeitsplätzen [3]
- Ausbau tour. Angebote / Freizeitinfrastrukturen [2], Erhalt, Förderung Hotellerie [2]
- Erhalt wertvoller Bausubstanz / Baugeschichte [2]

Abb. 2: Auswertung Rückmeldetalon Faltprospekt. Auszug Auswertungsbericht

Die Rückmeldungen haben bestätigt, dass der Gemeinderat mit den im Raumkonzept aufgezeigten Strategien und Zielsetzungen zur räumlichen Entwicklung von Glarus Süd grundsätzlich auf Kurs ist. Die Projektgruppe hat die zahlreich eingegangenen Anregungen, Vorschläge und Ideen im Mai 2012 beraten und basierend darauf das Raumkonzept weiterbearbeitet. Seit Juni 2012 ist das definitive Raumkonzept auf der Internetseite der Gemeinde veröffentlicht.

Richtplan: Konkretisieren und Sichern der Entwicklungsvorstellungen
Gemäss Art. 16 des neuen kantonalen Raumentwicklungs- und Baugesetzes sind die Glarner Gemeinden gehalten, einen kommunalen Richtplan zu erstellen. Dieser soll insbesondere die angestrebte räumliche Entwicklung bezüglich Nutzung, Verkehr, Ausstattung und Gestaltung, Versorgung und Entsorgung sowie nachhaltiger Energieversorgung festlegen. Er soll zudem aufzeigen, wie die raumwirksamen Tätigkeiten der Gemeinde mit jenen der Nachbargemeinden und des Kantons koordiniert und aufeinander abgestimmt werden. Im Gegensatz zum Raumkonzept, das den Charakter eines Leitbilds aufweist, wird der kommunale Richtplan mit der kantonalen Genehmigung für die Behörden verbindlich. Behördenverbindlich heisst, dass sich die Gemeinde- und Kantonsbehörden bei ihren Planungen an den Zielen und Standortfestlegungen des Richtplans orientieren müssen. Obwohl der Richtplan behördenverbindlich ist, begründet er für die Grundeigentümer weder Rechte noch Pflichten (Art. 17 Abs. 3 Raumentwicklungs- und Baugesetz). Im Richtplan werden die im Raumkonzept grob bezeichneten Entwicklungsvorstellungen weiter konkretisiert, indem beispielsweise Standortfragen im Zusammenhang mit der Entwicklung von Industrie und Gewerbe behördenverbindlich festgelegt werden. Der Richtplan dient den kommunalen Behörden so als strategisches Instrument für die Raumentwicklung innerhalb des Gemeindegebiets. Der kommunale Richtplan ist eine wichtige Grundlage für die anschliessende Erarbeitung der grundeigentümerverbindlichen Nutzungsplanung.

Nutzungsplan: Erarbeiten der Bauordnung und des Zonenplans
Mit der Nutzungsplanung wird die zulässige Bodennutzung bezüglich Ort sowie Art und Mass parzellenscharf und grundeigentümerverbindlich festgelegt. Unterschieden werden vorab Bau-, Landwirtschafts- und Schutzzonen (Art. 14 RPG). Die Nutzungsplanung dient der Durchsetzung einer geordneten Siedlungsentwicklung, verbindet die Zonenausscheidung mit Umweltanliegen (Luftreinhaltung, Lärmschutz, Schutzzonen) und berücksichtigt überkommunale Anliegen und Aufgaben. Die Bauordnung enthält die für das gesamte Gemeindegebiet geltenden öffentlich-rechtlichen Bauvorschriften sowie Bestimmungen, die den Zonenplan genauer umschreiben (Art 18 Raumentwicklungs- und Baugesetz). Die Erarbeitung des Nutzungsplans erfolgt im Anschluss an den kommunalen Richtplan und gestützt auf diesen.

7.2 Erarbeitung des kommunalen Richtplans

Erarbeitung Entwurf
Der kommunale Richtplan wurde von der Projektgruppe, die bereits die Erarbeitung des Raumkonzepts begleitete, ausgearbeitet. Die Projektgruppe hat den Entwurf am 27. November 2012 zuhanden des Gemeinderats verabschiedet. Der Gemeinderat hat den Entwurf beraten und in der Sitzung vom 31. Januar 2013 zuhanden der ersten öffentlichen Mitwirkung verabschiedet.

7.2.1 Öffentliche Mitwirkung und Auswertung

Die Gemeinde hat im März 2013 einen Faltprospekt mit wichtigen Inhalten und Aussagen des kommunalen Richtplans an alle Haushalte in der Gemeinde verteilt. Gleichzeitig wurde die erste öffentliche Mitwirkung des Richtplans eröffnet, welche bis Ende April 2013 andauerte. Um die Bevölkerung über die Inhalte und den Zweck des Richtplans zu unterrichten, wurden im März 2013 Informationsveranstaltungen in Matt, Linthal und Schwanden durchgeführt Die Bevölkerung von Glarus Süd wurde aufgefordert, sich im Rahmen der Mitwirkung zum Richtplanentwurf zu äussern und Wünsche und Anträge zu stellen. Während der Mitwirkung lagen die Unterlagen bei der Gemeinde auf und konnten auf der Internetseite der Gemeinde heruntergeladen werden. Zeitgleich zur Mitwirkung fand die Vorprüfung des Richtplans bei den kantonalen Fachstellen statt. Die eingereichten Wünsche und Anträge wurden in der Projektgruppe beraten. Zuhanden des Gemeinderates wurde ein Vorschlag gemacht, wie die einzelnen Anträge zu berücksichtigen sind. Der Gemeinderat hat in der Folge den überarbeiteten Richtplan mit den berücksichtigten Wünschen und Anträgen erneut beraten.

7.2.2 Öffentliche Mitwirkung und Auswertung

Aufgrund der verschiedenen Anpassungen wurde der kommunale Richtplan ein zweites Mal vom 8. November bis zum 7. Dezember 2013 zur Mitwirkung öffentlich aufgelegt. Wiederum lagen die Unterlagen bei der Gemeindeverwaltung auf und konnten übers Internet eingesehen oder bezogen werden. Um die Bevölkerung und namentlich die Antragsteller über die Ergebnisse der Mitwirkung zu informieren, wurde ein Bericht zur öffentlichen Mitwirkung verfasst und zusammen mit den angepassten Richtplan-unterlagen veröffentlicht (Richtplanung: Bericht zu den Wünschen und Anträgen, 1. und 2. öffentliche Mitwirkung und Vorprüfung). In diesem Bericht sind alle eingereichten Wünsche und Anträge der öffentlichen Mitwirkung aufgeführt und deren Behandlung schriftlich dargelegt. Sofern es sich bei den Antragstellern um das Departement Bau und Umwelt oder eine kantonale Fachstelle handelt, sind dies die Anträge aufgrund der Vorprüfung.
Der Bericht zu den Wünschen und Anträgen ist nicht Beschlussgegenstand des kommunalen Richtplans, sondern eine ergänzende Grundlage zu diesem.

7.3 Inhalte des kommunalen Richtplans

Aufbau und Gliederung des kommunalen Richtplans

Der Richtplan setzt sich aus Richtplantext und Richtplankarte zusammen. Auf die Einleitung (Kapitel 1) folgt das übergeordnete Raumkonzept der Gemeinde Glarus Süd (Kapitel 2). Dieses bildet den inhaltlichen Überbau für die Ausführungen der Sachbereiche Siedlung und Ausstattung (Kapitel 3), Natur, Landschaft und Tourismus (Kapitel 4), Verkehr (Kapitel 5) und Übrige Raumnutzungen (Kapitel 6). Die Gliederung richtet sich nach der Struktur des kantonalen Richtplans.

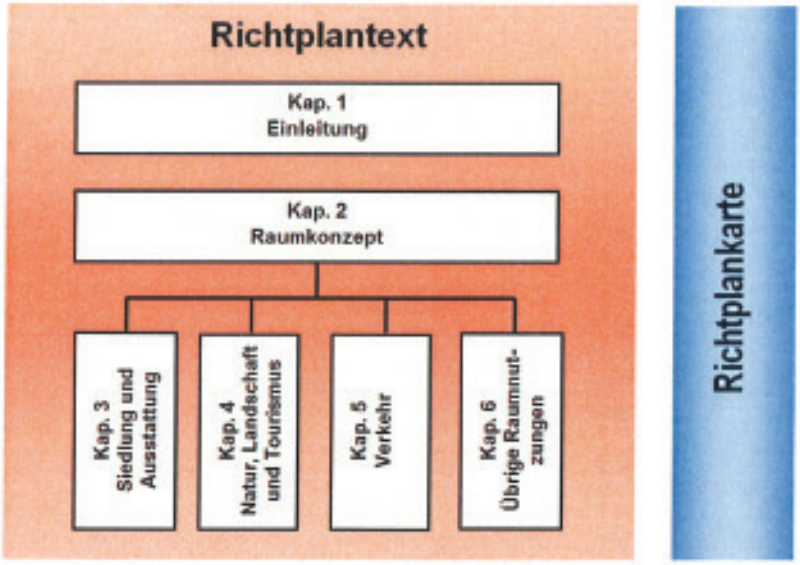


Abb. 3: Aufbau und Gliederung des kommunalen Richtplans Glarus Süd

Kap. 1 Einleitung
In der Einleitung werden Ziel und Zweck des Richtplans, Verfahrensabläufe und Zuständigkeiten sowie Aufbau und Gliederung des kommunalen Richtplans erläutert.

Kap. 2 Raumkonzept
Kapitel 2 enthält die wegweisenden Leitüberlegungen und Strategien des Raumkonzepts und befasst sich mit den Schwerpunkten der Raumentwicklung in der Gemeinde. Schwerpunkte sind:

- Die gezielte Siedlungsentwicklung in der bestehenden Bauzone, die Siedlungserneuerung und die Umlagerung von Baugebieten von heute ungeeigneten Standorten an gute Lagen, die langfristige Freihaltung wichtiger Freiräume und die Festlegung langfristig stabiler Siedlungsgrenzen sowie die Standortsicherung für Arbeitsnutzungen mit erhöhtem Flächenbedarf.
- Die Sicherung wichtiger Kultur- und Naturlandschaften als Kapital eines ländlichen Lebensraumes im Einzugsgebiet des Grossraums Zürich und als Grundlage für eine nachhaltige Landwirtschaft.
- Die Stärkung der wirtschaftlichen Struktur von Glarus Süd durch die Förderung einer diversifizierten Wirtschaft mit einem starken produzierenden Gewerbe, mit einem Tourismus, der auf eine wiederkehrende Wertschöpfung ausgerichtet ist, und mit Dienstleistungen.
- Die Aufrechterhaltung des Haupt- und Verbindungsstrassennetzes und die Einrichtung eines effizienten und umweltverträglichen Verkehrssystems mit einer guten Anbindung an die Arbeitsmärkte.

Kap. 3 Siedlung

Das Kapitel 3 setzt sich mit verschiedenen Aspekten der Siedlungsentwicklung auseinander. Es umfasst unter anderem Überlegungen zur Funktionalität der Gemeinde, zum Umgang mit den zu grossen Bauzonenreserven sowie zum Erhalt der historischen Ortsbilder in der Gemeinde. Das Kapitel umfasst die vier Unterkapitel Siedlungsstruktur, Siedlungsgebiet, Siedlungsgestaltung sowie Entwicklungsschwerpunkte für die Wirtschaft und die Versorgung.

3.1 Siedlungsstruktur

Die Zentren- und Versorgungsstruktur der Gemeinde steht im Mittelpunkt dieses Unterkapitels. Schwanden wird als Zentrumsort der Gemeinde festgelegt. Schwanden soll namentlich innerhalb des bezeichneten Zentrumsgebiets als Ort der Begegnung, des Einkaufs und der Versorgung langfristig gestärkt, weiterentwickelt und gestalterisch aufgewertet werden. Neben Schwanden als Zentrum ist mit Linthal ein zweiter Versorgungsschwerpunkt für das hintere Grosstal festgelegt. Mit Elm und Braunwald sind zudem zwei touristische Entwicklungsschwerpunkte im Richtplan bezeichnet. Elm kommt auch die Rolle als Versorgungsschwerpunkt für das Sernftal zu.

3.2 Siedlungsgebiet

Ein Hauptthema in diesem Unterkapitel ist der Umgang mit der zu grossen Bauzonenreserve. Glarus Süd verfügt über eine gesamthaft sehr grosse Bauzonenreserve. Bei den Wohn-, Misch- und Kernzonen beläuft sich diese auf über 75 ha. Der Bedarf für die kommenden 15 Jahre beträgt nur einen kleineren Teil davon. Aufgrund der Vorgaben des revidierten eidgenössischen Raumplanungsgesetzes müsste die Bauzonenreserve um rund 40 ha reduziert werden. Angesichts der speziellen ländlichen Verhältnisse und des Umstandes, dass die sehr grosse Reserve auch eine Summe ist aus 17 mal etwas zu grosser Reserve, ist eine pragmatische und gleichzeitig auch differenzierte Handhabung bei der Reduktion vorgesehen. Folgende Grundsätze sind dabei wegleitend (siehe Grundsätze e-g des kommunalen Richtplans sowie Abb. 4):

e) Werden Bauzonen umgelagert, erfolgt dies an fürs Wohnen attraktive und gut erschliessbare Lagen. Umlagerungen werden, sofern ortsbaulich richtig, mit höheren Dichten nutzflächenneutral vorgenommen.

f) Schwierig erschliessbare Flächen in der Bauzone, insbesondere solche an topographisch exponierten oder an landschaftlich kritischen Lagen, werden ortsbaulich verträglich und soweit möglich nutzflächenneutral redimensioniert.

g) Weitgehend nicht erschlossene, peripher gelegene oder sich in Gefahrensituationen oder im Gewässerraum befindende Bauzonen werden nach Möglichkeit redimensioniert, zurückgestellt oder allenfalls auszoniert.

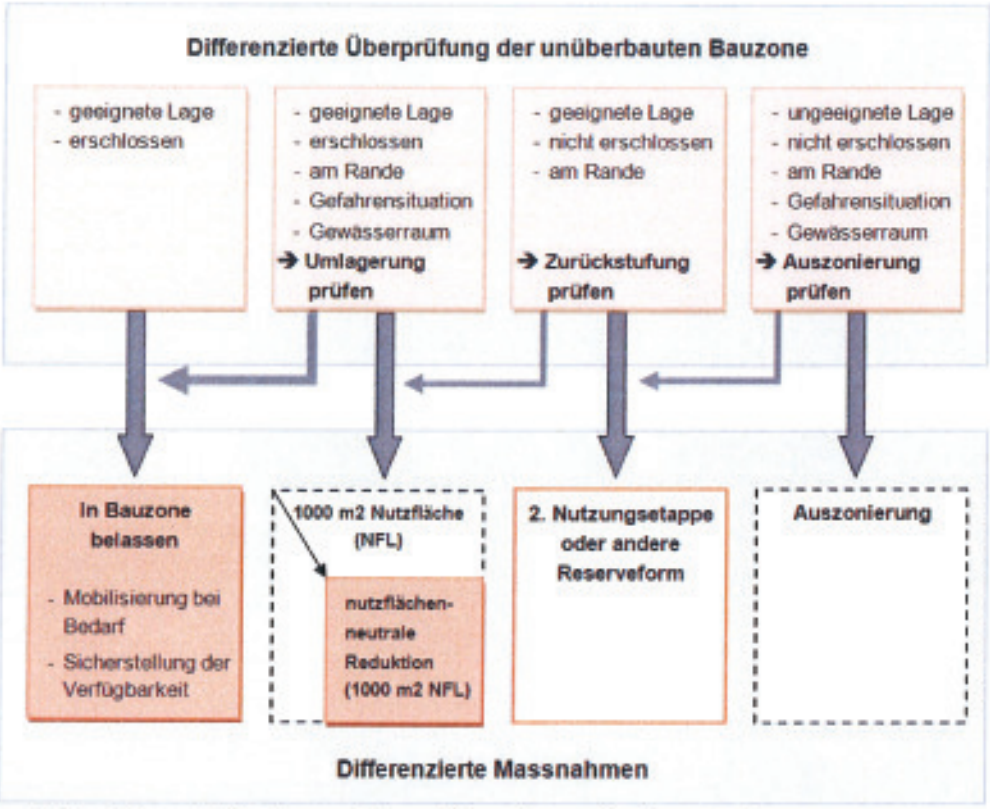


Abb. 4: Übersichtsschema Überprüfung der unüberbauten Bauzone

Der kommunale Richtplan befasst sich auch mit Fragen der Siedlungsbegrenzung. Dort, wo die Freihaltung der offenen Landschaft, eine Ortsansicht oder wichtige ökologische Verbindungen langfristig aufrechterhalten werden sollen, werden langfristig gültige Siedlungsgrenzen festgelegt. Gebiete mit einem generellen Erneuerungs- und Umstrukturierungsbedarf werden im Richtplan ebenfalls bezeichnet. Hierzu zählen grössere nicht mehr genutzte Industrieareale (Industrie- und Fabrikbrachen). Die Potenziale und anzustrebenden Nutzungen auf diesen Arealen werden im Sinne eines Hinweises im Richtplan näher umschrieben (z. B. Nachfolgenutzungen in den Bereichen Wohnen, Büro, Atelier, Kleingewerbe). Schliesslich werden im Richtplan auch Gebiete mit Gesamtgebietsplanungen festgelegt. Für die im Richtplan bezeichneten Gebiete mit erforderlicher Gesamtgebietsplanung muss die Gemeinde als Planungsträgerin zusammen mit den Eigentümern Entwicklungsvorstellungen erarbeiten. Festgelegt sind solche Gebiete in Linthal, Hätzingen, Leuggelbach sowie Mitlödi.

3.3 Siedlungsgestaltung

Thema dieses Unterkapitels ist der Umgang mit den historischen Ortsbildern und dem baukulturellen Erbe von Glarus Süd, das durch die frühe Industrialisierung des Kantons wesentlich mitgeprägt wurde. Eine wichtige Funktion in der Beurteilung von baulichen Vorhaben bezüglich gestalterischer Aspekte übernimmt die Gestaltungskommission, welche gemäss Art. 46 der kantonalen Bauverordnung einzusetzen ist. Im Richtplan ist festgehalten, bei welchen Vorhaben die Gestaltungskommission – welche 2013 ihre Tätigkeit bereits aufgenommen hat – einzubeziehen ist. So beispielsweise auch bei der Beurteilung von Umstrukturierungs- und Verdichtungsgebieten in Ortszentren. Gemäss Grundsatz e) in Kap. 3.3 des Richtplans sind neu bei der Erneuerung oder Entwicklung

grösserer Gebiete qualitätssichernde Verfahren (Wettbewerbe, Studienaufträge, Testplanungen o.a.) vorzusehen.

3.4 Gebiete für die Wirtschaft und die Versorgung

In diesem Unterkapitel geht es um die vorsorgliche Sicherung von Standorten und Flächen für die Wirtschaft und das Gewerbe. Glarus Süd hat als Werk- und Produktionsstandort Tradition. Damit sich die in Glarus Süd angesiedelten Unternehmen weiterentwickeln und sich auch neue Betriebe in der Gemeinde niederlassen können, sind an geeigneten Lagen Nutzungsreserven zu sichern. In Schwanden und Mitlödi sind Gebiete für flächenintensive Arbeitsnutzungen vorgesehen (siehe Einträge in der Richtplankarte). Es handelt sich um verkehrsmässig gut erreichbare Standorte. Diese Standorte sind ausschliesslich Arbeitsnutzungen vorbehalten, Einkaufs- oder Versorgungseinrichtungen sind in diesen Gebieten hingegen nicht zulässig. Im Gebiet Sätliboden (Rüti) bezeichnet der Richtplan einen strategischen Entwicklungsstandort, welcher nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen und nur für grosse Firmen mit einer hohen Wertschöpfung als Standort zur Verfügung stehen würde. Vorausgesetzt ist dabei, dass der entsprechende Flächenbedarf in der bestehenden Bauzone nicht abgedeckt werden könnte.

Spezielle Anforderungen an die Erschliessung und die Fläche haben auch Standorte für Sport- und Freizeitanlagen. Diese Anlagen benötigen meist grössere Flächen, haben spezifische Anforderungen an ihre Umgebung und bringen meist ein erhöhtes Verkehrsaufkommen mit sich. Der kommunale Richtplan bezeichnet zur langfristigen Sicherung dieser Raumansprüche mit den Standorten „Wyden" (Schwanden) und „In der Matt" (Elm) zwei Standorte für Sport, Freizeit und Event. Damit werden die richtplanerischen Voraussetzungen geschaffen, um auf Stufe Nutzungsplanung die zonenrechtlichen Voraussetzungen für die (Weiter-)Entwicklung dieser Standorte zu schaffen.

Kap. 4 Natur, Landschaft und Tourismus

Kapitel 4 des kommunalen Richtplans befasst sich hauptsächlich mit der räumlichen Entwicklung ausserhalb des Siedlungsgebiets, namentlich mit Aspekten der Landschaftsentwicklung und den Gebieten für den Tourismus. Das Kapitel umfasst die vier Unterkapitel Natur- und Landschaftsschutz, Landschaftsförderung, Aufwertung und Wiederherstellung sowie Tourismus.

4.1 Natur- und Landschaftsschutz

Landschaften sind wesentliche Bestandteile des Lebensraums der Menschen und eine Grundlage ihrer Identität. Attraktive Landschaften tragen zu einer hohen Lebensqualität bei und sind als Standortfaktoren zunehmend wichtig. Landschaften unterliegen jedoch auch Veränderungen. In den besiedelbaren Räumen, namentlich im Talboden, ist der Druck auf die Landschaft besonders hoch. Durch Siedlungstätigkeiten, den Bau von Verkehrsinfrastrukturen, Übertragungsleitungen oder anderen Anlagen verändert sich der Charakter der Landschaft allmählich. Im kommunalen Richtplan werden verschiedene Natur- und Landschaftsschutzgebiete bezeichnet. Natur- und Landschaftsschutzgebiete bezwecken, dass diese von neuen Bauten und Anlagen weitgehend freigehalten werden. Davon ausgenommen sind standortgebundene Vorhaben soweit sie mit dem Schutzzweck vereinbar sind. Die Festlegung solcher Gebiete bezweckt die langfristige Sicherung dieser besonderen Landschaften und den Erhalt dieser Natur- und Kulturwerte auch für die nächsten Generationen.

Gegenüber dem kantonalen Richtplan präzisiert der kommunale Richtplan Abgrenzungen der Landschaftsschutzgebiete namentlich auch gegenüber den touristischen Intensiverholungsgebieten. Ergänzungen des Landschaftsschutzgebietes erfolgen im Zusammenhang mit der Abstimmung mit dem Perimeter UNESCO-Weltnaturerbe „Glarner Hauptüberschiebung". Diese Ergänzungen basieren auch auf einer Vereinbarung der ehemaligen Gemeinden Sool, Engi, Matt und Elm mit den anderen Gemeinden mit Perimeteranschluss. Weitere materielle Anpassungen erfolgen allenfalls im Rahmen der anstehenden Überarbeitung des kantonalen Richtplans, wenn auch die touristischen Entwicklungsgebiete behandelt werden. Im Richtplan weiter bezeichnet werden die Naturschutzobjekte gemäss den heute rechtskräftigen Zonenplänen der Gemeinde oder aufgrund ihrer Bedeutung gemäss Natur- und Heimatschutzgesetzgebung. Diese Objekte sind auch bereits im kantonalen Richtplan enthalten. Eine weitergehende Aktualisierung der Liste der Schutzobjekte wird vorgenommen, wenn das Verzeichnis nach Art. 12 der kantonalen Natur- und Heimatschutzverordnung erstellt ist. Der kommunale Richtplan weist die Behörde an, das Verzeichnis zu erstellen.

4.2 Landschaftsförderung

Dieses Unterkapitel befasst sich mit der Pflege und Entwicklung der Landschaft. Eine zentrale Rolle bei der Landschaftsentwicklung nimmt die Landwirtschaft ein, denn sie sorgt für ökologische und visuelle Qualitäten. Die landwirtschaftlich geprägten Kulturlandschaften sollen in ihrer Vielfalt und ihren Eigenarten langfristig gesichert werden und so Räume mit hohem Erholungswert sein. Kulturlandschaften traditioneller Prägung, wie sie zum Beispiel im Gebiet Jetz bei Elm noch vorhanden sind, sollen gepflegt und gefördert werden. Im Richtplan werden verschiedene Typen wertvoller Kulturlandschaften bezeichnet. Die Gemeinde weist damit ihr Interesse an einer nachhaltigen Pflege dieser Gebiete und an der Wahrung des traditionellen Charakters aus.

4.3 Aufwertung und Wiederherstellung

Thema dieses Unterkapitels ist die ökologische Aufwertung von Lebens- und Landschaftsräumen. Es werden allgemeine Grundsätze zum Thema Gewässerrevitalisierung, zur Wasserkraftnutzung sowie zur Aufwertung visuell belasteter Gebiete formuliert. Konkrete Vorhaben werden keine bezeichnet.

4.4 Tourismus

Im kommunalen Richtplan werden einerseits die Gebietsfestlegungen des kantonalen Richtplans (touristische Intensivgebiete) präzisiert. Auf gewisse heute nicht mehr zur Diskussion stehende Erweiterungsoptionen wird verzichtet. Beibehalten wird die Erweiterungsoption im Gebiet Blistöcke (Elm). Ein weiteres Thema mit Bezug zum Tourismus sind die Erholungswälder. Abgestimmt auf die Waldplanung werden im kommunalen Richtplan Wälder mit expliziter Erholungsfunktion bezeichnet. Die Bezeichnung dieser Wälder erfolgt namentlich im Bereich des Talbodens und in den touristischen Orten, wo eine erhöhte Anzahl und Frequenz von Erholungssuchenden vorhanden ist. In Erholungswäldern sollen die forstlichen Massnahmen auf die Erholungsbedürfnisse ausgerichtet werden. Starke forstwirtschaftliche Eingriffe mit Veränderungen sind in diesen Gebieten nicht erwünscht. Die Erholungswälder sind in der Richtplankarte bezeichnet. Auch der Agrotourismus bzw. die touristische Nutzung der Alpen wird in diesem Kapitel behandelt. Im kommunalen Richtplan werden Grundsätze

festgelegt, welche die Stossrichtung in Bezug auf die touristische Nutzung von Alpen vorgeben.

Kap. 5 Verkehr
Dieses Kapitel befasst sich mit Fragen der Mobilität und der Verkehrslenkung innerhalb der Gemeinde. Im kommunalen Richtplan werden nur diejenigen Inhalte behandelt, welche im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde liegen. Dazu gehören die Nahtstellen zwischen den Verkehrsträgern (Park & Ride) sowie der Langsamverkehr. Die Gemeinde Glarus Süd prüft die Einrichtung von Park & Ride-Anlagen an ausgewählten Bahnhaltestellen. Im kommunalen Richtplan werden vier Standorte für Park & Ride festgelegt (Bahnhöfe Linthal, Nidfurn-Haslen, Schwanden, Mitlödi). Mit Park & Ride kann der öffentliche Verkehr bei der Feinerschliessung unterstützt werden. Das Angebot dient der Arbeits- und Freizeitmobilität. Das Ziel des Richtplans beim Langsamverkehr besteht darin, Glarus Süd mit sicheren, komfortablen und zusammenhängenden Rad- und Fusswegnetzen für den Schüler-, Pendler- und Freizeitverkehr zu erschliessen. Das Langsamverkehrsnetz soll so weiterentwickelt werden, dass den täglichen Mobilitätsbedürfnissen (v.a. Beruf und Schule) und den Bedürfnissen des Tourismus- und Freizeitverkehrs optimal Rechnung getragen werden kann.

Kap. 6 Übrige Raumnutzungen
Im Kapitel übrige Raumnutzungen des kommunalen Richtplans werden die Themen Materialabbau und Materialablagerung (Deponien) behandelt. Die Gemeinde legt geeignete Deponiestandorte für unverschmutztes Aushubmaterial im Richtplan fest. Nebst dem bestehenden Deponiestandort im Gebiet Bräch in Braunwald werden Standorte in Schwanden (Däniberg), Elm (Grundboden) und Schwändi (Guppenrunse) vorgesehen. Der Standort Schwändi ist dabei ausschliesslich für das dort anfallende Runsenmaterial reserviert. Für die geplanten drei neuen Standorte in Schwanden, Elm und Schwändi sind detaillierte Konzepte zu erstellen. Alle weiteren Standorte der ehemaligen Gemeinden werden aufgehoben.

7.4 Genehmigung des kommunalen Richtplans

7.4.1 Gegenstand der Genehmigung des kommunalen Richtplans durch die Gemeindeversammlung

Der Richtplan umfasst den Richtplantext und die Richtplankarte. Die Richtplankarte gibt vor allem die räumlichen Zusammenhänge in der Gemeinde und zu den Nachbarn wieder. Die einzelnen Kapitel (Kap. 2 – Kap. 6) im Richtplantext sind nach folgenden Inhalten gegliedert (Aufbau):

- Ausgangslage (A): Schilderung der wichtigsten Zusammenhänge und Aufzeigen des Handlungsbedarfs mit Blick auf die zukünftige Entwicklung.
- Leitüberlegungen (B): Sachbezogene Zielsetzungen und allgemeine Grundsätze zur angestrebten räumlichen Entwicklung in diesem Bereich.
- Handlungsanweisungen (C): Formulierung der Aufgaben und der Zuständigkeiten.
- Objekte (D): Konkrete räumliche Vorhaben und Projekte, die zur Umsetzung der Leitüberlegungen beitragen.

Gegenstand der Genehmigung sind **nur** die **grau hinterlegten Inhalte** des Richtplantextes und diejenigen Planeintragungen, welche in der Richtplankarte als **„Richtplaninhalt"** bezeichnet sind. Alle weiteren Ausführungen im Text, wie auch die in der Richtplankarte als „Ausgangslage" bezeichneten Eintragungen sind nicht Gegenstand der Genehmigung:

Die grau unterlegten Inhalte des Richtplantextes sind Gegenstand der Genehmigung durch die Gemeindeversammlung und der Genehmigung des kantonalen Departementes Bau und Umwelt. Es handelt sich dabei um die **Leitüberlegungen (B)**, die **Handlungsanweisungen (C)** und die **Objekte (D)**. Diese Inhalte sind behördenverbindlich. Ebenso Gegenstand der Genehmigung und somit behördenverbindlich sind die in der **Richtplankarte** als **Richtplaninhalt** bezeichneten Einträge.
Die Ausgangslage wie auch allfällige Schemakarten sind nicht Gegenstand der entsprechenden Genehmigung und nicht behördenverbindlich.

7.4.2 Entscheidungsbefugnisse gemäss Gemeindeordnung

Die Gemeindeversammlung hat am 21. Juni 2013 die Änderung der Gemeindeordnung genehmigt. Gemäss dem seit 1. Juli 2013 in Kraft stehenden Art. 16 Abs. 2 lit. g. ist der kommunale Richtplan von der Gemeindeversammlung zu genehmigen, wobei die Gemeindeversammlung diesen entweder gesamthaft genehmigen oder ganz oder teilweise an den Gemeinderat zur Überarbeitung zurückweisen kann.

MEMORIAL 2. Teil



Chalchhorä (Elm)
© Fotografie Heidi Seibert

Kommunaler Richtplan Gemeinde Glarus Süd

Inhalt

1	Einleitung
2	Raumkonzept
3	Siedlung
4	Natur, Landschaft und Tourismus
5	Verkehr
6	Übrige Raumnutzung
6.1	Materialbewirtschaftung (Abfallbewirtschaftung)
	Richtplankarten (siehe Kasten)

Im vorliegenden Memorial 2. Teil sind sämtliche Unterlagen (ohne Richtplankarten) zum kommunalen Richtplan enthalten. Die Richtplankarten sind Bestandteil des Richtplanes; sie sind jedoch zu gross, um in einer geeigneten Form mitgeliefert werden zu können. Die Richtplankarten und der Bericht zu den Wünschen und Anträgen der Vorprüfung und der 1. und 2. öffentlichen Mitwirkung können wie folgt eingesehen werden:

Auf der Homepage Glarus Süd unter (www.glarus-sued.ch / Aktuelles)
Gemeindehaus Schwanden an der Bahnhofstrasse 7
Gemeindehaus Mitlödi an der alten Landstrasse 25
Öffnungszeiten von 8.00-11.30 Uhr und 13.30-17.00 Uhr.

Gemeindeversammlung 20.06.2014

1 Einleitung

Von der Gemeindeversammlung genehmigt am: .....

Der Gemeindepräsident | Der Gemeindeschreiber

..... | .....

Vom Departement Bau und Umwelt genehmigt am: .....

Röbi Marti, Regierungsrat: .....

1 Einführung

Das kantonale Raumentwicklungs- und Baugesetz (RBG) regelt die Raumplanung der Gemeinden. Gemäss Art. 16 RBG sind diese angehalten einen kommunalen Richtplan zu erstellen. Darin sind unter anderem die angestrebte räumliche Entwicklung bezüglich Nutzung, Ausstattung sowie weiteren raumrelevanten Themen zu den Bereichen Natur und Landschaft, Verkehr, Ver- und Entsorgung zu bearbeiten, soweit dies auf Stufe des kantonalen Richtplans nicht bereits abschliessend erfolgt ist.

Das neue Raumentwicklungs- und Baugesetz sowie der kantonale Richtplan 2004 bzw. die 2012 laufende Anpassung desselben weisen den Gemeinden verschiedene Aufgaben und Verantwortungen für die Gestaltung und Entwicklung ihres Lebensraums zu. In verschiedenen Sachbereichen ist über den kommunalen Richtplan eine Präzisierung und Umsetzung des kantonalen Richtplans vorzunehmen. Der kommunale Richtplan koordiniert räumliche Fragen innerhalb der Gemeinde und stimmt die Entwicklungen der einzelnen Ortschaften insbesondere im Bereich der Siedlungsentwicklung aufeinander ab.

Der kommunale Richtplan hat eine enge Verbindung zu Leitbildern und zu Entwicklungskonzepten anderer Aufgabenbereiche der Gemeinde. Mit dem kommunalen Richtplan sind die räumlichen Voraussetzungen zur Umsetzung der Entwicklungsziele zu schaffen. Er legt Massnahmen und Vorgehen behördenverbindlich fest. Behördenverbindlich heisst, dass die Behörden in ihrem planerischen Ermessen an die Richtplanfestlegungen gebunden sind. Der kommunale Richtplan bindet die kommunalen und die kantonalen Behörden.

Der kommunale Richtplan Glarus Süd richtet sich nach dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung, das heisst nach einer Entwicklung, die gesellschaftlich, wirtschaftlich und ökologisch verträglich ist. Insgesamt ist mit dem Richtplan auch dafür zu sorgen, dass mit dem Boden haushälterisch umgegangen wird.

Der kommunale Richtplan regelt nur jene raumwirksamen Tätigkeiten, welche zur Erreichung einer solchen Entwicklung eine entsprechende Abstimmung erfordern. Im Fall der Gemeinde Glarus Süd sind dies insbesondere:

- Siedlung und Ausstattung: Schwerpunkte mit zentralörtlichen Einrichtungen, Standorte für flächenintensive Arbeitsnutzungen, Siedlungsgebiet und Potenzialstandorte für die Siedlungserneuerung oder die Sicherung langfristig stabiler Siedlungsgrenzen.
- Landschaft: Präzisierung der grossräumigen Landschaftsgebiete und Sicherung von Freiräumen, Erhalt kulturlandschaftlich wertvoller Strukturen.
- Tourismus, Freizeit und Erholung: Intensivgebiete, touristische Transportanlagen, Langlaufloipen, Standorte für touristische Einrichtungen und Einrichtungen für die Erholung und die Freizeit.
- Verkehr: Grössere öffentliche Parkierungsanlagen, Erschliessung und Anbindung an den öV, Langsamverkehr (Fuss- und Velowege), Verkehrsberuhigung innerorts.
- Übrige Raumnutzungen: Abfallbewirtschaftung (Deponien) und Materialabbau.

2 Zusammenarbeit, Verfahren

2.1 Organisation und Zuständigkeiten (Erlass und Genehmigung)

Oberste Planungsbehörde der Gemeinde Glarus Süd ist der Gemeinderat. Nach Art. 48 der Gemeindeordnung obliegt ihm die strategisch-politische Entwicklungsplanung, zu welcher auch der kommunale Richtplan zu zählen ist. Der Gemeinderat legt die zu bearbeitenden Richtplaninhalte fest. Weiter ist er verantwortlich für die Sicherstellung einer geeigneten Mitwirkung der Öffentlichkeit. Der kommunale Richtplan bedarf der Zustimmung der Gemeindeversammlung (Art. 16 Gemeindeordnung). Der kommunale Richtplan wird vom Kanton (Departement Bau und Umwelt) genehmigt.

Zuständig für die Erarbeitung des kommunalen Richtplans ist die Departementskommission Departement Werke und Umwelt. Die Departementskommission kann zur Bearbeitung einzelner Richtplaninhalte auch Arbeitsgruppen einsetzen (Art. 23f Organisationsreglement). Die Departementskommission ist zuständig für die Organisation des Mitwirkungsverfahrens (Art. 23f, Organisationsreglement).

2.2 Änderungen des Richtplans

Der kommunale Richtplan muss über eine bestimmte Zeit Bestand haben und auch bei neuen Entwicklungen gültig bleiben (Planbeständigkeit, Stabilität und Investitionssicherheit). Andererseits darf der Richtplan kein starres Planungsinstrument sein und muss veränderbar sein (Flexibilität). Haben sich die Verhältnisse geändert, stellen sich neue Aufgaben oder ist eine gesamthaft bessere Lösung möglich, so werden die Richtpläne überprüft und nötigenfalls angepasst. Es gibt unterschiedliche Formen von Richtplanänderungen. Unter dem Begriff der Änderung fallen auch Aufhebungen von bestehenden Richtplanfestlegungen. Der kommunale Richtplan Glarus Süd unterscheidet gestützt auf Art. 13 Abs. 1 RBG drei Arten von Richtplanänderungen:

Überarbeitung
Der kommunale Richtplan wird in der Regel alle zehn Jahre überprüft und nötigenfalls überarbeitet. Bei der Überarbeitung wird der gesamte Richtplaninhalt überprüft.

Eine Überarbeitung setzt eine Gesamtbeurteilung voraus und erfordert eine Genehmigung durch die Gemeindeversammlung.

Anpassung
Dazu gehören die Aufnahme neuer und konkreter Vorhaben in den kommunalen Richtplan als Festsetzung oder Zwischenergebnis, die Anpassung von Leitüberlegungen und die Bezeichnung von Handlungsanweisungen.

Eine Anpassung setzt eine Gesamtbeurteilung voraus und erfordert eine Genehmigung durch die Gemeindeversammlung.

Fortschreibung

Bei der Fortschreibung handelt es sich um die Aktualisierung von Richtplaninhalten, die durch den Richtplan bereits vorgezeichnet sind und sich aus der Anwendung des Richtplans ergeben (z.B. Änderung eines Koordinationsstands).

Eine Fortschreibung kann vom Gemeinderat unter Mitwirkung der Betroffenen im Anhörungsverfahren direkt beschlossen werden. Es braucht kein eigentliches Richtplanverfahren.

Alle Richtplaninhalte, die nicht einer formellen Genehmigung bedürfen (Ausgangslage, Erläuterungen und Informationen), können ohne Verfahren angepasst werden.

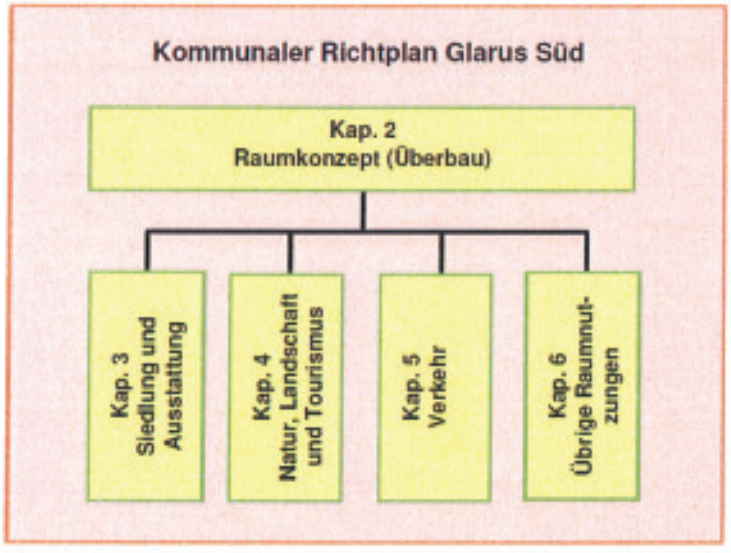
3 Dokumente und deren Gliederung

3.1 Dokumente

Die Genehmigungsdokumente umfassen den Richtplantext sowie die Richtplankarte. Karte und Text sind miteinander verbunden. Die Richtplankarte gibt die räumlichen Zusammenhänge in der Gemeinde und zur Nachbargemeinde wieder.

Verschiedene Dokumente sind in den Richtplan eingeflossen. Ergänzende Grundlagen werden gegebenenfalls dem Richtplan-Dossier beigefügt. Es handelt sich dabei nicht um Beschlussdokumente.

3.2 Gliederung



Auf die Einleitung (Kapitel 1) folgt das übergeordnete Raumkonzept der Gemeinde Glarus Süd (Kapitel 2). Dieses bildet den inhaltlichen Überbau für die Ausführungen der Sachbereiche Siedlung und Ausstattung (Kapitel 3), Natur, Landschaft und Tourismus (Kap. 4), Verkehr (Kapitel 5), und übrige Raumnutzungen (Kapitel 6). Die Gliederung richtet sich nach der Struktur des kantonalen Richtplans.

In den einzelnen Kapiteln werden die Bereiche nach den folgenden Inhalten gegliedert:

- Ausgangslage (A): Schilderung der wichtigsten Zusammenhänge und Aufzeigen des Handlungsbedarfs mit Blick auf die zukünftige Entwicklung.
- Leitüberlegungen (B): Sachbezogene Zielsetzungen und allgemeine Grundsätze zur angestrebten räumlichen Entwicklung in diesem Bereich.
- Handlungsanweisungen (C): Formulierung der Aufgaben und der Zuständigkeiten.
- Objekte (D): Konkrete räumliche Vorhaben und Projekte, die zur Umsetzung der Leitüberlegungen beitragen.

Die grau unterlegten Inhalte des Richtplantextes sind Gegenstand der Genehmigung durch die Gemeindeversammlung und der Genehmigung durch das kantonale Departement Bau und Umwelt. Es handelt sich dabei um die **Leitüberlegungen (B)**, die **Handlungsanweisungen (C)** und die **Objekte (D)**. Diese Inhalte sind behördenverbindlich. Ebenso Gegenstand der Genehmigung und somit behördenverbindlich sind die in der **Richtplankarte** als Richtplan**inhalt** bezeichneten Einträge.

Die Ausgangslage wie auch allfällige Schemakarten sind nicht Gegenstand der entsprechenden Genehmigung und nicht behördenverbindlich.

3.3 Stand der Koordination

Konkrete Vorhaben (Gebiete, Standorte, usw.) werden im Richtplan als Objekte bezeichnet. Das Raumplanungsrecht (Art. 5 Abs. 2 RPV) sieht mit der Festsetzung (FS), dem Zwischenergebnis (ZE) und der Vororientierung (VO) drei Kategorien vor, welche die Reife des Vorhabens beziehungsweise den Stand der Koordination wiedergeben.

Mit einem Koordinationsstand gemäss Richtplan werden nur Objekte bezeichnet, bei welchen eine Umsetzung auf Stufe Nutzungsplanung noch nicht erfolgt ist. Objekte, die in der Nutzungsplanung umgesetzt sind, werden als Ausgangslage bezeichnet.

Festsetzung (FS)
Die Festsetzung zeigt, wie raumwirksame Tätigkeiten aufeinander abgestimmt sind. Ein Vorhaben kann als Festsetzung bezeichnet werden, wenn:

- die Koordination grundsätzlich erfolgt ist und die Umsetzung aufgrund der nachgeordneten Planungen und zu erwartenden Entscheide grundsätzlich sichergestellt ist.
- die materiellen Anforderungen an die Koordination sichergestellt sind.

Festsetzungen binden die Behörden in der Sache und im Verfahren. Die Umsetzung auch von weitergehenden Festlegungen erfolgt auf Stufe Nutzungsplanung.

Zwischenergebnis (ZE)
Ein Zwischenergebnis zeigt, welche raumwirksamen Tätigkeiten noch nicht aufeinander abgestimmt sind und was vorzukehren ist, um eine Abstimmung zu erreichen. Ein Vorhaben kann als Zwischenergebnis bezeichnet werden, wenn:

- die Koordination noch nicht abgeschlossen ist und die Umsetzung aufgrund der nachgeordneten Planungen und zu erwartenden Entscheide noch nicht sichergestellt ist;
- die Zusammenarbeit erst eingeleitet wurde bzw. das Vorgehen festgelegt ist,
- noch nicht beurteilt werden kann, ob die materiellen Anforderungen an die Koordination erfüllt sind.

Zwischenergebnisse binden die Behörden im Verfahren und, soweit bereinigt, in der Sache.

Vororientierung (VO)
Die Vororientierung zeigt, welche raumwirksamen Tätigkeiten sich noch nicht in dem für die Abstimmung erforderlichen Mass umschreiben lassen, aber erhebliche Auswirkungen auf den Raum haben können. Ein Vorhaben kann als Vororientierung bezeichnet sein, wenn:

- eine Idee, ein Vorhaben besteht, das noch nicht so konkret ist, dass die Koordination erfolgen kann.

Vororientierungen binden die Behörden im Verfahren. Es besteht eine Informationspflicht.

D. Objekte

Keine Objektliste / Objekte siehe einzelne Sachkapitel.

E. Planungsverfahren und Mitwirkung Kap. 1

Erarbeitung:	Die Erarbeitung des kommunalen Richtplans erfolgte 2012 durch eine vom Gemeinderat eingesetzte Projektgruppe. Diese hat den Entwurf am 27. November 2012 zuhanden des Gemeinderats verabschiedet. Der Gemeinderat hat den Entwurf beraten und in der Sitzung vom 31.01.2013 zuhanden der 1. öffentlichen Mitwirkung verabschiedet.
1. öffentliche Mitwirkung:	In Anlehnung an Art. 7 RBG erfolgte vom 11. März bis zum 30. April 2013 die 1. öffentliche Mitwirkung. Zu Beginn der öffentlichen Mitwirkung wurden in Matt, Linthal und Schwanden Informationsveranstaltungen durchgeführt. Während der Mitwirkung lagen die Unterlagen bei der Gemeindeverwaltung auf und konnten unter www.glarus-sued.ch / „Aktuelles" bezogen werden.
Vorprüfung	Gleichzeitig zur 1. öffentliche Mitwirkung erfolgte die Vorprüfung durch die kantonalen fachstellen.
Anpassungen:	Die Behandlung der eingegangenen Wünsche und Anträge aus der öffentlichen Mitwirkung sowie der Vorprüfung sind im Bericht „Richtplanung, Bericht zu den Wünschen und Anträgen" dokumentiert.
2. öffentliche Mitwirkung	Infolge der Anpassungen aufgrund der 1. öffentlichen Mitwirkung und der Vorprüfung wurde der kommunale Richtplan während 30 Tagen vom 8. November bis zum 7. Dezember 2013 ein zweites Mal zur öffentlichen Mitwirkung aufgelegt. Eine formelle Einsprache kann nicht eingereicht werden. Während der Mitwirkung lagen die Unterlagen bei der Gemeindeverwaltung auf und konnten unter www.glarus-sued.ch / „Aktuelles" bezogen werden.
Anpassungen:	Die Behandlung der eingegangenen Wünsche und Anträge aus der öffentlichen Mitwirkung sind im Bericht „Richtplanung, Bericht zu den Wünschen und Anträgen" dokumentiert.
Genehmigung:	Die Genehmigung durch die Gemeindeversammlung erfolgte am 20. Juni 2014.

Gemeindeversammlung 20.06.2014

2 Raumkonzept

Von der Gemeindeversammlung genehmigt am: .....

Der Gemeindepräsident

.....

Der Gemeindeschreiber

.....

Vom Departement Bau und Umwelt genehmigt am: .....

Röbi Marti, Regierungsrat: .....

Stauffer & Studach AG
CH-7000 Chur • Alexanderstrasse 38
Fon +41 (0)81 258 34 44 • Fax +41 (0)81 258 34 40
Mail info@stauffer-studach.ch

A. Ausgangslage

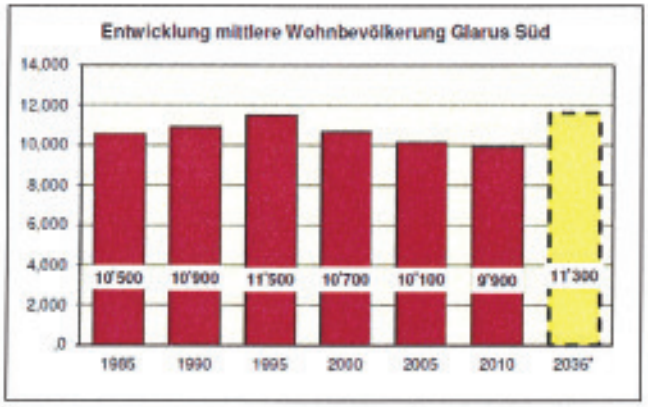
Die räumliche Entwicklung einer Gemeinde wird durch verschiedene Faktoren bestimmt, so durch die Lage zu wirtschaftlichen Zentren, die Qualität der Verkehrsanbindungen sowie das Vorkommen eigener Ressourcen. Gleichermassen beeinflussen auch übergeordnete wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen die Entwicklung der Gemeinde.

Mit der Gemeindestrukturveränderung hat sich die raumplanerische Ausgangslage in Glarus Süd verändert. Aus bisher dreizehn kommunalen Planungen entsteht eine einzige Planung. Die damit neu geschaffene „regionale" Sichtweise auf den Raum eröffnet Chancen im Hinblick auf eine langfristig nachhaltige Raumnutzung und –entwicklung. Das Raumkonzept trägt dazu bei, ein neues Verständnis für den Raum Glarus Süd zu schaffen.

Die Bevölkerung von Glarus Süd hat bei der Erarbeitung des Raumkonzepts direkt mitgewirkt. Im kommunalen Richtplan wird nun die im Raumkonzept skizzierte mittel- und längerfristig angestrebte räumliche Entwicklung von Glarus Süd festgelegt. Damit wird das Konzept konkretisiert und erhält eine Verbindlichkeit für die kommunalen Behörden.

A.1 Bevölkerung

Die Wohnbevölkerung von Glarus Süd ist seit 1995 rückläufig. Zwar verlangsamt sich der Rückgang seit 2005, er hält aber weiter an. Davon nicht betroffen sind einige Orte im vorderen Grosstal, wo heute gut die Hälfte der Bevölkerung von Glarus Süd wohnt.

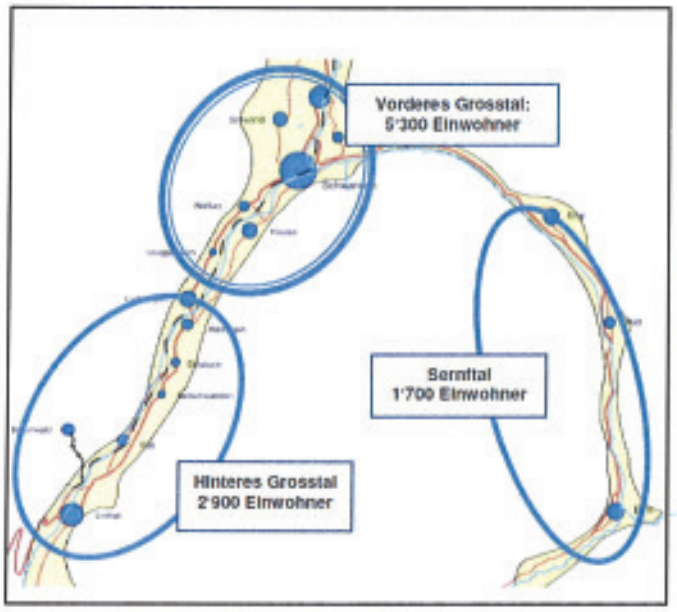


Der Kanton hat auf der Basis von Prognoserechnungen die Kapazitätsziele in Bezug auf die Dimensionierung der Bauzone ermittelt. Gesamtkantonal besteht ein Bauzonenbedarf bis 2036 für 48'000 Einwohner (Stand 2011 ca. 40'000 Einwohner). Für die Gemeinde Glarus Süd ist eine Kapazität für zusätzliche 1'400 Einwohner bis 2036 ermittelt worden. Die planerischen Überlegungen, namentlich auch in Bezug auf die Dimensionierung und Strukturierung der Bauzone, müssen sich an diesen Grössenordnungen orientieren.

In Glarus Süd zeichnet sich eine Überalterung ab. Ein markanter Rückgang erfolgte in den vergangenen Jahren bei der Anzahl Kinder und Jugendlicher (Rückgang Schülerzahl seit 2000 von 1'600 auf rund 1'000 Schüler). Eine Lücke besteht auch bei den Erwachsenen in der Familiengründungsphase. Das Sichern bzw. wieder Erreichen einer breiteren Sozialstruktur ist folglich eine Hauptaufgabe. Hierfür braucht es Zuzüge, vor allem auch der 25- bis 35-Jährigen. Solche sind nur realistisch, wenn entsprechende Rahmenbedingungen

vorhanden sind. Gefordert sind ein zeitgemässes und erschwingliches (Familien-) Wohnangebot, eine attraktive Wohnumgebung, eine moderne Schule und die Nähe zur Arbeit.

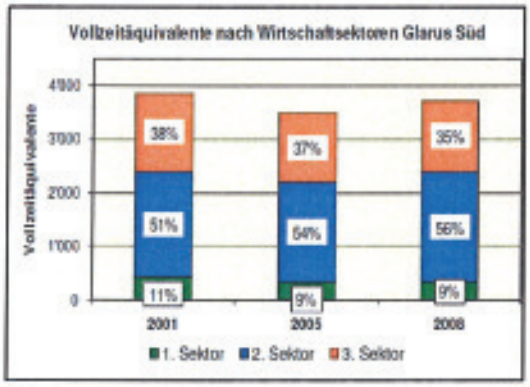
Gut die Hälfte der Bevölkerung wohnt heute im vorderen Grosstal. Die jüngeren Bevölkerungszunahmen haben aufgrund der Lage- und Standortvoraussetzungen in diesem Raum stattgefunden. Wenngleich die Standortgunst des vorderen Grosstals für Zuzüge wie auch für Umzüge innerhalb der Gemeinde bedeutend bleiben wird, ist es wichtig, dass in allen Ortschaften ein Angebot an attraktivem Bauland für zusätzliche Einwohner besteht.



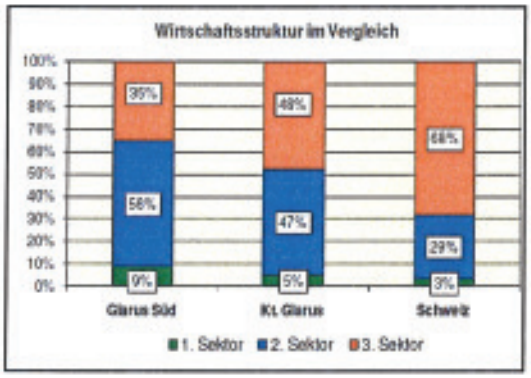
A.2 Wirtschaft

Produktion und Dienstleistung

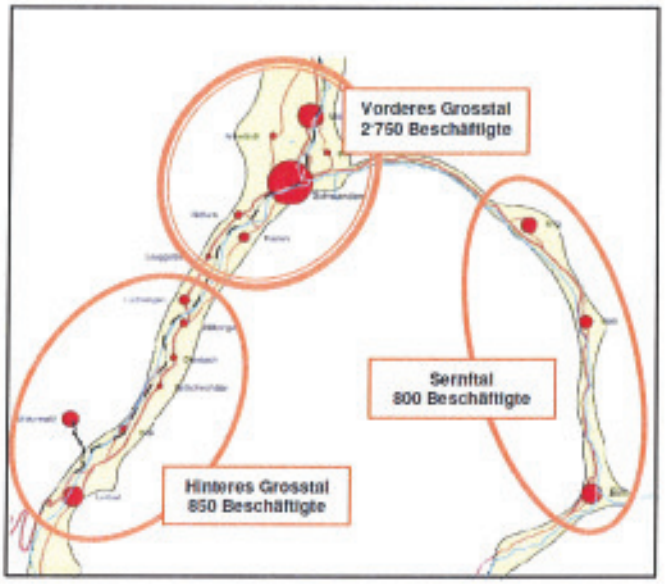
Glarus Süd zählte 2008 ca. 4'400 Beschäftigte, welche insgesamt 3'700 Vollzeitstellen (VZÄ) besetzten. Bezogen auf die Bevölkerung entspricht dies einem Beschäftigungsumfang wie in den anderen Glarner Gemeinden. 35% der Arbeit entfällt auf den Dienstleistungssektor, 56% auf die Produktion und 9% auf die Land- u. Forstwirtschaft.



Das produzierende Gewerbe trägt die Wirtschaft von Glarus Süd. Nicht weniger als 45% der Gesamtbeschäftigung entfallen auf die Warenproduktion, und mehr als die Hälfte aller Beschäftigten arbeitet im industriellen Sektor. Diese Struktur ist für schweizerische Verhältnisse aussergewöhnlich. Demgegenüber fehlt im Dienstleistungssektor eine Leitbranche.



Noch akzentuierter als bei der Bevölkerung ist die Konzentration der Beschäftigung. Fast zwei Drittel der Beschäftigung konzentriert sich in den Orten Schwanden und Mitlödi. Das seit 2005 verzeichnete Beschäftigungswachstum fällt ausschliesslich in diesen Orten an. Das Halten der exportorientierten Grossunternehmen ist von grosser Bedeutung für die Entwicklung der Gemeinde als Arbeits- und Wohnstandort.



Die planerischen Rahmenbedingungen sind entsprechend so zu gestalten, dass sich diese Unternehmen am Standort Glarus Süd auch langfristig weiterentwickeln können.

Tourismus

Als touristische Orte heute wahrgenommen werden Braunwald und Elm. Drei Viertel der insgesamt rund 60'000 anfallenden Logiernächte in der Hotellerie entfallen auf Braunwald und ein Viertel auf Elm. Das Bettenangebot in der Hotellerie umfasst rund 550 Betten. Die Logiernächtezahl ist rückläufig. Gleichzeitig hat der Zweitwohnungsanteil zugenommen. In Braunwald beträgt er rund 70% (siehe auch Kap. 4.4 Tourismus).

Bei der Beherbergungsinfrastruktur besteht ein erheblicher Erneuerungsbedarf. Gelingt die Erneuerung nicht, dann ist der touristisch kommerzielle Kern an diesen Orten gefährdet und die Grundlage für den wertschöpfungsstarken Übernachtungstourismus nicht mehr gegeben. Mit der Annahme der Zweitwohnungsinitiative sind auch für die Gemeinde Glarus Süd neue Rahmenbedingungen hinsichtlich der künftigen Beherbergungsstruktur geschaffen worden.

Das touristische Aufkommen beschränkt sich namentlich im Sommer nicht nur auf die beiden Orte Elm und Braunwald. Das hintere Grosstal und das Sernftal insgesamt haben ein touristisches Potenzial. Nur vereinzelt werden heute auf den rund 200 Landwirtschaftsbetrieben in Glarus Süd Dienstleistungen im Bereich Agrotourismus angeboten. Ein verbesserter Einbezug der Landwirtschaft in den Tourismus hilft auch hier, die regionale Wertschöpfungskette zu stärken.

A.3 Siedlungsentwicklung und Ausstattung

Siedlungsentwicklung

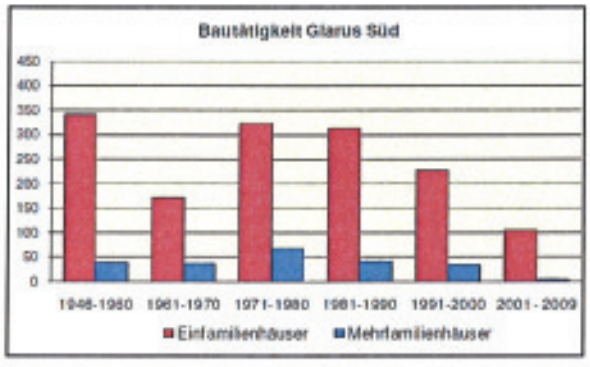
Die Siedlungsgebiete der einzelnen Ortschaften haben sich nach den lokalen Gegebenheiten und Sichtweisen entwickelt. Teils sind so Entwicklungsansätze entstanden, die aus Sicht der neuen Gemeinde Glarus Süd problematisch sind. Eine übergeordnete Grundkonzeption war nie massgebend für die Entwicklung des Gesamtraums Glarus Süd.

Die Gemeinde verfügt heute über rund 75 ha unüberbaute Wohn- und Mischzone und über rund 16 ha unüberbaute Industrie- und Gewerbezone. Es stehen mehr als genügend Reserven zur Verfügung um den anstehenden Bedarf zu decken. Folglich geht es vor allem darum, die bestehende Bauzone bei Bedarf an den geeigneten Lagen zu mobilisieren.

Die Nutzungsplanungen der einzelnen Ortschaften sind unterschiedlich aktuell und entsprechen teilweise nicht mehr dem geltenden übergeordneten Recht. Hinzu kommt, dass bei einer Annahme der Änderung des Bundesgesetzes über die Raumplanung (eidgenössische Volksabstimmung vom 3. März 2013) im Bereich Siedlung neue Rahmenanforderungen betreffend der Grösse der Bauzone geschaffen werden. Auch der neue kantonale Richtplan, welcher auf der zur Abstimmung gelangenden revidierten Bundesgesetzgebung basiert, enthält entsprechende Bestimmungen. Die neue Sichtweise der Gemeinde eröffnet hier grosse Chancen, um nachhaltigere Raumstrukturen zu schaffen.

Siedlungserneuerung

Die grösste Wohnbautätigkeit erfolgte zwischen 1970 und 1990. Seit 2000 ist die Wohnbautätigkeit stark rückgängig und beträgt nur noch 14 Wohnungen pro Jahr. Der Leerwohnungsbestand betrug 2010 rund 180 Wohnungen. Der Gesamtwohnungsbestand in Glarus Süd umfasst gut 6'000 Wohnungen.



Ein Grossteil des Bestands wird kurz- und mittelfristig erneuerungsbedürftig. Hinzu kommt eine erhebliche Anzahl an Wohnbauten, die nicht mehr den heutigen Ansprüchen genügen. Ein Teil des erneuerungsbedürftigen Bestandes kann nicht mehr modernisiert werden und bedingt einen Abbruch und Ersatzbau. Einige dieser Bauten sind an aus heutiger Sicht für Wohnen unattraktiven Standorten und ein Ersatz am selben Ort ist nicht anzustreben.

Mit den Industriebrachen besteht ein weiteres Nutzungspotenzial, das je nach Standort- oder Liegenschaftsvoraussetzung für das Arbeiten, das Wohnen, für touristische Einrichtungen oder für eine Zwischennutzung genutzt werden kann.

Ein wichtiger Schauplatz der Siedlungserneuerung in Glarus Süd sind die historischen Ortskerne. Sie sind Identifikationsmerkmale. Der teils nicht mehr zeitgemässe Gebäudebestand bedingt einen eigentlichen Umbau einiger Ortskerne oder von Teilen davon. Eine objektbezogene Lösung greift hier zu kurz, gefordert sind gebietsspezifische Lösungen.

Die Erneuerung des Gebäudebestandes insgesamt ist die Herausforderung bei der Siedlungsentwicklung der Gemeinde Glarus Süd. Um dieser Herausforderung begegnen zu können, braucht es Anreize und neue Wege.

Zentralörtliche Einrichtungen und Ausstattung

In den meisten Orten von Glarus Süd besteht nur noch ein sehr reduziertes Angebot an Versorgungsmöglichkeiten und an öffentlichen Einrichtungen. Ein grösseres Dienstleistungsangebot findet sich nur in Schwanden. In Elm und in Linthal besteht noch ein etwas breiteres Angebot an Einrichtungen der Versorgung und der Gastronomie.

Eine Bündelung von Versorgungseinrichtungen an einem Ort ist auch eine Voraussetzung dafür, dass ein Ort belebt ist. Die Ansiedelung von Versorgungseinrichtungen erfolgt jedoch grundsätzlich auf Basis privater Initiativen. Dennoch kann die öffentliche Hand mit Standortentscheiden öffentlicher Einrichtungen und planerischen Festlegungen Impulse verleihen, um die Ortskerne als lebendige Begegnungs- und Aufenthaltsorte zu erhalten oder um private Initiativen z.B. im Bildungs- und Gesundheitsbereich zu initiieren.

Glarus Süd braucht ein wahrnehmbares und funktionierendes Zentrum, wo sich die Bevölkerung der Gemeinde trifft. Wichtig ist, dass an diesem Ort eine Versorgungskette mit einem vielseitigen Angebot an Einrichtungen (Einkauf, Kommerz, öffentliche Dienste, persönliche Dienstleistungen, Gastronomie) konzentriert ist. In Glarus Süd bietet einzig Schwanden die Voraussetzungen, um eine attraktive Versorgungskette anzubieten und eine Zentrumsrolle einzunehmen. Mit weiteren Versorgungsschwerpunkten kann eine bedarfsorientiert Versorgung auch im Sernftal und im hinteren Grosstal aufrechterhalten werden.

A.4 Natur und Landschaft

Glarus Süd ist geprägt durch seine Topographie. Die Siedlungstätigkeit beschränkt sich auf einen kleinen Raum, den Talboden. Auch im Talboden prägen natürliche Strukturmerkmale in Form von durchgehenden Grünverbindungen, markanten Ebenen und Schwemmfächern sowie prägnanten Kanten den Raum. Ein wahrnehmbares kulturlandschaftliches Element sind auch die Gebiete mit traditioneller Streubauweise.

Die Sicherung derartiger Kultur- und Naturlandschaftselemente im Talboden ist wichtig für die Erlebbarkeit der Teilräume und für die Aufrechterhaltung ihrer ökologischen Funktionen wie die Vernetzung von Wildlebensräumen. Zur Sicherung braucht es nicht viele, aber gezielte planerische Interventionen. Die landschaftlich unterschiedlichen Strukturen der Teil-

räume bieten gute Voraussetzungen, um ein differenziertes Verhalten bei der räumlichen Weiterentwicklung zu definieren.

Im Talboden werden Natur und Landschaft, auch infolge der bis anhin nicht koordinierten Siedlungsentwicklung und der Bautätigkeit ausserhalb der Bauzone, teilweise erheblich beansprucht. Abseits des Talbodens sind es vor allem touristische Bauten und Anlagen, welche das Landschaftsbild in Anspruch nehmen. Häufig macht erst die Summe der Eingriffe die effektiven Auswirkungen auf das Landschaftsbild sichtbar.

Glarus Süd verfügt namentlich in den höheren Lagen über grössere und weitgehend noch intakte Naturlandschaften und auch im intensiver genutzten Talboden noch über kleinräumiger intakte Kulturlandschaften.

A.5 Verkehr und Mobilität

Die Arbeitsmobilität in Glarus Süd ist beachtlich. Die Pendlerströme verlaufen hauptsächlich talauswärts in Richtung der grossen Arbeitsplatzgebiete in Glarus Mitte. Über ein Drittel aller Erwerbstätigen (1'600 Personen) verlässt täglich das Gemeindegebiet, und täglich pendeln rund 900 Personen nach Glarus Süd. Grosse Bewegungen finden auch innerhalb der Gemeinde statt. Die Binnenpendler orientieren sich vor allem in Richtung Schwanden und Mitlödi. Wenig gependelt wird nach Linthal oder ins Sernftal.

Etwa 60% aller Pendler benutzen das Automobil für den Arbeitsweg. Der Arbeitsverkehr dominiert insbesondere die morgendlichen und abendlichen Verkehrsspitzen unter der Woche, die grösste Verkehrsbelastung erfährt der Knoten und Arbeitsstandort Schwanden. Im Durchschnitt bewegen sich täglich knapp 7000 Fahrzeuge durch das Ortszentrum von Schwanden, das Verkehrsaufkommen hat in den letzten Jahren zugenommen. Die Arbeitsmobilität wird generell weiter zunehmen.

Die Freizeitgestaltung verursacht heute den grössten Verkehrsanteil. Der Freizeitverkehr dominiert insbesondere am Wochenende und unterliegt auch leichten saisonalen Schwankungen mit Spitzen während der Sommersaison. Häufige Ziele des Freizeitverkehrs für Ortsansässige und Gäste in Glarus Süd sind die attraktiven Ausflugsziele (z.B. Bergbahnen). Der Klausenpass ist als beliebte Ausfahrtsroute selber auch ein grosser Erzeuger des Freizeitverkehrs. Der motorisierte Individualverkehr dominiert auch beim Freizeitverkehr deutlich, obwohl wichtige Ausflugsziele wie die Bergbahnen Elm und Braunwald bereits gut an den öffentlichen Verkehr angebunden sind.

Dem Thema Schulwege und Schulwegsicherheit gilt besondere Aufmerksamkeit. Richtplanerische Festlegungen hierzu erfolgen gestützt auf das konsolidierte Konzept der Schulstandorte in Glarus Süd.

A.6 Übrige Raumnutzung

Materialabbau und Abfallbewirtschaftung

Im Kanton Glarus werden derzeit die Konzepte für Materialabbau und Abfallbewirtschaftung überarbeitet. Aufgrund der fehlenden Möglichkeiten zur Materialablagerung hat der Kanton die Materialablagerung vorgezogen bearbeitet und im Rahmen seiner Deponieplanung 2012, potenzielle Deponiestandorte für unverschmutztes Aushubmaterial untersucht und den Gemeinden zur weiteren Prüfung vorgeschlagen.

Im Rahmen dieses Richtplanverfahrens wird das Thema der Materialablagerung (Abfallbewirtschaftung) behandelt. Eine Anpassung des kommunalen Richtplans im Bereich Materialabbau wird nach Vorliegen des entsprechenden kantonalen Richtplans geprüft.

Energie

Der Kanton hat einen kantonalen Richtplan zum Teilbereich Energie erarbeitet. Der kantonale Richtplan wurde mit Beschlüssen vom 28.08.2011 und 24.10.2012 vom Landrat genehmigt. Der kantonale Richtplan Teilbereich Energie liegt derzeit beim Bund zur Genehmigung. Der kantonale Richtplan Teilbereich Energie behandelt neu die Bereiche Energieversorgung umfassend die Energieplanung, die Versorgung mit elektrischem Strom, Ausbau der Erdgasversorgung, erneuerbare und standortgebundene Energie und Wasserkraft.

Der kantonale Richtplan fordert die Gemeinden auf, eine eigene Energieplanung zu erarbeiten. Die erstmalige Erarbeitung des kommunalen Richtplans umfasst aufgrund der noch fehlenden Grundlagen keinen kommunalen Energierichtplan, welcher die Themen der Energieerzeugung, der Energieversorgung und der Energieverwendung (Effizienz) umfassender behandelt. Das Thema Energie wird auf Stufe kommunaler Richtplan zu einem späteren Zeitpunkt bearbeitet.

Kommunaler Richtplan - Konzeptkarte



B. Leitüberlegungen zum kommunalen Raumkonzept

Ziel

Glarus Süd mit seinen Dörfern und Ortschaften ist ein baulich gut strukturierter Siedlungsraum mit erkenn- und erlebbaren Landschaftsräumen.

Die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Raumansprüche werden so organisiert, dass die Handlungsfreiheiten für künftige Generationen nicht geschmälert werden. Eine Basis hierfür bildet die räumliche Abstimmung von Siedlungsgebieten, touristisch genutzten Räumen und Kultur- und Naturlandschaften sowie ein im ländlichen Raum wirtschaftlich realisierbares, effizientes Verkehrssystem und die dauerhafte Bereitstellung und gute räumliche Organisation der Versorgungseinrichtungen.

Schwerpunkte der Raumentwicklung

Schwerpunkte der Raumentwicklung der Gemeinde Glarus Süd sind:

- Die gezielte Siedlungsentwicklung in der bestehenden Bauzone, die Siedlungserneuerung und die Umlagerung von Baugebieten von heute ungeeigneten Standorten an gute Lagen, die langfristige Freihaltung wichtiger Freiräume sowie die Standortsicherung für Arbeitsnutzungen mit erhöhtem Flächenbedarf.
- Die Sicherung wichtiger Kultur- und Naturlandschaften als Kapital eines ländlichen Lebensraumes im Einzugsgebiet des Grossraumes Zürich und als Grundlage für eine nachhaltige Landwirtschaft.
- Die Stärkung der wirtschaftlichen Struktur von Glarus Süd durch die Förderung einer diversifizierten Wirtschaft mit einem starken produzierenden Gewerbe und mit einem Tourismus und mit Dienstleistungen, die eine wiederkehrende Wertschöpfung haben.
- Die Aufrechterhaltung des Haupt- und Verbindungsstrassennetzes und die Einrichtung eines effizienten und umweltverträglichen Verkehrssystems mit einer guten Anbindung an die Arbeitsmärkte.

Strategische Grundsätze

a) Die Siedlungen entwickeln sich prioritär im bestehenden Siedlungsgebiet. Die inneren Reserven (unüberbaute und unternutzte Bauzonen, Umstrukturierungsgebiete und Brachen) werden im Sinne der Planung und effizient genutzt. Wo ortsbaulich richtig, sind Bebauungskonzepte mit höherer Dichte zu realisieren.

b) Bauzonen an ungeeigneten oder an unerschlossenen Lagen werden abgestützt auf das Raumkonzept so umgelagert, dass eine nachhaltige Siedlungsentwicklung erreicht und attraktive Wohnstandorte geschaffen werden.

c) Glarus Süd verfolgt mit dem Zentrum Schwanden eine Ein-Zentren-Strategie. Mit weiteren Versorgungsschwerpunkten wird ein bedarfsgerechtes Versorgungsangebot auch ausserhalb des Zentrums gestützt.

d) Arbeitsnutzungen mit erhöhtem Flächenbedarf und speziellen Erschliessungsanforderungen konzentrieren sich auf Standorte mit guter Anbindung an das übergeordnete Verkehrsnetz und mit Entwicklungspotenzialen.

e) Den natur- und kulturlandschaftlichen Werten wird grosse Sorge getragen. Der Schutz und die Nutzung dieser Werte richten sich nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit und erfolgt unter Berücksichtigung der Schutzprioritäten gemäss Bundesrecht. Die Inanspruchnahme weiterer Kultur- und Naturlandschaften erfolgt nur nach Prüfung von Alternativen.

f) Der Tourismus mit Angeboten und Einrichtungen mit wiederkehrender Wertschöpfung wird gefördert, indem die raumplanerischen Voraussetzungen geschaffen werden für die Umsetzung innovativer Produkte und Produkteräume, auch in Verbindung mit der Landwirtschaft.
Kostenintensive Anlagen konzentrieren sich auf bereits erschlossene Räume und werden optimiert. Kostenintensivere touristische Einrichtungen werden an gut erreichbaren Standorten konzentriert.

g) Die Erreichbarkeit von Glarus Süd aus den Ballungsräumen und die Anbindung an die Arbeitsmärkte werden verbessert, und die Mobilität innerhalb der Gemeinde basiert auf einem funktionsfähigen und effizienten Verkehrssystem. Die Angebote im öffentlichen Verkehr zielen auf das Pendleraufkommen, die Erreichbarkeit der Arbeitsplatzschwerpunkte und der touristischen Orte und Einrichtungen innerhalb der Gemeinde.

h) Die vorhandenen Ressourcen Wasser und Holz werden nachhaltig genutzt. Mit der Nutzung der Ressource Wasser wird die Stärkung der Wirtschaftsstruktur der Gemeinde angestrebt.

D. Objekte

Keine Objektliste / Objekte siehe einzelne Sachkapitel.

E. Planungsverfahren und Mitwirkung Kap. 2

Erarbeitung:	Die Erarbeitung des kommunalen Richtplans erfolgte 2012 durch eine vom Gemeinderat eingesetzte Projektgruppe. Diese hat den Entwurf am 27. November 2012 zuhanden des Gemeinderats verabschiedet. Der Gemeinderat hat den Entwurf beraten und in der Sitzung vom 31.01.2013 zuhanden der 1. öffentlichen Mitwirkung verabschiedet.
1. öffentliche Mitwirkung:	In Anlehnung an Art. 7 RBG erfolgte vom 11. März bis zum 30. April 2013 die 1. öffentliche Mitwirkung. Zu Beginn der öffentlichen Mitwirkung wurden in Matt, Linthal und Schwanden Informationsveranstaltungen durchgeführt. Während der Mitwirkung lagen die Unterlagen bei der Gemeindeverwaltung auf und konnten unter www.glarus-sued.ch / „Aktuelles" bezogen werden.
Vorprüfung	Gleichzeitig zur 1. öffentliche Mitwirkung erfolgte die Vorprüfung durch die kantonalen fachstellen.
Anpassungen:	Die Behandlung der eingegangenen Wünsche und Anträge aus der öffentlichen Mitwirkung sowie der Vorprüfung sind im Bericht „Richtplanung, Bericht zu den Wünschen und Anträgen" dokumentiert.
2. öffentliche Mitwirkung	Infolge der Anpassungen aufgrund der 1. öffentlichen Mitwirkung und der Vorprüfung wurde der kommunale Richtplan während 30 Tagen vom 8. November bis zum 7. Dezember 2013 ein zweites Mal zur öffentlichen Mitwirkung aufgelegt. Eine formelle Einsprache kann nicht eingereicht werden. Während der Mitwirkung lagen die Unterlagen bei der Gemeindeverwaltung auf und konnten unter www.glarus-sued.ch / „Aktuelles" bezogen werden.
Anpassungen:	Die Behandlung der eingegangenen Wünsche und Anträge aus der öffentlichen Mitwirkung sind im Bericht „Richtplanung, Bericht zu den Wünschen und Anträgen" dokumentiert.
Genehmigung:	Die Genehmigung durch die Gemeindeversammlung erfolgte am 20. Juni 2014.

Gemeindeversammlung 20.06.2014

3 Siedlung

Von der Gemeindeversammlung genehmigt am: .....

Der Gemeindepräsident

.....

Der Gemeindeschreiber

.....

Vom Departement Bau und Umwelt genehmigt am: .....

Röbi Marti, Regierungsrat: .....

3.1 Siedlungsstruktur

- Funktionale Struktur
- Zentrumsentwicklung
- Ortszentren
- Öffentliche Einrichtungen und Ausstattung

3.2 Siedlungsgebiet

- Bauzonenreserve, Kapazitäten, Bauzonenbedarf
- Umstrukturierung, Erneuerung, Verdichtung
- Baulandmobilisierung und Sicherstellung der Verfügbarkeit
- Langfristige Siedlungsgrenzen

3.3 Siedlungsgestaltung

- Historische Ortsbilder und wertvolle Bauten
- Gestaltung und Qualitätssicherung

3.4 Entwicklungsschwerpunkte für die Wirtschaft und die Versorgung

- Entwicklungsstandorte flächenintensive und / oder emissionslastige Produktion
- Entwicklungsstandorte Bahnhofareale
- Standortgebiete für Sport und Freizeit
- Standorte Resorts / Hotels
- Weiterer Entwicklungsstandort für die Wirtschaft

3.1 Siedlungsstruktur

A. Ausgangslage

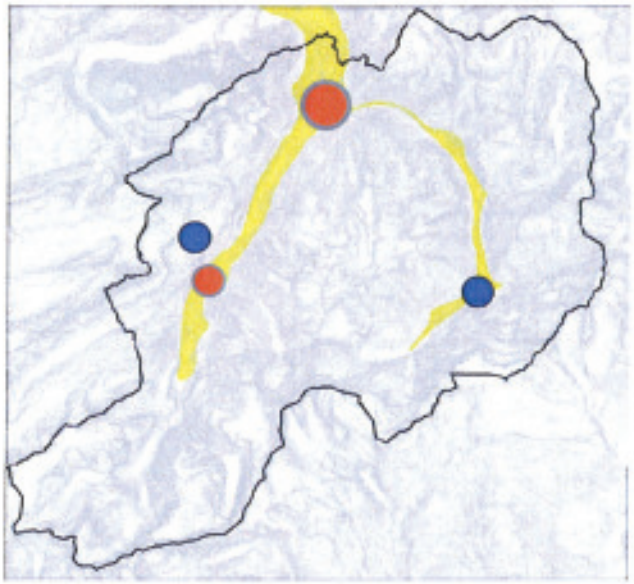
Funktionale Struktur

Die vollzogene Gemeindestrukturreform ermöglicht es, den Siedlungsraum Glarus Süd aus einer regionalen Sicht zu betrachten und eine Grundvorstellung über die angestrebte räumliche Organisation der Versorgung und Ausstattung zu entwickeln. Eine solche Grundvorstellung ist erforderlich, um künftige raumrelevante Entscheide auch auf eine Stärkung der funktionalen Struktur der Gemeinde ausrichten zu können.

Massgeblichen Einfluss auf die Funktionalität eines Siedlungsraums hat die räumliche Organisation der Ausstattung, d.h. der Versorgungs-, Bildungs-, und Freizeiteinrichtungen. In Glarus Süd bestehen heute bereits enge funktionale Beziehungen zwischen den einzelnen Orten, da in vielen Dörfern nur noch eine reduzierte Ausstattung vorhanden ist. Viele Bewohner sind daher für das Arbeiten, Versorgen, Bilden und Erholen auf Mobilität angewiesen. Obwohl eine gewisse Mobilität zur Erfüllung der Grundbedürfnisse in vielen Fällen unabdingbar ist, muss das Ziel der Gemeinde Glarus Süd dennoch darin bestehen, die Grundversorgung auch in peripheren Lagen aufrecht zu erhalten und damit die Mobilitätszwänge abzubauen bzw. die Lebensqualität für die Bewohner zu erhöhen.

In Bezug auf die Funktionalität und die Ausprägung kann der Siedlungsraum Glarus Süd in drei Räume gegliedert werden:

- Vorderes Grosstal: Einwohner- und Arbeitsplatzschwerpunkt der Gemeinde mit dem Ort Schwanden als Schwerpunkt der Ausstattung.
- Hinteres Grosstal: Linthal als Versorgungsschwerpunkt für die Umgebung. Braunwald als touristischer Schwerpunkt, räumlich und funktional vom Talgebiet getrennt.
- Sernftal: Elm als touristischer Schwerpunkt mit weiteren Versorgungseinrichtungen.



Zentrum und Orte mit Versorgungsfunktion

Glarus Süd soll über ein Zentrum verfügen, das als Ort der Begegnung, des Einkaufs und der Versorgung dient. Ein attraktives Zentrum stützt die wirtschaftliche Entwicklung und fördert die Attraktivität des Wohn- und Arbeitsorts Glarus Süd.

Schwanden hat als einziger Ort die räumlichen und funktionalen Voraussetzungen, um mit einer breiteren Versorgungskette an Einrichtungen des Handels, der Gastronomie und an öffentlichen und privaten Dienstleistungen diese Zentrumsrolle in der Gemeinde Glarus Süd übernehmen zu können. Heute nimmt Schwanden bereits Zentrumsaufgaben für ein grösseres Einzugsgebiet wahr, z.B. in den Bereichen Verwaltung, Dienstleistung, Bildung und Wirtschaft. Diese Zentrumsrolle gilt es mithilfe planerischer Konzepte und über Ansiedlungsentscheidungen gezielt zu fördern. Mit Blick auf die angestrebte bedarfsgerechte Versorgung des hinteren Grosstals bzw. des Sernftals übernehmen auch der Versorgungsschwerpunkt Linthal und der touristische Schwerpunkt Elm eine Versorgungsfunktion. Diese Orte sind so zu stärken, dass die Versorgung des Raumes aufrechterhalten werden kann.

Ortszentren

Ortszentren sind identitätsstiftende Begegnungs- und Aufenthaltsorte in den einzelnen Dörfern, mit einem zum Teil noch vorhandenen kleinen Angebot an Versorgungs- (Gasthaus, Dorfladen) und öffentlichen Einrichtungen (Schule, Kirche). An der Bedeutung der Ortszentren für die einzelnen Ortschaften hat sich mit der Gemeindefusion nichts geändert. Die Ortszentren sollen über das Erhalten, Aufwerten oder Neuschaffen von Raumqualitäten gestützt werden, so dass diese trotz allfälliger Verluste an öffentlichen Einrichtungen das gesellschaftliche Zentrum des Ortes bleiben.

Öffentliche Einrichtungen und Ausstattung

Mit der Bildung, der Verwaltung, Einrichtungen für betagte Menschen und mit sozialen Einrichtungen hat die Gemeinde verschiedene direkte Möglichkeiten, die beabsichtigte Zentren- und Versorgungsstruktur der Gemeinde mit drei funktionalen Teilräumen zu stützen. Dabei geht es nicht einzig um die Frage nach der Zusammenführung von Einrichtungen an einen Standort, sondern darum, die Teilräume bestmöglich zu versorgen. Dies kann auch mit Einrichtungen in verschiedenen Ortschaften erfolgen. Wo zweckmässig sind Bündelungen von Angeboten und Einrichtungen jedoch anzustreben.

Zweitwohnen

Der Zweitwohnungsanteil in Glarus Süd beläuft sich gemäss bundesrätlicher Verordnung auf über 20% des Gesamtwohnungsbestands. Somit gelangt das künftige Gesetz über Zweitwohnungen des Bundes zur Anwendung. Die Gemeinde prüft derzeit die Durchführung einer eigenen Bestandesaufnahme zur Klärung des effektiven Zweitwohnungsanteils.

B. Leitüberlegungen Siedlungsstruktur

Ziel

Die Struktur der Besiedlung zielt auf die Stärkung der drei Räume „Vorderes Grosstal", „Hinteres Grosstal" und „Sernftal" und deren jeweiligen strukturellen Voraussetzungen als Wohn-, Arbeits- bzw. Tourismusraum.

Grundsätze

a) Die Struktur der Besiedlung von Glarus Süd umfasst drei Teilräume. Jeder Teilraum wird in seinem Profil gestärkt.

- Das Vordere Grosstal mit dem Zentrum Schwanden als Arbeits-, Wohn- und Versorgungschwerpunkt in einer intakten und attraktiven ländlichen Umgebung.
- Das Hintere Grosstal als Raum für Wohnen und Arbeiten und einem Tourismusschwerpunkt Braunwald und dem Versorgungsschwerpunkt Linthal.
- Das Sernftal als sehr ländlicher Wohn- und Tourismusraum mit intakten Kulturlandschaften und dem Tourismusschwerpunkt Elm.

b) Schwanden ist der Zentrumsort der Gemeinde. Das Zentrum wird als Ort der Begegnung, des Einkaufs und der Versorgung gestärkt, weiterentwickelt und gestalterisch aufgewertet.

c) Die Ortszentren in den einzelnen weiteren Dörfern sind durch Aufwerten oder Schaffen von Raumqualitäten als Orte der Begegnung und des sozialen Lebens zu erhalten. Wo möglich und zweckmässig, sind mit öffentlichen Dienstleistungen und Einrichtungen kleinstrukturierte Versorgungseinrichtungen zu stützen.

d) Nicht mehr beanspruchte Bauten oder Liegenschaften der Gemeinde in den Ortszentren sind so zu nutzen, dass sie zur Stärkung des jeweiligen Ortszentrums beitragen.

e) Ausgehend von den bestehenden Bauten und Einrichtungen und ausgerichtet auf die pädagogischen Anforderungen werden die Einrichtungen der Bildung im Betrieb und Unterhalt wirtschaftlich und so organisiert, dass die Versorgung der Teilräume bestmöglich gesichert ist.

f) Grössere oder kostenintensive Anlagen und Einrichtungen für Sport und Freizeit werden mit touristischen Anlagen und Einrichtungen namentlich in den Orten mit Zentrumsfunktion oder den touristischen Entwicklungsschwerpunkten koordiniert, und soweit möglich sind Synergien zu nutzen. Die Anlagen für Sport und Freizeit sind mit den Bildungseinrichtungen und mit der Freiraumplanung abzustimmen.

C. Handlungsanweisung

Die Gemeinde berücksichtigt bei ihren verschiedenen Sachplanungen die Zielsetzungen und Grundsätze zur Struktur der Besiedlung. Aktuelle Projekte und Sachplanungen werden auf die angestrebte Siedlungsstruktur und Zentrumsentwicklung hin überprüft und abgestimmt.

Die Gemeinde überprüft periodisch den Koordinationsbedarf bei den Einrichtungen der Versorgung und Ausstattung. In Zusammenarbeit mit der Tourismusorganisation prüft sie den Koordinationsbedarf bei den touristischen Anlagen und Einrichtungen und stimmt diese mit den eigenen Einrichtungen ab.

Die Gemeinde erstellt für das im Richtplan bezeichnete Zentrumsgebiet in Schwanden ein Entwicklungskonzept. Darin sind Nutzung, Bebauung, Erschliessung (Langsamverkehr) und Parkierung sowie die Gestaltung des Strassenraumes aufzuzeigen. Die Gemeinde setzt das Konzept in der Nutzungsplanung um.

Die Gemeinde präzisiert im Rahmen der Nutzungsplanung die Ortszentren in den einzelnen Ortschaften, und regelt die zur Zentrumsbildung erforderlichen Bebauungs- und Umstrukturierungsfragen sowie die Gestaltung von Strassenräumen und Plätzen.

D. Objekte

Orte mit Zentrumsfunktion

Nr.	Ortschaft	Funktion	Koordinationsstand
Z-1	Schwanden	Zentrumsort	FS
Z-2	Linthal	Versorgungsschwerpunkt für das hintere Grosstal	FS

Entwicklungsschwerpunkt Tourismus (Ort)

T-1	Braunwald	autofrei	FS
T-2	Elm	auch Versorgungsschwerpunkt für das Sernftal	FS

3.2 Siedlungsgebiet

A. Ausgangslage

Bauzonenreserve, Kapazitäten und Bauzonenbedarf

Die Bauzone in Glarus Süd umfasst inklusive Arbeitszonen, Zonen für öffentliche Bauten und Anlagen und Sonderbauzonen gut 500 ha. Zur Ermittlung des Bauzonenbedarfes massgebend sind die Reserven und Kapazitäten in den Wohn-, Misch- und Kernzonen. Heute sind von den insgesamt 311 ha Wohn-, Misch- und Kernzonen in Glarus Süd 236 ha überbaut und 75 ha nicht überbaut, was einem relativ tiefen Überbauungsgrad von 76% entspricht. Zusätzlich sind 25 ha Bauzone in Form von Ferienhauszonen ausgeschieden, wovon heute nur deren 14 ha überbaut sind. Die Zusammenführung von 17 einzelnen Nutzungsplanungen hat mit sich gebracht, dass gesamthaft eine sehr grosse Bauzonenreserve entstanden ist.

Übersicht Bauzonenreserven in Wohn-, Misch- und Kernzonen (Stand 2012). Angaben gerundet.

Ortschaft	Bauzone	Überbauungsstand		
	Total (ha)	überbaut (ha)	nicht überbaut (ha)	überbaut
Betschwanden	7.8	5.2	2.6	67%
Braunwald	38.8	25.2	13.6	65%
Elm	12.1	8.7	3.4	71%
Engi	21.9	17.2	4.7	79%
Diesbach	10.3	8.3	2.0	81%
Haslen	25.7	19.2	6.4	75%
Hätzingen	15.9	12.0	3.9	75%
Leuggelbach	8.2	5.8	2.4	70%
Luchsingen	22.4	16.2	6.1	73%
Linthal	34.4	25.5	8.9	74%
Nidfurn	9.8	7.1	2.7	72%
Matt	13.8	8.9	4.9	65%
Mitlödi	22.1	17.3	4.8	78%
Rüti	11.5	8.5	3.0	74%
Schwanden	55.0	45.9	9.1	83%
Schwändi	15.4	11.7	3.7	76%
Sool	10.9	8.6	2.3	78%
Total Gemeinde	**403.7**	**304.9**	**98.8**	**74%**

Auf der Grundlage des revidierten Raumplanungsgesetzes des Bundes und der Bedarfsermittlung aufgrund der Bevölkerungsprognose hat der Kanton den Bauzonenbedarf für die einzelnen Gemeinden ermittelt. Für die Gemeinde Glarus Süd wird für die nächsten 15 Jahre (bis 2026) ein Bedarf von rund 22 ha ausgewiesen. Weitere rund 18 ha könnten als Reservezone z.B. in Form einer Übergangszone ausgewiesen werden. Die Bauzonenreserve von heute 75 ha müsste folglich in der Grössenordnung von rund 35 ha auf 40 ha reduziert werden.

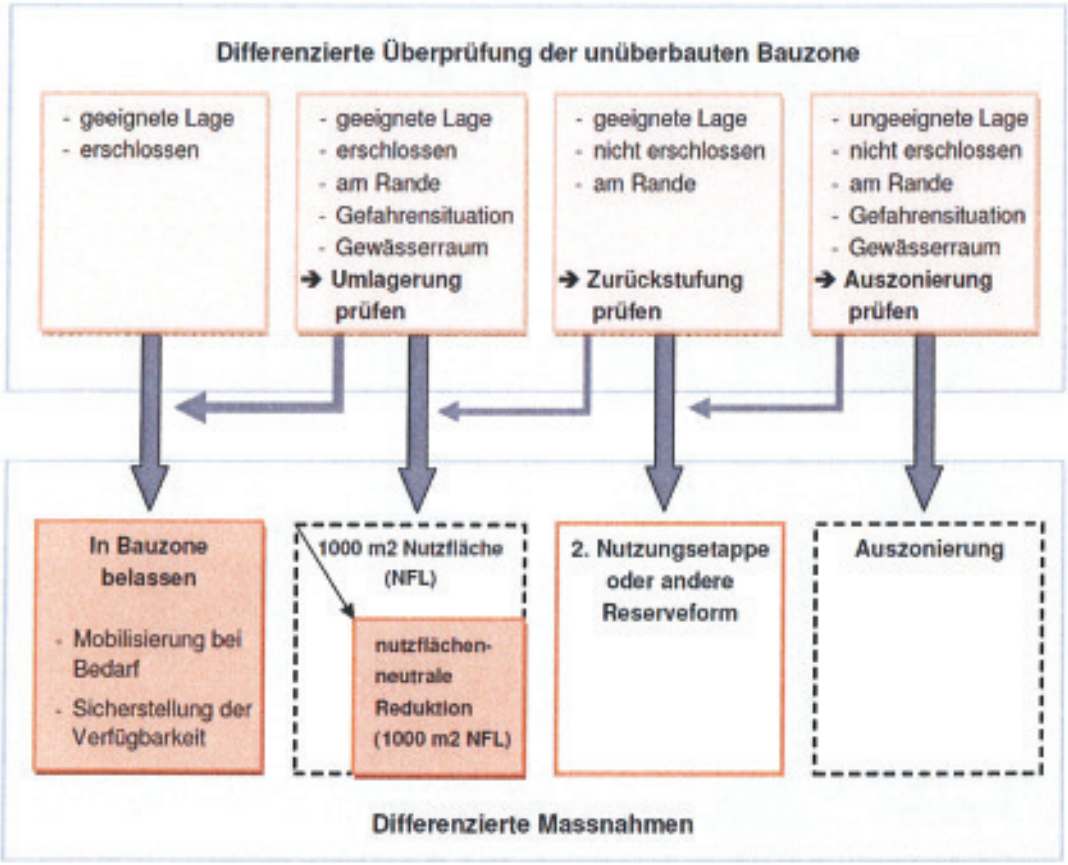
Der Kanton wird das Thema der Bauzonendimensionierung erst im Rahmen der Gesamtüberarbeitung des Richtplans, voraussichtlich ab 2014/15, behandeln. Bis dahin gilt der heute rechtskräftige kantonale Richtplan. Auch wenn dadurch in nächster Zukunft noch kein aktueller Richtplan Siedlung vorliegt, wird die Prüfung der Zonenpläne der Gemeinden hinsichtlich der Bauzonengrösse unter den Vorgaben des revidierten Raumplanungsgesetzes erfolgen müssen. Gemäss diesem kann eine Bauzonenreserve ausgewiesen werden, die dem Bedarf für die nächsten 15 Jahre umfasst. Die Gemeinde Glarus Süd erachtete es daher auch ohne einen vorliegenden neuen kantonalen Richtplan als zweckmässig, die Bauzonenreserven der bisherigen Zonenpläne zu überprüfen.

Nebst den Nutzungsreserven in der unüberbauten Bauzone bestehen weitere Reserven innerhalb der bereits überbauten Bauzone in Form der Erneuerungs- und Umstrukturierungsgebiete und in den Gebieten mit Nachverdichtungsmöglichkeiten. Diese Reserven werden bei der Dimensionierung der Bauzone für die nächsten 15 bzw. 25 Jahre nicht zusätzlich auch noch berücksichtigt, da sich diese Reserven oft räumlich punktuell und zeitlich abhängig von privater Initiative mobilisieren lassen. Über die Bezeichnung von grösseren Umstrukturierungs- und Erneuerungsgebieten im kommunalem Richtplan sowie der zusätzlichen Bezeichnung von Verdichtungsgebieten in der Nutzungsplanung werden aber Anreize geschaffen, um auch diese Reserven zu mobilisieren.

Aus Sicht der Gemeinde steht nicht die rein rechnerische Redimensionierung der Bauzone um 35 ha im Vordergrund, sondern eine *differenzierte Handhabung* der zu grossen Bauzonen in den *einzelnen Ortschaften*. Gefragt sind Lösungsansätze wie eine Differenzierung der Reserven nach zeitlicher Priorität (Etappen), eine ortsbaulich verträgliche Konzentration der Nutzfläche, Umlagerungs- und Abtauschmechanismen und die Sicherstellung der Baulandverfügbarkeit bei Bedarf.

Bei Fragen der Auszonierung sind ortsbauliche, landschaftliche oder topographische Kriterien ebenso massgebend wie eine rein quantitative Betrachtung. Eine Auszonierung ist namentlich bei peripher oder exponiert liegenden Bauzonen, bei schwierig erschliessbaren sowie in einem Gefahrenbereich liegenden Flächen, oder bei Flächen, die sich aus anderen Gründen gar nicht mehr bebauen lassen (z. B. aufgrund des Gewässerschutzes), in Betracht zu ziehen. Die beabsichtigte Siedlungsstruktur gemäss Richtplan stellt eine weitere Richtschnur bei Fragen der Reduktion der Bauzone in den einzelnen Ortschaften an.

Übersichtsschema Überprüfung der unüberbauten Bauzone



Umstrukturierung, Erneuerung und Verdichtung

Die Erneuerung des Gebäudebestandes erfolgt vielerorts räumlich punktuell und zeitlich abhängig von privater Initiative. Um dennoch eine koordinierte Entwicklung gewährleisten zu können, sind Massnahmen zur Sicherung oder Schaffung von Qualitäten in der Siedlung erforderlich, denn im Zusammenhang mit Verdichtungen und Umstrukturierungen geraten oft wichtige Aussenräume unter Druck. Der Anspruch an eine nachhaltige Siedlungsentwicklung, sei dies bei der Nutzung bis anhin unüberbauter Bauzonen oder bei Erneuerungen und Umstrukturierungen bereits bebauter Gebiete, wird daher sein, Qualität auch bei einer etwas höheren Dichte zu wahren oder neu zu schaffen. Nicht eine „flächige Verdichtung" ist daher gefordert, sondern eine gebietsspezifisch differenzierte Festlegung einer *qualifizierten Dichte*.

Im kommunalen Richtplan werden grössere nicht mehr genutzte Industrieareale (Industriebrachen) und grössere Umstrukturierungsgebiete bezeichnet. Gebiete mit geringerer Dichte im Einzugsbereich einer Bahnhaltestelle werden als Gebiete mit einem Verdichtungspotenzial bezeichnet. Weitere auch kleinräumigere Umstrukturierungsgebiete oder Verdichtungsgebiete können im Rahmen der Nutzungsplanung bezeichnet werden.

Baulandmobilisierung und Sicherstellung der Verfügbarkeit

Eine effektive Bodennutzung zeichnet sich aus durch eine Nutzung der Bauzone im Sinne der Planung. Nebst der Sicherstellung der Verfügbarkeit, namentlich an prioritären Standorten der Siedlungsentwicklung und bei Umlagerungen oder Neuanordnungen von Bauzonen, gehört eine Mobilisierung der bestehenden Reserven z. B. über Anreize ganz generell zur Baulandpolitik. Das öffentliche Interesse an einer Mobilisierung dieser Reserven ergibt sich aus dem Grundsatz der haushälterischen Bodennutzung, aber auch aufgrund der Erschliessungsinvestition in diese durch die öffentliche Hand.

Langfristige Siedlungsgrenzen

Die Siedlungsgebiete der einzelnen Ortschaften haben sich nach den lokalen Sichtweisen entwickelt, eine übergeordnete regionale Vorstellung zur Besiedlung war nicht wegleitend. Teils sind dadurch Entwicklungsansätze entstanden, die aus Sicht der neuen Gemeinde Glarus Süd problematisch sind. So haben sich die Siedlungen im Grosstal vor allem entlang der Hauptstrasse ausgedehnt, was zu einem heute beinahe durchgehenden Siedlungsband von Schwanden bis nach Betschwanden geführt hat. Um ein endgültiges Zusammenwachsen der Dörfer zu vermeiden, sind die noch vorhandenen und wichtigen siedlungstrennenden Grünverbindungen vor einer weiteren Bebauung freizuhalten. Zu diesem Zweck werden im Richtplan langfristige Siedlungsgrenzen bezeichnet.

Die Festlegung langfristig stabiler Siedlungsgrenzen soll zum einen vermeiden, dass die Siedlungsentwicklung an den falschen Orten geschieht, aber auch vorbeugen, dass keine Präjudizien geschaffen werden, die die offene Landschaft unnötig unter Druck setzen. Die Siedlungsgrenzen können ökologisch, landschaftlich oder ortsbaulich begründet sein.

B. Leitüberlegungen Siedlungsgebiet

Ziel

Die Siedlungsentwicklung in jeder Ortschaft gründet auf einer Betrachtung von Siedlung und Landschaft. Mit der Nutzung der bestehenden Reserven, der Umlagerung von Bauzonen an geeignete Lagen und der Realisierung qualifizierter Dichten wird eine hochwertige Siedlungsentwicklung angestrebt.

Grundsätze

a) Im bestehenden Siedlungsgebiet wird eine qualifizierte Dichte angestrebt. Eine Dichte ist qualifiziert, wenn sie den Boden haushälterisch nutzt, ortstypisch ist, den Ortsbau positiv beeinflusst und aussenräumliche Qualitäten sichert.

b) Der haushälterische Umgang mit dem Boden ist wegleitend für die Siedlungsentwicklung und -erneuerung. Die Entwicklung nach innen geht dabei nur so weit, dass vorhandene räumliche Qualitäten innerhalb der Siedlung gewahrt oder neu geschaffen werden können.

c) Langfristige Siedlungsgrenzen werden dort festgelegt, wo auch längerfristig die Freihaltung der offenen Landschaft, eine Ortsansicht oder wichtige ökologische Verbindungen aufrechterhalten werden sollen.

Bauzonenerweiterung, -redimensionierung

d) Bauzonenerweiterungen beschränken sich, sofern der Bedarf nachgewiesen ist und dieser innerhalb der bestehenden Bauzone nicht abgedeckt werden kann, auf die fürs Arbeiten erforderlichen Flächen und touristisch nachhaltige Projekte.

e) Werden Bauzonen umgelagert, erfolgt dies an für Wohnen attraktive und gut erschliessbare Lagen. Umlagerungen werden, sofern ortsbaulich richtig, mit höheren Dichten nutzflächenneutral vorgenommen.

f) Schwierig erschliessbare Flächen in der Bauzone, insbesondere solche an topografisch exponierten oder an landschaftlich kritischen Lagen, werden ortsbaulich verträglich und soweit möglich nutzflächenneutral redimensioniert.

g) Weitgehend nicht erschlossene, peripher gelegene oder sich in Gefahrensituationen oder im Gewässerraum befindende Bauzonen werden nach Möglichkeit redimensioniert, zurückgestellt oder allenfalls auszoniert.

Erneuerung, Umstrukturierung, Verdichtung

h) Die Erneuerung, Umstrukturierung oder Verdichtung von Gebieten erfolgt nach spezifischen Entwicklungszielen und unter Miteinbezug der betroffenen Bevölkerung.

C. Handlungsanweisung

Die Gemeinde überprüft im Rahmen der Nutzungsplanung die Wohn- und Mischzonen im Sinne der Grundsätze e) - g).

Die Gemeinde trifft im Rahmen der Nutzungsplanung Massnahmen für die Sicherstellung der Verfügbarkeit bzw. Mobilisierung der Reserven in der bestehenden Bauzone. Dies namentlich bei den attraktiven Wohnlagen im vorderen Grosstal, bei für die Entwicklung der einzelnen Ortschaften wichtigen Lagen (Zentrum, wichtige Nutzungsreserven) und bei Arbeitsflächen, sofern sie nicht für die Erweiterung eines bereits vorhandenen Betriebes sind.

Die Gemeinde regelt in Abstimmung mit dem kantonalen Recht und der bisherigen Praxis die Mehrwertabgabe bei Neueinzonierungen (infolge Abtausch) und bei Gebietserneuerungen, bei denen Mehrwerte geschaffen werden.

Bei Bedarf sind für die im Richtplan bezeichneten Erneuerungs- und Umstrukturierungsgebiete Richtkonzepte zu erstellen. Darin sind Nutzung und Bebauung, die Erschliessung und Fragen des öffentlichen Raumes aufzuzeigen.

Für die im Richtplan mit „Gesamtgebietsplanung" bezeichneten Gebiete erarbeitet die Gemeinde unter Miteinbezug der Betroffenen Entwicklungsvorstellungen und klärt die funktionalen Zusammenhänge.

Die Gemeinde bezeichnet im Rahmen der Nutzungsplanung die Gebiete mit explizitem Verdichtungspotenzial und passt die Grundordnung entsprechend an. Soweit erforderlich sind weitere Folgeplanungen festzulegen.

Die Gemeinde setzt im Rahmen der Nutzungsplanung die langfristig stabilen Siedlungsgrenzen gemäss Richtplan um. Soweit zweckmässig und erforderlich können weitere langfristige Grenzen in der Nutzungsplanung festgelegt werden.

Die Gemeinde trifft z.B. über Anreize und Unterstützung im Rahmen ihrer Möglichkeiten Massnahmen, dass auch an guten Wohnlagen wirtschaftlich tragbarer Wohnraum für Familien realisiert wird.

D. Objekte

Erneuerung- und Umstrukturierungsgebiete / Standorte

Nr.	Ortschaft	Hinweis	Koordinationsstand
Industrieareale			
E-1	Linthal; Sand	Kleingewerbliche Nutzungen, Arbeiten Innerhalb Perimeter Gesamtgebietsplanung	FS
E-2	Linthal; Spinnerei	Potenzial für Wohnen, Arbeiten	FS
E-3	Rüti, Cotlan	Potenzial Wohnen, kleingewerbliche Nutzungen und Zwischennutzungen; Koordination mit Entwicklungsstandort Rüti / Sätliboden	FS
E-4	Rüti, Bofil	Potenzial Wohnen, Büro, Atelier Reduktion der Bauzone	FS
E-5	Diesbach; Legler-Areal	Potenzial Wohnen, Büro, Atelier	FS
E-6	Hätzingen; Hefti-Areal	Potenzial für Wohnen, Arbeiten, touristische Nutzungen; Koordination mit Gebiet ‚Obere Fabrik'	FS
E-7	Leuggelbach Gütli	Potenzial Wohnen, Büro, Atelier	FS
E-8	Haslen, Sand	Koordination mit Standort Sport / Freizeit / Event in Wyden	FS

Gebiete mit wichtigen Nutzungsreserven Wohnen / Entwicklungsgebiete Wohnen

Nr.	Ortschaft	Hinweis	Koordinationsstand
Wichtige Nutzungsreserve Wohnen (bestehende Bauzone)			
W-1	Schwanden	Büel	FS
W-2	Schwanden	Heulosen (Nordwesten)	FS
W-3	Schwanden	Im Thon, Hostet	FS
W-4	Schwanden	Im Thon, Neugaden	FS
W-5	Schwändi	Matt (Norden)	FS

W-6	Sool	Trogsite Holderboden	FS
W-7	Nidfurn	Pfändlerguet	FS
W-8	Haslen	Hof	FS
W-9	Luchsingen	Sand	FS
W-10	Hätzingen	Raimen	FS
W-11	Betschwanden	Hoschet	FS
W-12	Rüti	Bei Durnagel	FS
W-13	Linthal	Seggen	FS
W-14	Linthal	Liisi	FS
W-15	Linthal	Sand	FS
W-16	Matt	Hoschet	FS
W-17	Matt	Auen	FS
W-18	Matt	Trämligen	FS
Entwicklungsgebiet Wohnen			
EW-1	Schwanden	Heulosen, oberhalb Friedhof	ZE
EW-2	Schwanden	Rüti	ZE
EW-3	Schwändi	Vögeliweidli, Matt (Süden)	ZE
EW-4	Schwändi	Schibli	ZE
EW-5	Sool	Untersool Au	ZE
EW-6	Haslen	Ober Haslen	ZE
EW-7	Haslen	Zun	ZE

Gebiete mit Gesamtgebietsplanung

G-1	Linthal, Gebiet Sand – Tschächli - Unterdorf	Abstimmung Zentrumsentwicklung, Arbeiten und Umstrukturierung	FS
G-2	Linthal, Gebiet Spinnerei - Bahnstation Braunwald		FS
G-3	Hätzingen, Gebiet Spähboden - Hostet	Abstimmung mit touristische Vorhaben	FS
G-4	Leuggelbach, Haslen, Schwanden, Gebiet Wyden	Abstimmung Freizeitnutzungen, Arbeitsnutzungen und Erschliessung	FS
G-5	Mitlödi, Gebiet Bahnhof		FS

Langfristige Siedlungsgrenzen

LSG-1	Elm		FS
LSG -2	Matt		FS
LSG -3	Engi, Hinterdorf		FS
LSG -4	Engi		FS
LSG -5	Mitlödi		FS
LSG -6	Schwändi, Lassigen		FS
LSG -7	Schwändi		FS
LSG -8	Schwanden		FS
LSG -9	Leuggelbach		FS
LSG -10	Leuggelbach - Luchsingen		FS
LSG -11	Hätzingen		FS
LSG -12	Diesbach		FS
LSG -13	Betschwanden		FS
LSG -14	Rüti		FS

3.3 Siedlungsgestaltung

A. Ausgangslage

Historische Ortsbilder und wertvolle Bauten

Verschiedene Ortsbilder in Glarus Süd sind in ihrer historischen Erscheinung noch erlebbar und verfügen teils über wertvolle historische Bausubstanz. Das Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (ISOS) bezeichnet mit Elm, Rüti, Diesbach und Adlenbach (Luchsingen) insgesamt vier Ortsbilder als solche von nationaler Bedeutung. Hinzu kommen weitere Ortsbilder von regionaler Bedeutung. Der Erhalt und die Erneuerung dieser historischen Ortsbilder ist eine wichtige Aufgabe. Nicht selten bestehen Schwierigkeiten, die baustrukturellen Voraussetzungen mit einer zeitgemässen Nutzung in Übereinstimmung zu bringen. Ein historisches Ortsbild kann aber langfristig nur erhalten bleiben, wenn es auch gelingt, es zeitgemäss zu erneuern.

In der Gemeinde gibt es verschiedene historische Bauten der Industriekultur. Neben Fabriken (Haupt- und Nebengebäude), Villen und Arbeiterhäusern umfasst dieses Erbe ebenso weitere Anlagen wie Kraftanlagen mit Stauwehren oder Kanäle und Maschinengebäude. Auch sie sind wie historische Bauten wichtige Bauzeugen und stiften Identität. Einzelne Objekte oder Ensembles haben ein erhebliches Potenzial für eine Nachfolgenutzung.

Derzeit erfolgt, unter der Federführung des Kantons, eine Inventarisierung der wertvollen Bausubstanz im Kanton. Eine entsprechende Umsetzung der Objekte von kantonaler und allenfalls kommunaler Bedeutung erfolgt direkt auf Stufe Nutzungsplanung. Im Rahmen des kommunalen Richtplanes werden zum jetzigen Zeitpunkt daher keine über die jetzigen Schutzfestlegungen gemäss rechtskräftiger Nutzungsplanung hinausgehenden weiteren Festlegungen vorgenommen. Eine Anpassung bestimmter Schutzgebiete ist auch aufgrund des neuen Inventars und der heute tatsächlichen Gegebenheiten zu überprüfen.

Gestaltung und Qualitätssicherung

Eine gute Siedlungsgestaltung wird durch verschiedene Faktoren bestimmt. Vor allem durch das Anordnen und Zusammenwirken von Bauten und Aussenräumen (Strassen, Wege, Plätze, Gärten) können erkenn- und erlebbare Strukturen geschaffen werden. Eine „gute" Architektur trägt ihren Anteil dazu bei. Eine gute Siedlungsgestaltung schafft Identität und trägt zu Aufenthaltsqualität bei.

Siedlungsgestaltung betrifft bestehende wie auch neue Siedlungsteile. Mit Blick auf die geforderte Siedlungsentwicklung nach innen gewinnt die Siedlungsgestaltung an Bedeutung, da sie mitbestimmt, ob Strukturen mit Qualitäten erhalten oder geschaffen werden.

Der Kanton verpflichtet die Gemeinden eine Gestaltungskommission einzusetzen (Art. 68 Bauverordnung). Vorgeschriebene Aufgabenbereiche der Gestaltungskommission sind die Beurteilung von Vorhaben in Gebieten mit Überbauungsplanpflicht nach Art. 46 RBG und die Beurteilung von Vorhaben wo die Einordnung besonders wichtig ist (Art. 47 Abs. 1 BauV).

In Anlehnung an den Einsatzbereich bei Überbauungsplänen erachtet der Gemeinderat die Beurteilung von Umstrukturierung- oder Verdichtungsgebieten als für die Siedlungsentwicklung gleichermassen bedeutend. Die Koordination der Arbeiten der Gestaltungskommission mit anderen Fachberatungen, namentlich der Bauberatung, welche die Gemeinde auch bei weiteren Einzelvorhaben angehen kann, erfolgt durch die Baubehörde.

B. Leitüberlegungen Siedlungsgestaltung

Ziel

Historisch wertvolle Ortsteile und Ortsbilder und historisch wertvolle Bausubstanz werden erhalten, erneuert und gepflegt.

Mit der Siedlungsgestaltung werden gesamthaft erkenn- und erlebbare Strukturen in der Siedlung erhalten, wiederhergestellt und weiterentwickelt.

Grundsätze

Ortsbildschutz

a) Historische Ortskerne, Ortsbilder und Ortsteile sind wichtige Orte der Identität. Sie werden in ihren Qualitäten gesichert.

Gestaltung und Qualitätssicherung

b) Wichtige Neubau- und Umstrukturierungsvorhaben müssen dem Anspruch an eine gute Siedlungsgestaltung genügen und hinsichtlich der Anordnungen der Bauten untereinander und dem Zusammenwirken zwischen den Bauten und den Aussenräumen sowie den öffentlich nutzbaren Räumen überzeugen.

c) Beurteilungen von Gesamtüberbauungen wie auch Einzelvorhaben hinsichtlich der Anforderung an eine gute Siedlungsgestaltung erfolgen stufengerecht über die Folgeplanung bzw. das Bauvorhaben.

d) Die Gestaltungskommission wird bei folgenden Vorhaben einbezogen:
   - Bei Überbauungsplänen nach Art. 46 RBG (Auftrag nach Art. 68 BauV)
   - Bei besonderen Einordnungsfragen nach art. 47 Abs. 1 RBG (Auftrag nach Art. 68 BauV).
   - Bei Planungen im Zusammenhang mit Umstrukturierungen oder Verdichtungen in Ortszentren.

   Die Gestaltungskommission ist möglichst frühzeitig miteinzubeziehen.

e) Die Erneuerung oder die Entwicklung grösserer Gebiete erfolgt auf der Basis eines jeweils geeigneten qualitätssichernden Verfahrens (z.B. Wettbewerb, Studienauftrag, Testplanung oder eines anderen Varianzverfahrens).

C. Handlungsanweisung

Die im Richtplan bezeichneten Ortsbildschutzbereiche der bisherigen Nutzungsplanungen werden überprüft und bei Bedarf präzisiert oder angepasst. Die Gemeinde passt für diese Gebiete auch die Bestimmungen bei Bedarf so an, dass eine bauliche Erneuerung der wertvollen Bausubstanz mit den Schutzanliegen vereinbar ist. Die Gemeinde kann weitere Schutzgebiete im Rahmen der Nutzungsplanung direkt festlegen.
Die Überprüfung erfolgt auf der Grundlage des Inventars der historischen Ortsbilder der Schweiz (ISOS) und des Inventars und des Verzeichnisses des Kantons. Die Gemeinde kann ergänzende Grundlagen erstellen.

Die Gemeinde setzt eine Gestaltungskommission nach Art. 68 der Bauverordnung ein und stellt eine kontinuierliche Praxis in der Arbeit der Kommission sicher.
Die Gemeinde kann ergänzend zur Gestaltungskommission eine Bauberatung einsetzen. Die Gemeinde koordiniert die Arbeiten beider Fachberatungen.

In Gebieten nach Grundsatz e) verlangt die Gemeinde bei Bedarf die Durchführung eines qualitätssichernden Verfahrens. Die Gemeinde berät und unterstützt Private bei der Durchführung dieser Verfahren. Bei Überbauungsplänen kann die Gemeinde ein qualitätssicherndes Verfahren einfordern.

D. Objekte

Historische Ortsbilder gemäss ISOS bzw. kant. Richtplan (Information)

Ortsbild nationale Bedeutung		Ortsbild regionale Bedeutung
Adlenbach als Weiler (Luchsingen)		Haslen als Dorf
Elm als Dorf		Hätzingen als Dorf
Diesbach als Dorf		Linthal als verstädtertes Dorf
Röti als Dorf		Matt als Dorf
Steinibach als Weiler (Elm)		Mitlödi als Dorf
		Nidfurn als Dorf
		Schwanden als verstädtertes Dorf
		Schwändi als Dorf
		Sool als Dorf

3.4 Gebiete für die Wirtschaft und die Versorgung

A. Ausgangslage

Aufgrund der grossen Bedeutung der exportorientierten Produktion ist es zentral, dass die Standorte mit bester Verkehrserschliessung für das Arbeiten genutzt werden können. Der Richtplan bezeichnet und sichert diese Standorte, damit sie gezielt gefördert werden können. Die konkrete Strukturierung dieser Standorte hinsichtlich der Nutzungen, der Erschliessung und der Bebauung ist Sache der Nutzungsplanung bzw. der Folgeplanungen.

Damit die Standorte ihre zugedachte Rolle übernehmen können, werden deren Nutzungsprofile skizziert. Massgeblich dabei sind nicht eine Branchenzugehörigkeit, sondern die Erschliessungsanforderung, der Flächenanspruch und die mit einer Arbeitsnutzung verbunden Emissionen. Für die Entwicklung der Wirtschaft von Glarus Süd sind folgende Standorttypen von besonderer Bedeutung und werden richtplanerisch gesichert:

- Standorte für flächenintensive und / oder emmissionslastige Arbeitsnutzungen der Produktion.
- Standorte an Bahnhöfen im Bereich der Zentren und der Versorgungsschwerpunkte.
- Standorte ehemaliger Industriebetriebe, die nach wie vor eine hohe Lagegunst haben.

Arbeitsplatzgebiete für flächenintensive und / oder emmissionslastige Produktion

In Glarus Süd gibt es insgesamt rund 66 ha Industrie- und Gewerbezonen, davon sind 50 ha überbaut und 16 ha nicht überbaut.

Mit der Bezeichnung von Arbeitsplatzgebieten für die Produktion sollen die Gebiete gesichert werden, welche sich für flächenintensive und / oder emmissionslastige Arbeitsnutzungen eignen und in denen für die Unternehmen Entwicklungsmöglichkeiten bestehen. Damit sollen die Standorte mit der besten Verkehrserschliessung genutzt und gefördert werden, um:

- dem ansässigen Gewerbe und ähnlichen Betrieben mit grösserem Flächenbedarf geeignete Flächen bereitzustellen,
- um für grössere Vorhaben geeignete Flächen zu sichern,
- Arbeitsnutzungen, die nicht oder nur beschränkt mit Wohnen und Bürodienstleistungen verträglich sind, zu konzentrieren,
- Infrastrukturinvestitionen besser zu nutzen und gezielt planerische und infrastrukturelle Vorleistungen zu tätigen,
- einen Beitrag zur Schonung der Landschaft und der Umwelt zu leisten.

Wichtige Nutzungsreserven für das örtliche Gewerbe

Für mittlere und kleinere örtliche Gewerbebetriebe stehen die bisherigen Gewerbegebiete zur Verfügung. Diese werden hinsichtlich ihrer Grösse oder Anordnung überprüft und ungeeignete Standorte arrondiert. Zur Sicherung von Entwicklungsmöglichkeiten auch für diese kleineren Unternehmungen werden im Richtplan ebenfalls Entwicklungsgebiete festgelegt (Entwicklungsgebiet örtliches Gewerbe).

Lager- und Stellflächen

Die Arbeitsstandorte für flächenintensive und emmissionslastige Nutzungen wie auch die Entwicklungsstandorte für das örtliche Gewerbe sind für Arbeitsnutzungen reserviert. Eine Verwendung dieser Flächen zu reinen Lagerzwecken (z.B. für Baumaschinen) widerspricht dieser Absicht. Im Richtplan werden die Voraussetzungen geschaffen, dass auf Stufe Nutzugsplanung für das Bau- und Transportgewerbe an geeigneten Standorten spezielle Lager- und Stellflächen bereitgestellt werden können. Dies nicht in Form von neuen Flächen mit Bauzonencharakter, sondern als spezifische Lagerflächen ohne dauerhafte oder feste Hochbauten.

Entwicklungsstandorte Bahnhofareale

Die Bahnhofstandorte im Vorderen Grosstal sind die am besten mit dem öffentlichen Verkehr erschlossenen Standorte. Dies trifft namentlich auf diejenigen Standorte mit den besten Anschlüssen in den Wirtschaftsraum Zürich zu (Schwanden, Mitlödi). Die Standorte verfügen über teils noch erhebliche Nutzungspotenziale. Das Nutzen dieser Potenziale an auch für Weg- wie Zupendler attraktiven Lagen liegt im Gemeindeinteresse. Von Bedeutung sind die Standorte innerhalb des Bevölkerungs- und Arbeitsplatzschwerpunktes und im Versorgungsschwerpunkt Linthal.

Im Gegensatz zu den Arbeitsplatzstandorten für flächenintensive und / oder emmissionslastige Nutzungen sind Bahnhofareale für arbeitsplatzintensive Nutzungen wie Büronutzungen, kundenorientierte Dienstleistungen, öffentliche Einrichtungen (Bildung, Gesundheit, Verwaltung) oder andere Einrichtungen mit einem erhöhten Besucher- und Kundenaufkommen zu reservieren und planerisch hierfür aufzuarbeiten.

Standortgebiete für Sport und Freizeit

Publikumsintensive Sport- und Freizeitanlagen erzeugen ein erhöhtes Verkehrsaufkommen und sind auf eine gute Erreichbarkeit angewiesen. Sie stellen spezifische Anforderungen an die Umgebung und beanspruchen in der Regel eine grössere Fläche. Glarus Süd verfügt über zwei Standorte, welche die genannten Anforderungen für grössere Sport- und Freizeitanlagen erfüllen.

Die Festlegung des Gebiets Wyden erfolgt mit der Absicht, die Entwicklungsmöglichkeiten des Standortes mit den bereits bestehenden zentralen Sport- und Freizeiteinrichtungen auch flächig langfristig zu sichern. Die Festlegung des Gebietes bei der Talstation Elm erfolgt aufgrund der Nähe bzw. den Synergiemöglichkeiten mit der Bergbahninfrastruktur und der Erschliessung für spezifische Event- und Freizeitnutzungen und ist abgestimmt auf die touristische Ausrichtung des Ortes. Im Richtplan werden beide Gebiete bezeichnet.

Standorte Hotels / Resorts

Bei Vorhaben im Bereich der touristischen Beherbergung, namentlich im Zusammenhang mit komplexen Tourismus- oder Hotelresorts, besteht ein Abstimmungsbedarf mit anderen Nutzungs- und Schutzansprüchen. Derartige Vorhaben können aufgrund ihrer Grösse in den meisten Fällen nicht in der bestehenden Bauzone realisiert werden, weisen oft spezielle Standort- und Erschliessungsanforderungen auf, und haben auch Auswirkungen auf die Verkehrsströme und die Infrastruktur.

Im kommunalen Richtplan werden keine Standorte für solche Vorhaben bestimmt, es werden jedoch in Bezug auf die Standortkriterien gewisse Grundsätze formuliert. So sollen solche Vorhaben primär im Siedlungsgebiet oder daran angrenzend realisiert werden. Die Beurteilung eines allfälligen Vorhabens erfolgt dann aufgrund der Grundsätze gemäss Richtplan direkt im Rahmen der Nutzungsplanung.

Weiterer Entwicklungsstandort für die Wirtschaft

Aufgrund der Möglichkeit eines Energiebezugs zu bevorzugten Konditionen in gewissen Gebieten eröffnet sich der Gemeinde eine spezifische Standortgunst. Mit Blick auf die Ansiedlung eines Grossunternehmens, das von dieser Standortgunst profitieren will, liegt es im Interesse der Gemeinde, dass ein hierfür geeigneter Standort gesichert wird. Der nun im Richtplan festgelegte Standort in Rüti Sätliboden dient als strategische Option, sofern sonst kein geeigneter Standort mehr zur Verfügung gestellt werden kann.

B. Leitüberlegungen Gebiete für die Wirtschaft u. die Versorgung

Ziel

Durch die Schaffung von planerischen und rechtlichen Voraussetzungen werden die im Richtplan bezeichneten Standorte für die Wirtschaft und die Versorgung gesichert und gemäss ihrem Standortprofil entwickelt.

Grundsätze

a. Die im Richtplan bezeichneten Standorte sind mittels standortspezifischer Konzepte zur Nutzung, Erschliessung, Bebauung und Etappierung zukunftstauglich zu strukturieren und haushälterisch zu nutzen.

b. Publikumsintensive Einrichtungen sind so anzusiedeln, dass sie die Zentrenstruktur stärken.

c. Flächenintensive und / oder emissionslastige Arbeitsnutzungen konzentrieren sich an den im Richtplan bezeichneten Standorten. Den bestehenden Grossunternehmungen werden Erweiterungsmöglichkeiten gesichert.

Bahnhofareale

d. An den im Richtplan bezeichneten Bahnhofgebieten ist ein Nutzungsmix anzustreben, der zu einer Belebung der Gebiete führt. Bahnhofgebiete dienen vorrangig publikumsintensiveren Nutzungen der Versorgung, Dienstleistung und dem Wohnen sowie öffentlichen Einrichtungen (Bildung, Gesundheit, Verwaltung).

Standortgebiete Sport / Freizeit / Event

e. Sofern es aufgrund der sportartenspezifischen Raumansprüche möglich ist, werden neue grössere oder kostenintensivere Anlagen für Sport / Freizeit und Event in Abstimmung mit den bestehenden Infrastrukturen in den Standortgebieten gemäss Richtplan realisiert (Synergieeffekte). Konzepte für Neuanlagen beinhalten auch Überlegungen zur Integration von Angeboten für den Tourismus und den Breitensport (Auslastungsoptimierung).

Resorts /Hotels

f. Resorts / Hotels ausserhalb der heutigen Bauzone setzen ein Gesamtkonzept voraus, welches eine hohe gestalterische Qualität aufweist, die Erschliessung und Finanzierung regelt und mit dem Ziel einer hohen Auslastung über das gesamte Jahr sichert.
Resorts / Hotels sind möglichst im bestehenden Siedlungsgebiet oder daran angrenzend zu realisieren und an bestehende touristische Einrichtungen anzubinden.

C. Handlungsanweisung

Die Gemeinde erarbeitet für die Arbeitsplatzgebiete für flächenintensive und / oder emmissionslastige Arbeitsnutzungen Standortkonzepte gemäss Standortprofil mit dem Ziel der haushälterischen Bodennutzung. Zu regeln sind Nutzung (hohe Dichte), Erschliessung, Bebauung, Reserven für bereits ansässige Betriebe. Die Sicherstellung der Verfügbarkeit erfolgt im Rahmen der Nutzungsplanung oder mit anderweitigen Vereinbarungen.
Im Falle der Erweiterung der Bauzone sind Kompensationsmöglichkeiten zu prüfen.

Die Gemeinde stimmt die Entwicklung des Bahnhofareals Schwanden mit der Zentrumsplanung Schwanden ab. Nach Möglichkeit sind beide Gebiete in ein Gesamtkonzept zu integrieren.

Die Gemeinde stimmt die Entwicklung des Bahnhofareals Mitlödi mit dem Konzept Erneuerungsgebiet Ennetlinth und Arbeitsplatzgebiet Tschachen ab.

Die Gemeinde erstellt für das Gesamtgebiet Wyden ein Gesamtkonzept und klärt die längerfristigen Nutzungsausrichtungen der verschiedenen Teilgebiete.

Bei der Festlegung von Lager- und Stellflächen im Rahmen der Zonenzuweisung stellt die Gemeinde sicher, dass im Falle einer Nutzungsaufgabe alle Einrichtungen durch die Betreiber entfernt werden, und dass der Standort ohne nutzungsplanerische Entscheide der ursprünglichen Zone wieder zufällt.

D. Objekte

Arbeitsplatzgebiete für flächenintensive und / oder emmissionslastige Nutzungen

Nr.	Ortschaft	Standortprofil / Hinweis	Koordinationsstand
A-1	Schwanden, Au-Herren	Standortprofil: - Flächenintensive und emmissionslastige Arbeitsnutzungen. - Grössere publikumsintensive Einrichtungen wie Fachmärkte sind zulässig.	FS
A-2	Schwanden, Tschachen / Sändli	Standortprofil: - Flächenintensive und emmissionslastige Arbeitsnutzungen. - Grössere publikumsintensive Einrichtungen wie Fachmärkte sind nicht zulässig. Strategische Erweiterungsabsichten bestehender Unternehmungen berücksichtigen. Generelles Konzept für das Gesamtgebiet Tschachen (Erschliessung, Baufelder)	FS

A-3	Mitlödi, Tschachen	Siehe Standort Schwanden, Tschachen	FS

Wichtige Nutzungsreserven für das örtliche Gewerbe

N-1	Linthal; Sand - Bebie	Konzept für Bebauung mit höherer Dichte, Erschliessung und Nutzungsabstimmung	FS
N-2	Schwanden, Sändli		FS
N-3	Elm, Schwändi	Konzept für Bebauung mit höherer Dichte, Erschliessung, Regelung der Gestaltung	FS

Bahnhofareale

B-1	Schwanden	Standortprofil (Hauptnutzungen): - Publikumsintensive Verkaufseinrichtungen, Dienstleistungen, Wohnen Abstimmung Konzept Zentrum Schwanden	FS
B-2	Mitlödi	Standortprofil (Hauptnutzungen): - Dienstleistungen, Wohnen Koordination mit Erneuerungsgebiet Ennetlinth	FS

Standortgebiet Sport / Freizeit / Event

F-1	Schwanden; Wyden	Generelles Konzept für das Gesamtgebiet.	ZE
F-2	Elm, in der Matt	Generelles Konzept für das Gesamtgebiet.	ZE

Strategischer Entwicklungsstandort Sätliboden / Rüti

SE-1	Rüti, Säätliboden	Standortprofil: Strategische Reserve für eine flächen- und wertschöpfungsintensivere Arbeitsnutzung, mit erhöhter Anforderung an die Energieversorgung. Der Standort kann nur dann einer Nutzung zugeführt werden, wenn innerhalb des Bereiches mit Vorzugsenergie keine andere geeignete Fläche innerhalb der Bauzone zur Verfügung steht.	ZE

E. Planungsverfahren und Mitwirkung Kap. 3

Erarbeitung:	Die Erarbeitung des kommunalen Richtplans erfolgte 2012 durch eine vom Gemeinderat eingesetzte Projektgruppe. Diese hat den Entwurf am 27. November 2012 zuhanden des Gemeinderats verabschiedet. Der Gemeinderat hat den Entwurf beraten und in der Sitzung vom 31.01.2013 zuhanden der 1. öffentlichen Mitwirkung verabschiedet.
1. öffentliche Mitwirkung:	In Anlehnung an Art. 7 RBG erfolgte vom 11. März bis zum 30. April 2013 die 1. öffentliche Mitwirkung. Zu Beginn der öffentlichen Mitwirkung wurden in Matt, Linthal und Schwanden Informationsveranstaltungen durchgeführt. Während der Mitwirkung lagen die Unterlagen bei der Gemeindeverwaltung auf und konnten unter www.glarus-sued.ch / „Aktuelles" bezogen werden.
Vorprüfung	Gleichzeitig zur 1. öffentliche Mitwirkung erfolgte die Vorprüfung durch die kantonalen fachstellen.
Anpassungen:	Die Behandlung der eingegangenen Wünsche und Anträge aus der öffentlichen Mitwirkung sowie der Vorprüfung sind im Bericht „Richtplanung. Bericht zu den Wünschen und Anträgen" dokumentiert.
2. öffentliche Mitwirkung	Infolge der Anpassungen aufgrund der 1. öffentlichen Mitwirkung und der Vorprüfung wurde der kommunale Richtplan während 30 Tagen vom 8. November bis zum 7. Dezember 2013 ein zweites Mal zur öffentlichen Mitwirkung aufgelegt. Eine formelle Einsprache kann nicht eingereicht werden. Während der Mitwirkung lagen die Unterlagen bei der Gemeindeverwaltung auf und konnten unter www.glarus-sued.ch / „Aktuelles" bezogen werden.
Anpassungen:	Die Behandlung der eingegangenen Wünsche und Anträge aus der öffentlichen Mitwirkung sind im Bericht „Richtplanung. Bericht zu den Wünschen und Anträgen" dokumentiert.
Genehmigung:	Die Genehmigung durch die Gemeindeversammlung erfolgte am 20. Juni 2014.

Gemeindeversammlung 20.06.2014

4 Natur, Landschaft und Tourismus

Von der Gemeindeversammlung genehmigt am: .....

Der Gemeindepräsident

.....

Der Gemeindeschreiber

.....

Vom Departement Bau und Umwelt genehmigt am: .....

Röbi Marti, Regierungsrat: .....

4.1 Natur und Landschaftsschutz

- Landschafts- Naturschutzgebiete
- Ruhegebiet für Wildtiere / Wildtierkorridore
- UNESCO-Welterbe

4.2 Landschaftsförderung

- Landwirtschaft und Landschaft
- Landschafts-Fördergebiete
- Wertvolle Kulturlandschaften
- Waldwirtschaft

4.3 Aufwertung und Wiederherstellung

- Gewässer
- Landschaftsbild

4.4 Tourismus

- Intensiv-, Extensiv- und Ausschlussgebiete
- Agrotourismus
- Naherholung und des Tourismus im Wald

4.1 Natur- und Landschaftsschutz

A. Ausgangslage

Allgemein

Landschaften sind wesentliche Bestandteile des Lebensraums der Menschen und eine Grundlage ihrer Identität. Attraktive Landschaften tragen zu einer hohen Lebensqualität bei und sind als Standortfaktoren zunehmend wichtig. Die vielseitige und teils spektakuläre Landschaft in Glarus Süd im Einzugsbereich des Wirtschaftsraums Zürich bietet diesbezüglich gute Voraussetzungen für die Entwicklung von Glarus Süd als Wohn- und Tourismusstandort.

Landschaften verändern sich. In den besiedelbaren Räumen, namentlich im Talboden, ist der Druck auf die Landschaft besonders hoch. Durch Siedlungstätigkeiten, den Bau von Verkehrsinfrastrukturen, Übertragungsleitungen oder anderen Anlagen verändert sich der Charakter der Landschaft. Werden keine Massnahmen zum Schutz ergriffen, besteht die Gefahr einer fortschreitenden Zersiedelung und somit auch eines Verlusts an wertvollen Landschaften. Dieser Verlust wiegt insbesondere bei siedlungsnahen Landschaften schwer, da diese der Erholung dienen und oft auch einen engen Bezug zur Siedlung aufweisen.

Wenn auch die Landschaftsentwicklung in Abhängigkeit zu verschiedenen raumrelevanten Sektoralpolitiken (z.B. Agrar-, Energie- und Verkehrspolitik) steht, können über die Planungsinstrumente der Richt- und Nutzungsplanung wertvolle Landschaften vor einer weiteren Überbauung geschützt werden bzw. die aus Sicht der Gemeinde erhaltens- und förderungswürdigen Landschaften festgelegt werden. Ein wichtiges Instrument in diesem Zusammenhang sind auch die langfristigen Siedlungsgrenzen (Kap. 3.2 Siedlungsgebiet).

Landschaftsschutzgebiete

Mit der Festlegung von Landschaften von regionaler Bedeutung nach eidgenössischer Natur- und Heimatschutzgesetzgebung hat der Kanton sinngemäss kantonale Landschaftsschutzgebiete bezeichnet. Mit der Bezeichnung von touristischen Ausschlussgebieten im kantonalen Richtplan verweist er auf weitere potenzielle Schutzgebiete. Im kommunalen Richtplan werden diese kantonalen Landschaftsschutzgebiete übernommen und abgestützt auf Inventare und bisherige nutzungsplanerische Festlegungen mit weiteren Gebieten ergänzt. Solche Ergänzungen der Landschaftsschutzgebiete werden dort vorgenommen, wo keine unterschiedlichen Nutzungsinteressen mehr bestehen und eine Unterschutzstellung kein Präjudiz in Bezug auf die anstehende Überarbeitung des kantonalen Richtplans darstellt.

Naturschutzgebiete

Die Kantone sind gemäss eidgenössischer Natur- und Heimatschutzgesetzgebung für den Schutz und Unterhalt der regional bedeutsamen Biotope zuständig. Entsprechend sind diese Biotope im kantonalen Richtplan festgelegt. Die Gemeinden sind gemäss der kantonalen Natur- und Heimatschutzverordnung aufgefordert, weitere schützenswerte Naturschutzobjekte von lokaler Bedeutung zu bezeichnen. Die Objekte von lokaler Bedeutung werden im Inventar ergänzt. Die Erarbeitung dieses Inventars ist noch nicht erfolgt.

Im kommunalen Richtplan werden die Objekte des kantonalen Richtplans (nationale und regionale Objekte) sowie allfällig ergänzende Schutzgebiete gemäss den rechtskräftigen Zonenplänen ausgewiesen. Eine weitergehende Ergänzung erfolgt auf der Basis des noch zu erarbeitenden kommunalen Inventars.

Ruhegebiete für Wildtiere / Wildtierkorridore

Ruhegebiete dienen dem Schutz wichtiger Wintereinstandsgebiete des Wildes vor einer Störung durch den Menschen. Heute werden vermehrt ökologisch sensible Naturräume für die Ausübung von Freizeitaktivitäten beansprucht. Mit dem Aufkommen neuer Sportarten wie Schneeschuhlaufen oder Gleitschirmfliegen hat sich die Störung solcher Naturräume zusätzlich intensiviert. Ein Schutz der Einstandsgebiete mithilfe von Zutrittsbeschränkungen ist wichtig für die Entwicklung der Bestände. Mit Bezeichnung von Wildruhegebieten und Information der Bevölkerung und Gäste kann eine effiziente Besucherlenkung und eine Sensibilisierung für das Thema Wildschutz erfolgen. Mit Ruhegebieten wird der Zutritt zu Wildeinständen geregelt, bauliche Vorhaben wie Forststrassen oder Quellfassungen können in diesen Gebieten ausserhalb der Ruhezeiten weiterhin realisiert werden.

Der Kanton bezeichnet Ruhegebiete für Wildtiere in seinen Planungen (Wildruhegebiete). Je nach Schutzanliegen gilt ein absolutes Zutrittsverbot oder eine Beschränkung auf die markierten Wege und Pfade während eines bestimmten Zeitraums. Die Festlegung der Wildruhegebiete erfolgt im kantonalen Richtplanverfahren. Der Kanton überarbeitet derzeit die Ausscheidung der Wildruhegebiete, diese ist aber noch nicht soweit fortgeschritten, dass der kommunale Richtplan darauf bereits Bezug nehmen könnte. In der kommunalen Richtplankarte sind die Wildruhegebiete gemäss kantonalen Richtplan 2004 als Ausgangslage dargestellt.

Freiberg Kärpf

Zwischen den beiden Tälern von Glarus Süd liegt das seit 1548 / 1569 bestehende Wildschutz- und eidgenössische Jagdbanngebiet Freiberg Kärpf. Als erstes Wildasyl der Schweiz, geniesst der Freiberg Kärpf eine besondere Bedeutung für den Natur-, Lanschafts- und den Wildschutz. Ebenso wichtig ist dieses Schutzgebiet auch für den Touris-

mus und die Identität der Gemeinde und des ganzen Kantons Glarus. Durch den stetig wachsenden Nutzungsdruck steht auch der Freiberg Kärpf im heiklen Spannungsfeld zwischen einer touristischen Nutzungen und dem Erhalt seiner Schutzwürdigkeit. Die verschiedenen Interessen sind im Hinblick auf die grosse Bedeutung dieses Gebietes daher besonders sorgfältig und mit Blick auf die Langfristigkeit abzuwägen.

UNESCO-Welterbe Tektonikarena Sardona

Die räumliche Sicherung des UNESCO-Welterbes Tektonikarena Sardona ist im kantonalen Richtplan bereits erfolgt. Der im Kanton Glarus liegende Teil des Welterbes ist im kantonalen Richtplan als touristisches Ausschlussgebiet bezeichnet, es gelten die entsprechenden Bestimmungen (Kantonaler Richtplan L-2).

Die beteiligten Gemeinden haben sich in einer Vereinbarung über den gemeinsamen Schutz des UNESCO-Weltnaturerbes geeinigt, und sich verpflichtet, gemeinsam für die Erhaltung und Pflege des Welterbes sowie der Landschaften, Lebensräume und Geotope zu sorgen. Unterzeichnet wurde die Vereinbarung auch von den ehemaligen Gemeinden Elm, Matt, Engi und Sool. Diese Vereinbarung bindet die Behörden in ihren Planungen.

B. Leitüberlegungen Natur- und Landschaftsschutz

Ziele

Die prägenden ästhetisch und ökologisch wertvollen Landschaftsstrukturen werden erhalten. Eine nachhaltige Landschaftsentwicklung wird gefördert, um die bestehende Qualität der Landschaft langfristig zu wahren.

Die besonders schützenswerten Naturlandschaften und Naturobjekte und die für den Fortbestand der heimischen Flora und Fauna erforderlichen Lebensräume werden in ihrer Eigenart erhalten.

Grundsätze

a) Die Landschaftsentwicklung zielt:
- auf den Erhalt und die Schaffung biologisch vielfältiger, erlebnisreicher und ästhetisch ansprechender Natur- und Kulturlandschaften,
- auf ein Gleichgewicht zwischen Schutzgebieten und (touristisch) intensiver genutzten Gebieten,
- auf die Erhaltung bestehender und Schaffung neuer Erholungswerte für die ortsansässige Bevölkerung und Gäste. Landschaftsqualitäten werden gesichert und wenn möglich neu geschaffen.

b) Bei touristischen Vorhaben, welche zu einer intensiveren Beanspruchung bisher noch ungenutzter oder kaum genutzter Gebiete führen, ist die Vereinbarkeit mit den jeweiligen Schutz- und Entwicklungszielen zu prüfen und darzulegen, wie weit keine geeigneteren Alternativen bestehen.

Landschaftsschutzgebiete

c) In Landschaftsschutzgebieten können bestehende Bauten und Anlagen erneuert und bestehende Infrastrukturen (z. B. Strassen, Wasserversorgung, Schutzbauten) – landschaftsschonend und massvoll – unterhalten und wenn notwendig ausgebaut werden. Ansonsten werden Landschaftsschutzgebiete von neuen Bauten und Anlagen freigehalten. Nicht darunter fallen standortgebundene Bauten und Anlagen sowie Infrastrukturen, die zum Schutz der Bevölkerung (Gefahrenabwehr) oder für die Bewirtschaftung und Pflege des Gebietes erforderlich sind. Diese Bauten und Anlagen nehmen in Bezug auf Lage und Gestaltung Rücksicht auf den Charakter der Landschaft.

Biotopschutz / Vernetzung

d) Schutzgebiete werden nach Möglichkeit so vernetzt, dass die Verteilung und der Austausch von Tier- und Pflanzenpopulationen gesichert werden können.

e) Ökologische Ersatzmassnahmen werden unter einer grossräumigeren Betrachtung vorgenommen und sofern zweckmässig gebündelt in einem Projekt realisiert (Pool).

C. Handlungsanweisung

Die Gemeinde sichert im Rahmen der Nutzungsplanung die zu schützenden Landschaften und Biotope.

Die Gemeinde erarbeitet gestützt auf Art. 12 der kantonalen Natur- und Heimatschutzverordnung ein Verzeichnis der schützenswerten Objekte von lokaler Bedeutung und aktualisiert die Liste der Naturschutzgebiete kommunal gemäss Richtplan.

Die Gemeinde erarbeitet im Rahmen ihrer Möglichkeiten Vernetzungskonzepte und sorgt für deren nachhaltige Umsetzung unter Berücksichtigung der Anliegen von Landwirtschaft, Tourismus und Naherholung.

D. Objekte

Kommunale Ergänzungen Landschaftsschutzgebiete gemäss kantonalem Richtplan

Nr.	Ortschaft / Gebiet	Hinweis	Koordinationsstand
LS-1	Engi, Walenfessis	Hochalpines Gebiet innerhalb BLN, Ergänzung bis Gemeindegrenze.	FS
LS-2	Engi, Glattmatt	Schliessen einer kleineren Lücke des bestehenden Landschaftsschutzgebietes. Das Gebiet umfasst mehrere nationale und regionale Naturschutzobjekte.	FS
LS-2	Elm, Gamperdun, Färispitz	Ergänzung Landschaftsschutzgebiet gemäss Vereinbarung UNESCO-Welterbe „Glarner Hauptüberschiebung" (Abgleich mit UNESCO-Perimeter).	FS

Naturschutzgebiete kommunal (Objekte von lokaler Bedeutung)

Nr.	Ortschaft / Gebiet	Hinweis	Koordinationsstand
NSk-1	Braunwald, Ob den Habeggen		FS
NSk-2	Diesbach, Chammseeli		FS
NSk-3	Diesbach, Engisee		FS
NSk-4	Diesbach, Schwändenen		FS
NSk-5	Elm, Gandwald	Waldreservat	FS
NSk-6	Elm, Im Nüen		FS
NSk-7	Elm, Schlösslihütte	Drei Teilobjekte	FS
NSk-8	Elm, Waldboden		FS
NSk-9	Elm, Wisen		FS
NSk-10	Haslen, Bärenboden		FS
NSk-11	Hätzingen, Dammigen		FS
NSk-12	Hätzingen, Gugger		FS

NSk-13	Hätzingen, Obzunen		FS
NSk-14	Hätzingen, Rain		FS
NSk-15	Hätzingen, Schlatt		FS
NSk-16	Hätzingen, Tschuepis		FS
NSk-17	Leuggelbach, Halten		FS
NSk-18	Leuggelbach, Rütenen		FS
NSk-19	Linthal, Brummbächli		FS
NSk-20	Linthal, Fur		FS
NSk-21	Linthal, Stachelberg		FS
NSk-22	Luchsingen, Hintere Wissgand		FS
NSk-23	Luchsingen, Ober Blegialp		FS
NSk-24	Luchsingen, Rietboden	Zwei Teilobjekte	FS
NSk-25	Matt, Bruch		FS
NSk-26	Matt, Chnü		FS
NSk-27	Matt, Hostet		FS
NSk-28	Matt, Schnabel	Vier Teilobjekte	FS
NSk-29	Matt, Suterheimet	Zwei Teilobjekte	FS
NSk-29	Matt, Suterheimet		FS
NSk-30	Matt, Weid		FS
NSk-31	Schwanden, Herrenbödeli		FS
NSk-32	Sool, Alp Fesis		FS
NSk-33	Sool, Felsstock		FS
NSk-34	Sool, Güetli		FS
NSk-35	Sool, Hoschet		FS
NSk-36	Sool, Obersool		FS
NSk-37	Sool, Wart		FS

4.2 Landschaftsförderung

A. Ausgangslage

Landwirtschaft und Landschaft

Die Landwirtschaft sorgt mit der Bewirtschaftung des Kulturlands für ökologische und visuelle Qualitäten. Die Landschaftspflege ist eine Leistung der Landwirtschaft, welche auch vermehrt ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangt. Damit die Landwirtschaft ihre wichtige Funktion für die Landschaftspflege wahrnehmen kann, ist sie auch auf gute Rahmenbedingungen angewiesen.

Die Sicherung der für die Landwirtschaft bestgeeigneten Böden vor einer Versiegelung durch Bauten und Anlagen ist eine Grundvoraussetzung, um die Landwirtschaft langfristig erhalten zu können. Die Sicherung dieser Flächen ist über den Sachplan Fruchtfolgeflächen des Bundes, die kantonale Richtplanung und mit den landwirtschaftlichen Vorranggebieten weitgehend geregelt.

Ein Interesse an einer planerischen Abstimmung hat die Gemeinde auch betreffend einer Bewirtschaftung, die über die Innere Aufstockung hinausgeht (intensivere Landwirtschaft), und bei den Standorten für neue landwirtschaftliche Bauten im Zusammenhang mit Aussiedlungen. Dies deshalb, weil Landwirtschaftsbetriebe zunehmend auch Einrichtungen und Bauten für weitere Arbeitstätigkeiten umfassen und sich so in manchen Fällen zu Gewerbestandorten ausserhalb der Bauzone entwickeln.

Landschafts-Fördergebiete

Aufgrund der Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen droht in gewissen Gebieten eine Aufgabe der Landbewirtschaftung. Namentlich die eher extensiv bewirtschafteten Gebiete sind aufgrund ihrer Qualitäten für die Erholung / den Tourismus und die Ökologie von Bedeutung. Diese befinden sich jedoch oft an Grenzertragslagen, die Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung ist in diesen Gebieten gefährdet.

Gebiete, die aus landschaftlichen und ökologischen Überlegungen langfristig bewirtschaftet werden sollen, werden im kommunalen Richtplan als „Landschafts-Fördergebiete" bezeichnet. Ziel ist der Erhalt der Eigenart, der Vielfalt, der Natürlichkeit und des Erholungswertes dieser Gebiete. Durch einen Rückzug der Landwirtschaft aus diesen Flächen sind diese Werte gefährdet.

Die Bezeichnung von Landschafts-Fördergebieten im kommunalen Richtplan stützt sich auch auf den Bericht zum Vernetzungsprojekt Glarus Süd (Stand 31. Mai 2010). Bezeichnet werden Gebiete, die heute bereits in einer extensiven Form bewirtschaftet werden, ökologisch und landschaftlich wertvoll sind, und bei welchen eine Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung mittel- bis langfristig gefährdet ist.

Wertvolle Kulturlandschaften

Wertvolle Kulturlandschaften sind gut erhaltene Landschaften mit traditioneller Prägung und intakten Kulturlandschaftselementen. Es lassen sich zwei Typen unterscheiden:

Wertvolle Kulturlandschaft mit kleinstrukturierten Landschaftselementen

Wertvolle Kulturlandschaften mit kleinstrukturierten Landschaftselementen zeichnen sich durch eine Vielzahl an ökologisch wertvollen Kleinstrukturen wie Hecken, Trockenmauern, oder Hochstamm-Obstgärten mit einem hohen ästhetischen Wert aus. Dies macht sie als Erholungslandschaften attraktiv. Durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft und die Siedlungsentwicklung ist der Erhalt dieser Kulturlandschaften zunehmend gefährdet. In Glarus Süd gibt es noch grössere Gebiete mit Strukturen der traditionellen Landwirtschaft, z.B. Hecken, Trockenmauern oder Stein-Lesehaufen. Diese Elemente sind wichtige Bausteine für eine ökologische Vernetzung und für die Ästhetik und den Erlebniswert der Landschaft. Diese Landschaftsqualität gilt es auch im Lichte der künftigen Agrarpolitik in Wert zu setzen und eine weitere Ausräumung dieser Landschaften zu vermeiden. Landschaftlich reizvoll sind auch die verschiedenen Arten von Alleen in Glarus Süd.

Wertvolle Kulturlandschaft mit Streusiedlungscharakter

Zu den wertvollen Kulturlandschaften gehören auch die traditionellen, bäuerlich geprägten Streusiedlungen. Der Umgang mit den traditionellen Streusiedlungsgebieten ist eine raumplanerische Herausforderung: Die Modernisierung der Wohn- und Ökonomiebauten und die Wahrung des baulichen Charakters dieser Heimwesen stehen oft in einem Zielkonflikt. Das Ziel aus landschaftlicher Sicht muss sein, die Heimwesen („Haus und Hof") als charakteristische Elemente der Streusiedlung so weiterzuentwickeln, dass der traditionelle Charakter gesamthaft erhalten bleibt. Dies bedingt auch die Sicherung der Bewirtschaftung der dazugehörigen Umgebung.

In Gebieten mit Streusiedlungscharakter ist eine Bauzonenausscheidung nur in den wenigsten Fällen möglich, da eine Ausscheidung meist zu Punktbauzonen führen würde, was nicht zulässig ist. Der Bund hat daher auch in der eidgenössischen Raumplanungsverordnung die Möglichkeit geschaffen, um für solche schutzwürdige Ensembles unter dem Titel der Standortgebundenheit Ausnahmen machen zu können (Art. 39 RPV). Der Kanton hat im Rahmen seiner Richtplanung 2004 Aussagen und Anforderungen zu sogenannt landschaftsprägenden Bauten formuliert (Art. 39 Abs. 2 RPV). Wenngleich dieser Richtplanteil vom Bund 2008 nicht genehmigt wurde, besteht aus Sicht der Gemeinde Glarus Süd hier der richtige Ansatz um die traditionelle Kulturlandschaft mit Streusiedlungscharakter in der Gemeinde Glarus Süd längerfristig sichern zu können.

Die Gemeinde bezeichnet daher in ihrem Richtplan und zuhanden der Nutzungsplanung die potenziellen Gebiete mit landschaftsprägend zu schützenden Bauten im Sinne von Art. 39 Abs. 2 RPV und setzt sich dafür ein, dass die entsprechenden Voraussetzungen auf Stufe kantonalem Richtplan geschaffen werden.

Waldweiden

Die traditionelle land- und forstwirtschaftliche Doppelnutzung von Waldflächen hat durch die Beweidung lichte Wälder entstehenden lassen. Diese sind bei Einheimischen und Gästen beliebt und aufgrund ihrer Lebensraumfunktion für die Biodiversität im Wald von Bedeutung. Die heutige Waldweidepraxis entspricht einer extensiven Form der Bewirtschaftung, bei der eine Beweidung durch Kühe, Ziegen oder Schafe während weniger Wochen im Sommer erfolgt (Sömmerungsverordnung des Bundes). Aufgrund ihres landwirtschaftlichen Reizes und grossen Artenvielfalt werden Waldweiden durch die Agrarpolitik 2014-17 gefördert. Wertvolle Waldweiden finden sich in den Gebieten Wieleschen, Chumis und Brätsch (Gebiet Braunwald). Rechtlich gelten die Waldweiden als Wald und nicht als landwirtschaftliche Flächen.

Waldwirtschaft

Der Wald ist Lebensraum für Tiere und Pflanzen, schützt Siedlungen und Verkehrsinfrastrukturen vor Naturgefahren, liefert den erneuerbaren Rohstoff Holz und bietet Raum für Erholung und Freizeitaktivitäten. Heute dehnt sich die Waldfläche aufgrund der Aufgabe von Land- und Alpwirtschaftsflächen aus.

Für den Umfang und die zulässige Nutzung des Waldes ist nicht der Richtplan, sondern die Waldgesetzgebung massgebend. Als Instrument für die Planung der Waldentwicklung dient der kantonale Waldplan. Dieser wird durch den kantonalen Forstdienst unter Mitwirkung der Bevölkerung erarbeitet. Der gültige Waldplan wurde 2004 von der Regierung erlassen.

Wichtige Inhalte des kantonalen Waldplans werden derzeit überarbeitet. Im Rahmen der kommunalen Richtplanung werden die Inhalte des Waldplans mit denjenigen der Richtplanung abgestimmt. Ein Koordinationsbedarf besteht namentlich im Bereich Tourismus und Erholung (siehe Kap. 4.4 Tourismus / Erholungswald).

B. Leitüberlegungen Landschaftsförderung

Ziel

Die landwirtschaftlich geprägten Kulturlandschaften sollen in ihrer Vielfalt, ihren Eigenarten und ihrer Natürlichkeit langfristig gesichert werden und so auch Räume mit hohem Erholungswert sein.

Grundsätze

a) In den für die landwirtschaftliche Bewirtschaftung besonders geeigneten Gebieten (Vorranggebiete Landwirtschaft) haben die vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzungen Priorität und können den aktuellen Bedürfnissen und Anforderungen entsprechend weiterentwickelt werden.

b) Die Kulturlandpflege in den Vorranggebieten für die Landwirtschaft zielt auch auf die Erhaltung der Eigenart, Vielfalt, Natürlichkeit und Erholungsqualität. Mithilfe von Vernetzungskonzepten wird die ästhetische und ökologische Qualität des Kulturlandes gefördert.

c) In bewirtschafteten Gebieten mit grossen landschaftlichen und/oder ökologischen Qualitäten, bei welchen die Sicherstellung der Bewirtschaftung und der Erhalt dieser Qualitäten gefährdet sind, wird eine nachhaltige Kulturlandpflege aufrechterhalten (Landschafts-Fördergebiete).

d) Aussiedlungen von Landwirtschaftsbetrieben haben möglichst landschaftsverträglich zu erfolgen und dürfen zu keinen wesentlichen Neuerschliessungen führen. Werden bestehende Landschaftsqualitäten geschmälert oder offene Freiräume beansprucht, sind Alternativen zu prüfen.

Spezielle Kulturlandschaften

e) Traditionelle Streusiedlungsgebiete werden so erhalten, dass Bauten und Kulturlandschaft eine Einheit bilden. Die bauliche Weiterentwicklung im Rahmen des Bauens ausserhalb der Bauzone ist mit dem Erhalt der Kulturlandschaft abzustimmen.

f) Besonders wertvolle Kulturlandschaften werden aufgrund ihres landschaftsästhetischen Wertes erhalten. Die Pflege und / oder Wiederherstellung der traditionellen Kulturlandschaftselemente wird gefördert und der traditionelle Landschaftscharakter bewahrt.

Intensivlandwirtschaft

g) Bauten und Landschaften zur bodenunabhängigen Produktion, die über die innere Aufstockung hinausgehen sind nur an hierfür günstigen Standorten und Gebieten möglich. Solche sind:

- Einzelstandorte: Anschliessend dem Siedlungsgebiet, v.a. Industrie- und Gewerbegebiete, landschaftlich nicht exponiert, weitgehend erschlossen, bereits visuell beeinträchtigte Gebiete.
- Standortgebiete: Möglichkeit der Bündelung von Anlagen, Möglichkeit der Einfügung der Topografie.
- Ausschlussgebiete: Gemäss kantonalem Richtplan sowie Gebiete nach e) und f).

C. Handlungsanweisung

Die Gemeinde sichert besonders geeignetes Landwirtschaftsland in der Nutzungsplanung.

Die Gemeinde sorgt im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür, dass die bewirtschafteten Gebiete mit grossen landschaftlichen und ökologischen Qualitäten, namentlich die im Richtplan bezeichneten Landschafts-Fördergebiete, langfristig nachhaltig bewirtschaftet werden.

Die Gemeinde sorgt im Rahmen der Nutzungsplanung dafür, dass die kleinstrukturierten Landschaftselemente in den besonderen Kulturlandschaften gemäss Richtplan so erhalten werden, dass Kulturlandschaft als solche längerfristig gesichert ist. Dies betrifft insbesondere Hecken, Trockenmauern und Bachläufe.

Die Gemeinde erfasst im Rahmen der Nutzungsplanung in den Gebieten mit Streusiedlungscharakter gemäss kommunalem Richtplan diejenigen Bauten und Ensembles, welche landschaftsprägend sind und als solche zusammen mit der Umgebung zu sichern sind. Sie sichert bei Umnutzungen die Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung des dazugehörigen Kulturlandes. Soweit Bauten Teil der traditionellen Kulturlandschaft sind, sind allfällige planerische Massnahmen betreffend der Bauten auf die Ziele der Landschaftsförderung abzustimmen.

D. Objekte

Landschafts-Fördergebiete

Nr.	Ortschaft / Gebiet	Hinweis	Koordinationsstand
LF-1	Haslen / Schwanden, Gebiet Tannenberg - Hüttenberg – Niederen	Erhaltung und Aufwertung der vorhandenen Flächen.	FS
LF-2	Mitlödi, Gebiet Holzbort	Erhaltung Heuwiesen und Weiterführung einer angepassten Nutzung.	FS
LF-3	Matt / Engi, Gebiet Weissenberg – Bruch	Sicherung einer angepassten Nutzung, d.h. im Teilgebiet Bruch einer nicht zu intensiven und in den Moorgebieten in den Weissenbergen einer nicht zu extensiven Nutzung.	FS
LF-4	Schwanden / Engi, Gebiet Wart, Wartstalden	Vorhandene extensiv genutzte Wiesen arrondieren und deren Qualität erhalten und aufwerten.	FS
LF-5	Elm, Gebiet Bischof	Erhaltung der grossen Heualpen mit der artenreichen Flora und Fauna.	FS
LF-6	Elm, Gebiet Jetz, Lauben, Niederen	Erhaltung der vorhandenen grossen extensiv genutzten Flächen.	FS

Besondere Kulturlandschaft mit kleinstrukturierten Landschaftselementen

KL-1	Rüti, Gebiet Glis	Hecken, Trockenmauern	FS
KL-2	Betschwanden, Gebiet Mettlen	Hecken, Trockenmauern	FS
KL-3	Hätzingen, Diesbach, Gebiet Schluchen, Loo	Hecken, Trockenmauern	FS
KL-4	Schwanden, Schwändi, Mitlödi	Hecken, Trockenmauern	FS
KL-5	Linthal, Auengüeter	Hecken, Trockenmauern	

Besondere Kulturlandschaften mit Streusiedlungscharakter

KS-1	Hinteres Sernftal	Sicherung der traditionellen Heimwesen und der Bewirtschaftung der traditionellen Kulturlandschaft, Erhalt der Kleinstrukturen (Hecken, Trockenmauern)	FS
KS-2	Linthal; Auengüeter	Siehe oben	FS

Waldweiden

WA-1	Braunwald, Wieleschen	Sicherung der Waldweiden	
WA-2	Braunwald, Chumis	Siehe oben	
WA-3	Braunwald, Brätsch	Siehe oben	

4.3 Aufwertung und Wiederherstellung

A. Ausgangslage

Gewässer

Als Gewässer werden Flüsse, Seen und Bäche bezeichnet. Offene Gewässer sind ein wichtiger Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Elemente einer vielfältigen Landschaft, dienen der ökologischen Vernetzung und sind Raum für Freizeit und Erholung. Renaturierte Flussräume sind zudem ein wirksamer Hochwasserschutz. Den Gewässern ist deshalb in ihrer natürlichen Form Sorge zu tragen bzw. bei verbauten Gewässern durch Renaturierungen wo immer möglich diese wiederherzustellen. Mit dem seit November 2011 in Kraft stehenden Gewässerschutzgesetz sind verschiedene Bestrebungen, den Gewässern wieder mehr Raum zu verschaffen, rechtlich verankert worden.

Im Kanton sind im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz verschiedene Projekte durchgeführt worden. Unter anderem sind in diesem Zusammenhang auch Gebiete bezeichnet worden, welche aufgrund des Hochwasserschutzes freizuhalten sind oder wo Auszonierungen vorzunehmen sind. Diese Gebiete stellen ein Potenzial zur Aufwertung dar.

Im Zuge der neuen Energiepolitik des Bundes wurden Instrumente zur Förderung von Kleinwasserkraftwerken geschaffen. Im Kanton bestehen bereits 132 Kleinwasserkraftwerke (Anlagen < 10 MW Leistung). Mit steigender Wirtschaftlichkeit dieser Anlagen nimmt auch der Druck auf die heute noch frei fliessenden Gewässer zu. In der Gemeinde Glarus Süd besteht ein in Bezug auf die Energieerzeugung aus Wasserkraft grosses Potenzial, und ein entsprechendes Interesse an der Nutzung einzelner Fliessgewässer ist vorhanden, dies nicht nur in Form von Grossprojekten (Linthal 2015), sondern auch in Form kleinerer Projekte. Aus landschaftlicher und ökologischer Sicht bergen solche Projekte jedoch auch die Gefahr eines Verlustes an natürlicher Dynamik und an der ökologischen Qualität der Fliessgewässer. Der Kanton hat diese Problematik erkannt und fordert im Richtplan Energie für Wasserfassungen und Wasserkraftanlagen in Gebieten, wo die Natur und die Landschaft Vorrang haben, eine gute Bewertung bei der Nachhaltigkeitsbeurteilung (Abstimmungsanweisung Nr. E2-5/1). Zusätzlich hat er im Richtplan spezielle Festlegungen für die Wasserkraftnutzung an der Linth und am Sernf erlassen (Abstimmungsanweisung Nr. E2-5/2).

Landschaftsbild - visuell belastete Gebiete

Das Umweltgut „Landschaft" umfasst auch den Aspekt des Landschaftsbildes, die sinnlich wahrnehmbare Erscheinung von Natur und Landschaft. Die Landschaft zu erleben umfasst nebst dem Visuellen aber auch noch andere Wahrnehmungen wie das Gehör oder den Geruch. Beeinträchtigungen des Landschaftserlebnisses können demnach auf unterschiedliche Art erfolgen. Sind Aspekte der Lärm- und Geruchsimmissionen über die Gesetzge-

bung auch quantifizierbar geregelt, bestehen hinsichtlich visueller Belastungen keine vergleichbaren Beurteilungsmöglichkeiten bei empfundenen Beeinträchtigungen.

Ein Landschaftsbild umfasst alle wesentlichen Elemente und Strukturen der Landschaft, ungeachtet ob sie historisch oder gegenwärtig, ob sie natürlich oder kulturbedingt entstanden sind. Das Landschaftsbild ist Ausdruck der Nutzungsintensität, sei dies durch Flächeninanspruchnahme, durch Nutzungsveränderungen, durch Veränderungen der Oberflächenformen, z. B. durch Aufschüttungen, und durch das Erstellen technischer Anlagen und Bauten oder weiterer standortgebundenen Einrichtungen.

Bauten und Anlagen in der Landschaft können einzeln oder in ihrem Zusammenwirken als visuelle Störung empfunden werden und die Landschaftswahrnehmung negativ beeinträchtigen. Ob eine Anlage und Einrichtung oder das Zusammenwirken mehrerer Anlagen visuell beeinträchtigt, hängt stark von ihrer Einsehbarkeit ab und kann je nach Ausprägung z. B. von Relief, Strukturierung des Raumes und natürlichen Sichtschutzelementen sehr unterschiedlich sein. Exponierte, weiträumigere und offene Lagen sind in der Regel dahingehend empfindlicher. Die Frage der visuellen Beeinträchtigung stellt sich in Glarus Süd vor allem im intensiv genutzten Talboden, wo auch ausserhalb der eigentlichen Bauzone eine Vielzahl von Bauten und standortgebundenen Einrichtungen steht.

Ebenso sind visuelle Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes bei Einrichtungen mit grösserer Höhe wie Masten und Übertragungsleitungen, bei grossvolumigen Hochbauten oder bei Windkraftanlagen in der Regel grösser als bei Einrichtungen, die wenig in die Höhe gehen.

Im Zusammenhang mit Erneuerungen von Versorgungseinrichtungen bzw. der Aufgabe bisheriger Einrichtungen oder auch im Zusammenhang mit Nutzungsaufgaben in der Landwirtschaft gibt es immer wieder Möglichkeiten, in visuell belasteten Landschaften eine Verbesserung zu erzielen.

B. Leitüberlegungen

Ziele

Die Gewässer und anliegende Räume sind Teil eines ökologischen Netzwerkes und bleiben als Erholungsraum erhalten. Wo die Möglichkeit besteht, werden sie in ihrer ökologischen Qualität und hinsichtlich des Hochwasserschutzes aufgewertet.

Grundsätze Gewässer

a) Gewässeraufwertungen und Ausdolungen erfolgen primär dort, wo der Nutzen für die Ökologie und die Erholungssuchenden am grössten ist.
Gewässerrevitalisierungs-Projekte werden nach Möglichkeiten des Ersatzmassnahmenpools (Kap. 4.1) unterstützt.

b) Projekte zur Aufwertung der Gewässer und deren Uferbereiche sind zeitlich und in der Sache mit allfälligen Landschaftsentwicklungskonzepten, Vernetzungsprojekten, der Waldplanung und der Gefahrenabwehr zu koordinieren.

c) Die Wertschöpfung aus der Wasserkraft soll primär durch Erneuerungen und durch Effizienzverbesserungen erhöht werden. Der Betrieb der bestehenden Werke wird gewährleistet.

Grundsätze visuell belastete Gebiete

d) Bauten und Anlagen in der offenen Landschaft (technische Bauten, Landwirtschaftsbauten o.a.) sind nach Möglichkeit so zu platzieren und zu gestalten, dass das Landschaftsbild möglichst wenig geschmälert wird.

e) Nicht mehr genutzte Bauten und Anlagen sind nach Möglichkeit zurückzubauen. Im Zuge der Erstellung eines Nachfolgebauwerkes sind die Bauten zurückzubauen.

C. Handlungsanweisungen

Die Gemeinde prüft die Potenziale zur Aufwertung der Gewässer an namentlich auch aus Sicht des Hochwasserschutzes für eine Besiedlung nicht geeigneten Gebieten.

Nach Vorliegen der kantonalen Anforderungen für Wasserfassungen an der Linth und am Sernf prüft die Gemeinde die Ausscheidung von Ausschlussgebieten für die Wasserkraftnutzung an diesen Gewässern und sichert dies in der Nutzungsplanung.
Die Gemeinde prüft im Rahmen der Nutzungsplanung die Bezeichnung auch weiterer Ausschlussgebiete für die Wasserkraftnutzung, insbesondere solche im Zusammenhang mit Wasserfällen.

Die Gemeinde sorgt im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür, dass nicht mehr genutzte Bauten und Anlagen im Zuge der Erstellung des Nachfolgebauwerks zurückgebaut werden.

Die Gemeinde sichert im Rahmen der Nutzungsplanung eine überzeugende Einordnung der Bauten ausserhalb der Bauzone in die Landschaft generell und sichert die Reversibilität der Standorte bei einer Betriebsaufgabe bzw. einer fehlenden Nachfolgenutzung.

D. Objekte

Keine Objekte

4.4 Tourismus

A. Ausgangslage

Allgemein

Der Tourismus ist ein wichtiges Standbein für die Gemeinde Glarus Süd. Er generiert Einkommen und schafft Arbeitsplätze. Damit leistet er einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Lokalstrukturen (Gewerbe, Handwerk, Läden) und zur Wahrung des kulturellen Erbes (Landschaft, Brauchtum). Verschiedene Akteure sind an der Ausgestaltung des touristischen Angebots beteiligt. Zu den wichtigsten Leistungsträgern gehören die Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe, die Bergbahnen, die Transportunternehmen sowie die Gemeinde, welche ebenfalls wichtige Infrastrukturen für die Gäste bereitstellt.

Den Gästen und Ortsansässigen stehen heute zahlreiche Angebote im Bereich des Winter- und Sommersports zur Verfügung. Auch die in Glarus Süd vorhandenen Einrichtungen wie Freibäder oder Tennisplätze sind - wenn auch ausserhalb der touristischen Kerngebiete gelegen - wertvoll für den Tourismus. Neben der vorhandenen Sportinfrastruktur ergänzt auch ein kleines Kulturangebot die touristische Angebotspalette.

Eine Besonderheit von Glarus Süd sind die vielen mit Bahnen erschlossenen Ausflugsziele. Die vielseitige Landschaft mit einem Nebeneinander von wildromantischen Naturräumen und lieblich-gepflegten Kulturräumen trägt das ihre zur touristischen Nachfrage bei.

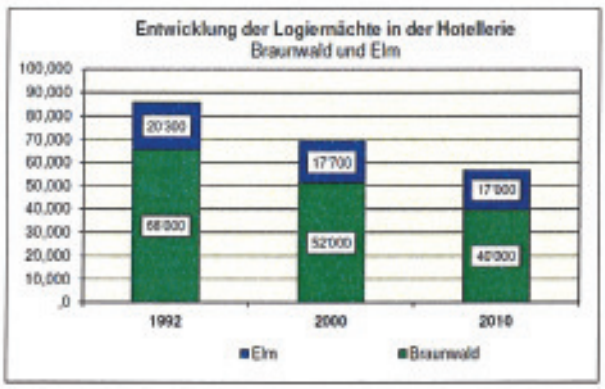
Glarus Süd verfügt insgesamt über gute Voraussetzungen für einen funktionierenden Tourismus. Dazu gehören auch die Nähe zum Ballungsraum Zürich, die gute Erschliessung durch den öffentlichen und motorisierten Verkehr und auch das vorhandene UNESCO-Label.

Struktur und Entwicklung des Tourismus in Glarus Süd

Touristische Kerngebiete

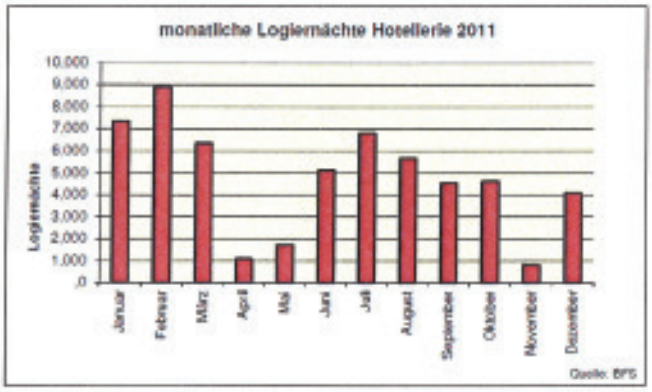
In Braunwald und Elm befinden sich die touristischen Kerngebiete von Glarus Süd. Beide Orte verfügen über ein Bergbahnangebot mit Winter- und Sommerbetrieb, verschiedene Beherbergungsformen und einen kleinen kommerziellen touristischen Kern.

Drei Viertel der jährlich rund 60'000 Logiernächte in der Hotellerie werden in Braunwald generiert, ein Viertel der Logiernächte entfällt auf Elm. Das Bettenangebot in der Hotellerie umfasst rund 550 Betten. Die Logiernächte in der Hotellerie sind in den letzten 20 Jahren merklich zurückgegangen.

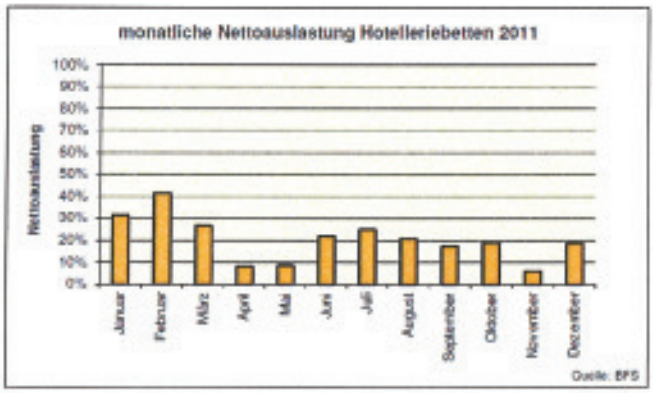


Die touristische Nachfrage, gemessen an den monatlichen Übernachtungen in der Hotellerie, unterliegt ausgeprägten saisonalen Schwankungen, welche jedoch für touristische Orte im ländlichen Raum nicht ungewöhnlich sind.

2011 fiel die Nachfrage in den Wintermonaten Januar und Februar am höchsten aus (7000 bzw. 9000 Übernachtungen). Weniger Logiernächte wurden in den einzelnen Sommermonaten generiert. Insgesamt wurden während der Sommersaison (Juni – Oktober) jedoch ähnlich viele Logiernächte wie während der Wintersaison generiert.



Die Kapazitäten in der Hotellerie wurden bei weitem nicht ausgeschöpft, die Nettoauslastung[1] belief sich in der Sommersaison auf unter 25 Prozent, einzig im Februar waren über 40 Prozent der Betten belegt.



Diese Unterbelegung ist auch darauf zurückzuführen, dass heute bei der Hotellerie sowie generell bei der Beherbergungsinfrastruktur insgesamt ein erheblicher Erneuerungsbedarf besteht, und die Qualität der Beherbergungsangebote heutigen Bedürfnissen nicht mehr völlig gerecht wird. Die abnehmenden Logiernächtezahlen sind ebenfalls Ausdruck davon.

Die Hotellerie ist von grosser Bedeutung für die Aufrechterhaltung der touristischen Wertschöpfung. Eine gesunde Hotellerie ermöglicht einen wertschöpfungsstarken Übernachtungstourismus, von welchem auch nicht direkt touristische Branchen in der Region profitieren (z.B. Zulieferbetriebe). Auch die vorhandenen Zweitwohnungen, welche in Braunwald 70 Prozent des Gesamtwohnungsbestands ausmachen, tragen zur Grundauslastung der Tourismusinfrastruktur bei. Der regionalwirtschaftliche Input der Zweitwohnungen hängt jedoch massgeblich von der Belegungsdauer ab. Ziel der Destinationen muss es sein, die durchschnittliche Belegungsdauer der Zweitwohnungen dauerhaft zu erhöhen.

[1] Bei der Nettoauslastung werden nur die geöffneten Betriebe berücksichtigt.

Weitere touristische Gebiete

Nebst den beiden touristischen Kerngebieten Braunwald und Elm, in welchen die Tourismuswirtschaft den Haupterwerbszweig bildet, befinden sich weitere kleinere touristische Gebiete in Glarus Süd. Diese sprechen aufgrund ihres Angebotsprofils insbesondere Tagesgäste an und dienen der ortsansässigen Bevölkerung als Naherholungsgebiete. Zu diesen weiteren touristisch intensiver genutzten Orten gehören die Weissenberge und Mettmen. Im Talboden gibt es bis auf einzelne punktuelle Angebote keine eigentlichen intensiver touristisch genutzten Räume.

Aufgabe des kommunalen Richtplans

Touristische Bauten und Anlagen haben Auswirkungen auf die Nutzung und Gestaltung des Raums. Namentlich bei grösseren touristischen Vorhaben, welche zu einer flächigen Inanspruchnahme des Raums führen, ist eine Koordination mit den Interessen des Natur- und Landschaftsschutzes, der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung, der Alp- und Landwirtschaft und der Forstwirtschaft unabdingbar. Der Richtplan dient der Koordination solcher Vorhaben, indem er raumbezogene Entwicklungsstrategien definiert und behördenverbindlich sichert und indem er nicht gelöste Interessenskonflikte offenlegt. Er schafft damit auch räumlich abgestimmte Rahmenbedingungen für Optimierungen und Investitionen.

Im kantonalen Richtplan wurden gestützt auf bisherige Richtplaneinträge und das Landschaftsverzeichnis Gebiete mit intensiver bzw. extensiver touristischer Nutzung sowie touristische Ausschlussgebiete ausgeschieden (siehe Kantonaler Richtplan 2004, L2-1).

Wenngleich die touristischen Gebiete im kantonalen Richtplan bzw. im Rahmen des entsprechenden Verfahrens festgelegt werden, ist eine räumliche Abstimmung dieser Gebiete mit weiteren Richtplanfestlegungen des kommunalen Richtplans gefordert. Dies führt gezwungenermassen auch zu Anpassungen im kantonalen Richtplan. Im Rahmen des kommunalen Richtplans werden namentlich die touristischen Intensiverholungsgebiete soweit erforderlich angepasst.

Touristische Intensivgebiete

Gemäss kantonalem Richtplan sind in den Intensivgebieten diejenigen Erholungsnutzungen vorzusehen, welche auf das Vorhandensein grösserer Bauten und Anlagen angewiesen sind (touristische Transportanlagen, spezielle Freizeitanlagen, Gastronomiebetriebe und Unterkünfte). Die Organisation solcher Nutzungen innerhalb eines begrenzten Raums führt zu einer aus landschaftlicher und ökologischer Sicht erwünschten Konzentration störungsintensiver Nutzungen und führt auch zu verbesserten Synergiemöglichkeiten (Kosten, Nutzungen) innerhalb des touristischen Gebietes. Dies entspricht den Strategieüberlegungen des Raumkonzepts Glarus Süd, wonach kostenintensive touristische Einrichtungen in Braunwald und Elm in definierten Räumen konzentriert werden.

Touristische Intensivgebiete wurden in Braunwald und Elm im Bereich der heute bereits touristisch erschlossenen Gebiete (grossflächige Ausscheidung) sowie in den Weissenbergen ausgeschieden (kleinflächige Ausscheidung). In Braunwald (Chnügrat / Oreplatte) und Elm (Blistöcke) sind zusätzlich potenzielle Erweiterungsgebiete im Koordinationsstand Vororientierung ausgeschieden.

Im Rahmen der Erarbeitung des kommunalen Richtplans werden die Gebietsausscheidungen des kantonalen Richtplans präzisiert. Dort, wo die Anpassung über die Präzisierung hinausgeht, werden die Anpassungen als Aufhebung deklariert (Weissenberge, Elm). Ebenfalls aufgehoben werden nicht mehr erforderliche Räume für Erweiterungsoptionen (siehe Objektliste D).

Touristische Extensivgebiete

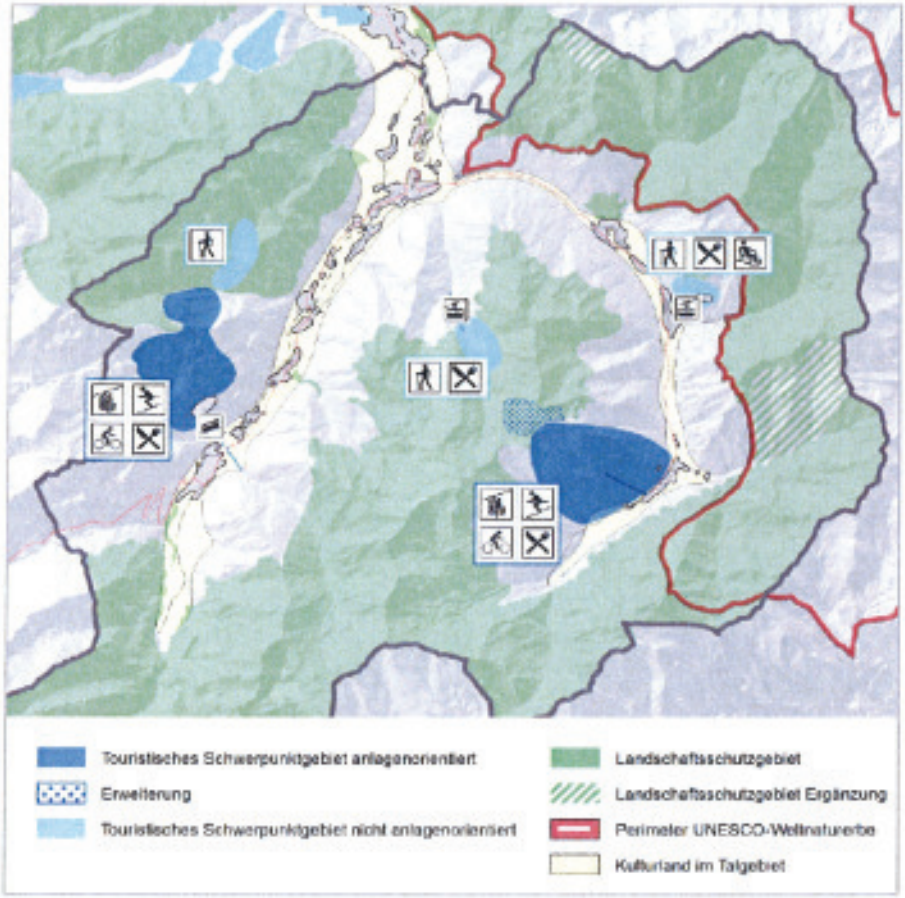
Touristische Extensivgebiete sind gemäss kantonalem Richtplan landschaftlich reizvolle Erholungsgebiete, welche sich für „ruhigere", extensivere Nutzungen eignen. Kleinere touristische Bauten und Anlagen können in diesen Gebieten weiterhin vorgesehen werden. Nicht zulässig ist jedoch die Errichtung neuer touristischer Bauten und Anlagen. Diese Gebiete eignen sich daher insbesondere für Aktivitäten wie Wandern, Mountainbiken, Langlaufen, Schneeschuhlaufen und Schlitteln.

Entlang der linken Talseite des Grosstals wurde ein touristisches Extensivgebiet ausgeschieden, das sich vom Urnerboden bis nach Schwändi erstreckt (siehe Abbildung 4). In diesem Gebiet verlaufen einige Wander- und Mountainbikerouten sowie im Winter auch Langlaufloipen, zudem befinden sich einige Gasthäuser im Bereich dieses „Korridors". In Mettmen wurde ebenfalls ein Extensivgebiet ausgeschieden.

Touristische Ausschlussgebiete

Touristische Ausschlussgebiete sollen gemäss kantonalem Richtplan in ihrem heutigen Zustand ungeschmälert erhalten bleiben. In diesen Räumen erwünscht sind nur sehr ruhige Nutzungen (Wandern, Bergsteigen), touristische Infrastrukturen sollen einzig im Bereich der Gastwirtschaft möglich sein. Die Abgrenzung der Ausschliessgebiete orientiert sich an den Landschaften von regionaler und nationaler Bedeutung, welche im Grundsatz als Landschaftsschutzgebiete im kantonalen Richtplan bezeichnet sind.

Der Grossteil der Ausschlussgebiete in Glarus Süd ist bereits Teil einer Landschaftsschutzzone gemäss Ortsplanung. Neben den Ausschlussgebieten stellen auch die Wildruhegebiete faktische Ausschlussgebiete dar (siehe Kantonaler Richtplan L4-4).



Schemakarte touristische Gebiete und Landschaftsschutz

Agrotourismus / touristische Nutzung der Alpen

Mit dem Begriff Agrotourismus werden touristische Angebote auf landwirtschaftlichen Betrieben und Alpen beschrieben, welche auf das authentische Erleben der Landwirtschaft ausgerichtet sind. Agrotouristischen Angebote umfassen Übernachtungsmöglichkeiten, die Gästebewirtschaftung sowie die Organisation von Veranstaltungen und Erlebnisangeboten. Vereinzelt werden heute auf den Landwirtschafts- und Alpbetrieben in Glarus Süd bereits Dienstleistungen im Bereich des Agrotourismus angeboten. Diese können für die Anbieter eine interessante zusätzliche Einnahmequelle darstellen. In vielen Betrieben in Glarus Süd ist ein authentisches Erleben einer naturnahen, kleinbäuerlichen Familienlandwirtschaft noch möglich.

Aus raumplanerischer Sicht stellen sich Fragen im Zusammenhang mit der Umnutzung von Alpbetrieben aufgrund einer nicht mehr rentablen Alpwirtschaft oder einer Alpaufgabe. Dabei stehen Fragen nach der Art der Umnutzung und den dafür geeigneten Standorten und Gebieten im Zentrum. Im kommunalen Richtplan werden nicht abschliessend die Standorte bestimmt, welche sich für einen Ausbau des Agrotourismus bzw. für eine touristische Nutzung der Alpen eignen oder eben nicht. Der Richtplan legt jedoch Grundsätze fest, welche die Stossrichtung in Bezug auf die touristische Nutzung von Alpen vorgeben sollen.

Einrichtungen für den Tourismus und die Naherholung im Wald

Wälder sind attraktive naturnahe Naherholungsräume, welche ein besonderes Naturerlebnis bieten. Freizeit- und Erholungsnutzungen im Wald können sich jedoch auch negativ auf das Ökosystem Wald und den Forstbetrieb auswirken.

Abgestimmt auf die Waldplanung werden im kommunalen Richtplan Wälder mit expliziter Erholungsfunktion bezeichnet. Die Bezeichnung dieser Wälder erfolgt namentlich im Bereich des Talbodens und in den touristischen Orten wo eine erhöhte Anzahl und Frequenz von Erholungssuchenden vorhanden ist. Die Aufrechterhaltung der Attraktivität und dieser Wälder für die Naherholung ist im Interesse der Gemeinde. Entsprechend soll es auch möglich sein, an diesen Orten Erholungseinrichtungen Feuerstellen mit Infrastruktur, Aussichtseirichtungen, Klettereinrichtungen o.a.).zu realisieren. Entsprechende Standorte ausserhalb des Erholungswaldes werden als Einzelstandorte bezeichnet.

B. Leitüberlegungen Tourismus

Ziele

Der Tourismus ist eine wirtschaftliche Stütze für Glarus Süd. Mit einer zeitgemässen Beherbergung und attraktiven Einrichtungen und Angeboten wird eine grösstmögliche regionale Wertschöpfung angestrebt.

Das touristische Angebot wird unter Berücksichtigung der regionalen Potenziale und Eigenheiten gezielt und bedarfsgerecht weiterentwickelt. Die Weiterentwicklung zielt auf eine höhere Angebotsqualität, eine verbesserte Auslastung der Infrastrukturen und eine Erhöhung der regionalen Wertschöpfungswirkung.

Die touristische Nutzung der Alpen leistet einen Beitrag zum Erhalt der Alpwirtschaft und der Alpkultur und fördert die Verbesserung der Wertschöpfung der Alpbetriebe. Die Landwirtschaft wird in ihrem Anliegen zur Bereitstellung eines agrotouristischen Angebots soweit möglich unterstützt.

Grundsätze

a. Die Errichtung touristischer Infrastrukturen für Winter- und Sommernutzungen erfolgt abgestützt auf die im Kantonalen Richtplan definierten Räume (Intensivgebiete, Extensivgebiete, Ausschlussgebiete).

b. Touristische Transport- und Freizeitanlagen sind unabhängig von ihrer Gebietszugehörigkeit (Intensivgebiete, Extensivgebiete, Ausschlussgebiete) gut einzuordnen. Massgebend für die Einordnung in das Landschaftsbild sind Standort und Gestaltung.

c. Die Hauptzutritte zu den Intensivgebieten werden optimal an das öffentliche Verkehrsnetz angebunden.

d. Einrichtungen für den Tourismus und die Naherholung im Wald beschränken sich auf die im Richtplan bezeichneten Erholungswälder.

Grundsätze Agrotourismus / touristische Nutzung der Alpen

e. Die Umnutzung von Alpbauten zu touristischen Zwecken erfolgt hinsichtlich Intensität und Umfang in Abstimmung mit den räumlichen Entwicklungsstrategien gemäss kantonalem Richtplan L2-1.

f. Vorhaben im Zusammenhang mit der agrotouristischen Nutzung von Alpen bzw. der Umnutzung von Alpgebäuden infolge einer Bewirtschaftungsaufgabe erfüllen folgende Anforderungen:
- Gute Lage in Bezug auf das Wanderweg- und Mountainbikenetz.
- Keine neuen Gebäude für die touristische Nutzung.
- Bewahrung der architektonischen Qualität bezüglich Gestalt und Materialisierung.
- Projekt darf zu keinen neuen Erschliessungsstrassen führen. Ausgenommen sind punktuelle Ausbauten bestehender Erschliessungen soweit dies aufgrund der Sicherheit notwendig ist.

Erholungswald

g. In Erholungswäldern sind die forstlichen Massnahmen auf die Erholungsbedürfnisse auszurichten. Starke forstwirtschaftliche Eingriffe mit Veränderungen sind nicht erwünscht. Einrichtungen für die Naherholung sind an geeigneten Standorten und abgestimmt auf das Wegenetz zusammenzufassen.

C. Handlungsanweisungen

Die Gemeinde sorgt im Rahmen der Nutzungsplanung mit entsprechenden Zonen und abgestützt auf die Grundsätze a) – c) dafür, dass in Intensiv- und Extensivgebieten touristische Bauten, Anlagen und Einrichtungen soweit möglich konzentriert und an den bestgeeigneten Standorten erstellt werden.

Die Gemeinde sorgt dafür, dass Bauvorhaben im Zusammenhang mit Anlagen und Einrichtungen der Freizeit und Erholung im Wald früh in Abstimmung mit den Forstorganen erfolgt.

D. Objekte

Touristische Intensiv- und Extensivgebiete

Siehe Richtplaneinträge Kantonaler Richtplan 2004 (L2-1 und L4-4).

Touristische Intensivgebiete – Aufhebungen
Information zuhanden kantonales Verfahren

Nr.	Ortschaft / Gebiet	Hinweis	Koordinationsstand
TI-1	Elm: Gebiet Plangg	Aufhebung des bestehenden Intensivgebiets im Gebiet Plangg (siehe Planeintrag).	FS
TI-2	Braunwald: Erweiterung Intensivgebiet im Raum Chnügrat / Oreplatte	Verzicht auf eine Erweiterung. Streichung des Objekts (bisher Vororientierung).	FS
TI-2	Weissenberge	Verzicht auf Festlegung als Intensivgebiet. Einrichtungen für sanfte touristische Nutzungen (z.B. Kinderlift, Anlagen Schlittelbahn) weiterhin möglich.	FS

Erholungswälder

EW-1	Braunwald, Eggwald		FS
EW-2	Braunwald, Figiberg		FS
EW-3	Braunwald, Grantenboden		FS
EW-4	Braunwald, Niderschlacht		FS
EW-5	Elm, Chilchenwald		FS
EW-6	Elm, Empächli		FS
EW-7	Elm, Gandwald	Nur soweit mit dem Waldreservat vereinbar; die Funktion als Waldreservat hat Vorrang.	FS
EW-8	Elm, Längboden		FS
EW-9	Elm, Unterbach		FS
EW-10	Haslen, Chrottäwäldli		FS
EW-11	Linthal, Bann		FS
EW-12	Linthal, Durnagel		FS

EW-13	Mitlödi, Hetschis - Sööli		FS
EW-14	Mitlödi, Lassingen - Rüti		FS
EW-15	Mitlödi, Spältiwald		FS
EW-16	Rüti, Hölzliwald		FS
EW-17	Schwanden, Eichwald		FS
EW-18	Schwanden, Enneteggen		FS
EW-19	Schwanden, Garichti		FS

Einzelstandorte Naherholung

EN-1	Elm, Chilchenwald		FS
EN-2	Elm, Empächli		FS
EN-3	Engi, Allmeind		FS
EN-4	Linthal, Bann		FS
EN-5	Mitlödi, Burg Sola		FS
EN-6	Schwanden, Aussichtsturm Schwanderberg		FS
EN-7	Schwanden, Bitzi		FS

E. Planungsverfahren und Mitwirkung Kap. 4

Erarbeitung:	Die Erarbeitung des kommunalen Richtplans erfolgte 2012 durch eine vom Gemeinderat eingesetzte Projektgruppe. Diese hat den Entwurf am 27. November 2012 zuhanden des Gemeinderats verabschiedet. Der Gemeinderat hat den Entwurf beraten und in der Sitzung vom 31.01.2013 zuhanden der 1. öffentlichen Mitwirkung verabschiedet.
1. öffentliche Mitwirkung:	In Anlehnung an Art. 7 RBG erfolgte vom 11. März bis zum 30. April 2013 die 1. öffentliche Mitwirkung. Zu Beginn der öffentlichen Mitwirkung wurden in Matt, Linthal und Schwanden Informationsveranstaltungen durchgeführt. Während der Mitwirkung lagen die Unterlagen bei der Gemeindeverwaltung auf und konnten unter www.glarus-sued.ch / „Aktuelles" bezogen werden.
Vorprüfung	Gleichzeitig zur 1. öffentliche Mitwirkung erfolgte die Vorprüfung durch die kantonalen fachstellen.
Anpassungen:	Die Behandlung der eingegangenen Wünsche und Anträge aus der öffentlichen Mitwirkung sowie der Vorprüfung sind im Bericht „Richtplanung, Bericht zu den Wünschen und Anträgen" dokumentiert.
2. öffentliche Mitwirkung	Infolge der Anpassungen aufgrund der 1. öffentlichen Mitwirkung und der Vorprüfung wurde der kommunale Richtplan während 30 Tagen vom 8. November bis zum 7. Dezember 2013 ein zweites Mal zur öffentlichen Mitwirkung aufgelegt. Eine formelle Einsprache kann nicht eingereicht werden. Während der Mitwirkung lagen die Unterlagen bei der Gemeindeverwaltung auf und konnten unter www.glarus-sued.ch / „Aktuelles" bezogen werden.
Anpassungen:	Die Behandlung der eingegangenen Wünsche und Anträge aus der öffentlichen Mitwirkung sind im Bericht „Richtplanung, Bericht zu den Wünschen und Anträgen" dokumentiert.
Genehmigung:	Die Genehmigung durch die Gemeindeversammlung erfolgte am 20. Juni 2014.

Gemeindeversammlung 20.06.2014

5 Verkehr

Von der Gemeindeversammlung genehmigt am: .....

Der Gemeindepräsident

.....

Der Gemeindeschreiber

.....

Vom Departement Bau und Umwelt genehmigt am: .....

Röbi Marti, Regierungsrat: .....

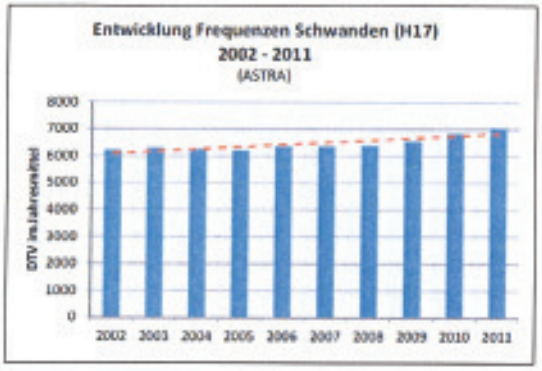
Stauffer & Studach AG
CH-7000 Chur • Alexanderstrasse 38
Fon +41 (0)81 258 34 44 • Fax +41 (0)81 258 34 40
Mail info@stauffer-studach.ch

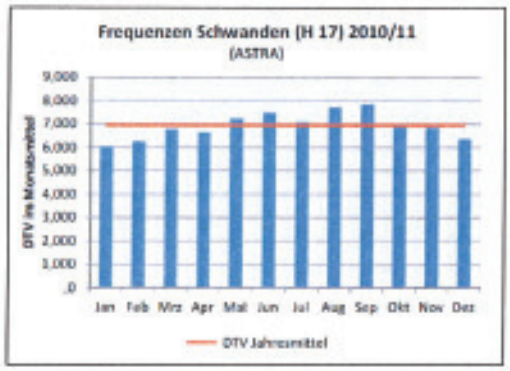
A. Ausgangslage

Verkehrsaufkommen und –entwicklung

Die Gesamtmobilität in Glarus Süd hat trotz der rückläufigen Bevölkerungszahl und der stagnierenden Beschäftigtenzahl zugenommen. Der Strassenverkehr in Glarus Süd weist gemäss Daten der Verkehrszählstelle in Schwanden Nord (H17) folgende Merkmale auf:

- Das Verkehrsaufkommen in Schwanden Nord hat seit dem Jahr 2002 um über 13 Prozent bzw. rund 800 Fahrten pro Tag zugenommen. Ein beträchtlicher Anstieg des Verkehrsaufkommens erfolgte ab dem Jahr 2009.
- Der durchschnittliche Tagesverkehr DTV in Schwanden Nord beläuft sich auf knapp 7'000 Fahrten (Jahr 2011). Etwas über dem Durchschnitt bewegt sich das Verkehrsaufkommen an Werktagen, deutlich weniger Fahrten werden hingegen an Sonntagen gemessen. Das Verkehrsaufkommen an Samstagen erreicht Werte knapp unterhalb des DTV.
- Das Verkehrsaufkommen in Schwanden Nord ist im Jahresverlauf Schwankungen ausgesetzt. Am grössten ist das Verkehrsaufkommen während der Sommer- und Herbstmonate, wenn der Klausenpass Durchgangsverkehr generiert. Auch die jährlichen Spitzentage mit bis zu 9'500 Fahrten fallen in diesen Zeitraum. Am geringsten ist das Verkehrsaufkommen in den Wintermonaten.





Die aufgezeigte Verkehrsentwicklung wirkt sich negativ auf den Wohn- und Wirtschaftsstandort Glarus Süd aus. Einerseits haben die Verkehrszunahme und die heute während den täglichen Spitzenstunden bereits prekäre Verkehrssituation im Glarner Mittel- und Vorderland eine Verschlechterung der strassenseitigen Erreichbarkeit von Glarus Süd zur Folge. Als Produktionsstandort mit einem grossen Pendler-Einzugsgebiet ist Glarus Süd auf eine gute strassenseitige Erreichbarkeit angewiesen. Eine schlechtere Erreichbarkeit wirkt sich auch nachteilig auf die Standortgunst des Wohnstandorts Glarus Süd aus. Andererseits führt eine Verkehrszunahme zu einer weiteren Abwertung von Wohnlagen entlang der Hauptstrasse, namentlich die Strassendörfer im Grosstal sind von zusätzlichen Lärm- und Schadstoffimmissionen betroffen.

Planungsgrundlagen

Unter der Federführung des Kantons ist in einer breit abgestützten Zusammenarbeit ein Mobilitätskonzept für den Kanton Glarus erarbeitet worden („Mobilitätskonzept Glarnerland", genehmigt im Juni 2006). Das Konzept befasst sich mit Strategien, welche auf einer überkommunalen Planungsstufe anzugehen sind (Sachplan Bund, kantonale Planungen), zeigt jedoch auch auf, inwiefern die Gemeinden zu dessen Umsetzung beitragen können. Der kantonale Richtplan stützt sich auf diese Grundlage.

Die gemäss Mobilitätskonzept und Richtplan vorgesehenen infrastrukturellen und organisatorischen Massnahmen betreffen die Gemeinde Glarus Süd direkt (Optimierung Umsteigeknoten Schwanden, Halbstundentakt Ziegelbrücke-Schwanden) und indirekt (Umfahrung Näfels, Netstal, Glarus). Im kommunalen Richtplan werden nur Inhalte mit Bezug zum Verkehr festgelegt, welche im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde liegen. Es sind dies:

- die Nahtstellen zwischen den Verkehrsträgern (Park & Ride),
- die Strassenraumgestaltung (Behandlung im Kapitel 3 Siedlung),
- der Langsamverkehr.

Nahtstellen zwischen den Verkehrsträgern (Park & Ride)

Der kantonale Richtplan und das Raumkonzept Glarus Süd legen die Erhöhung des öV-Anteils am Gesamtverkehr als strategisches Ziel fest. Einen wichtigen Beitrag zur Attraktivitätssteigerung und Förderung des öffentlichen Verkehrs soll mit einer Verbesserung der Nahtstellen zwischen den Verkehrsträgern (Umsteigeknoten, Haltestellen) geleistet werden. Die Gemeinden werden aufgefordert, die Qualität der Umsteigeknoten und Haltestellen des öffentlichen Verkehrs zu überprüfen und die Verbesserung der Transportkette zu fördern (kantonaler Richtplan V3-3).

Eine Möglichkeit zur Verbesserung der Transportkette in Glarus Süd stellt die Einrichtung von Park & Ride-Angeboten an gut bedienten Bahnhaltstellen dar. Mit Park & Ride kann der öffentliche Verkehr bei der Feinerschliessung unterstützt werden. Das Angebot dient der Arbeits- und Freizeitmobilität.

Die Gemeinde Glarus Süd prüft die Einrichtung von Park & Ride-Anlagen an ausgewählten Bahnhaltestellen. Im kommunalen Richtplan werden vier Standorte für Park & Ride festgelegt (siehe Objekte D).

Strassenraumgestaltung

Die Strassenraumgestaltung dient der Verkehrsberuhigung, der optischen Aufwertung eines Raums und der Verbesserung der Aufenthaltsqualität. Der planerische Ansatz besteht darin, Verkehr und Siedlung gesamthaft zu behandeln und den Verkehrsraum als Ganzes anzugehen, das heisst als Verbindungsbereich, als Erschliessungsanlage und als Aufent-

haltsort. Eine Strassenraumgestaltung ist für das Zentrumsgebiet in Schwanden und allenfalls für weitere Ortszentren vorgesehen (siehe Handlungsanweisung Kap. 3.1).

Langsamverkehr

Der Velo- und Fussgängerverkehr sowie andere Formen des nichtmotorisierten Verkehrs (Wandern, Mountainbike, Langlaufen, Inlineskaten) werden mit dem Begriff „Langsamverkehr" zusammengefasst. Die Wege für den Langsamverkehr bilden zusammen ein Langsamverkehrsnetz.

In Glarus Süd steht dem Langsamverkehr heute ein vielfältiges, weitgehend zusammenhängendes Netz zur Verfügung:

- Innerhalb der Siedlungsgebiete dienen Fusswege dem Langsamverkehr. Das Fusswegnetz kann bezüglich Attraktivität und Sicherheit noch optimiert werden, so z.B. durch eine Strassenraumgestaltung. Insbesondere im Zusammenhang mit dem Thema Schulwege ist zu überprüfen, wie eine möglichst sichere Abwicklung des Langsamverkehrs innerhalb der Siedlungen erfolgen kann.
- Im Talboden des Grosstals und Sernftals verlaufen durchgehende, signalisierte Radwege, welche die Ortschaften miteinander verbinden und an die Bahnhaltestellen anknüpfen. Die Radwege verlaufen abseits der kantonalen Hauptstrassen. Diese Wege dienen dem Berufs- und Schülerverkehr gleichermassen wie der Erholung und dem Tourismus.
- Das Wanderwegnetz ist gut ausgebaut und erschliesst eine Vielzahl an attraktiven Landschaftsräumen. Dieses steht grundsätzlich auch den Mountainbikern zur Verfügung. Die Wanderwege dienen in erster Linie der Erholung und dem Tourismus.
- Für die Mountainbiker sind spezifische Routen ausgeschildert. Der Sport soll auch auf Radrouten und Wanderwegen ausgeübt werden können. Durch Information und gegenseitige Rücksichtnahme können Konflikte mit anderen Nutzungen, namentlich mit dem Wandern, vermieden werden. Zur Eliminierung einzelner Konfliktstellen sind sanfte Lenkungsmassnahmen (Weggebote) oder punktuell auch Nutzungsentflechtungen in Betracht zu ziehen. Im Grundsatz wird jedoch eine „Koexistenz" von Wandern und Mountainbike angestrebt. Es wäre nicht verhältnismässig, wenn für jede Nutzungsform ein eigenes Netz angeboten würde.

Die Aufgabe für die Gemeinde besteht darin, das Langsamverkehrsnetz zu unterhalten und weiter zu optimieren. Hierzu gehören das Schliessen bestehender Lücken beim Rad- und Fusswegnetz und die Bereitstellung von geeigneten Abstellplätzen für Fahrräder an den Bahnhöfen und bei publikumsintensiven Einrichtungen.

In Abstimmung mit der übergeordneten Tourismusstrategie ist es denkbar, dass weitere Mountainbikerouten, Langlaufloipen oder andere Wege (Inline, Reitwege) bezeichnet werden.

Erschliessung Braunwald

Der Tourismusschwerpunkt Braunwald ist einzig über eine Standseilbahn erschlossen. Die 1907 erbaute Braunwaldbahn verbindet die SBB-Station Linthal-Braunwaldbahn im Talboden (674 m ü. M) mit dem Ortszentrum Braunwald auf 1254 m ü. M. Diese Bahnerschliessung hat auch dazu geführt, dass Braunwald sich heute als einen autofreien Tourismusort positionieren kann. Dieses Alleinstellungsmerkmal ist für die weitere touristische Weiterentwicklung des Ortes zentral. Neben dem Personentransport sind auch alle Materialtransporte für die Versorgung und Entsorgung des Ortes über die Standseilbahn abzufertigen. Entsprechend wichtig ist die langfristige Sicherung dieser Erschliessung und deren Abstimmung mit der Weiterentwicklung des Ortes und der Erneuerung der touristischen Transportanlagen. Dies insbesondere auch deshalb, weil die Bergstation der Braunwald-Standseilbahn in einem Rutschgebiet mit erheblicher Gefährdung (rote Zone) liegt.

Die Braunwald-Standseilbahn ist heute auf einem guten technischen Stand und erfüllt ihre Aufgabe im öffentlichen Verkehr. Die Verantwortlichen der Bahn haben mit Blick auf die Erneuerungsfrage der Bahn im Rahmen von Vorstudien Verlegungsmöglichkeiten und eine bessere Anbindung bzw. Direktanbindung an die touristischen Transportanlagen geprüft. Aufgrund dieser Vorabklärungen gibt es zwei mögliche Varianten (Variante mit Trasseeverlegung, Variante mit Trasseeverlängerung). Noch nicht abgestimmt sind diese Möglichkeiten mit der Weiterentwicklung des Ortszentrums, der Frage der künftigen Bauzone und der Frage der Naturgefahren. Im kommunalen Richtplan werden die möglichen Trassenführungen soweit festgelegt, dass dies Frage der Entwicklung des Ortszentrums und die Frage der Bauzonenausscheidung darauf abgestützt geklärt werden können.

B. Leitüberlegungen

Ziel

Der Gesamtverkehr wird so gelenkt, dass die Bevölkerung und die Umwelt vor den negativen Auswirkungen des Verkehrs möglichst geschützt werden. Der Anteil des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs am Gesamtverkehr nimmt beim Arbeits- und Freizeitverkehr zu.

Glarus Süd ist mit sicheren, komfortablen und zusammenhängenden Rad- und Fusswegnetzen für den Schüler-, Pendler- und Freizeitverkehr erschlossen.

Strategische Grundsätze

a) Massnahmen im Strassenverkehr zielen auf eine Erhöhung der Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer und auf eine Verbesserung der Umwelt- und Siedlungsqualität für die Bewohner. Innerhalb der Siedlungsgebiete wird namentlich mit einer Strassenraumgestaltung auf eine Verkehrsberuhigung und verbesserte Aufenthaltsqualität hingewirkt.

b) Die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs wird mit organisatorischen und infrastrukturellen Massnahmen gesteigert. Die Gemeinde prüft die Einrichtung von Park & Ride-Anlagen an den im Richtplan bezeichneten Standorten und unterstützt dort Einrichtungen des Carsharings (Nahtstellen zwischen den Verkehrsträgern).

c) Die Bedienung der Ortschaften mit dem öffentlichen Verkehr erfolgt möglichst im ½-Stunden-Takt.

d) Das Fuss- und Radwegnetz ist auf die Haltestellen des öffentlichen Verkehrs, die touristischen Knoten und die wichtigen öffentlichen Einrichtungen wie Schulen abgestimmt. Die Zugänge zu den öV-Haltestellen für den Langsamverkehr werden optimiert.

e) Die Weiterentwicklung des Langsamverkehrsnetzes erfolgt so, dass den Bedürfnissen des täglichen Verkehrs (Beruf, Schule) sowie des Tourismus und des Freizeitverkehrs optimal Rechnung getragen wird.

f) Die Braunwald-Standseilbahn sichert langfristig die Erschliessung von Braunwald. Veränderungen in der Linienführung erfolgen in Abstimmung mit der Entwicklung des Ortszentrums, zielen auf eine bessere Direktanbindung an die touristischen Transportanlagen und berücksichtigen die naturräumlichen Gegebenheiten.

C. Handlungsanweisung

Die Gemeinde orientiert sich bei den für den Verkehr relevanten Planungen an den Zielen und Grundsätzen gemäss den Grundsätzen des Richtplans Verkehr. Die Gemeinde setzt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten namentlich für einen für die Bevölkerung und die Umwelt verträglicheren Verkehr ein.

Gestützt auf das konsolidierte Konzept der Schulstandorte überprüft die Gemeinde die Situation der Schulwege. Bei Bedarf trifft sie infrastrukturelle und / oder organisatorische Massnahmen zur Schulwegsicherung. Falls erforderlich sichert sie diese Massnahmen im kommunalen Richtplan.

Die Gemeinde klärt die Frage der Zentrumsentwicklung in Braunwald und stimmt diese mit dem Anlagenkonzept der touristischen Transportanlagen ab. Sie sichert darauf abgestützt die erforderlichen Trassen für die Erschliessung mit der Standseilbahn.

D. Objekte

Standorte Park & Ride

Nr.	Gebiet	Hinweis	Koordinationsstand
V-1	Bahnhof Linthal		FS
V-2	Bahnhof Schwanden		FS
V-3	Bahnhof Mitlödi		FS
V-4	Bahnhof Nidfurn-Haslen		FS

Braunwald- Standseilbahn

BW-1	Braunwald – Variante 1 Verlegung	Verlegung des oberen Streckenteils nach Süden mit Bergstation bei Talstation Grotzenbühlbahn.	ZE
BW-2	Braunwald – Variante 2 Verlängerung	Fortsetzung der bestehenden Linienführung bis Bereich Unterer Höhenweg / Hunduren.	ZE

E. Planungsverfahren und Mitwirkung Kap. 5

Erarbeitung:	Die Erarbeitung des kommunalen Richtplans erfolgte 2012 durch eine vom Gemeinderat eingesetzte Projektgruppe. Diese hat den Entwurf am 27. November 2012 zuhanden des Gemeinderats verabschiedet. Der Gemeinderat hat den Entwurf beraten und in der Sitzung vom 31.01.2013 zuhanden der 1. öffentlichen Mitwirkung verabschiedet.
1. öffentliche Mitwirkung:	In Anlehnung an Art. 7 RBG erfolgte vom 11. März bis zum 30. April 2013 die 1. öffentliche Mitwirkung. Zu Beginn der öffentlichen Mitwirkung wurden in Matt, Linthal und Schwanden Informationsveranstaltungen durchgeführt. Während der Mitwirkung lagen die Unterlagen bei der Gemeindeverwaltung auf und konnten unter www.glarus-sued.ch / „Aktuelles" bezogen werden.
Vorprüfung	Gleichzeitig zur 1. öffentliche Mitwirkung erfolgte die Vorprüfung durch die kantonalen fachstellen.
Anpassungen:	Die Behandlung der eingegangenen Wünsche und Anträge aus der öffentlichen Mitwirkung sowie der Vorprüfung sind im Bericht „Richtplanung, Bericht zu den Wünschen und Anträgen" dokumentiert.
2. öffentliche Mitwirkung	Infolge der Anpassungen aufgrund der 1. öffentlichen Mitwirkung und der Vorprüfung wurde der kommunale Richtplan während 30 Tagen vom 8. November bis zum 7. Dezember 2013 ein zweites Mal zur öffentlichen Mitwirkung aufgelegt. Eine formelle Einsprache kann nicht eingereicht werden. Während der Mitwirkung lagen die Unterlagen bei der Gemeindeverwaltung auf und konnten unter www.glarus-sued.ch / „Aktuelles" bezogen werden.
Anpassungen:	Die Behandlung der eingegangenen Wünsche und Anträge aus der öffentlichen Mitwirkung sind im Bericht „Richtplanung, Bericht zu den Wünschen und Anträgen" dokumentiert.
Genehmigung:	Die Genehmigung durch die Gemeindeversammlung erfolgte am 20. Juni 2014.

Gemeindeversammlung 20.06.2014

6 Übrige Raumnutzungen

6.1 Materialbewirtschaftung (Abfallbewirtschaftung)

Von der Gemeindeversammlung genehmigt am: .....

Der Gemeindepräsident

.....

Der Gemeindeschreiber

.....

Vom Departement Bau und Umwelt genehmigt am: .....

Röbi Marti, Regierungsrat: .....

Stauffer & Studach AG
CH-7000 Chur • Alexanderstrasse 38
Fon +41 (0)81 258 34 44 • Fax +41 (0)81 258 34 40
Mail info@stauffer-studach.ch

A. Ausgangslage

Über die Richtplanung geregelt werden die Bereiche Materialabbau und Materialverwertung sowie Abfallbewirtschaftung. 2004 hat der Kanton dazu im kantonalen Richtplan zu den Bereichen Abfallbewirtschaftung (Kap.E3) und Materialabbau und Materialverwertung (Kap. E4) Festlegungen vorgenommen. Aufgrund des zwischenzeitlich knapp gewordenen Deponievolumens hat der Kanton 2012 im Rahmen seiner Deponieplanung potenzielle Deponiestandorte evaluiert und die Gemeinden mit den weiteren planerischen Abklärungen beauftragt.

Materialbewirtschaftung und Deponieplanung

In Glarus Süd ist die Gemeinde für die Bewirtschaftung der Abfälle verantwortlich. Die in der Gemeinde anfallenden brennbaren Abfälle werden in der Kehrrichtverbrennungsanlage in Niederurnen und die inerten Stoffe auf der Inerstoffdeponie Ardega in Filzbach entsorgt.

Aus wirtschaftlichen und umwelttechnischen Überlegungen sind Verwertungsmöglichkeiten von Inertstoffen, insbesondere von unverschmutztem Aushubmaterial, grundsätzlich in der Nähe der Baustelle zu bevorzugen. Wo keine Verwertung möglich ist, sind aus Gründen der Schwerverkehrserzeugung dezentrale Entsorgungsstandorte anzustreben.

Die Gemeinde hat namentlich zur Deckung ihrer Bedürfnisse zur Ablagerung von nicht verwertbarem unverschmutztem Aushubmaterial geeignete Standorte für Deponien[1] richtplanerisch zu sichern. Als unverschmutztes Aushubmaterial wird dasjenige Aushub-- und Ausbruchmaterial bezeichnet, das bei Bautätigkeiten wie Hoch- und Tiefbauarbeiten anfällt, und die Kriterien der Technischen Verordnung über Abfälle (TVA) für unverschmutzte Materialien erfüllt. Konkret gilt das Material als unverschmutzt, wenn die in ihm enthaltenen Stoffe die Grenzwerte gemäss Anhang 3 TVA nicht überschreiten und es keine Fremdstoffe wie Siedlungsabfälle, Grünabfälle oder Bauabfälle enthält. In der Regel ist auch Runsenmaterial unverschmutztes Aushubmaterial.

Gemäss der TVA besteht die Möglichkeit, Inertstoffdeponien zu betreiben, auf welchen ausschliesslich unverschmutztes Aushubmaterial ohne jegliche schadstoffhaltige Verunreinigungen abgelagert werden darf. Bei den neu im kommunalen Richtplan bezeichneten Deponien handelt es sich ausschliesslich um *Inertstoffdeponien für unverschmutztes Aushubmaterial*. Gegenüber den normalen Inertstoffdeponien gelten für diese Kategorie erleichtere Bedingungen bezüglich Standort, Bewilligungsverfahren, Bau und Betrieb.

Nicht Gegenstand der Deponieplanung auf Stufe Richtplan ist die Verwertung von Grünabfällen mittels Kompostierung.

[1] Im Zusammenhang mit der Abfallbewirtschaftung sind folgende Anlagetypen zu unterscheiden:
- Deponien für Inertstoffe nur für unverschmutztes Aushubmaterial
- Deponien für Inertstoffe
- Deponien für Reaktorstoffe

Planungsgrundlagen

In der Gemeinde Glarus Süd besteht zum heutigen Zeitpunkt kaum mehr freies Deponievolumen zur Verfügung. Im Rahmen der Deponieplanung 2012 hat der Kanton einen Richtwert von 2 m^3 pro Einwohner und Jahr angenommen. Die Gemeinde erachtet diesen Wert als Obergrenze und geht bei ihrer Deponieplanung von einem Bedarf von 1.5 – 2.0 m^3 pro Einwohner und Jahr aus. Bei rund 10'000 Einwohner ergibt dies einen Jahresbedarf an Deponievolumen von 15'000 – 20'000 m^3. Davon entfallen rund 80% bzw. 12'000 – 16'000 m^3 auf das Grosstal und rund 20% bzw. 3'000 – 4'000 m^3 auf das Sernftal. Unter Berücksichtigung einer leicht zunehmenden Bevölkerungszahl besteht für die nächsten 25 Jahre ein Gesamtbedarf an Deponievolumen in der Grössenordnung von 400'000 – 500'000 m^3.

Die im Rahmen der kantonalen Deponieplanung ermittelten potenziellen Deponiestandorte auf dem Gemeindegebiet von Glarus Süd wurden durch die Gemeinde vertiefter auf ihre Eignung hin geprüft. Deponien sind Einrichtungen ausserhalb des Siedlungsgebietes und stellen in diesem Sinne immer einen Eingriff in die Landschaft dar. Deponien sind indes temporäre Einrichtungen und die Standortprüfung aus raumplanerischer Sicht ist daher auch aus einer längerfristigen Perspektive bzw. anhand der Situation nach dem Abschluss der Deponie zu beurteilen. Nebst den rechtlichen Anforderungen (z. B. Grundwasserschutzanforderungen, Baugrundvoraussetzungen, Gefährdungssituationen) sind vor allem die Frage der landschaftlichen Einordnung, die Erreichbarkeit und die Erschliessung wichtige Beurteilungsaspekte. Nach Prüfung der einzelnen Standorte hinsichtlich der genannten Aspekte beurteilt die Gemeinde die beiden Standorte Däniberg (Schwanden / Mitlödi) und Grundboden (Elm) als die geeignetsten. Auf Stufe Richtplan erfolgen die Standortsicherung und die Festlegung der wesentlichen Anforderungen für die Deponieplanung an den zwei neuen Standorten. Im Richtplan gesichert werden weiter Deponiestandorte für das Lagern von Runsenmaterial für die Guppenrunse (Schwanden) sowie der Standort der bestehenden Materialablagerung Unter Stafel im Gebiet Bräch (Braunwald). Alle weiteren Deponiestandorte werden aufgehoben.

Deponiestandort Däniberg (Schwanden / Mitlödi)

Der Standort Däniberg umfasst ein Deponievolumen von rund 220'00 m^3 womit der Bedarf für die nächsten 15 – 20 Jahre für das Grosstal gedeckt werden kann. Vorgesehen ist eine Ablagerung in mehreren Etappen. Potenziell besteht ein Gesamtvolumen von rund 430'000 m^3, doch ergeben sich dann Schwierigkeiten beim Anspruch an eine landschaftsverträgliche Rekultivierung. Die Ausweitung auf dieses Volumen steht derzeit nicht zur Diskussion.

Aufgrund der Einsehbarkeit der Landschaftskammer und der Nähe zur landschaftlich wertvollen Kulturlandschaft in diesem Gebiet, kommt der Rekultivierung an diesem Standort eine erhöhte Bedeutung zu. Diese Anforderung wird im Richtplan festgehalten. Der Standort ist über die Kantonsstrasse bereits weitgehend erschlossen. Die Verfügbarkeit ist soweit geklärt, dass diese im Rahmen der Nutzungsplanung gesichert werden kann.



Übersicht Standort Deponie Däniberg und Etappierung. (Abb. gemäss Technischem Bericht Vorstudie August 2013).

Deponiestandort Grundboden (Elm)

Auf der Basis erster konzeptioneller Überlegungen umfasst der auf zwei Ebenen unterteilte Deponiekörper ein Maximalvolumen bis 130'000 m^3. Zusammen mit dem Volumen am Standort Däniberg von 220'000 m^3 steht damit ein Deponievolumen von rund 350'000 m^3 zur Verfügung. Dies entspricht dem Gesamtbedarf der nächsten 20 Jahre. Erschlossen wird der Standort über die bestehende Strasse und den bestehenden Bewirtschaftungsweg.



Übersicht Standort Deponie Grundboden. (Abb. gemäss Technischem Bericht Vorstudie August 2013).

Deponiestandorte Runsenmaterial (Guppenrunse, Schwanden)

Die zwei Naturereignisse im August 2010 und Oktober 2011 und die damit verbundenen Zerstörungen der Verbauungen an der Guppenrunse zeigten die Schutzdefizite für die darunter liegenden Siedlungen auf. Mit einem alleinigen Wiederaufbau ist eine Reduktion dieses Gefahrenpotenzials nicht zu erreichen. Zudem bestehen Konflikte mit der Wasserversorgung von Schwändi, da Bauwerke in der Schutzzone S1 und S2 liegen. Infolge hat die Gemeinde zusammen mit dem Kanton und in Abklärung mit den Bundesstellen ein Hochwasserschutz- und Sanierungskonzept für die Guppenrunse ausgearbeitet.

Modellierungen zeigten, dass über einen längeren Zeitraum betrachtet, mit einem grösseren Geschiebeaufkommen in der Guppenrunse zu rechnen ist. Zur Sicherstellung des Hochwasserschutzes ist auch die Geschiebebewirtschaftung von grosser Wichtigkeit. Das Konzept umfasst im Abschnitt zwischen Unterstafel und Eneteggen drei Geschieberückhalteräume, davon einer als Reserve. Ein Teil dieses Sammlermaterials kann wieder verwertet werden. Die Geschieberückhalteräume müssen zur Sicherstellung ihrer Schutzfunktion indes auch ausgeräumt werden können. Die Gemeinde erachtet die Ablagerung dieses Materials in unmittelbarer Nähe als die wirtschaftlichste und umweltverträglichste Lösung. Im kommunalen Richtplan werden die drei Materialablagerungsstandorte mit einem Ablagerungsvolumen von insgesamt knapp 150'000 m^3, für den Sammleraushub aus den Rückhalteräumen festgelegt. Die landschaftsverträgliche Einordnung des Ablagerungsmaterials wird im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens geregelt.

B. Leitüberlegungen

Ziel

Das nicht verwertbare unverschmutzte Aushubmaterial wird in der Gemeinde sachgerecht und wirtschaftlich deponiert.

Strategische Grundsätze

a) Das anfallende Material wird soweit möglich an Ort aufbereitet und verwertet. Das nicht verwertbare unverschmutzte Material wird in der Gemeinde deponiert.

b) Bei der Evaluation von Deponiestandorten sind Anforderungen von Natur, Landschaft, Gewässer, Wald, Siedlungen und Erholung und Tourismus zu berücksichtigen. Die negativen Auswirkungen werden minimiert und vorsorgliche Massnahmen soweit erforderlich getroffen.

c) Die Festlegung der Deponiestandorte zielt auf die Optimierung der damit verbundenen Schwerverkehrserzeugung.

d) Nach Abschluss der Deponie sind günstige Voraussetzungen für die Entwicklung von Natur und Landschaft zu schaffen oder die Fruchtbarkeit der Böden für die landwirtschaftliche Nutzung möglichst gut wiederherzustellen.

C. Handlungsanweisung

Die Gemeinde sichert im Rahmen der Nutzungsplanung die Deponiestandorte und regelt im Rahmen einer Folgeplanung die Erschliessung, Gestaltung, Etappierung und den Abschluss.

Bei Standorten mit Koordinationsstand Zwischenergebnis erarbeitet sie für den Standort ein Konzept mit Renaturierung nach Grundsatz d) und erstellt bei Vorhaben mit UVP-Pflicht einen Voruntersuch UVB.

Die Gemeinde klärt im des Nutzungsplanverfahrens den Koordinationsbedarf mit allfälligen Verfahren zum Bauen ausserhalb der Bauzone (BAB), Rodungsbewilligungen und Bewilligungen für die Errichtung und den Betrieb.

D. Objekte

Deponie für unverschmutztes Aushubmaterial

Nr.	Gebiet	Hinweis	Koordinations-stand
Dep-1	Braunwald / Standort Unter Stafel Gebiet Bräch	Bestehende Deponie	FS
Dep-2	Schwanden / Mitlödi – Standort Däniberg	Erstellen eines Standortkonzeptes mit Renaturierung. Das Einordnungsgebot hat auch während des Betriebs hohe Bedeutung.	ZE
Dep-3	Elm – Standort Grundboden	Erstellen eines Standortkonzeptes mit Renaturierung.	ZE
Dep-4	Schwanden – Guppenrunse (3 Standorte)	Materialablagerung für Aushub Geschiebeablagerungsräume Guppenrunse (Sammleraushub). 3 Standorte: - Standort Unterstafel ca. 70'000 m^3 - Standort Oberstli: ca. 50'000 m^3 - Standort Eneteggen; Reservestandort. ca. 25'000 m^3 Projektspezifische Verstärkung / Ausbau der Waldstrasse erforderlich.	ZE

E. Planungsverfahren und Mitwirkung Kap. 6.1

Erarbeitung:	Die Erarbeitung des kommunalen Richtplans erfolgte durch eine vom Gemeinderat eingesetzte Projektgruppe. Der Gemeinderat hat den Entwurf beraten und an der Sitzung vom 24.10.2013 zuhanden der öffentlichen Mitwirkung verabschiedet. In Abhängigkeit der Deponieplanung 2012 des Kantons erfolgte die Bearbeitung erst nach der 1. öffentlichen Mitwirkung vom 11. März – 30 April 2012 zum Gesamtrichtplan.
öffentliche Mitwirkung:	Die öffentliche Mitwirkung zum Kapitel 6.1 Materialbewirtschaftung erfolgt zeitgleich zur 2. öffentlichen Mitwirkung zum Gesamtrichtplan. Mit Blick auf eine gemeinsame Beschlussfassung mit dem Gesamtrichtplan wird das Kapitel 6.1. nur einmal zur öffentlichen Mitwirkung aufgelegt. Die öffentliche Mitwirkung findet während 30 Tagen vom 8. November bis zum 7. Dezember 2013 statt. Eine formelle Einsprache kann nicht eingereicht werden. Während der Mitwirkung lagen die Unterlagen bei der Gemeindeverwaltung auf und konnten unter www.glarus-sued.ch / „Aktuelles" heruntergeladen werden.
Anpassungen:	Die Behandlung der eingegangenen Wünsche und Anträge aus der öffentlichen Mitwirkung sind im Bericht „Richtplanung, Bericht zu den Wünschen und Anträgen" dokumentiert.
Genehmigung:	Die Genehmigung durch die Gemeindeversammlung erfolgte am 20. Juni 2014.

7.5 Beschluss der Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderates

7.5.1 Genehmigung des kommunalen Richtplans Glarus Süd

a) Genehmigung Kapitel 1 Einleitung

b) Genehmigung Kapitel 2 Raumkonzept

c) Genehmigung Kapitel 3 Siedlung beinhaltend 3.1 Siedlungsstruktur, 3.2 Siedlungsgebiet, 3.3 Siedlungsgestaltung, 3.4 Gebiete für die Wirtschaft und die Versorgung

d) Teilgenehmigung Kapitel 4 Natur, Landschaft und Tourismus
Genehmigt 4.1 Natur- und Landschaftsschutz, 4.2 Landschaftsförderung, 4.3 Aufwertung und Wiederherstellung
Zurückweisung 4.4 Tourismus

e) Genehmigung Kapitel 5 Verkehr

f) Genehmigung Kapitel 6 übrige Raumnutzung beinhaltende 6.1 Materialbewirtschaftung (Abfallbewirtschaftung)

g) Genehmigung der Richtplankarten Grosstal 1:10'000 Sernftal 1:10'000, Gesamtgebiet 1:25'000

7.5.2 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt

7.5.1 Genehmigung Teilrevision Zonenplan Schwanden Parzellen Nr. 951

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 20.06.2014

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

7. Kommunaler Richtplan Glarus Süd - Antrag auf Genehmigung

Archiv-Nummer
04.03.02

Diskussion

Ausführungen von Gemeindepräsident Dr. Thomas Hefti
Vor einem Jahr hat die Gemeindeversammlung das Verfahren in Bezug auf die Genehmigung des Richtplanes beschlossen, es entspricht jenem Verfahren, welches der Landrat beim kantonalen Richtplan anwendet. Es bestehen die Möglichkeiten, den Richtplan gesamthaft zu genehmigen oder zurückzuweisen oder Teile davon zurückzuweisen. Wird der Richtplan gesamthaft oder Teile davon zurückgewiesen, geht der entsprechende Teil davon zurück an den Gemeinderat. Er muss dann aufgrund der Erwägungen der Antragsteller das Geschäft nochmals bearbeiten. Falls nur ein Teil nicht genehmigt bzw. zurückgewiesen wird, tritt der Richtplan noch nicht in Kraft, sondern erst dann, wenn dieser Teil von einer nächsten Gemeindeversammlung und vom Regierungsrat genehmigt ist. Gegenstand der Genehmigung sind die grau unterlegten Inhalte des Richtplantextes. Es handelt sich dabei um die Leitüberlegungen (B), die Handlungsanweisungen (C) und die Objekte (D) sowie die in der Richtplankarte als Richtplaninhalt bezeichneten Einträge.

Ausführungen von Departementsvorsteher Fridolin Luchsinger
Vom Raumkonzept bis zur heutigen Vorlage des kommunalen Richtplanes ist ein knapp dreijähriger Prozess abgelaufen. Bevor zur Beratung geschritten wird, erfolgt eine kurze Übersicht zum Richtplan und einige Ausführungen zu aktuellen Themen, welche den Richtplan betreffen. Der Richtplan zeigt auf wohin der Weg geht und zeigt gewisse Strategien der Behörde auf. Er bietet den grossen Vorteil, dass von den bisher 17 Einzelplanungen heute eine Gesamtplanung über das gesamte Gemeindegebiet gemacht werden kann. Es ist eine Chance und eine faszinierende Herausforderung, die Optik über das gesamte Gebiet von Glarus Süd zu legen. Der Richtplan zeigt auf wo künftig Entwicklungspotenzial vorhanden ist und wo künftig gebaut werden möchte. Aussagen zu den Bauzonen finden sich im Memorial 2. Teil auf Seite 29. In unserer Gemeinde wird gebaut, es werden rund 240-250 Baubewilligungen pro Jahr ausgestellt. Der Richtplan ist ein Planungsinstrument, das künftig aufzeigt, wo es lang geht, er soll Leitplanken setzen und behördenwirksame und behördenverbindliche Strategien aufzeigen. Mit dem neuen Raumplanungsgesetz haben sich die Rahmenbedingungen geändert, die auch auf der Stufe Gemeinde zwingend konzeptionelle Vorstellungen der räumlichen Entwicklung d.h. es muss ein kommunaler Richtplan gemacht werden. Der Richtplan ist eine Konzeptplanung und hebelt keine Gesetze aus, hilft jedoch übergeordnete Planungen einzubringen d.h., alles was in der kantonalen Planungen bereits vorhanden ist, wird 1:1 in den kommunalen Richtplan übernommen. Im Herbst 2011 wurde mit dem Mitwirkungsprozess begonnen und heute, im Juni 2014 sind wir auf Kurs. Unabhängig vom Ergebnis des Richtplanes wurde bereits mit Zonenplan und Bauordnung begonnen. Hierbei werden die Stimmbürger mehr gefordert sein, weil es um einzelne Zonierungen ev. auch um Rückzonungen geht. Die Betroffenheit wird grösser sein als beim Raumkonzept oder beim Richtplan. Bei der Erarbeitung des Richtplans wurde die Möglichkeit der Mitwirkung geboten, die rege benutzt wurde. Es sind rund 170 Anträge eingegangen, die bearbeitet wurden, Bei der zweiten öffentlichen Mitwirkung waren es

noch deren zehn. Alle Anträge sind im Bericht zu den Wünschen und Anträgen festgehalten, der im Internet aufgeschaltet ist. Der Aufbau eines Richtplans ist immer gleich, das sind die Kapitel, die massgebend sind und über welche im Anschluss abgestimmt werden. Der Richtplan ist nicht fix, er wird alle zehn Jahre überprüft und wo nötig überarbeitet. Er wird auch laufend aktualisiert, das heisst wenn „Etwas" entsteht, wird das eingetragen. Wenn etwas in Planung ist, kann das angepasst werden .Der Richtplan soll eigentlich immer über den Stand der Entwicklung Auskunft geben können. Das Behördenverbindliche ist das in den Unterlagen grau unterlegte. Im Zusammenhang mit der kommunalen Richtplanung Glarus Süd war in der Presse der nicht aufgenommene Golfplatz Hauptthema. Das Anliegen für die Realisierung eines Golfplatzes ist an die Gemeinde herangetragen worden und die Begründung der Antragssteller mit Bedarf und Nutzen sind aus Sicht der Antragssteller bestimmt legitim und auch einleuchtend. Damit aber ein Vorhaben in den Richtplan aufgenommen werden kann, muss es einen Sinn ergeben, d.h. das Vorhaben erfordert eine gewisse Reife. Es sollen Abklärung hinsichtlich der möglichen Realisierung getätigt sein, dies insbesondere wenn von einem Projekt in der Grösse von 86 Hektaren die Rede ist. Dieses Vorhaben über 86 Hektaren wurde von jener Gruppe eingebracht, die das Vorhaben bereits in der Projektgruppe eingebracht hat. Es so, dass eine Zustimmung oder zumindest eine Interessensbekundung der Landeigentümer erwartet wird, um die Machbarkeit des Vorhabens zu untermauern. Zusätzlich spielen noch raumplanerische Themen wie Gewässer, Bauzonen, Naturschutzflächen (Vorgaben Kanton) und weiteres eine Rolle. Ohne ein Minimum an Grundlagen, darf und kann eine Behörde keine Wünsche in einen Richtplan aufnehmen – der Richtplan ist kein Wunschkatalog – er ist behördenverbindlich und das darin Aufgenommene bedarf zumindest einer Strategie. In diesem Fall haben die betroffenen Grundeigentümer inklusive Industrie (Daniel Jenny, Haslen und Schindler, Leuggelbach) bis dato ein klares Nein zur Realisierung herausgegeben. Wie erwähnt ist der Richtplan ein Instrument für ca. 10 Jahre. Es wäre unseriös, wenn das Vorhaben Golfplatz heute aufgenommen und damit falsche Hoffnungen geweckt würden. Das Thema „Golfplatz" war auch Thema in der Presse und in den Nachbargemeinden. Es erweckt den Eindruck, dass dieses Projekt „die Rettung für Glarus Süd" darstellt. Mit den positiven touristischen Zeichen, die vergangene Gemeindeversammlungen beschlossen haben, dürfen wir stolz sein. So bspw. die Brunnenbergbahn, die sich mit Frequenzsteigerungen zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt, die Erschliessung des Landesplattenberges, der sich hoher Beliebtheit erfreut und weitere geplante Projekte in Elm und Braunwald sowie das geplante Berghotel in Mettmen. Diese Art von Tourismus ist zu fördern und es wird eine ganz wichtige Aufgabe sein, nach Linthal 2015 dieses einmalige Werk auch touristisch nutzen zu können.

Bautätigkeit in Glarus Süd: Die Statistik dazu kann jeweils im Amtsbericht des Kantons nachgelesen werden. Glarus Nord 275, Glarus 123 und Glarus Süd 237 bewilligte Baugesuche. In Glarus Süd sind es mehr Umbauten als im Norden aber gerade diese Zahlen sind sehr erfreulich, denn Umbauten und Erneuerungen von bestehenden Gebäuden sind ebenso wichtig wie Neubauten. Aber auch bei den Einfamilienhäusern hat die Bautätigkeit zugenommen. Zwischen den Jahren 2000 und 2010 sind im Gebiet von Glarus Süd im Schnitt zwischen 10 und 15 Einfamilienhäuser gebaut worden. Seit dem Jahr 2010 sind es zwischen 20 und 30. Erfreulich ist die steigende Tendenz beim Bau von Mehrfamilienhäusern, dies ist eine klare Aussage zu verdichtetem Bauen. In Haslen wird derzeit ein MFH mit 5 Wohnungen gebaut und ein Umbau für 6 Wohnungen. In Schwanden entsteht ein MFH mit 9 Wohnungen und das nachfolgende Traktandum behandelt einen Überbauungsplan mit 36 Wohnungen. In Linthal wurde Boden für ein

Mehrfamilienhaus verkauft und in Braunwald werden derzeit 32 Eigentumswohnungen gebaut. Projektstudien in Linthal, Schwanden, Sool und Umgebung gehen von einem Zuwachs von über 100 Wohnungen aus. Der Gemeinderat ist überzeugt auf dem richtigen Weg zu sein. Es benötigt etwas Geduld, aber wir sind auf dem richtigen Weg. Fridolin Luchsinger appelliert um Unterstützung für den vorliegenden Richtplan.

Gemeindepräsident Dr. Thomas Hefti.
Die zum Richtplan einführenden Unterlagen befinden sich im Memorial 1. Teil, die gesamten weiteren Unterlagen (ohne Richtplankarten) befinden sich im Memorial 2. Teil. Die Richtplankarten sowie die der Bericht mit den Wünschen und Anträgen konnten auf der Gemeinde oder via Internet eingesehen werden.
Gegenstand der Abstimmung sind die grau hinterlegten Teile. Es handelt sich dabei um die Leitüberlegungen (B), die Handlungsanweisungen (C) und sofern vorhanden die Objekt (D). Zudem die Richtplankarte, die aufgrund ihrer Grössen nicht zugeschickt werden konnten.
Der Gemeinderat beantragt die Genehmigung des Kommunalen Richtplans Glarus Süd. D.h. die Genehmigung von Kapitel 1 Einleitung; Kapitel 2 Raumkonzept; Kapitel 3 Siedlung mit den Unterkapiteln 3.1 Siedlungsstruktur, 3.2 Siedlungsgebiet, 3.3 Siedlungsgestaltung, 3.4 Gebiete für Wirtschaft und die Versorgung; Kapitel 4 Natur, Landschaft und Tourismus mit den Unterkapiteln 4.1 Natur- und Landschaftsschutz, 4.2 Landschaftsförderung, 4.3 Aufwertung und Wiederherstellung, 4.4 Tourismus; Kapitel 5 Verkehr und Kapitel 6 übrige Raumnutzung mit den Unterkapiteln 6.1 Materialbewirtschaftung (Abfallbewirtschaftung). Zudem die Richtplankarten, welche der Genehmigung unterliegen.

Wortmeldung Hans Heinrich Legler, Claridenstr. 14, 8762 Schwanden
Hans Heinrich Legler stellt den Antrag auf Rückweisung des Richtplanes.
Begründung: Die IG Golf Glarus Süd hat in der öffentlichen Mitwirkung den Antrag gestellt zwischen Hätzingen und Schwanden eine 86 Hektare grosse Sport- und Freizeitanlage in den Richtplan aufzunehmen, dieser Antrag fand beim Gemeinderat keine Berücksichtigung. Die Begründung dieser nicht Berücksichtigung war, dies konnte auch der Presse entnommen werden, die fehlende Reife des Projektes. Die Grundlagen zum Projekt können erst ausgearbeitet werden, wenn der Richtplan genehmigt ist und deshalb muss zuerst die Zone Sport- und Freizeit aufgenommen sein, damit überhaupt die Möglichkeit da ist, um dieses Projekt später zonenkonform auszuarbeiten. Um was geht es beim Richtplan und was passiert mit dem Eintrag? Den Unterlagen zur Gemeindeversammlung konnten entnommen werden, dass der Richtplan behördenverbindlich und nicht eigentümerverbindlich ist. Mit dem Eintrag sind keine Rechte und Verpflichtungen für den Eigentümer begründet, d.h. die Liegenschaften bleiben so wie sie heute sind, gemäss Nutzungs- und Zonenplan. Somit wird durch die Aufnahme einer grossen Sport- und Freizeitzone im Richtplan niemandem etwas weggenommen und es ruiniert keine Existenzen. Die Aufnahme verschafft aber die Möglichkeit ein Projekt zu planen, das dann im Rahmen der Nutzungsplanung und in Absprache mit den Grundeigentümern geschieht. Nichts wird über die Köpfe der Grundeigentümer hinweg entschieden, das gibt es in der ganzen Schweiz eigentlich nicht. Mit einem Richtplaneintrag ist noch gar nichts verbaut oder gar verloren, aber es eröffnet eine grosse Chance, etwas Gutes für die Zukunft von Glarus Süd zu planen. Der Eintrag soll so rasch wie möglich erfolgen, denn wie es im Memorial steht und wie es der Gemeinderat vorhin ausgeführt hat, soll der Richtplan ca. 10 Jahre gelten und dann wenn nötig angepasst

werden. Jede Richtplanänderung benötigt einen Gemeindeversammlungsbeschluss und benötigt Zeit. Deshalb der Antrag auf Rückweisung, damit der Gemeinderat die Sport-und Freizeitzone aufnehmen und der nächsten Gemeindeversammlung vorlegen kann. So ist noch nichts gebaut und noch nichts festgelegt, aber es bietet die Grundlage für weitere Planungen. Niemand verliert etwas aber die Option für eine Planung von tollen Entwicklungsmöglichkeiten in Glarus Süd bleibt bestehen.
Hans Heinrich Leger appelliert, seinen Rückweisungsantrag zu unterstützen.

Wortmeldung Jakob Schiesser-Zweifel, Reitimatt 4, 8783Linthal
Jakob Schiesser ersucht die Versammlung, den Richtplan wie vom Gemeinderat vorgelegt zu genehmigen.
Begründung: Die vorgebrachten Argumente sind reine Bauernfängerei. Die Absicht die dahinter steckt kennt er als ehemaliger Bauer und jene, die das noch sind. Es ist kein „voriges" Kulturland vorhanden und deshalb plädiert er, dass dieses Land den Bauern erhalten bleibt. Jene, die Golf spielen wollen, sollen Golf spielen, aber wir lassen uns hier nicht einfach etwas aufschwätzen. Der Gemeinderat hat mit seinem Ablehnungs-entscheid und der Begründung dazu, gute Argumente geliefert. Falls in 10 Jahren immer noch jemand will, dass so etwas entsteht, kann dies, sofern der Mumm immer noch vorhanden ist, in 10 Jahren erfolgen. Wenn Gabriel Kundert schreibt, dass sein Vater in die landwirtschaftliche Schule ging, dann würde ich ihm empfehlen, dass er einen Sommer lang auf die Alp geht, dann ist er am Abend so müde, dass er kein Bedürfnis mehr hat, die übrige Energie für so etwas wie „Golfen" zu verwenden. Es soll jeder in seiner Freizeit das machen, was er gerne macht, dagegen ist nichts einzuwenden, sobald aber der Landwirtschaft die Grundlage entzogen wird, kann dies nicht mehr gutgeheissen werden.
Jakob Schiesser appelliert auf den Richtplan einzutreten und das entsprechende Kapitel unverändert zu genehmigen.

Wortmeldung Fritz Hösli-Hefti, Gässli 7, 8773 Haslen
Fritz Hösli ersucht die Versammlung, dem Richtplan unverändert zuzustimmen.
Begründung: Er hegt starke Zweifel, ob die Gegner des Richtplans wirklich im Sinn haben, Glarus Süd mit dem Golfplatz weiterzuhelfen. Im ersten Zeitungsbericht wurden die 86 Hektaren kommuniziert und den Bauern versprochen, es könne kein Bauland mehr eingezont werden. Wenn diese 86 Hektaren in die Sport- und Freizeitzone eingebracht werden und vorhandenes Bauland wird ausgezont, kann dies nicht im Interesse von jemandem sein, der Glarus Süd weiterhelfen will, weil dann keine Bauplätze mehr vorrätig sind. Das Gebiet, auf dem die Golfanlage entstehen soll, liegt jetzt in der Land-wirtschaftszone. Schaut man richtig hin, so ist es bereits eine Freizeitzone. So viele Leute, wie heute schon an schönen Tagen dort wandern, Fahrrad fahren oder einfach nur spazieren, bringt man niemals auf einen Golfplatz. Zudem wird immer wieder mit Naturzonen und mit Biotopen propagiert, das benötigen wir nicht, das haben wir von Natur aus schon. Das alles sind scheinheilige Argumente, denn wenn ein Golfplatz entstehen soll müssen biologische Streifen als Ausgleichsflächen entstehen. Ein weiterer Punkt ist, dass Golfplätze viel Kunstdünger benötigen, mehr als von den Landwirten in den vergangenen Jahren eingesetzt wurde. Zudem verwundert, wie viele Leute sich für den Golfplatz einsetzen, die nicht in Glarus Süd wohnhaft sind. Dies bestärkt die Vermutung, dass der Golfplatz im Zentrum steht und nicht das Wohlergehen von Glarus Süd. Schon einmal konnte ein solches Vorhaben abgewendet werden und im Nachhinein

hat Fritz Hösli von einem Ferienhausbesitzer der aus Zürich stammt erfahren, dass die Flächen in Glarus Süd viel zu eng gewesen wären.
Fritz Hösli appelliert, dem Richtplan wie vorliegend zuzustimmen.

Wortmeldung Walter Elmer-Hauser, Wiese 12, 8767 Elm
Walter Elmer unterstützt den Rückweisungsantrag von Hans Heinrich Legler.
Begründung: Walter Elmer wertet nicht den Golfplatz sondern bringt zusätzliche weitere Argumente ein, die seiner Ansicht nach in die falsche Richtung gehen. Aus dem Bericht der Wünsche und Anträge ist zu entnehmen, dass in der Vernehmlassung ca. 170 Antworten eingegangen sind. Von diesen Eingaben ist scheinbar ausser dem Golfplatz nichts kommuniziert respektive nur wenig in den Richtplan aufgenommen worden. Der grösste Teil der Eingaben blieb vom Gemeinderat ohne Berücksichtigung. Die zwei anderen Gemeinden gehen im Vergleich mehr auf die Bevölkerung ein. So wurden bspw. 19 Eingaben zu den Wildruhgebieten eingebracht, welche der Kanton umsetzen und in Kraft setzen müsse. Der Regierungsrat bringt ihn nicht und das ist insofern nicht gut, weil die Gemeinde einen Richtplan genehmigt, der dann vom Kanton nicht umgesetzt werden könnte, weil er so nicht korrespondiert. Ohne Wertung ob dies gut oder schlecht ist, ob wir mehr oder weniger Wildruhgebiete haben müssen, geht es um eine Bundesvorgabe, welche der Kanton erledigen muss und das hat er nicht gemacht. Hier müsste man dem Regierungsrat Druck aufsetzen und diesen Punkt vorantreiben, bevor ein Richtplan verabschiedet wird, der dann nicht stimmt.
Im ursprünglichen Plan im 2012 waren Schwanden, Linthal und Elm als Versorgungsschwerpunkte aufgenommen. Elm wurde dann im Zuge der Überarbeitung als Versorgungsschwerpunkt gestrichen und als touristischer Schwerpunkt aufgenommen. Dies hat er selbst im Mitwirkungsverfahren reklamiert und die Wiederaufnahme als Versorgungsschwerpunkt gewünscht, worauf der Gemeinderat nicht eingegangen ist. Er fragt sich ob es richtig ist, dass bereits auf Richtplanstufe solches herausgestrichen wird. Er kennt die Überlegungen des Gemeinderates nicht, stellt aber fest, dass der Planer anfänglich anderer Meinung war und dies nun nicht mehr haben möchte. Das ist ein weiterer Punkt, warum der Richtplan zurückgewiesen werden soll. Auf der einen Seite wird der Tourismus gefördert aber hier sieht es eher so aus, als stelle sich der Gemeinderat gegen den Tourismus, siehe auch am Beispiel Golfplatz. Seines Erachtens sollte ein Richtplan, dort wo es notwendig und möglich ist, offen sein. Walter Elmer appelliert, dieses Geschäft dem Gemeinderat zurückzugeben mit dem Auftrag, das Thema mit den Wildruhgebieten mit dem Kanton zu bereden, und den Versorgungsschwerpunkt wie er im Plan im 2012 aufgenommen war, wieder aufzunehmen und mit den Betroffen zu sprechen, dies auch in Sachen Golfplatz.

Departementsvorsteher Fridolin Luchsinger
Fridolin Luchsinger appelliert, diese zwei Rückweisungsanträge abzulehnen.
Zum Golfplatz: Mit den Begründungen zum Golfplatz soll nicht der ganze Richtplan abgelehnt werden, diese Argumente können beim Kapitel 4.4 eingebracht und behandelt werden. Die Argumente dazu wurden gehört es gibt vielleicht noch weitere. Der geplante Golfplatz würde von Schwanden bis nach Luchsingen den flachen Boden beanspruchen. Immer wieder fragen Industrien für Bauland an und spricht man sich für das Golfplatzvorhaben aus, wäre dieser flache Boden blockiert und die Interessierten müssten weiter nach Süden ausweichen.
Zum Antrag Walter Elmer: Dem Antrag von Walter Elmer in Bezug auf die Wildruhezonen kann nicht zugestimmt werden, wenn Glarus Süd auf den Kanton Druck

ausüben und warten muss, bis er parat ist, hat Glarus Süd noch länger keinen Richtplan. Auf den Richtplan folgt die Zonenplanung und damit eine einheitliche Bauordnung. Bis dato wird noch mit den Bauordnungen der jeweiligen ehemaligen Gemeinde gearbeitet. Walter Elmer hat erwähnt, dass Antworten auf Eingaben nicht erfolgt sind, das stimmt so nicht. Sämtliche Eingaben mit den Antworten sind im Bericht der Wünsche und Anträge enthalten und konnten nachgelesen werden. In Bezug auf den Versorgungsschwerpunkt haben sich die Projektgruppe und der Gemeinderat Gedanken gemacht, ob wir in der Gemeinde ein Zentrum benötigen. Wir sind eine Wohngemeinde mit gutem Wohnraum und wir wollen gewisses Entwicklungspotenzial aufzeigen und das bedingt ein Zentrum. Daraus resultiert, dass Schwanden der Versorgungsschwerpunkt von Glarus Süd sein soll. Zusätzlich standen Linthal und Elm zur Diskussion – zwei Teilräume, die zu versorgen sind. Linthal hat mit den Nachbardörfern und Braunwald eine spezielle Funktion inne. Elm hat in der Betrachtung eine dopple Rolle (Versorgungsschwerpunkt, Tourismusschwerpunkt) inne und aus der Sicht des Gemeinderats und der Projektgruppe ist der Tourismusschwerpunkt höher zu gewichten. Aus diesem Grunde ist Elm gleich wie Braunwald ein touristischer Schwerpunkt und Linthal ein Versorgungsschwerpunkt. Das Thema Tourismus wurde heute mehrmals angesprochen und dies ist auch der Grund für den Tourismusschwerpunkt, damit ist Elm gut bedient. Fridolin Luchsinger appelliert, die Rückweisung des Richtplanes abzulehnen und Elm als Tourismusschwerpunkt zu belassen.

Abstimmung:

Der Rückweisungsantrag des gesamten Richtplanes beantragt von Hans Heinrich Legler unterstützt von Walter Elmer wird dem Antrag auf Ablehnung der gesamthaften Richtplanung gemäss Gemeinderat unterstützt von Jakob Schiesser und Fritz Hösli gegenübergestellt.
Das Abstimmungsergebnis wird ausgezählt:
In der Abstimmung unterliegt der Rückweisungsantrag mit 107 zu 177 Stimmen.

Somit wird auf den Richtplan eingetreten.

Kapitel 1 Einleitung

Abstimmung:

Dem Kapitel 1 Einleitung wird stillschweigend ohne Wortmeldung zugestimmt.

Kapitel 2 Raumkonzept

Wortmeldung Stephan Elmer-Stüssi, Säge 7, 8767 Elm
Stephan Elmer beantragt die Raumkonzeptkarte mit den Leitüberlegungen zurückzuweisen und einen weiteren Versorgungsschwerpunkt, wie er in Linthal vorgesehen ist, auch im Kleintal zu definieren.
Begründung: Heute werden die Pflöcke für die nächsten 15 bis 20 Jahre eingeschlagen, es entsteht ein Richtplan, der ca. alle 10 Jahre überarbeitet wird. Erfahrungen zeigen aber,

dass man zwischen 15 und 20 Jahren rechnen muss, bis eine Überarbeitung erfolgt. Heute wird beschlossen, wie und in welchen Räumen sich Glarus Süd entwickeln soll, dies ist das wichtigste Geschäft in Glarus Süd, das bis dato vorgelegt wurde. Der Richtplan und die darauf folgende Nutzungsplanung sind die wichtigsten Führungsinstrumente des Gemeinderates, sie geben ihm Leitlinien vor, wo welche Entwicklungen erfolgen. Demnach ist der Richtplan etwas langfristiges und es ist wichtig, dass keine Entwicklungschancen bereits im vornherein verhindert werden. Stephan Elmer hat den Entwicklungsprozess des Richtplanes von Beginn an mitverfolgt und er war erfreut, als im Mai 2012 das Raumkonzept als Karte und Text vorgestellt wurde. Das damalige Resultat entsprach seinen Vorstellungen und beinhaltete eine zukunftsgerichtete Entwicklungsstrategie für die Gemeinde Glarus Süd. Neben dem unbestrittenen Hauptzentrum in Schwanden war sowohl im Gross- wie auch im Sernftal je eine weiterer Versorgungschwerpunkt definiert. Im Raumkonzept *hiess es „in Glarus Süd bietet einzig Schwanden die Voraussetzungen, um eine attraktive Versorgungskette anzubieten und eine Zentrumsrolle einzunehmen. Für eine bedarfsgerechte Versorgung im Sernftal und im hinteren Grosstal braucht es weitere Versorgungsschwerpunkte. Mit differenzierten Standortentscheiden öffentlicher Einrichtungen stützt die Gemeinde die Entwicklung von Schwanden als Zentrum, wie auch die Stärkung der weiteren zwei Versorgungsschwerpunkte im Gross- und im Sernftal."* Dies steht noch immer im jetzigen Richtplan, dort gibt es eine grosse Diskrepanz zwischen den Leitüberlegungen im Kapitel 2 und den Leitüberlegungen im Kapitel 3. Im Kapitel 2 ist immer noch von mehreren Versorgungsschwerpunkten die Rede. Als man sich zur Konzeptkarte äussern konnte, hat niemand gegen diese Definition der Versorgungsschwerpunkte opponiert. Alle waren mit dem Vorschlag der eingesetzten Fachkommission und des beauftragten Planungsbüros einverstanden. Als dann der Richtplan zur weiteren Mitwirkung auflag, fehlte der Versorgungsschwerpunkt im Kleintal, er ist anscheinend vom Gemeinderat entgegen dem Vorschlag der Fachkommission und der Planer gestrichen worden. In der Mitwirkung haben dann mehrere Vernehmlassungsteilnehmer ergebnislos versucht, diesen Mangel zu beseitigen. Mehr noch, der Kanton, die Raumplanung und die kantonalen Fachstellen haben eingebracht, das Kleintal brauche einen Versorgungsschwerpunkt.

Mit der Aufnahme eines Versorgungsschwerpunktes im Kleintal wird das Bekenntnis zur Entwicklung für den Wohn- und Wirtschaftsstandort im Kleintal abgegeben. Damit sind keine direkten Verpflichtungen und keine finanziellen Zusagen der Gemeinde verbunden, die Initiative und Investitionen müssten durch Versorgungsinstitutionen erbracht werden, es soll ihnen überlassen sein, ob sie dort investieren wollen oder nicht. Heute hat die Versammlung es in der Hand, das Signal auf Grün = Pro Versorgungsschwerpunkt oder auf rot = contra Versorgungsschwerpunkt zu stellen. Das Fehlen eines Versorgungsschwerpunktes zeigt gegen Innen und gegen Aussen ein fatales Signal. Gegen Innen registrieren die Einheimischen, das Gewerbe und die Wirtschaft dieses Signal und gegen aussen registrieren das bspw. investierende Bundesbetriebe wie Post und Swisscom (Beispiel Glasfaserleitungen). Zudem gilt es zu beachten, was die Berghilfe oder die Patenschaft für Berggemeinden dazu sagen, es sind diese Institutionen, die immer wieder Gesuche aus dem Kleintal unterstützen. Ev. fragen sie sich, ob ihre Unterstützungsleistungen noch am richtigen Ort erfolgen, wenn im ganzen Tal kein Versorgungsschwerpunkt mehr vorgesehen ist. Stephan Elmer weiss aus Erfahrung, was der Bund sehen will, wenn bspw. Mittel aus der Regionalpolitik für unseren Kanton/Gemeinden beantragt werden. Der Bund erfragt die Entwicklungsstrategie und prüft die Rechtfertigung für Bundesgelder. Er erachtet es als Schwächung, wenn das

Kleintal ohne Versorgungsschwerpunkt bleibt. Die Begründung des Gemeinderates zum Verzicht eines Versorgungsschwerpunktes im Vernehmlassungsbericht ist, dass man im Kleintal keinen eigentlichen Versorgungsschwerpunkt definieren wolle, sondern dass die Versorgung im Kleintal überall stattfinden solle. Stefan Elmer findet dies ein Fehlen an Mut, mit solchen Begründungen hätte man alle Schwerpunktdefinitionen auslassen können. Das Argument, Elm sei ein Tourismusschwerpunkt und somit brauche es nicht noch einen Versorgungsschwerpunkt stimmt so nicht, ein Tourismusschwerpunkt ersetzt keinen Versorgungsschwerpunk. Ein Tourismusschwerpunkt setzt auf Versorgungsleistungen und Einrichtungen des Tourismus und ein Versorgungsschwerpunkt ist vor allem für Industrie, Gewerbe und Einwohner da.
Stephan Elmer appelliert das Kapitel 2 Raumkonzept mit den Leitüberlegungen zurückzuweisen mit dem Auftrag das Gebiet Kleintal mit einem Versorgungsschwerpunkt anzupassen.

Departementsvorsteher Fridolin Luchsinger
Es wurden nun Ausführungen gehört, die mit einem Versorgungsschwerpunkt nicht zu tun haben. In den vergangenen vier Jahren wurden diverse Gesuche an die Patenschaft für Berggemeinden oder die Berghilfe gestellt und noch nie kam dabei die Frage eines Versorgungsschwerpunktes auf. Es gab Diskussionen in der Projektgruppe, ob in Engi oder in Elm ein Versorgungsschwerpunkt definiert werden soll, mit dem Ergebnis, das Elm als Tourismusschwerpunktes aufgenommen wurde. Versorgungsschwerpunkte sind neue Instrumente und die Überlegungen, wo ein solcher eine Punkt gesetzt werden soll, können zu unendlichen Diskussionen führen: Soll er dort gesetzt werden wo ein Arzt oder eine Post oder ein Altersheim ist? Stefan Elmer hat die Post und die Swisscom angesprochen. Wenn man an die Schliessung der Poststelle in Ennenda denkt, kann dies kein Argument sein, die Post orientiert sich nicht an Versorgungsschwerpunkten und sol, deshalb nicht verknüpft werden.
Fridolin Luchsinger appelliert, dem Kapitel 2 Raumkonzept unverändert zuzustimmen.

Abstimmung:

Der Rückweisungsantrag des Kapitels 2 Raumkonzept von Stephan Elmer wird dem Antrag auf Ablehnung dieses Rückweisungsantrages gemäss Gemeinderat gegenübergestellt.
Das Abstimmungsergebnis wird ausgezählt:
In der Abstimmung unterliegt der Rückweisungsantrag mit 118 zu 142 Stimmen.

Somit ist das Kapitel 2 Raumkonzept genehmigt.

Kapitel 3 Siedlung
beinhaltend
3.1 Siedlungsstruktur
3.2 Siedlungsgebiet
3.3 Siedlungsgestaltung
3.4 Gebiete für die Wirtschaft und die Versorgung

Wortmeldung Marie Louise Müller, Sätliboden 5, 8782 Rüti
Marie Louise Müller meldet sich zu diesem Traktandumsteil erst nachdem über das Kapitel 3 bereits abgestimmt wurde. Die Versammlungsteilnehmer erklären sich auf entsprechende Anfrage des Gemeindepräsidenten damit einverstanden, die Ausführungen von Frau Müller anzuhören und auf diese Abstimmung zurückzukommen. Frau Müller beantragt, den Teil im Sätliboden in Rüti, der als strategischer Entwicklungsstandort vorgesehen ist und in die Gewerbe und Industriezone aufgenommen werden möchte, so nicht aufzunehmen sondern in der Landwirtschaftszone zu belassen.
Begründung: Drei Bauernfamilien mit 11 Jugendlichen bewirtschaften einen Landwirtschaftsbetrieb mit Pachtland des Gebietes im Sätliboden. Diesen Bauern sollte dieses Pachtland für längere Zeit in Aussicht gestellt werden können, damit sie unternehmerisch nicht ausgebremst sind. Diese drei Bauernfamilien haben bereits durch den Bau der Umfahrungsstrasse Land für die Bewirtschaftung verloren und das möchte sie mit ihrem Antrag verhindern. Der Standort in Rüti dient, so ist es auf der S 41 im Memorial nachzulesen, als strategische Option, sofern sonst kein geeigneter Standort mehr zur Verfügung gestellt werden kann. Frau Müller kann sich vorstellen, dass sobald Interesse da ist, sich das rasch entwickeln kann, weil Interessenten im Flachen bauen wollen. Zudem war in der Zeitung zu lesen, dass Grossunternehmen mit günstigen Energiepreisen angelockt werden, hierbei soll aber die Aussage der Axpo bedacht werden, „der Strom wird teurer", wir sollten nicht unter den Gestehungskosten Energie anbieten. Es ist ein Risiko Jungunternehmen anzulocken und nach 3-4 Jahren heisst, es wir haben uns getäuscht, es rentiert nicht.
Marie Louise Müller appelliert, den Sätliboden in Rüti nicht als strategischen Entwicklungsstandort aufzunehmen.

Departementsvorsteher Fridolin Luchsinger
Frau Müller hat erklärt um was es geht, im Richtplan ist in Rüti im Sätliboden ein S aufgenommen S = strategischer Standort Arbeiten. Die Erklärung, warum dies so aufgenommen wurde hat damit zu tun, dass im Versorgungsgebiet des ehemaligen EW Linthal (Linthal bis Diesbach) unter gewissen Bedingungen günstige Energie zur Verfügung steht. Ein interessierter Unternehmer muss die Wertschöpfung seines Unternehmens ausweisen können. Zudem wäre dies dann wahrscheinlich ein Gemeindeversammlungsgeschäft, das die Zustimmung der StimmbürgerInnen benötigt.
Das S-Gebiet beträgt ca. 10 Hektaren und so viel benötigt ein einzelnes Unternehmen bei weitem nicht. Auf einer Hektare könnte ein Unternehmen mit einer zweistelligen Zahl an Arbeitnehmer aufgestellt werden. Ein solcher Fall wäre ein Glücksfall für die Gemeinde und es würden dann Lösungen für alle gesucht und gefunden. Mit der Aufnahme des strategischen Entwicklungsstandortes in Rüti wird ein Zeichen für den südlichen Teil in Glarus Süd gesetzt, dies entgegen schon gehörten Vorwürfen, die Planungen finden alle nur rund um den Raum Schwanden statt.
Fridolin Luchsinger appelliert, den Entwicklungsstandort Sätliboden in Rüti so im Richtplan zu belassen.

Abstimmung: Kapitel 3.4 Gebiete für die Wirtschaft und die Versorgung

Der Rückweisungsantrag von Kapitel 3.4 von Marie Louise Müller wird dem Antrag auf Ablehnung dieses Rückweisungsantrages gemäss Gemeinderat gegenübergestellt.

Das Abstimmungsergebnis kann eindeutig ermittelt werden.
Der Rückweisungsantrag von Frau Müller unterliegt dem Antrag des Gemeinderates deutlich.

Somit ist das Kapitel 3.4 Gebiete für die Wirtschaft und die Versorgung genehmigt.

Abstimmung:

Kapitel 3 Siedlung beinhaltend:

3.1 Siedlungsstruktur
3.2 Siedlungsgebiet
3.3 Siedlungsgestaltung
3.4 Gebiete für die Wirtschaft und die Versorgung (siehe separate Abstimmung)

werden stillschweigend ohne Wortmeldung genehmigt.

Kapitel 4 Natur, Landschaft und Tourismus
beinhaltend
4.1 Landschaftschutz
4.2 Landschaftsförderung
4.3 Aufwertung und Wiederherstellung
4.4 Torismus

Wortmeldung Ralf Luchsinger, Farbstrasse 32, 8762 Schwanden
Ralf Luchsinger stellt den Antrag, das Kapitel 4.4 Tourismus zurückzuweisen.
Begründung: Der Richtplan soll zeigen, wie es in Glarus Süd in 15 Jahren aussehen soll, eventuell entscheidet dann bereits die nächste Generation, um welchen Boden es genau geht. Er denkt dabei an lange Pachtverträge, Nachfolgeregelungen und Handänderungen etc. Sich bereits heute aufzuregen wäre zu früh. Ralf Luchsinger stellt diesen Antrag, weil er der Auffassung ist, dass diese grosse Chance nicht seriös genug angeschaut worden ist. Es besteht eine Projektgruppe mit ausgewiesenen Leuten wie Landräten etc., die seit mehr als 10 Jahren an diesem Projekt arbeiten. Egal ob mit dem Hut des Tourismus oder dem Hut der Wirtschaft betrachtet, bringt es nur Vorteile. Die Abstimmung von heute ist zukunftsgerichtet und behandelt kein konkretes Projekt. Der Boden ist vergeben an die Landwirtschaft usw. und niemand möchte Existenzen ruinieren. Es geht jetzt darum, ob man mit dem Stärken des Tourismus beginnt. Die Industrie macht es vor, sie wandert ab. Deshalb sollte man nicht einfach nur von etwas sprechen, sondern auch etwas tun. Ralf Luchsinger erklärt, dass wir von 106 Regionen jene Region sind, die ein Null-Prozent Wachstum haben und deshalb zu den „Letzten" zählen. Es sollen Möglichkeiten für die Zukunft geschaffen werden, denn Glarus Süd hat das Potenzial dazu und das möchte die 10 köpfige Projektgruppe noch einmal mit dem Gemeinderat anschauen. Die Sport- und

Freizeitzone soll aufgenommen werden, damit der Golfplatz oder was dannzumal entstehen könnte entstehen kann.
Ralf Luchsinger appelliert das Kapitel 4.4 Tourismus zurückzuweisen.

Wortmeldung Miklos Toth, Haltenrain 3b, Schwanden
Miklos Thot unterstützt den Rückweisungsantrag von Ralf Luchsinger.
Begründung: Seine Unterstützung ist als konstruktiver Beitrag anzusehen. Er vermisst unter dem Thema Tourismus das Wort „Sport". Er denkt hierbei an die Hotelbelegungen in Braunwald und Elm und damit verbunden an die Schaffung eines weiteren Gebietes das Tourismus und Sport beinhaltet. Als Naherholungsgebiet des Raumes Zürich wäre es schön, ein Gebiet mit sportlichen Infrastrukturen zu haben, d.h. nicht nur Sommer- und Wintersport, sondern auch gedeckte Sportanlagen etc. Demzufolge wären auch die Leitüberlegungen genauer auszuschaffen. Ob ein Golfplatz oder etwas anderes entsteht spielt Herr Thot keine so grosse Rolle, denn bis dahin sei er auch nicht mehr so fit wie heute.
Miklos Thoth appelliert, den Rückweisungsantrag von Ralf Luchsinger zu unterstützen.

Wortmeldung Maja Kobi-Largo
Maja Kobi unterstützt ebenfalls den Antrag von Ralf Luchsinger.
Begründung: Als Touristikerin weiss sie, was Touristen möchten. Die Touristen sind mobil, nebst den zwei Zentren in Braunwald und in Elm möchten sie in der Region herumreisen und verschiedene Orte sehen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass auch im Talboden touristische Zonen ausgeschieden werden – Zonen für Freizeit und Tourismus und wie Herr Thot ausgeführt hat auch für Sport. Es geht nicht darum, ob dort ein Golfplatz hinkommt, sondern es geht um eine touristische Freizeitzone. Maja Kobi hat sich in Bezug auf die Voten des Gemeindepräsidenten gefreut zu hören, wie wichtig der Tourismus für Glarus Süd ist. Es ist jedoch ein Unterschied, Tourismusgebiete zu haben oder Tourismus zu fördern. Hier beim Richtplan besteht die Möglichkeit konkret ein Bekenntnis zum Tourismus abzugeben.
Maja Kobi-Largo appelliert, den Rückweisungsantrag von Ralf Luchsinger zu unterstützen.

Wortmeldung Thomas Hefti, Hüsliguet 1, 8756 Mitlödi
Thomas Hefti beantragt, den Rückweisungsantrag abzulehnen.
Begründung: Der Talboden bietet die Futtergrundlage für die Kühe und der Tourismus ist auch auf die Alpen angewiesen. Wenn keine Alpen mehr bestossen werden können und im Winter keine Futter mehr da ist, kann der Tourismus zusammenpacken. In einem Leserbrief war zu lesen, dass die Bauern auf dem Golfplatz einen Hofladen betreiben und Käse verkaufen können, es fragt sich wie diese Produkte ohne Boden produziert werden sollen ev. durch Importfutter? Es hat heute schon zu wenig Futter, es werden schon heute Millionen von Tonnen an Futter importiert.
Thomas Hefti appelliert, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen und den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Wortmeldung Dr. Fritz Schiesser, Oberhaslen 23. 8773 Haslen
Dr. Fritz Schiesser unterstützt den Rückweisungsantrag von Ralf Luchsinger.
Begründung: In den Leitüberlegungen steht: „Die Weiterentwicklung zielt auf eine höhere Angebotsqualität, eine verbesserte Auslastung der Infrastrukturen und eine Erhöhung der regionalen Wertschöpfungswirkung." Genau das brauchen wir. Damit wir das im Tourismus erreichen können, müssen wir eine Wertschöpfung schaffen, die höher

ist als heute. Wir sind eine Stunde von Zürich entfernt, in diesem Raum ist ein riesiges Potenzial vorhanden. Wenn Leute von Zürich hierher kommen, wollen sie etwas geboten bekommen. Das St. Galler-Oberland und das Bündner-Oberland haben solche Schritte zusammen mit der Landwirtschaft gemacht, damit auch diese profitieren können. Wird dieses Kapitel zurückgewiesen, soll miteinander gesprochen und versucht werden eine gemeinsame Lösung zu finden, wie es bei uns Brauch ist. Es gibt Lösungen, die hat man im Thurgau und auch im Bündner-Oberland.
Dr. Fritz Schiesser appelliert, den Rückweisungsantrag von Ralf Luchsinger zu unterstützen.

Departementsvorsteher Fridolin Luchsinger
Eine nach der Fusion erstellte Studie über Glarus Süd zeigt auf, dass als die wichtigsten emotionalen Werte die Kultur und die traditionellen Kulturlandschaften bezeichnet werden. Dies wird von jungen Leuten als unser Potenzial angesehen. Wenn in Glarus Süd der erste Golfplatz entstehen würde, könnte man denken, das wäre eine Chance. Aber ist es nicht wie bei den Rodelbahnen, im Trend wurden überall welche gebaut und heute werden sie wieder abgebrochen. Im Mai 2014 wurden in Luzern 14'000 Touristen befragt, warum sie nach Luzern gekommen sind. 90% davon haben geantwortet wegen der einmaligen, unverbauten Landschaft und weitere haben geantwortet wegen der Stadt oder geschäftlich – das sind Fakten. In dieser Sache darf der Gemeinderat Schreiben von Bodenbesitzern mit klaren Bekenntnissen, worin sie festhalten, dass sie derzeit den Boden nicht hergeben, nicht ignorieren. Das wäre zu vergleichen, wie wenn Dritte plötzlich bestimmen, was im eigenen Garten angepflanzt werden soll. Fridolin Luchsinger appelliert, dem Rückweisungsantrag nicht zuzustimmen.

Abstimmung: Kapitel 4.4 Tourismus

Der Rückweisungsantrag zum Kapitel 4.4 Tourismus beantragt von Ralf Luchsinger unterstützt von Miklos Toth, Maja Kobi Largo und Dr. Fritz Schiesser wird dem Antrag des Gemeinderates unterstützt von Thomas Hefti gegenübergestellt.
Das Abstimmungsergebnis wird ausgezählt:
In der Abstimmung obsiegt der Rückweisungsantrag mit 142 zu 131 Stimmen.

Somit ist das Kapitel 4.4 Tourismus zurückgewiesen.

Kapitel 5 Verkehr

Wortmeldung Heinz Hürzeler, Hauptstrasse 29, 8775 Luchsingen
Heinz Hürzeler stellt einen Rückweisungsantrag:
Begründung: Heinz Hürzeler spricht den Langsamverkehr, Beruhigung, Anschluss an den ÖV mit Park and ride und weiteres an. Er ist der Ansicht, der Verkehr sollte nicht beruhigt sondern verflüssigt werden und dies mit Umfahrungen und nicht mit Lärmschutz. Am meisten stört ihn, dass die Braunwaldbahn als Standseilbahn zementiert ist und was für Kosten entstehen, wenn die Bergstation aus dem Rutschgebiet verlegt werden sollte. Zum halben Preis könnte eine Luftseilbahn, die alle Anforderungen erfüllt und auch nicht mehr im Rutschgebiet steht, gebaut werden.

Abstimmung: Kapitel 5 Verkehr

Der Rückweisungsantrag von Kapitel 5 Verkehr von Heinz Hürzeler wird dem Antrag auf Ablehnung dieses Rückweisungsantrages gemäss Gemeinderat gegenübergestellt.

Das Abstimmungsergebnis kann eindeutig ermittelt werden.
Der Rückweisungsantrag von Heinz Hürzeler unterliegt dem Antrag des Gemeinderates deutlich.

Somit ist das Kapitel 5 Verkehr genehmigt.

Kapitel 6 übrige Raumnutzung
beinhaltend
6.1 Materialbewirtschaftung (Abfallbewirtschaftung)

Abstimmung:

Dem Kapitel 6 übrige Raumnutzung wird stillschweigend ohne Wortmeldung zugestimmt.

Richtplankarten
Grosstal 1:10'000
Sernftal 1:10'000
Gesamtgebiet 1.25'000

Abstimmung:

Die Richtplankarten Grosstal 1:10'000, Sernftal 1:10'000 und Gesamtgebiet 1:25'000 werden stillschweigend ohne Wortmeldung genehmigt

Übersicht Abstimmungsergebnis kommunaler Richtplan

Kapitel 1 Einleitung genehmigt
Kapitel 2 Raumkonzept genehmigt
Kapitel 3 Siedlung genehmigt
Kapitel 4 Unterkapitel 4.1 Natur und Landschaftsschutz genehmigt
4.2 Landschaftsförderung genehmigt
4.3 Aufwertung und Wiederherstellung genehmigt
4.4 Tourismus zurückgewiesen
Kapitel 5 Verkehr genehmigt
Kapitel 6 übrige Raumnutzung genehmigt
Richtplankarten genehmigt

8. Überbauungsplan Heulosen - Antrag auf Genehmigung

Archiv-Nummer
04.06.00

8.1. Sachverhalt

Das Gebiet Heulosen im Dorf Schwanden der Gemeinde Glarus Süd wurde im Rahmen einer Teilrevision des Zonenplanes mit Beschluss an der Gemeindeversammlung vom 18. November 2011 der Zone 3b Allgemeine Wohnzone mit einer Überbauungsplanpflicht zugewiesen. Über die Festlegung einer Überbauungsplanpflicht verfolgt die Planungsbehörde die Sicherstellung folgender Ansprüche an die Entwicklung des Gebietes:

- überzeugende ortsbauliche Gesamtidee mit klarer ortsbaulicher und architektonischer Struktur
- nachhaltige Nutzung des Bodens durch verdichtete Bauweise
- hohe Wohnqualität und vielfältige Wohnorganisation
- grosszügige Aussenräume mit hoher Aufenthaltsqualität sowie hoher gestalterischer und ökologischer Qualität
- siedlungsgerechte Arealerschliessung

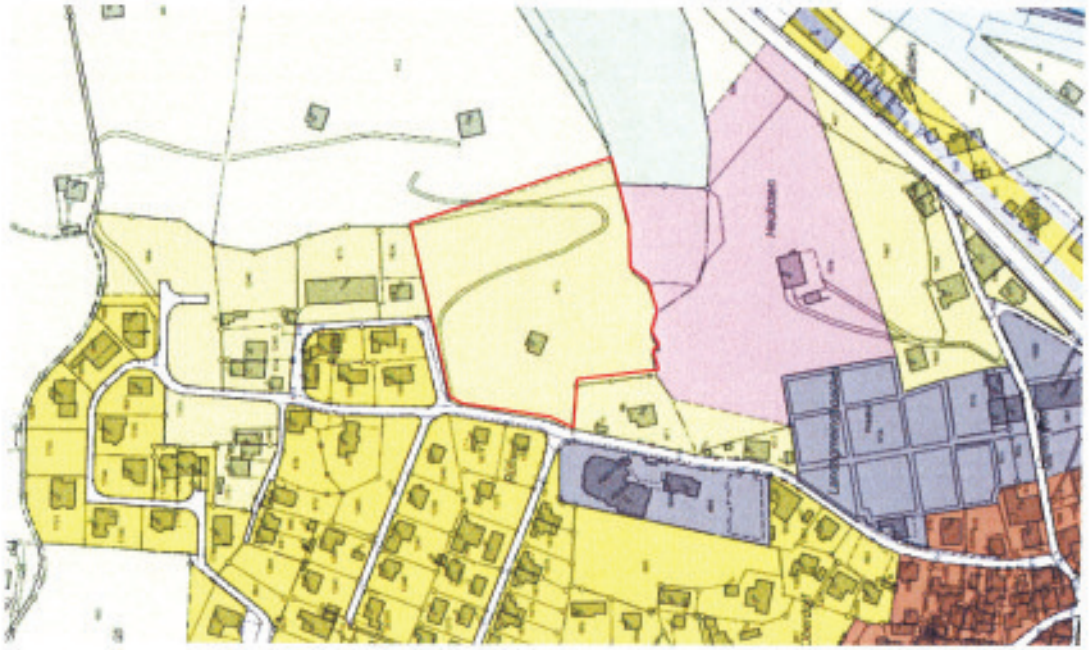


Abb.1 Das Gebiet Heulosen (rot umrandet) umfasst die Parzelle Nr. 1903 mit einer Fläche von rund 1,1 ha.

8.1.1 Erarbeitung und Verfahren

Die Ausarbeitung des Überbauungsplanes basiert auf einem architektonischen Richtprojekt der Fuchsbau Architekten sowie der Fischer Landschaftsarchitekten. Sowohl das Richtprojekt als auch der Überbauungsplan wurden im Rahmen des ordentlichen Planungsverfahrens der kommunalen und kantonalen Stellen zur Vorprüfung eingereicht. Das Richtprojekt und der Überbauungsplan mit den Sonderbauvorschriften wurden weiter der Gestaltungskommission zur Beurteilung vorgelegt.

Um eine breitere Akzeptanz sicherstellen, wurde zum Auftakt der öffentlichen Mitwirkung am 28. November 2013 eine öffentliche Informationsveranstaltung zur Projektentwicklung durchgeführt. Dabei wurden die Anwohner über die konzeptionellen Überlegungen als Grundlage des vorliegenden Überbauungsplanes orientiert.

Mitwirkung
Der Überbauungsplan Heulosen wurde gemäss Art. 7 des kantonalen Raumentwicklungs- und Baugesetzes (RBG) mit Publikation im Amtsblatt vom 9. Januar 2014 zusammen mit dem zugrunde liegenden Richtprojekt während 14 Tagen im Gemeindehaus in Schwanden zur Mitwirkung aufgelegt. Während der Dauer der Mitwirkung gingen zuhanden der zuständigen Behörden keine Mitwirkungsbegehren ein.

Öffentliche Auflage
Die Öffentliche Auflage des Überbauungsplans Heulosen gemäss Art. 25 des kantonalen Raumentwicklungs- und Baugesetzes (RBG), mit Publikation im Amtsblatt vom 13. März 2014, erfolgte vom 14. März 2014 bis 12. April 2014 im Gemeindehaus in Schwanden.

Während der Öffentlichen Auflage ging eine Einsprache von Dritten ein. Das entsprechende Einspracheverfahren befindet sich zurzeit in Behandlung durch die zuständigen Stellen der Gemeinde Glarus Süd.

8.1.2 Raumplanerische Rahmenbedingungen

Gemäss der Bauordnung Schwanden kann im Rahmen eines Überbauungsplans von den zonengemässen Höhenvorschriften (Art. 7 Abs. 1) abgewichen sowie eine Erhöhung der Ausnutzungsziffer (Art.8) realisiert werden. Die erwähnten Abweichungen gegenüber der Zonenordnung können jedoch nur realisiert werden, wenn damit eine Überbauung von hoher Qualität realisiert wird. Insbesondere hygienisch und baulich einwandfreie Lösungen sowie eine baulich einwandfreie Erschliessung (Art.7 Abs. 2) sind zu gewährleisten. Die Bauten haben sich zudem harmonisch in das Gesamtbild einzupassen.
Die Landsgemeinde hat am 2. Mai 2010 dem neuen Raumentwicklungs- und Baugesetz (RBG) zugestimmt. Im Februar 2011 wurde die neue Bauverordnung (BV) durch den Landrat verabschiedet. Gemäss dem RBG sind die Gemeinden und der Kanton zur Raumplanung verpflichtet und stimmen ihre Planungen aufeinander ab. Gemäss Art. 21 RBG regeln Sondernutzungspläne die Überbaubarkeit, die Erneuerung oder Verdichtung von Teilgebieten der Gemeinden in Ergänzung oder Verfeinerung der ortsplanerischen Grundordnung. In diesem Sinne gilt der Überbauungsplan Heulosen als Sondernutzungsplanung, Art. 23 RBG.

8.2 Ausgewählte Auszüge zum Richtprojekt Heulosen

Die spezielle Hanglage des Gebietes Heulosen ist für das Glarnerland untypisch. Durch den Verlauf der Bergmassive, welche das Tal bilden, sind wir in der Regel dazu gezwungen, die Talsohlen und die etwas steileren Gebiete hangaufwärts zu bebauen. Diese Hanglagen weisen hauptsächlich eine West- oder Ostausrichtung auf. Der Heulosenhang dagegen liegt auf einer Bergsturzmasse, welche nach dem Eisrückgang des Linthgletschers auf der Ostseite des Vorderglärnisch losbrach, am Gegenhang bei

Sool aufbrandete und darauf gegen Norden abgelenkt wurde. Daher orientiert sich dieser Hang nach Süden.

Bebauung

Aufgrund verschiedener Überbauungsstudien erwies sich ein Ansatz mit vier Punktbauten am vorteilhaftesten; die Reduktion auf nur vier Bauten hat insbesondere hinsichtlich der Freihaltung und Durchlässigkeit der Umgebung wesentliche Vorteile als andere Bebauungsansätze. Bei richtiger Setzung und Strukturierung der vier Baukörper, welche zu den Höhenlinien abgewinkelt verlaufen, lässt die Erscheinung kleiner werden und optimiert den vorhandenen Massstabssprung.



Abb. 2 Bebauung vom Ortskern her gesehen

Umgebung

Die Landschaft um Schwanden ist geprägt von einem Mosaik aus Grünland/Weiden, Obstbäumen, alten Trockenmauern und Hecken, welche sich an die Hänge der umliegenden Berglandschaft schmiegen. Besonders markant sind die Trockenmauern. Sie verlaufen oft deckungsgleich zu den Höhenlinien und kommen auch im Siedlungsbereich als Einfassung oder Stützmauer zum Einsatz. Die vorhandene Vegetation besteht hauptsächlich aus einheimischem Arten des Laubmischwaldes und einzelnen Obstbäumen.

Die in der Region vorkommenden Strukturen und Vegetationsformen werden für die Umgebungsgestaltung gezielt eingesetzt. Zudem soll die vorhandene Geländeform soweit wie möglich erhalten bleiben. Natursteinmauern mit partiellen Heckenstrukturen, welche der Topographie folgen, vernetzen das Gelände. Die Hecken werden alle 3-5 Jahre auf Stock gesetzt. Zum Teil dienen sie in der Wohnüberbauung auch als Trennung von halbprivatem zu öffentlichem Freiraum. Eingestreute Zierobstbäume in den Blumenwiesen werden als typisches Element wieder aufgegriffen.

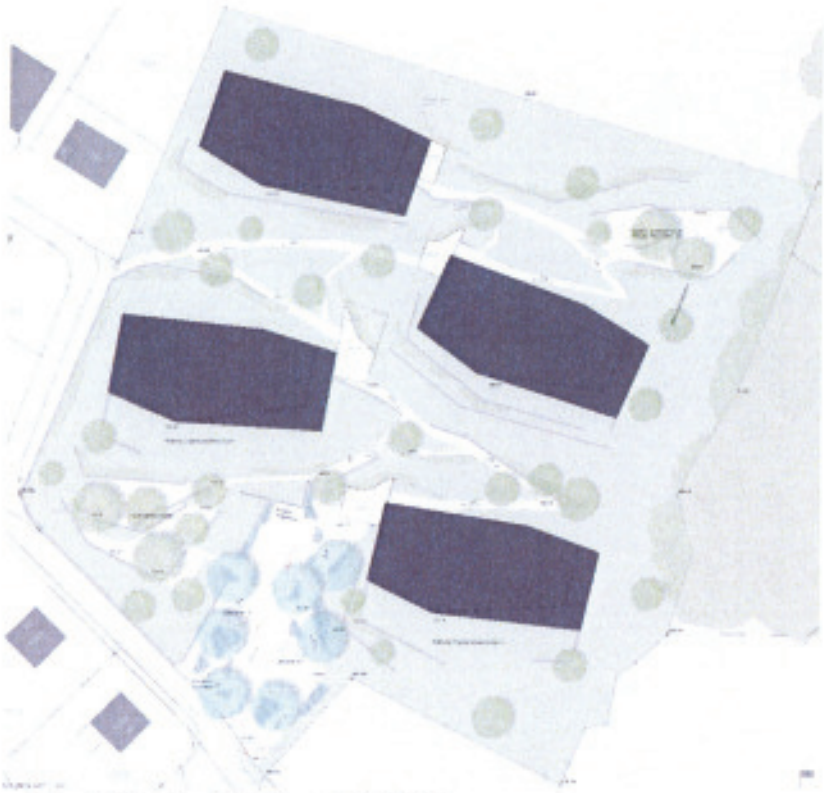


Abb. 3 Situation Richtprojekt Heulosen

Erschliessung
Auftakt zur Überbauung bildet ein grosszügig angelegter Erschliessungsbereich, welcher als Fussgänger-Hauptzugang dient und zugleich Tiefgaragenzufahrt, Besucherparkplätze und Entsorgungseinrichtungen kombiniert. Dieser Bereich wird als Mischzone ausgebildet, erreicht jedoch durch die Strukturierung mit Pflanzinseln eine gute Entflechtung zwischen den Verkehrsteilnehmern. Durch die kurze Tiefgaragen-Zufahrt von der Rütelistrasse her, wird auch eine Entflechtung der gesamten Parzelle erreicht. Der motorisierte Verkehr wird früh abgeholt und auf kürzester Distanz zur Tiefgarage geführt. Auf dem Rest der Parzelle findet nur noch Langsamverkehr statt. Die Haupterschliessungsachse für Fussgänger befindet sich unterirdisch in Form eines Schrägliftes. Die oberirdische Fussgängererschliessung folgt den Höhenlinien sowie den Natursteinmauern mit Heckenstrukturen zu den jeweiligen Hauseingängen. Für eine schnellere Verbindung sind Abkürzungen über Treppen vorhanden. Die Beleuchtung und die Schneeräumung werden auf die kurze Wegverbindung mit Treppen beschränkt.

8. 3 Wichtige Regelungsinhalte Überbauungsplan Heulosen

8.3.1 Bebauung

Baubereiche
Die Bebauung bezeichnet die Baubereiche A bis D sowie die Baubereiche Erschliessungsbauten (Art. 3 Sonderbauvorschriften SBV). Deren Lage wurde durch das architektonische Richtprojekt definiert und orientiert sich an der Hangneigung des bestehenden Terrains. Die Position der einzelnen Baukörper wurde so gewählt, dass Abstände gegenüber der Parzellengrenze und dem anliegenden Wald eingehalten werden.

Unterirdische Bauten und Gebäudeteile sowie Kleinbauten im Zusammenhang mit technisch notwendigen Anlagen können auch ausserhalb der Baubereiche erstellt werden. Dienen diese dem Aufenthalt, sind sie auch innerhalb den Aufenthaltsbereichen zulässig. Dabei haben sie sich gut in die Gesamtgestaltung zu integrieren. Deren Anzahl ist auf eine möglichst geringe Zahl zu beschränken.

Art und Mass der Nutzung

Die Baubereiche Hochbauten sind zur Hauptsache für Wohnnutzungen bestimmt. In untergeordnetem Umfang ist mit dem Wohnen verträgliches Gewerbe zulässig. Verkaufsflächen sind nicht zulässig. Die Baubereiche Erschliessungsbauten sind für Bauten und Anlagen der Erschliessung der Hochbauten bestimmt. Die max. zulässige anrechenbare Geschossfläche (aGF) beträgt über den gesamten Perimeter 6'000 m² für Hauptbauten und 1'110 m² für Nebenbauten. Die max. zulässige aGF kann dann eingelöst werden, wenn die Bauten gestalterisch erhöhten Ansprüchen gemäss Richtprojekt entsprechen, die Beurteilung erfolgt durch die Gestaltungskommission. Die maximal zulässige aGF pro Baubereich beträgt 1'500 m². Die total zu realisierende aGF ist möglichst gleichmässig auf die vier Baubereiche zu verteilen. Wird davon abgewichen, ist dies zu begründen und die Gesamtüberbauung darf in der ortsbaulichen Qualität dadurch nicht geschmälert werden. Das Richtprojekt sieht pro Baukörper eine anrechenbare Geschossfläche von rund 1'316 m² vor. Daraus ergibt sich bei allen vier Baukörpern zusammen eine anrechenbare Geschossfläche über das gesamte Projekt von rund 5'264 m². Hieraus resultiert mit einer Grundstücksfläche von 11'132 m² eine AZ von 0.47.

Baumasse

In den Baubereichen Hochbauten und den Baubereichen Erschliessungsbauten gelten die im Situationsplan festgelegten Koten (m.ü.M.), welche von keinem Punkt der Dachkonstruktion überschritten werden dürfen. Ausgenommen davon sind bei den Baubereichen Hochbauten technisch bedingte Dachaufbauten. Diese sind auf ein Minimum zu beschränken. Das Überschreiten der im Situationsplan 1:500 zum Überbauungsplan eingetragenen Hangkante im Norden mit einer Kote von 587 m.ü.M. ist nicht gestattet. Die Bauten sind quer zur Hangneigung zu stellen und haben sich am natürlich gewachsenen Terrain zu orientieren. Damit ein haushälterischer Umgang mit dem Boden gewährleistet werden kann, wurde auf eine kompakte Gestaltung der Bauten hohen Wert gelegt. In allen Baubereichen sind drei Vollgeschosse mit Wohnnutzungen zulässig. Gemäss BO der ehemaligen Gemeinde Schwanden kann ein ausgebautes Untergeschoss realisiert werden, welches der Ausnützung nicht angerechnet wird. Dadurch treten die Hochbauten teils als viergeschossige, teils als dreigeschossige Bauten in Erscheinung. Die SBV definieren, dass die Bauten maximal viergeschossig in Erscheinung treten dürfen. Dabei sind sie – analog dem Richtprojekt mit seinem markanten Rücksprung im obersten Geschoss – in ihrer Erscheinung zu gliedern.

Gestaltung

Die Bauten, welche innerhalb der Baubereiche erstellt werden, haben erhöhten Anforderungen hinsichtlich ihrer Qualität in Bezug auf Städtebau und Architektur zu genügen. Aus diesem Grund kommt der Fassadengestaltung und –gliederung sowie der Materialisierung eine hohe Bedeutung zu.

In den SBV zum Überbauungsplan wurden deshalb folgende Grundsätze definiert, welche ein künftiges Bauprojekt im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens nachweisen muss:

- Die Bauten sind so zu gestalten, dass sie zusammen mit der Umgebung ein stimmiges Ganzes ergeben.
- Die verwendeten Materialien sind so zu wählen, dass eine ruhige und stimmige Ausgestaltung bewirkt wird. Auf unnötige Abwechslung und Vielfalt von Materialien ist zu verzichten.

Der Fassade vorgesetzte Wintergärten und Balkone sind nicht gestattet.

Dachgestaltung
Ausgehend vom Richtprojekt sind die Dächer der Hochbauten in ihrer Längsrichtung geneigt auszubilden. Die Dachgestaltung hat gestalterisch erhöhten Ansprüchen zu genügen und ist auf die Gestaltung der Fassade abzustimmen. Solar- und Fotovoltaikanlagen sind gestalterisch ausschliesslich als Indachlösungen gestattet. Bei An – und Nebenbauten nach Art. 6 der SBV sind auch Flachdächer zulässig.

8.3.2 Freiraum

Umgebungsbereich
Die Gestaltung des Umgebungsbereichs hat sich entsprechend dem Richtprojekt am Charakter des angrenzenden Aussenraumes zu orientieren und soll dessen Qualitäten und Eigenheiten aufnehmen. Bei der Gestaltung des Umgebungsbereichs ist die bestehende Topographie aufzunehmen. Vorhandene, das Gelände prägende Formen, sind soweit als möglich zu erhalten. Terrainveränderungen sind auf das Notwendige zu reduzieren. In Erscheinung tretende Mauerwerke sind als Trockenmauern oder als Natursteinmauerwerk auszubilden. Schichtung, Grösse, Steinmaterial und die Art des Mauerwerks sind an den tradierten Trockenmauern zu orientieren. Die Mauerwerke sind in der Höhe auf das Notwendige zu beschränken. Der Umgebungsbereich ist im Grundsatz unbefestigt auszubilden, davon ausgenommen sind die Aufenthaltsbereiche und der Erschliessungsbereich sowie die Flächen für die Fusswegeverbindungen. Den Übergängen zur Umgebung im Norden ist besondere Beachtung zu schenken. Der den Hochbauten angrenzende Umgebungsbereich kann bis auf eine Tiefe von 5 m als privater Aussenraum ausgestaltet werden. Dieser Bereich kann teils befestigt sein. Abgrenzungen zu den Privatbereichen sind zur Hauptsache in Form von Pflanzen und untergeordnet in Form von befestigten Einfriedungen zulässig. Um eine hohe Qualität des Umgebungsbereichs sicherstellen zu können, ist mit dem Baugesuch ein von einem ausgewiesenen Landschaftsarchitekten erstelltes, detailliertes Umgebungskonzept einzureichen. Darin sind die konkrete Gestaltung des Freiraums und allfälliger privater Aussenräume sowie deren Bepflanzung, Beleuchtung und Möblierung aufzuzeigen.

Aufenthaltsbereiche
Das Richtprojekt sieht innerhalb des Planungsgebiets zwei Aufenthaltsbereiche vor, welche als platzartige Bereiche mit einer hohen Aufenthaltsqualität auszugestalten sind. Diese Bereiche sollen mit ihrer Gestaltung und Ausstattung zum Verweilen einladen. Sie dienen den Anwohnern und Besuchern als gemeinschaftlicher Aussenraum und sollen als solche eigenständig in Erscheinung treten. Dabei soll die Möblierung und die Beleuchtung der Plätze dieses Ziel unterstützen. Wenn möglich sollen sie mit

gemeinschaftlichen Einrichtungen wie Kinderspielplätzen oder Grillplätzen ausgestattet werden.

Einfriedungen
Der Überbauungsplan definiert Abschnitte, bei welchen die Errichtung von Einfriedungen zwingend ist. Diese sind auf eine Höhe von 1.5 m zu beschränken und können auch als Zaun ausgebildet werden. In diesem Fall ist die Höhe auf 1.2 m zu beschränken. Terrainbedingt oder gestalterisch begründet kann davon abgewichen werden. Wo nicht ausdrücklich vorgesehen, sind Einfriedungen nicht zulässig.

8.3.3 Erschliessung und Parkierung

Erschliessung
Die verkehrsmässige Erschliessung des Planungsgebiets erfolgt über einen im Überbauungsplan bezeichneten Erschliessungsbereich. Der Anschluss ab der Einmündung Güetli- / Rütelistrasse hat über den bezeichneten Anschlusspunkt zu erfolgen. Der Erschliessungsbereich erschliesst den Eingangsbereich der Tiefgaragen sowie der Liftanlage. Zudem stellt sie mit ihren Anschlüssen an die Fusswegverbindung sowohl die oberirdische Erschliessung der Hochbauten innerhalb der Baubereiche als auch die Vernetzung der Aufenthaltsbereiche sicher. Im Sinne einer Auftaktsituation, welche zur Adressbildung beiträgt, ist eine attraktive Ausgestaltung mittels Beleuchtung und Möblierung zwingend. Der Erschliessungsbereich ist als Mischverkehrsfläche auszugestalten und soll einen fliessenden Übergang zum Südwestlichen der beiden Aufenthaltsbereiche gewährleisten. Sie beinhaltet die Besucherparkierung inkl. der Behindertenparkierung sowie die Entsorgungseinrichtungen des Überbauungsplangebiets. Diese Elemente sind gestalterisch in den Erschliessungsbereich zu integrieren. Nach Absprache mit dem kantonalen Feuerinspektor dient der Erschliessungsbereich zudem als Notfallzufahrt der Blaulichtorganisationen und ist in ihrer Ausgestaltung auf deren Bedürfnisse – namentlich des Einsatzes eines Hubrettungsfahrzeugs – abzustimmen.

Fusswegverbindungen
Um eine hohe Durchlässigkeit des Areals gewährleisten zu können, wird das ganze Areal von einem internen Wegnetz durchzogen. Die Ausgestaltung der Wege hat dabei in Kombination mit den Erschliessungszonen und den Aufenthaltsbereichen zu erfolgen. Zudem kann eine Anbindung der Fusswegverbindung im östlichen Planungsperimeter zwischen den Baubereichen A und C vorgesehen werden. Die genaue Wegführung und Ausgestaltung ist im Rahmen des Umgebungskonzepts zuhanden des Baubewilligungsverfahrens aufzuzeigen.

Parkierung
Um den Umgebungsbereich möglichst frei von Fahrzeugen des motorisierten Individualverkehrs (MIV) halten zu können, hat die Anwohnerparkierung ausschliesslich unterirdisch zu erfolgen. Nach Absprache mit den verantwortlichen Stellen der Gemeinde Glarus Süd wurde die Anzahl Abstellplätze in der Tiefgarage auf maximal 70 Stück beschränkt. Das architektonische Richtprojekt sieht 60 Abstellplätze vor. Beim Verkauf können Wohneinheiten und die dazugehörige Parkierung nicht zerstückelt werden. Für Besucher und Behinderte sind ausreichend Abstellplätze zur Verfügung zu stellen, deren Anzahl hat mindestens 10% der unterirdisch angeordneten Anwohnerparkierung zu

betragen. Die Anordnung kann auch oberirdisch innerhalb des Erschliessungsbereichs erfolgen.

Für Wohnnutzungen müssen pro Zimmer mindestens 0.75 Veloabstellplätze erstellt werden. Diese dürfen ausschliesslich im Bereich der unterirdischen Parkierung und der Baubereiche angeordnet werden. Ein angemessener Teil davon ist als sichere, abschliessbare Abstellplätze anzuordnen.

Induziertes Verkehrsaufkommen
Unter Berücksichtigung des spezifischen Verkehrspotenzials (SVP, siehe Fahrtenmodell der Stadt Zürich) der Parkfelder in der Tiefgarage ergeben sich für die Erschliessungsstrasse des Überbauungsplangebietes max. 174 Fahrten pro Tag. Im Vergleich zur heutigen Situation nimmt der Verkehr auf den Erschliessungstrassen zum Planungsgebiet an die 174 Fahrten pro Tag zu. Aufgrund der vorgenommen Verkehrszählung wird davon ausgegangen, dass ca. 80% davon über die Rütelistrasse erfolgen werden. Ausgehend von rund 0.5 Fahrten / Abstellplatz für Anwohner in der Morgenspitzenstunde gemäss Zürcher Fahrtenmodell ergibt das auf der Rütelistrasse eine zu erwartende Mehrbelastung von 24 Fahrten in diesem Zeitraum. Das zusätzliche Verkehrsaufkommen wird für das bestehende Strassennetz als verträglich beurteilt.

8.3.4 Etappierung

Wird die Überbauung in Etappen realisiert, dann ist die Umgebungsgestaltung nach jeder Etappe so auszubilden und abzuschliessen, dass die Überbauung in ihrer Erscheinung als fertigerstellt in Erscheinung tritt.

Kanton Glarus

Gemeinde Glarus Süd

Überbauungsplan Heulosen

Schwanden (Parz. 1903)

Sonderbauvorschriften

Öffentliche Auflage vom: 14. März 2014 bis 12. April 2014

Von der Gemeindeversammlung angenommen am:

Der Gemeindepräsident:

Der Gemeindeschreiber:

Vom Departement Bau und Umwelt genehmigt am:

Röbi Marti, Regierungsrat:

Die Gemeindeversammlung erlässt gestützt auf Art. 10 der Bauordnung (BO) der ehemaligen Gemeinde Schwanden die nachstehenden Sonderbauvorschriften (SBV) als Bestandteil des Überbauungsplanes nach Art. 24 des Raumentwicklungs- und Baugesetzes (RBG) des Kantons Glarus und Art. 10 BO.

Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Geltungsbereich und Zweck

[1] Die vorliegenden Sonderbauvorschriften gelten für den im Situationsplan bezeichneten Perimeter.

[2] Der Überbauungsplan bezweckt die Schaffung einer ortsbaulich überzeugenden Bebauung mit Bauten, die gestalterisch erhöhten Ansprüchen genügen, einer zweckmässigen inneren Erschliessung und einer guten Aussenraumgestaltung. Das Richtprojekt vom November 2013 ist richtungsweisend.

[3] Soweit die vorliegenden Sonderbauvorschriften keine Regelungen enthalten, gelten die Bestimmungen des Zonenplans, der Bauordnung sowie die Vorschriften der weiteren Reglemente der Gemeinde.

Art. 2 Bestandteile

[1] Der Überbauungsplan Heulosen umfasst den Situationsplan 1:500 und die dazugehörigen Sonderbauvorschriften. Der Situationsplan und die Sonderbauvorschriften sind verbindlich.

[2] Der Überbauungsplan stützt sich hinsichtlich Bebauung und Gestaltung auf das Richtprojekt Heulosen vom November 2013 und dem dazugehörigen Planungsbericht. Das Richtprojekt Heulosen ist richtungsweisend und nicht verbindlicher Bestandteil des Überbauungsplans Heulosen.

Nutzung und Gestaltung

Art. 3 Baubereiche

[1] Der Situationsplan 1:500 zum Überbauungsplan bezeichnet die Baubereiche Hochbauten A, B, C und D sowie die Baubereiche Erschliessungsbauten. Oberirdische Bauten dürfen nur in diesen Baubereichen erstellt werden.

[2] Kleinbauten im Zusammenhang mit technisch notwendigen Anlagen können auch ausserhalb der Baubereiche erstellt werden. Betreffend An- und Nebenbauten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt gelten die Bestimmungen nach Art. 6 der Vorschriften abschliessend.

[3] Unterirdische Bauten oder Gebäudeteile sind auch ausserhalb der im Situationsplan 1:500 zum Überbauungsplan bezeichnete Baubereiche zulässig.

Art. 4 Art und Mass der Nutzung

[1] Die Baubereiche Hochbauten sind zur Hauptsache für Wohnnutzungen bestimmt. In untergeordnetem Umfang ist mit dem Wohnen verträgliches Gewerbe zulässig. Verkaufsflächen sind nicht zulässig.

[2] Die Baubereiche Erschliessungsbauten sind für Bauten und Anlagen der Erschliessung der Hochbauten bestimmt.

[3] Die max. zulässige anrechenbare Geschossfläche (aGF) beträgt über den gesamten Perimeter 6'000 m² für Hauptbauten und 1'110 m² für Nebenbauten. Die Berechnung der aGF richtet sich nach der BO der ehemaligen Gemeinde Schwanden. Für die einzelnen Baubereiche gelten die Bestimmungen nach Absatz 4. Die max. zulässige aGF kann dann eingelöst werden, wenn die Bauten den gestalterischen Ansprüchen gemäss Richtprojekt entsprechen. Die Beurteilung erfolgt durch die Gestaltungskommission.

[4] Die max. zulässige aGF pro Baubereich beträgt 1'500 m². Die total zu realisierende aGF ist möglichst gleichmässig auf die vier Baubereiche Hochbauten zu verteilen. Wird davon abgewichen, ist dies zu begründen und die Gesamtüberbauung darf in der ortsbaulichen Qualität dadurch nicht geschmälert werden.

Art. 5 Baumasse

[1] In den Baubereichen Hochbauten und Baubereichen Erschliessungsbauten gelten die im Situationsplan 1:500 festgelegten Koten (m.ü.M.), welche von keinem Punkt der Dachkonstruktion überschritten werden dürfen. Davon ausgenommen sind bei den Baubereichen Hochbauten technisch bedingten Dachaufbauten, welche auf ein Minimum zu beschränken sind. Das Überschreiten der im Situationsplan 1:500 zum Überbauungsplan eingetragenen Hangkante im Norden mit einer Kote von 587 m.ü.M. ist nicht gestattet.

[2] Die Bauten sind quer zur Hangneigung zu stellen und haben sich am natürlich gewachsenen Terrain zu orientieren.

[3] Die Hochbauten können maximal viergeschossig in Erscheinung treten und sind in ihrer Erscheinung zu gliedern.

Art. 6 An- und Nebenbauten

[1] Innerhalb der als Aufenthaltsbereiche bezeichneten Flächen sind Nebenbauten im Zusammenhang mit der Nutzung des Aussenraumes zulässig. Innerhalb der als Erschliessungsbereich bezeichneten Fläche sind Nebenbauten im Zusammenhang mit der Entsorgung zulässig.

[2] Nebenbauten nach Abs. 1 haben sich in die Gesamtgestaltung zu integrieren. Deren Anzahl ist auf eine möglichste geringe Zahl zu beschränken.

Art. 7 Gestaltung

[1] An die Hochbauten werden erhöhte architektonisch-gestalterische Ansprüche gestellt. Das Richtprojekt Heulosen vom November 2013 ist massgebend für die Typologie der Bauten.

Abweichungen vom Richtprojekt sind möglich, sofern die ortsbauliche Qualität gewahrt bleibt.

[2] Bei der Gestaltung der Bauten ist insbesondere zu beachten:
- dass die Bauten zusammen mit der Umgebung ein stimmiges Ganzes ergeben,
- dass mit der Materialisierung eine ruhige und stimmige Ausgestaltung bewirkt wird. Auf eine unnötige Abwechslung und Vielfalt von Materialen ist zu verzichten.

[3] Der Fassade vorgesetzte Wintergärten und Balkone sind nicht gestattet.

Art. 8 Dachformen und Dachgestaltung

[1] Die Dächer der Hochbauten sind in ihrer Längsrichtung geneigt auszubilden. Hinsichtlich der Dachgestaltung ist das Richtprojekt verbindlich. Die Dachgestaltung hat gestalterisch erhöhten Ansprüchen zu genügen und ist auf die Gestaltung der Fassade abzustimmen. Solar- und Fotovoltaikanlagen sind gestalterisch ausschliesslich als Indachlösung zu realisieren.

[2] Bei An- und Nebenbauten nach Art. 6 SBV sind Flachdächer zulässig.

Freiraum

Art. 9 Umgebungsbereich

[1] Der Umgebungsbereich umfasst den gesamten Aussenbereich ausserhalb der Baubereiche. Seine Gestaltung hat sich an den ortstypischen Strukturen und Vegetationsformen, insbesondere an die angrenzenden Weideflächen mit ihren Heckenstrukturen mit Trockenmauern zu orientieren und soll deren Qualitäten und Eigenheiten aufnehmen.

[2] Zuhanden des Baubewilligungsverfahrens ist ein von einer ausgewiesenen Fachperson erstelltes Umgebungskonzept einzureichen. Darin sind die konkrete Umgebungsgestaltung, das Wegenetz, Einfriedungen und allfällige Kunstbauten, Pflanzungen inkl. Hochstämmer, Bodenbeläge, Beleuchtung und Möblierung aufzuzeigen. Im Grundsatz sind heimische Pflanzarten zu verwenden.

[3] Bei der Gestaltung des Umgebungsbereichs ist die bestehende Topographie aufzunehmen. Vorhandene, das Gelände prägende Formen sind soweit als möglich zu erhalten. Terrainveränderungen sind auf das Notwendige zu reduzieren.

[4] In Erscheinung tretende Mauerwerke sind als Trockenmauern oder als Natursteinmauerwerk auszubilden. Schichtung, Grösse, Steinmaterial und die Art des Mauerwerks sind an den tradierten Trockenmauern zu orientieren. Die Mauerwerke sind in der Höhe auf das Notwendige zu beschränken.

[5] Der Umgebungsbereich ist im Grundsatz unbefestigt auszubilden, davon ausgenommen sind die im Überbauungsplan bezeichneten Flächen der Aufenthaltsbereiche und des Erschliessungsbereiches sowie die Flächen für die Fusswegeverbindungen.

[6] Der den Hochbauten angrenzende Umgebungsbereich kann bis auf eine Tiefe von 5 m als privater Aussenraum ausgestaltet werden. Dieser Bereich kann teils befestigt sein. Abgrenzungen zu den Privatbereichen sind zur Hauptsache in Form von Pflanzen und

untergeordnet in Form von befestigten Einfriedungen zulässig. Die Gestaltung allfälliger privater Aussenräume ist im Rahmen des Umgebungskonzepts aufzuzeigen.

7 Den Übergängen zur Umgebung im Norden ist besondere Beachtung zu schenken.

Art. 10 Aufenthaltsbereiche

1 Die Aufenthaltsbereiche sind so zu gestalten, dass diese eine überdurchschnittliche hohe Aufenthaltsqualität erzielen.

2 Die Aufenthaltsbereiche umfassen die gemeinschaftlichen Einrichtungen wie Kinderspielplätze, Rastmöglichkeiten, Grilleinrichtungen sowie Einrichtungen des Aufenthalts und können befestigt oder chaussiert ausgebildet werden.

Art. 11 Einfriedungen

1 An den im Situationsplan 1:500 zum Überbauungsplan mit Einfriedung bezeichneten Abschnitten ist die Errichtung einer Einfriedung zwingend. Einfriedungen sind auf eine Höhe von 1.5 m zu beschränken. Erfolgt die Einfriedung in Form eines Zaunes ist die Höhe auf 1.2 m zu beschränken. Terrainbedingt oder gestalterisch begründet kann davon abgewichen werden. Wo nicht ausdrücklich vorgesehen, sind Einfriedungen nicht zulässig.

Erschliessung und Parkierung

Art. 12 Erschliessung

1 Der im Situationsplan 1:500 zum Überbauungsplan bezeichnete Erschliessungsbereich dient der Zu- sowie Wegfahrt für den Langsam- als auch für den motorisierten Individualverkehr und der Erschliessung der Parkierung.

2 Der Anschluss an das übergeordnete Verkehrsnetz hat über den im Situationsplan bezeichneten Anschlusspunkt zu erfolgen.

3 Der Erschliessungsbereich ist gestalterisch so auszubilden, dass er zur Adressbildung beiträgt.

4 Eine mechanische Erschliessung der Hochbauten (Liftanlage) ist so auszugestalten, dass er oberirdisch nicht in Erscheinung tritt. Davon ausgenommen sind die dazugehörigen Zugänge.

5 Wird eine mechanische Erschliessung (Liftanlage) vorgesehen, ist deren Eingangsbereich in Abstimmung mit der Zufahrt zur unterirdischen Parkierung gestalterisch abzustimmen.

Art. 13 Fusswegverbindungen

1 Das interne Wegenetz dient der oberirdischen Erschliessung der Hochbauten und der arealinternen Verbindung. Die genaue Wegführung ist im Umgebungskonzept aufzuzeigen.

2 Das Wegenetz hat sich in seiner Lage am gewachsenen Terrain zu orientieren und ist befestigt oder chaussiert auszubilden. Eine Ergänzung des Wegenetzes mit als Treppen ausgebildeten Abkürzungen ist zulässig.

[3] Eine allfällige Anbindung an die angrenzenden Quartiererschliessungsstrassen erfolgt im Situationsplan 1:500 zum Überbauungsplan angegeben Anschlusspunkt Langsamverkehr. Der Anschluss ist optional. Das arealinterne Wegenetz ist nicht öffentlich.

Art. 14 Parkierung

[1] Die Anwohnerparkierung hat ausschliesslich unterirdisch zu erfolgen.

[2] Die Anzahl Abstellplätze im Bereich der Parkierung ist auf 70 beschränkt.

[3] Beim Verkauf können Wohneinheit und die dazugehörige Parkierung nicht zerstückelt werden.

[4] Für Besucher und Behinderte sind ausreichend Abstellplätzen zur Verfügung zu stellen, deren Anzahl hat mindestens 10% der unterirdisch angeordneten Anwohnerparkierung zu betragen. Die Anordnung kann auch oberirdisch innerhalb des Erschliessungsbereichs erfolgen.

Art. 15 Veloparkierung

[1] Für die Wohnnutzungen sind pro Zimmer mindestens 0.75 Veloabstellplätze zu erstellen.

[2] Die Veloabstellplätze sind ausschliesslich im Bereich der unterirdischen Parkierung und der Baubereiche anzuordnen.

[3] Ein angemessener Teil der Veloabstellplätze sind als sichere, abschliessbare Abstellplätze auszugestalten.

Umwelt

Art. 16 Energie

[1] Die Hochbauten sind energetisch so zu konzipieren, dass sie betreffend des Energieverbrauchs dem jeweils gültigen MINERGIE-Standard gleichkommen.

Etappierung

Art. 17 Etappierung

[1] Wird die Überbauung in Etappen realisiert, dann ist die Umgebungsgestaltung nach jeder Etappe so auszubilden und abzuschliessen, dass die Überbauung in ihrer Erscheinung als fertigerstellt in Erscheinung tritt.

Platzhalter Überbauungsplan Heulosen



8.4 Beschluss des Gemeinderates

8.4.1 Genehmigung des Überbauungsplanes Heulosen Schwanden Parzelle Nr. 1903 mit Sonderbauvorschriften.

8.4.2 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 20.06.2014

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

8. Überbauungsplan Heulosen - Antrag auf Genehmigung

Archiv-Nummer
04.06.00

Diskussion

Ausführungen Departementsvorsteher Fridolin Luchsinger
Mit dem Ja zur Umzonung am 18. November 2011 haben die Stimmbürger ebenfalls ja zur Planung eines Überbaungsplanes gesagt. Das vorliegende Projekt ist Produkt einer intensiven Vorarbeit, worin auch die Gestaltungskommission mitberaten konnte. Interessant ist, dass das Projekt jetzt vier Baukörper beinhaltet. Meistens wird bei einer solchen Hanglage ein Terassenüberbauung erwartet, weil man denkt, dass die Ausnützung am grössten ist. Wie bereits im Memorial beschrieben, fügt sich das vorliegende Projekt sehr gut in das Bestehende ein und trägt den Trockemauern etc. Rechnung. Auffallend ist die Erschliessung, die oberflächlich eigentlich nur als Fussgängererschliessung vorhanden ist. Es gibt eine Zufahrt zu den Tiefgaragen, darin befindet sich ein Schräglift zu den Wohneinheiten. Das Richtplanprojekt und der Überbauungsplan wurden von den kantonalen Stellen vorgeprüft. Bei der Mitwirkung sind keine Begehren eingegangen und während der offiziellen Auflage ging eine Einsprache ein, die zwischenzeitlich bereinigt ist. Fridolin Luchsinger appelliert, dem Überbauungsplan mit den Sonderbauvorschriften zuzustimmen.

Abstimmung:

Dem Überbauungsplan Heulosen Schwanden Parzelle Nr. 1903 mit Sonderbauvorschriften wird stillschweigend ohne Wortmeldung zugestimmt.

9. Neubau Wasserleitung Schwanden-Schwändi - Antrag auf Genehmigung eines Bruttokredites von Fr. 1'000'000.-

Archiv-Nummer
39.04.01

In eigener Sache
An der Gemeindeversammlung vom 22. November 2013 hat der Gemeindepräsident bereits orientiert, dass mit diesem Projekt gestartet wurde, ohne die entsprechende Kreditfreigabe durch die Stimmbürger erhalten zu haben. Immerhin war die Investitionssumme in der Investitionsrechnung 2013 enthalten. Die Behörde ist sich dieses Fehlers bewusst und hat gleichzeitig mit der Feststellung dieses Versäumnisses das Projekt bis zur Kreditfreigabe stillgelegt.

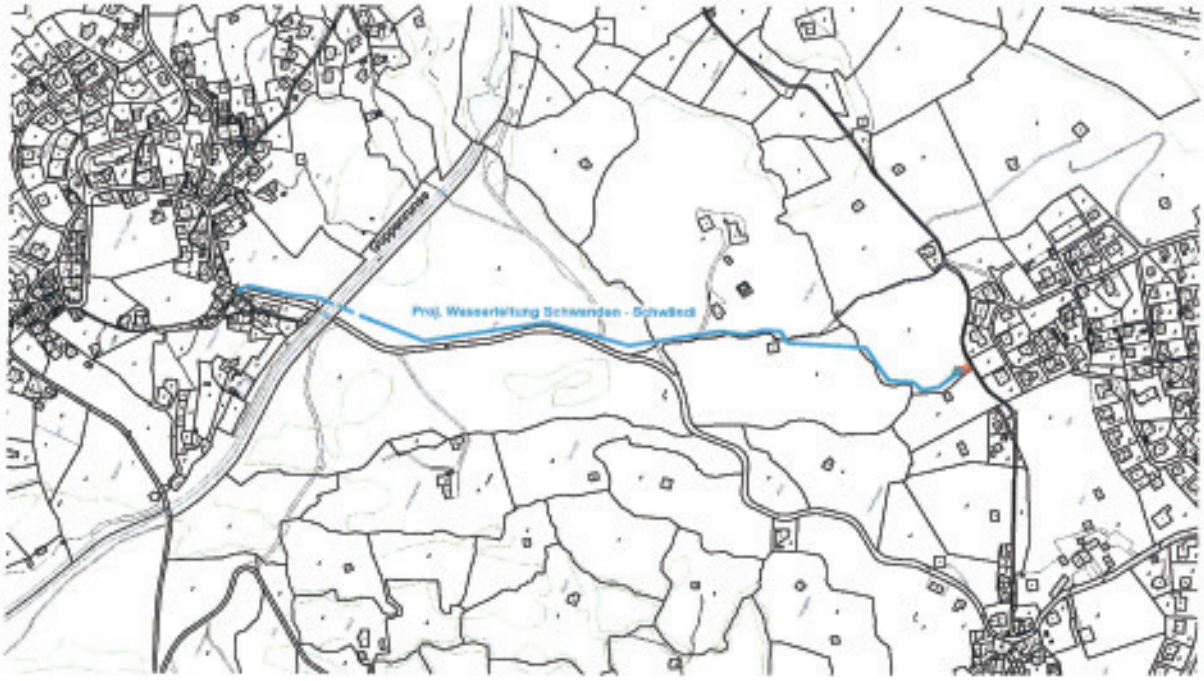
9.1 Sachverhalt

Das Dorf Schwändi ist zu 100% von den Wasserquellen Wygellen und Maienbrunnen abhängig. Diese Quellen liegen beidseitig der Guppenrunse, die mitten durch das Quellschutzgebiet (Quellschutzzone S1-S3) fliessen. Im Bereich der Quellschutzzonen ist die Guppenrunse mit einer Wildbachschale und Bruchsteinsperren verbaut. Diese Verbauungen wurden durch die Unwetterereignisse 2010 und 2011 massiv beschädigt und es resultiert daraus eine deutliche Gefährdung der Quellschutzgebiete und Quellfassungen. Die Beschädigungen führen nach starken Regenfällen zu Qualitätsproblemen in der Wasserversorgung Schwändi, indem starke Trübungen des Trinkwassers festgestellt werden. Die durch das Unwetter entstandenen Schäden an der Guppenrunse bedürfen einer dringenden Sanierung an den Verbauungen und weitere Hochwasserschutzmassnahmen müssen ausgeführt werden. Von Bund und Kanton wurde signalisiert, dass im Rahmen eines Gesamtprojektes „Guppenrunse" an eine alternative Wasserversorgung Schwändi mit Beiträgen bis zu 60% an die Kosten gerechnet werden kann. Dies unter der Voraussetzung, dass die Quellen Wygellen und Maienbrunnen für die Wasserversorgung Schwändi nicht mehr genutzt werden. Mit der Kreditsprechung für die „Quellsanierung Wartstalden mit Trinkwasserkraftwerk Soolsteg" anlässlich der Gemeindeversammlung vom 21. Juni 2013 wurde das künftige GWP (Generelles Wasserversorgungs-Projekt) der Region Schwanden, das Mitlödi, Schwändi, Nidfurn, Leuggelbach, Haslen, Sool und Schwanden beinhaltet, vorgestellt. In diesem GWP ist vorgesehen, die Quellen vom Leimplanggen in erster Linie für die Versorgung Schwändi und allfälliges Überwasser weiterhin für die Versorgung Mitlödi zu nutzen. Die Quellableitung vom Leimplanggen zum Reservoir Sitli quert zweimal die Guppenrunse, einmal von den Leimplanggen zum Leger und einmal vom Guppen-Unterstafel zum Blumerberg, beide Querungen sind gefährdet.
Als zweites Standbein wurde deshalb eine Verbindung von Schwanden nach Schwändi gesucht. Gemeinsam mit den Technischen Betrieben Glarus Süd (tbgs) wurde eine Linienführung von der Eichwaldstrasse über den Rütiboden nach Schwändi festgelegt.

9.2 Projektierte Massnahmen

Konzept
Das vorliegende Projekt sieht vor, das Trinkwassernetz Schwändi neu ab den Leimplanggenquellen und ergänzend ab dem Trinkwassernetz Schwanden zu speisen. Hierfür wird mittels Druckerhöhungspumpen Wasser ab dem Netz Schwanden über die neue Verbindungsleitung und das Netz Schwändi in das bestehende Reservoir Sitli

gepumpt. Die Steuerung ist im neuen Pumpenhaus untergebracht und wird vom Reservoir Sitli ausgelöst.



Verbindungsleitung
Die Verbindungsleitung wird in duktilem Guss mit einer Zementmörtelauskleidung und einer Faserzementumhüllung erstellt. Der Durchmesser beträgt 150mm. Die Leitung wird auf einer Tiefe von 1.50m verlegt und auf der gesamten Länge eingekiest. Im Dorfgebiet Schwändi unterquert die neue Leitung die Guppenrunse und wird an das bestehende Leitungsnetz im Bereich Allmeindli angeschlossen.

Pumpenhaus
Für die Druckerhöhungspumpen wird nach dem Entnahmepunkt bei der Eichwaldstrasse in Schwanden ein Pumpenhaus erstellt. Das Pumpenhaus weist eine Grundfläche von ca. 6m x 6m auf. Das Gebäude wird mit dem vorhandenen Aushubmaterial überschüttet und die Schüttung wird auf beiden Seiten des Gebäudes mit trocken versetzten Bruchsteinen abgefangen und an das bestehende Terrain angepasst. So bleibt vom Gebäude lediglich die Frontansicht des Erdgeschosses sichtbar. Im Untergeschoss des Gebäudes kommt die Pumpenanlage zu liegen. Die südlich des Pumpenhauses verlaufende Trockenmauer wird nicht tangiert. Im Gebäude wird die neue Gussleitung in zwei Leitungen aufgeteilt. Für beide Leitungsstränge wird je eine mehrstufige Horizontal-Hochdruckpumpe eingesetzt, um den Wasserdruck für die Überwindung der Höhendifferenz zum Reservoir Sitli zu erhöhen. Das System ist so konzipiert, dass eine Pumpe allein die zu transportierende Wassermenge fördern kann und die Pumpen abwechslungsweise zum Einsatz kommen. Für ein grösseres Ereignis (Brand) wäre eine Parallelschaltung möglich.

Abgabeschacht / Hydrant
Auf dem Rütiboden wird ein Abgabeschacht erstellt. Von diesem Schacht aus sollen Teile der Rüti-Däniberg Korporation angeschlossen werden. Zudem wird im Däniberg auf der Parzelle Nr. 1015 ein neuer Hydrant gestellt und von der Verbindungsleitung gespiesen.

9.3 Kosten

Kostenzusammenstellung

Baumeisterarbeiten	Fr. 280'000.-
Spezial Tiefbauarbeiten	Fr. 130'000.-
Rohrlegearbeiten/Verrohrung Rohrkeller	Fr. 240'000 .-
Pumpen	Fr. 70'000.-
Steuerung	Fr. 110'000.-
Projekt/Bauleitung	Fr. 90'000.-
Nebenkosten/Entschädigungen/Diverses	Fr. 80'000.-
Total Kosten (inkl. MWST)	**Fr. 1'000'000.-**

9.4 Finanzierung

Die budgetierten Kosten für die Wasserleitung Schwanden-Schwändi betragen Fr. 1'000'000.- (inkl. MWST). Von Seiten Bund und Kanton können Beiträge von ca. 60% erwartet werden. Die glarnerSach trägt 50% an die Hydrantenkosten und 15% an die Hydrantenleitungskosten ohne Grabarbeiten. Die Technischen Betriebe Glarus Süd beteiligen sich mit ca. 35% an den Kosten der Grabarbeiten. In der Investitionsrechnung 2013 war dieser Betrag eingestellt und wurde per 31.12.2013 in die Übertragungskredite aufgenommen.

Die Etappierung der Bauausführung und Kosten verteilen sich folgendermassen:

- 2014 Fr. 800'000.-
- 2015 Fr. 200'000.-

9.5 Beschluss der Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderates

9.5.1 Genehmigung eines Bruttokredites von Fr. 1'000'000.- (inkl. MWST) für den Neubau der Wasserleitung Schwanden-Schwändi

9.5.2 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 20.06.2014

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

9. Neubau Wasserleitung Schwanden-Schwändi - Antrag auf Genehmigung eines Bruttokredites von Fr. 1'000'000.-

Archiv-Nummer
39.04.01

Diskussion

Ausführungen von Gemeinderat Kaspar Luchsinger
Schwändi bezieht sein Wasser zu 100% von den Meienbrunnen und Wygellenquellen, beide liegen wie im Memorial beschrieben links und rechts von der Guppenrunse, die bekanntlich wegen der Unwetterschäden saniert werden muss. Bevor mit den Sanierungsarbeiten weitergemacht werden kann, müssen für die beiden Quellen Alternativen gesucht werden. Dies weil die Quellen nach starken Niederschlägen sichtbar eingetrüben und weil Infiltrierungen durch die Runse erfolgen. Auch Weidgänge auf den angrenzenden Alpen und Liegenschaften führen zu Verunreinigungen. Das generelle Wasserversorgungsprojekt sieht vor, dass Schwändi mit zwei Standbeinen fährt.
Einerseits mit der Leinplankenquelle als erstes Standbein und als zweites Standbein von der geplanten Wasserleitung ab der Eichwaldstrasse Richtung Schwändi. Die Kosten betragen Fr. 1'000'000.-. Dazu gibt es von dem Bund und dem Kanton Beiträge von über 60% via Wiederinstandstellungsprojekt Guppenrunse, weil diese Leitung gemacht werden muss, damit die Guppenrunse saniert werden kann. Die tbgs unterstützt mit ca. 35% an die Grabarbeiten, weil sie Rohre einlegen.
Der Ablauf dieses Geschäftes hat einen etwas bitteren Nachgeschmack, denn so dürfte der Verlauf eigentlich nicht sein. Das Projekt war im Budget 2013 enthalten und es wurde verpasst die Vorlage einzeln dem Stimmbürger vorzulegen. Ein Projekt in dieser Höhe bedarf der Zustimmung der Stimmberechtigten. Das Fehlen dieser Kreditgutsprache wurde dann von der Finanzverwalterin Lilli Marti bemerkt, als die ersten Rechnungen eintrafen. Daraufhin wurde das Projekt gestoppt. In Rücksprache mit der GPK wollte dieser Kredit ursprünglich via Dringlichkeitsbeschluss eingeholt werden, doch fehlte dazu die Einstimmigkeit des Gemeinderates. Im Namen des Gemeinderates entschuldigt sich Kaspar Luchsinger für diesen Lapsus und appelliert, diesem Kreditbegehren zuzustimmen.

Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Aufgrund der Dringlichkeit und der Notwendigkeit des Neubaus Wasserleitung Schwanden – Schwändi unterstützt die GPK den Bruttokredit von Fr. 1'000'000.-.

Abstimmung:

Dem Bruttokredit von Fr. 1'000'000.- (inkl. MWST) für den Neubau der Wasserleitung Schwanden-Schwändi wird stillschweigend ohne Wortmeldung zugestimmt.

10. Anträge zu Handen einer nächsten ordentlichen oder ausserordentlichen Gemeindeversammlung und Umfrage

Archiv-Nummer
16.04.00

Diskussion

Ausführungen von Gemeindepräsident Dr. Thomas Hefti
Dr. Thomas Hefti stellt fest, dass keine Anträge zu Handen einer ordentlichen oder ausserordentlichen Gemeindeversammlung gestellt werden und gibt bekannt, dass solche auch im Verlaufe des Jahres eingereicht werden können.

Würdigung der ausscheidenden Ratsmitglieder
Im Zuge der Wahlen für die Amtsperiode 2014 – 2018 scheiden Kurt Reifler, Peter Zweifel, Irena Zweifel-Schiesser, Dr. Hans Jakob Zopfi und Hans Wolfgang Rhyner aus dem Rat aus. Der Gemeindepräsident würdigt anhand eines kurzen Rückblickes jedes ausscheidende Behördenmitglied und dankt für die geleistete Arbeit.

Mit seinem Antrag an der Landsgemeinde 2006 ist Departementsvorsteher **Kurt Reifler** in die erste Reihe getreten. Er hat damit nicht nur wesentlich zur neuen Gemeindestruktur im Kanton beigetragen sondern er hat dann, als es um die Umsetzung ging, Verantwortung übernommen und ist ins kalte Wasser gesprungen. Mit viel Elan und Einsatz hat er als Vorstehender des Departementes Gesellschaft und Tourismus am Aufbau von Glarus Süd mitgewirkt. Unter der Federführung seines Departementes sind die Heime in die „APGS" überführt worden und er war deren erster VK-Präsident. Das war keine leichte Aufgabe, aber er hat sich ihr mit der ihm eigenen Zuversicht und korrekten Haltung gestellt. Wir wissen, dass er gerne eine zweite Amtsdauer im Gemeinderat in Angriff genommen hätte.

Ohne dass er über die Bekanntheit von Kurt Reifler verfügt hätte, hat **Peter Zweifel** aus Braunwald den Sprung in den Gemeinderat mit einem sehr guten Resultat geschafft. Sein Herz hat immer für die Sonnenterasse geschlagen – schon vor seiner Einsitznahme im Gemeinderat und wird es auch in Zukunft tun. Der Gemeinderat konnte es Braunwald nicht immer Recht machen, obwohl uns viel am Wohl von Braunwald lag. Wenn das Kritik abgab, so war Peter Zweifel ihr stark ausgesetzt. Er hat sich aus freien Stücken entschieden zurückzutreten und es fertiggebracht, dass er durch zwei Braunwalder ersetzt wurde.

Mit solider Behördenerfahrung trat **Irena Zweifel Schiesser** in den Gemeinderat ein. Sie freute sich, dass sie ins Departement Schule und Familie eintreten konnte und hat sich mit viel Elan den schwierigen Aufgaben gestellt, die in diesem Departement anfielen. Sie scheute auch nicht davor zurück, den unpopulären Entscheid zu den Schulstandorten an vorderster Front zu vertreten und mitzutragen. Sie hat sich aber auch in vielen anderen Fragen, die nicht ihr Departement betrafen, eingebracht. Auch Sie hätte gerne ihre Arbeit fortgesetzt – mit der Übernahme der Projektleitung „Glarus Süd sind wir" bietet sich ihr eine andere Plattform, um für unsere Gemeinde tätig zu sein.

Ebenfalls über Behördenerfahrung verfügte **Dr. Hans Jakob Zopfi.** Mit seiner umsichtigen und gründlichen Arbeitsweise und seinem grossen Wissen war er ein wertvolles Mitglied der Departementskommission Gesellschaft und Tourismus. Er stellte sich auch als Mitglied der Verwaltungskommission APGS zur Verfügung und hat sich in vielen anderen

Fragen im Gemeinderat eingebracht. Als wir darum rangen, wie über den Richtplan zu befinden sei, hat er einen Vorschlag gemacht, der nun im Wesentlichen in der Gemeindeordnung umgesetzt ist.

Ich komme zum amtsjüngsten – obwohl an Jahren Älterster. **„Gäng" Rhyner** wurde gewählt – so wie jetzt Markus Figi – als sich Kurt Reifler entschied, das Amt des Departementvorstehers zu übernehmen, obwohl er auch als Gemeinderat gewählt wurde. „Gäng" war eine verlässliche Stütze für die Vizepräsidentin im Departement Sicherheit und Freizeit, vor allem damals, als Simone Eisenbart wegen der gesundheitlichen Probleme ihres Lebenspartners eine schwierige Zeit durchmachen musste. Mit grossem Einfühlungsvermögen hat er sich den Fragen im Zusammenhang mit den Friedhöfen angenommen und er hat erlebt, dass die Arbeit in einer Gemeindeexekutive vor 20 Jahren etwas ganz anderes war als heute in Glarus Süd.

Allen diesen ausscheidenden Gemeinderatsmitgliedern danke ich ganz herzlich für ihren Einsatz für Glarus Süd und für die gute Zusammenarbeit. Wir wünschen Ihnen für die Zukunt alles Gute!

Erlauben Sie mir, sehr verehrte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, zum Schluss noch einige persönliche Worte.

- Man kann in einem Jubiläumsband der GRB lesen, was ich an der Landsgemeinde 2006 dachte. Nachdem der Entscheid aber gefallen war und sich auch die Regierung hinter diesen Entscheid gestellt hatte, trat ich an der ausserordentlichen Landsgemeinde 2007 dafür ein, nicht hüst und hott zu machen, sondern das Beste aus der neuen Gemeindestruktur.
- Die neue Struktur bietet viele Vorteile. Es gilt diese konsequent zu nutzen und das Beste für Glarus Süd zu wollen. Es war mein Ziel zu erreichen, dass der Gemeinderat und Sie konsequent in diese Richtung arbeiten, dass wir uns als *eine* Gemeinde fühlen. Ich habe mir für diese Arbeit an sich 8 Jahre vorgenommen – Sie wissen, dass es anders kam. Ich glaube aber, wir sind auf einem guten Weg und es sind einige Grundsteine gelegt worden, auf denen man auf- und weiterbauen kann. Das heisst natürlich, die Arbeit ist noch nicht fertig.
- An der ersten Gemeindeversammlung ist die rote Grundfarbe des Wappens in blau umgeändert worden – mit dem Hinweis auf unser Wasser. Der Kanton (und vielleicht später ein Kanton Linth) trachtet darnach. Das dürfen wir uns aber nicht nehmen lassen. Wenn es uns sodann im Verbund mit dem Kanton und mit Unterstützung vom Bund gelingt, die Erschliessung auf Strasse und Schiene so hinzubringen, wie das manche weit abgelegenen Bündner Täler haben, dann haben wir viel erreicht und die beste Grundlage gelegt, dass wir an Einwohnern wieder etwas zulegen können.

Ich habe das Amt als Gemeindepräsident von Glarus Süd immer mit Freude und Zuversicht ausgeübt – auch wenn es schwierige Monate gab. Ich habe immer Stolz empfunden über unsere Gemeinde und vor allem auch immer gerne die Gemeindeversammlung geleitet. Ich habe mir Mühe gegeben, daraus ein oberstes Organ zu machen, das stark ist, offen und korrekt diskutiert und welches die ihm zustehende Würde hat. Sie spüren vielleicht: es fällt mir gar nicht so leicht, dieses vielfältige, faszinierende und interessante Amt in neue Hände zu geben. Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir stets entgegen gebracht haben – es hat mich auch in schwierigen Momenten getragen und gestärkt. Es hat mir auch in Bern zu einem guten Einstieg

verholfen und ich werde mich voll dafür einsetzen, dass ich mich auch in der neuen Aufgabe diesem Vertrauen würdig erweise.
Ich wünsche meinem Nachfolger This Vögeli und seinem Rat alles Gute, Erfolg und eine glückliche Hand! Glarus Süd ist die grösste Gemeinde sie bleibt es – wenn auch nicht mehr an Fläche (nach dem 01.01.15) so doch in anderer Form. Ich wünsche unserer Gemeinde viel Erfolg!

Gemeindevizepräsidentin Simone Eisenbart und Gemeinderat Kaspar Luchsinger;
- Würdigung und Rückblick auf die Arbeit von Dr. Thomas Hefti
Im Namen des Gemeinderates und im Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde Glarus Süd dankt Simone Eisenbart dem Gemeindepräsidenten herzlich für die gute Zusammenarbeit. Zusammen mit Gemeinderat Kaspar Luchsinger wird, unterstützt mit Bildern auf der Leinwand, auf einzelne Stationen und Ereignisse im Leben des Gemeindepräsidenten zurückgeblickt. Seine Fähigkeiten wie bspw. die herausragende Leitung einer Gemeindeversammlung werden ebenso angesprochen, wie seine Kameradschaft, sein überzeugender Optimismus mit ansteckender Begeisterung für die Gemeinde Glarus Süd mit seinen Menschen und seiner Landschaft. Resignation oder den Kopf in den Sand zu stecken entspricht nicht seinem Naturell, vielmehr liegt es in seinem Geschick, Contenance zu bewahren und bei Bedarf mit diplomatischem Geschick, Wogen zu glätten. Seine grossen Interessen lagen darin, dem Kanton auf Augenhöhe zu begegnen. Lastenausgleich, bessere Erschliessung für den öffentlichen und privaten Verkehr, gute Rahmenbedingungen für Industrie und Gewerbe, Nutzung der Wasserkraft etc. waren Schwergewichtsthemen. Viele erfreuliche Begebenheiten haben sich in dieser Amtsdauer ergeben, so bspw. der Besuch der damaligen Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey im 2011, der gute Kontakt zur Behörde der Stadt Zürich und zur Patenschaft für Berggemeinden.
Mit einem Präsent und grossem Applaus wird die Arbeit von Dr. Thomas Hefti verdankt, ebenso einen warmen Applaus und ein Präsent erhält Ehefrau Victoria, die den Gemeindepräsidenten in seinem Amt perfekt unterstützt hat.

Schluss der Gemeindeversammlung
Mit einem Dank an die Vortragenden, der Versammlung und den Ratskolleginnen und –kollegen sowie an Kader und Mitarbeitende schliesst der Gemeindepräsident die Gemeindeversammlung.

Polizeistunde bis 2.00 Uhr

Schluss der Versammlung 23.35

Genehmigt vom Gemeinderat Glarus Süd am 14. August 2014

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Dr. Thomas Hefti

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon